

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach/m.4, den 27.4.65
Buchrainweg 161
Postfach 648

28.4.65

An die
Mitglieder des hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

wir laden Sie zur ersten Sitzung nach dem Ostermarsch ein.
Die Sitzung findet am

3. Mai 1965, montags, 19.30 Uhr,
Haus der Jugend, Frankfurt

statt.

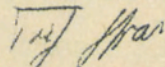
Tagesordnung

1. Bilanz zum Ostermarsch 1965
2. Auktion für Abrüstung
3. Nächste Planungen
4. Verschiedenes

Da diese Sitzung, wie alle anderen, sehr wichtig ist, bitten wir, daß alle Mitglieder des hessischen Ausschusses kommen. Anderenfalls bitten wir um telefonische Entschuldigung unter 886051/52.

Dieser Einladung fügen wir nochmals den Entwurf eines Briefes an die frankfurter Polizeibeamten bei und bitten, ihn durchzulesen, da er bei unserer Sitzung behandelt werden soll.

Mit herzlichen Grüßen



(Fritz Strass)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Lieber Mitbürger in Uniform,

ungewöhnliche Situationen verlangen ungewöhnliche Schritte. Am Samstag, 27. März 65 gegen Mittag standen sich frankfurter Polizeibeamte im Dienst und frankfurter Bürger, die politische Meinungen und Forderungen bekannt machen wollten, gegenüber, als wären sie Feinde. Es erscheint uns notwendig, nach Abklingen der allgemeinen Erregung ruhig miteinander über den Vorfall zu sprechen.

Wir alle, Beante und nicht beamtete Bürger wissen es zu schützen, in einem demokratischen Rechtsstaat, in einer demokratisch regierten Stadt zu leben. Das bedeutet jedoch, daß die Demokratie, so wie sie in der Verfassung als Recht und Pflicht des Einzelnen und als bindende Weisung für die gesellschaftlichen Institutionen zum Ausdruck kommt, täglich praktiziert werden muß.

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ..." heißt der Artikel 5 des Grundgesetzes und "Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln ..." sagt der Artikel 5 dieser Verfassung.

Dieses Recht zu sichern und zu schützen, gehört das nicht mit zu den wichtigsten Aufgaben der Polizei im demokratischen Rechtsstaat? Stattdessen wurden am 27.3.65 frankfurter Polizeibeamte (deren Pflichteifer und Einsatzbereitschaft zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit man weithin schätzt) eingesetzt, um die Wahrnehmung demokratischer Rechte durch Bürger dieser Stadt zu beschränken.

Gewiß - diese Beamten waren in Einsatz und der verläuft nach bestimmten Regeln und Kommandos. Wahrscheinlich war es den Beamten auch unbekannt, was vorausgegangen war:+

die Kampagne für Abrüstung hatte eine Demonstration "für Frieden und Verhandlungen in Vietnam" in Polizeipräsidium angemeldet, damit - wie bisher immer - dort die notwendigen verkehrstechnischen Vorbereitungen für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung getroffen werden konnten. (Wir haben die Notwendigkeit solcher Vorkehrungen stets respektiert)

Doch wir bekamen ein Schreiben zugestellt, in dem es u.a. hieß:
"Die Bundesrepublik Deutschland hat in der Vergangenheit Verträge mit anderen Staaten abgeschlossen, die Verpflichtungen gegenüber den Vertragspartnern enthalten. Durch die Demonstration dürfen die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere ihre sich aus internationalen Verträgen ergebenden Verpflichtungen nicht gefährdet werden. Eine solche Gefährdung würde eintreten, wenn die Demonstranten durch Wort oder Schrift einseitig gegen eine der an Vietnam-Konflikt beteiligten Parteien Stellung nehmen würden. Es wird Ihnen daher aufgegeben, dieser Lage durch entsprechende Vorbeugung Rechnung zu tragen und die Demonstranten durch geeignete Maßnahmen an der Verletzung der internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu hindern."

Wie beurteilen Sie persönlich als Beanter - der Sie das Grundgesetz besonders gut kennen - eine solche Auflage?(Der Frankfurter Oberbürgermeister Prof. Brundert hat inzwischen unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß er diese Auflagen als verfassungswidrig ansieht.)

Es war uns natürlich nicht möglich, unsere Meinungsäußerung über den "schmutzigen Krieg" in Vietnam, der auch uns gefährdet, zu unterdrücken; hätten wir es getan, dann wären wir unserer Verpflichtung "dem Frieden der Welt zu dienen" (Präambel des Grundgesetzes) untreu geworden. Wir haben aber die andere Auflage des Präsidiums, eine neue Marschstrecke zu wählen, eingehalten, obgleich dadurch die öffentliche Wirksamkeit unserer Meinungsäußerung stark eingeschränkt wurde. (Nebenbei bemerkt: wir wissen, daß die tüchtigen und erfahrenen Beamten der Verkehrspolizei sehr wohl in der Lage gewesen wären, den Demonstrationzug ohne wesentliche Störung des Verkehrs auch über die Zeil zu schleusen.)

Bis zur Auflösung des Demonstrationzuges am Börneplatz sind Polizei und Demonstranten dann auch - wie in der Vergangenheit immer - gut niteinander ausgekommen. Bis dahin blieb es Ihnen erspart, verfassungswidrig zu handeln. Offensichtlich hatten die verantwortlichen Stellen der Stadtverwaltung schon damals eingesehen, daß ihre politischen Auflagen nicht richtig waren.

Jetzt kommt aber die entscheidende Frage: Warum durften die Teilnehmer nach der Demonstration nicht friedlich, als Einzelne, mit Schildern und Flugblättern durch ^{die} Innenstadt nach Hause gehen? Was wäre dabei geschehen?

- + Wäre der Verkehr behindert worden?
- + Wäre es zu Tumulten gekommen?
- + Wären Zweifel an der demokratischen Gesinnung der frankfurter Polizei laut geworden?

Wohl kaum! Die Straßenpassanten hätten nachdenklich die Forderungen und Flugblatttexte gelesen, nach spätestens einer Stunde wären alle Beteiligten wieder zu Hause gewesen und den Polizeibeamten wäre eine unangenehme Situation erspart geblieben. Alles in allem: lebendige Demokratie hätte sich in einer freien und liberalen Stadt bewährt.

Aber stattdessen: Aufmarsch von berittener Polizei, von Hundertschaften, Wasserwerfern und Einsatzwagen. Es entstand der Eindruck, daß politische Meinungen und Argumente mit polizeilichen Machtmitteln unterdrückt werden. Wenn solche Machtmittel eingesetzt werden, um politisch engagierte Bürger an der Ausübung demokratischer, verfassungsmäßiger Rechte zu hindern, ist es nicht mehr als recht und billig, daß jene Bürger dann passiven Widerstand leisten.

Die hessische Verfassung spricht auch in diesem Falle eine klare Sprache: "Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist Jedermanns Recht und Pflicht." (Artikel 147) Die Kampagne für Abrüstung sagt klar und deutlich: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie. Sie fordert Abrüstung und Entspannung, damit diese Erde für alle bewohnbar bleibt. Die Kampagne für Abrüstung will dafür sorgen, daß Abrüstung und Entspannung zum Gegenstand deutscher Politik werden, weil wir besonders in Deutschland hinreichend Erfahrung haben, was die Ergebnisse von Rüstung und militärischer Drohung sind. Ist ein solches Anliegen nicht auch Ihr Anliegen, lieber Mitbürger in Polizeiuniform?

Sie haben sicher mit Ihren Kollegen über die Ereignisse des 27. März diskutiert und wir sind sicher, daß das Ergebnis heißt: Polizei in demokratischen Rechtsstaat und demokratische Meinungsäußerung freier Bürger sind keine Gegensätze sondern erfüllen eine freiheitliche Verfassung erst mit lebendigem Inhalt.

Die Kampagne für Abrüstung wird darum auch in Zukunft mit allen legalen Mitteln gegen illegale Auflagen vorgehen. Wir hoffen in diesem Falle auf Sie: in Konflikt zwischen undemokratischen Dienstweisungen und demokratischen Grundrechten sollten Sie sich für die Grundrechte entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll zur Sitzung des hessischen Ausschusses am 15.4.65
in Frankfurt

28.4.65

Anwesend: Vack, Dr. Schenk, Amann, Strass, Malkomes,
Moritz, Arlt, Karl Becker, Winkler, Halber-
stadt, Faller, Egon Becker, Weick, Eskuche

es fehlten: Andres, Farr, Maurer, Müller, Segall

Tagesordnung

- 1) Ostermarsch 1965
- 2) Aktionen direkt nach Ostern
- 3) weitere Schritte zur Vietnam-Demonstration
- 4) Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Die Benutzung eines Lautsprecherwagens im Landkreis Main-Taunus und in der Stadt Frankfurt auf dem Marschweg wurde nach den Auflagen nicht gestattet. Unter dem Hinweis auf die in der Verfassung garantierten Rechte wurden Widersprüche eingelegt, die von den Behörden abschlägig beschieden worden sind. Daraufhin wurden beim Verwaltungsgericht Frankfurt Anträge gestellt, daß diese Auflagen aufgehoben werden. Nach dem Beschluß der 4. Kammer sind die Auflagen rechtlich zulässig. Gegen diesen Beschluß wurde unverzüglich Beschwerde beim Obergerverwaltungsgericht Kassel eingelegt.

Der hessische Ausschuß bekräftigt das Verhalten der Geschäftsführung und beschließt, in dieser Angelegenheit alle weiteren möglichen Rechtswege zu beschreiten. Von einem anderen Obergerverwaltungsgericht liegt ein Beschluß vor, der die Benutzung von Lautsprechern in der von uns geforderten Weise gestattet. Daher erscheint dieser Weg selbst nach einer für uns ungünstigen Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichtes Kassel notwendig, zumal Rechtsanwalt Heinrich Hannover der Ansicht ist, daß ein Prozeß beim Bundesverwaltungsgericht sehr große Chancen für uns hat.

Der hessische Ausschuß wählt Vack, Winkler, Halberstadt, Becker, Strass, Amann zur Marschleitung. Klaus Vack und stellvertretend Heiner Halberstadt werden zu den Marschleitern gewählt. Der HA ist mit der vom AA vorgeschlagenen Arbeitsteilung innerhalb der Marschleitung einverstanden.

Die Eröffnungskundgebung in Mainz mit Pfarrer Mochalski und Herbert Faller wird von Heiner Halberstadt geleitet.

Egon Becker und Edgar Weick werden sich über den Verlauf der Petitionsaktionen in Rüsselsheim und Hofheim Gedanken machen und verständigen.

Klaus Vack übernimmt die Versammlungsleitung während der Abschlußkundgebung auf dem frankfurter Römerberg. Für die Betreuung von Wolfgang Neuss und Wolf Biermann und für die letzten Vorbereitungen zur Ost-West-Revue am Ostermontag ist Egon Becker verantwortlich.

Der hA befaßt sich mit einer kürzlich erschienenen diffamierenden Ostermarschbroschüre und kommt zu der Ansicht, daß es nicht ratsam sei, wegen dieser Broschüre, deren primitiver Inhalt z.B. Gegenüberstellungen Ostermarsch - Nationale Volksarmee bringt, eine größere Aktivität zu entfalten.

Edgar Weick und Klaus Eskuche werden den im Impressum als verantwortlich zeichnenden Herausgeber aufsuchen und eine Unterredung führen. Edgar Weick, Klaus Eskuche, Herbert Faller und Heiner Halberstadt sollen dann eine Erklärung verfassen, die bei kleineren Kundgebungen während der Ostermärsche den Marschteilnehmern zur Kenntnis gegeben werden soll. Sobald die Broschüre während des Marsches verteilt wird, soll sie von den Ordnern eingezogen werden.

Den Kartenverkauf während des Marsches und bei der Schlußkundgebung für die Ost-West-Revue übernimmt Klaus Eskuche.

Horst Maurer und Alfred Riedel werden die Nachrichtensendungen der Rundfunkanstalten auf Tonband aufnehmen.

Zu Punkt 2 der TO

2.1 8. Mai 1965: in Frankfurt wird eine Veranstaltung verschiedener Studenten- und Jugendverbände mit den Rednern Professor Abendroth und Probst Krüger stattfinden. Der hess. Ausschuß wird zur Teilnahme aufrufen.

Heiner Halberstadt, Norbert Winkel und Egon Becker sollen ein Konzept entwickeln, das zur Vorbereitung einer Flugblatt- und Informationsaktion in Hessen, und insbes. in Frankfurt, dienen soll.

Der hA wird sich nach Ostern erneut mit dieser Frage beschäftigen.

2.2 Der Vorschlag, nach Ostern eine Mahnwache vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt wegen der Vietnam-Politik der USA zu errichten, soll von Edgar Weick und Egon Becker überlegt werden. Es wird erwogen, eine weitere Mahnwache im Stadtzentrum von Frankfurt aufzustellen.

Auch über diese Frage wird der hA erneut nach Ostern beraten.

Zu Punkt 3 der TO

Klaus Vack berichtet über eine Zusammenkunft mit den im Anschluß an die Vietnam-Demonstration von der Polizei inhaftierten Demonstranten.

Von verschiedenen Leuten, die der polizeilichen Vorladung gefolgt waren, wurde über die Vernehmungen berichtet. Man versprach, einen ausführlichen Bericht über die jeweilige Vernehmung an den

hA zu senden, da hieraus weitere Schritte gegen die Polizeibehörde erfolgen können.

Es wird vermutet, daß es nicht zu Prozessen gegen die Demonstranten kommen wird. Falls sich jedoch ein Prozeß anbahnt, soll dieser nach Möglichkeit gemeinsam durchgeführt werden.

Klaus Vack wird beauftragt, nochmals mit Rechtsanwalt Heinrich Hannover die Frage einer Verwaltungsklage zu prüfen.

Das Flugblatt, das an die frankfurter Polizeibeamten verteilt werden soll, wird nach Ostern nochmals vom hA beraten und dann hergestellt werden.

Zu Punkt 4 der TO

Bei der Schlußkundgebung auf dem Römerberg soll auf die Frans-Masereel-Ausstellung in der Paulskirche hingewiesen werden.

605 Offenbach, den 26. April 1965
Buchrainweg 161

Für die Protokollführung:
Fritz Strass

Übersetzung von MAURER vom 27. 4. 65

C N D London
an Klaus VACK Offenbach

vom 22. 4. 65

Lieber Klaus Vack,

Sie werden wahrscheinlich bereits wissen, daß vom 3. - 6. Mai in London eine Sitzung des SEATO-Rats sein wird und vom 11. - 13. Mai ebenfalls in London eine Sitzung des NATO-Rats. Im Zusammenhang mit diesen beiden interessanten Ereignissen organisieren wir folgendes:

1) Postkarten, Briefe und Telegramme werden übersandt oder persönlich übergeben den Delegierten des SEATO-Rates (Frankreich, Pakistan, Philippinen, Thailand, Neuseeland, Australien, USA und England).

Der Textvorschlag für die Botschaft ist

- Verurteilt ((verdammte)) die amerikanische Vietnam-Politik
- Unterstützt sofortige Verhandlungen
- ~~Schlägt~~ ~~die~~ friedliche Lösungen des malaisch-indonesischen Streits Fördert

2) Wir werden den Delegationen auch ein Exemplar unserer letzten Broschüre "East of Suez" übersenden, die ich hier beifüge, und die Mai-Ausgabe von SANITY wird sich eingehend mit den Bündnissen befassen. Wir organisieren auch eine Delegierten-Konferenz während des SEATO-Treffens im Unterhaus über die Alternativen im Fernen Osten.

3) Für die NATO-Rats-Tagung organisieren wir ähnliche Botschaften an die sechs NATO-Mächte (Italien, Kanada, USA, BRD, Frankreich und England).

Der Text soll sein

- Verurteilt die amerikanische Vietnam-Politik
- Lehnt die ~~NAP~~ ANF und jede Verbreitung von Atomwaffen ab
- Unterstützt das Disengagement in Mitteleuropa
- Arbeitet für Ost-West-Entspannung und -Abrüstung
- Gebt den Vereinten Nationen den obersten Vorrang, nicht der NATO oder dem Warschauer Pakt

Kopien der Botschaften werden auch den Mächten des Warschauer Paktes übermittelt werden.

Es wäre sehr wertvoll, wenn Organisationen und Einzelne in Deutschland entsprechende Botschaften an die Delegierten des SEATO-Rates und besonders an den deutschen Delegierten beim NATO-Rat senden würden. Glauben Sie, das noch rechtzeitig organisieren zu können?

Ich glaube, daß einige Gruppen aus dem Ausland kommen werden, aber sie werden nicht groß sein, und es wäre sehr hilfreich, wenn die Ostermarschierer in der Lage wären, eine große Zahl Einzelner zu veranlassen, ihre Botschaften direkt zu senden an

Lancaster House, London,
wo die Ratstreffen sein werden.

Bei dieser Gelegenheit meine Glückwünsche für Eure gut besuchten Ostermärsche; das gilt auch für England.

Ihre ergebene

PEGGY DUFF

PEGGY DUFF

Inhaltsverzeichnis der beigelegten englischen Broschüre
BRITAIN East of Suez - "England östlich von Suez" - siehe Rückseite!

ENGLAND ÖSTLICH VON SUEZ

Lieber Klaus Vack,
Sie werden wahrscheinlich bereits wissen, das vom 5. - 6. Mai in London eine Sitzung des SEATO-Rats sein wird. Das Rättsel China London eine Sitzung des NATO-Rats. Im Zusammenhang mit diesen beiden interessanten Ereignissen Außenpolitik folgende:

1) Postkarten, Briefe und Telegramme Bomben persönlich übergeben den Delegierten des SEATO-Rates (Frankreich, Pakistan, Philippinen, Thailand, Neuseeland, Australien, USA und England). Die chinesische "Ausweitung"

Der Textvorschlag für die Botschaft ist
- Verurteilt ((Verdamm)) die amerikanische Vietnam-Politik
- Unterstützt sofortige Verhandlungen
- Stimmgegenstände friedliche Lösungen des malaisisch-indonesischen Streits fördert

2) Wir werden den Delegationen auch ein Exemplar unserer letzten Broschüre "East of Suez" übergeben, die ich hier beiläge und die Mal-Ausgabe von SANITY wird sich ebenfalls mit den Delegationen befassen
3) Für die NATO-Rats-Tagung organisieren wir ähnliche Botschaften an die sechs NATO-Mächte (Japan, Malaysia und Indien, Frankreich und England).

4. Eine asiatische Lösung für Asien
China
Vietnam

Der Text soll sein
- Verurteilt die amerikanische Vietnam-Politik
- Lehnt die WAF und jede Verletzung von Atomwaffen ab
- Unterstützt das Disengagement in Mitteleuropa
- Arbeitet für Ost-West-Entspannung und -Abstimmung
- Geht den Vereinten Nationen den obersten Vorrang, nicht der NATO oder dem Warschauer Pakt

Kopien der Botschaften werden auch den Mächten des Warschauer Paktes übersandt werden.
Es wäre sehr wertvoll, wenn Organisationen und Einzelle in Deutschland entsprechende Botschaften an die Delegierten des SEATO-Rates und besonders an den deutschen Delegierten beim NATO-Rat senden würden. Glauben Sie, das noch rechtzeitig organisieren zu können?
Ich glaube, das einige Gruppen aus dem Ausland kommen werden, aber sie werden nicht groß sein, und es wäre sehr hilfreich, wenn die Ostermarschierer in der Lage wären, eine große Zahl Teilnehmer zu veranlassen, Ihre Botschaften direkt zu senden an
Lancaster House, London,
wo die Botschaften sein werden.
Bei dieser Gelegenheit meine Glückwünsche für Ihre gute Besuche Ostermarsche; das gilt auch für England.
Ihre ergebene
P R E G Y D U P P
P R E G Y D U P P

Inhaltsverzeichnis der beigefügten englischen Broschüre
BRITAIN East of Suez - "England östlich von Suez" - siehe Rückseite!



ED 718-24 - 147

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

Neue Adresse:

605 Offenbach 4, Postfach 648
Buchrainweg 161, Telefon 88 60 51/52

P R E S S E M I T T E I L U N G

27. 4. 65

Brief der Kampagne an das amerikanische Generalkonsulat in Frankfurt

Der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat in einem Brief an das amerikanische Generalkonsulat, zur Weiterleitung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, entschieden dagegen protestiert, daß die US-Regierung den Einsatz von taktischen Atomwaffen gegen Nordvietnam erwägt. Nachdem die USA durch den Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki nunmehr die Verwendung von Atomwaffen in Südostasien einkalkuliert, müsse die amerikanische Politik in dieser Frage nicht nur kritisiert, sondern schärfstens bekämpft werden, heißt es in dem Brief.

Der Hessische Ausschuß macht der US-Regierung zum Vorwurf, daß sie im Angesicht der Niederlage den Krieg in Vietnam ausweitet und damit den Weg der Eskalation beschreitet, der von allen Militärfachleuten als der sicherste Weg zu einem neuen Weltkrieg angesehen wird.

Weiter heißt es in dem Brief: "In Südvietnam ist die Entkolonialisierung noch immer nicht Wirklichkeit geworden. Von Frankreich haben die USA die Kolonialherrschaft übernommen. Sie kämpfen in diesem Land nicht für die Freiheit, wie sie behaupten, sondern gegen die nationale Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes, die nach den Genfer Vereinbarungen ihren Ausdruck durch freie Wahlen finden sollte. Die USA stützen sich in Vietnam auf ein korruptes, rückständiges Gesellschaftssystem, das weit von demokratischer Haltung entfernt ist und führen den Krieg gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung."

Die Kampagne für Abrüstung fordert deshalb in ihrem Brief die US-Regierung auf, die militärische Eskalation sofort zu beenden und alle Angriffe auf Nordvietnam, den Einsatz von Gas und Napalmbomben einzustellen. Weiterhin wird die Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen Beteiligten gefordert, einschließlich der Vietkong, ohne Bedingungen, um einen Waffenstillstand und anschließend eine militärische Neutralisierung zu erreichen, in deren Rahmen allein Selbstbestimmung erreicht werden kann.

Der Brief schließt: "Wir fordern dies heute mit aller Entschiedenheit besonders auch von der deutschen Bundesregierung, die vom deutschen Volk kein Mandat hat, den Krieg in Vietnam zu begrüßen oder gutzuheißen. Die amerikanische wie die deutsche Regierung haben von ihren Völkern nur das eine Mandat: zu Verhandlungen und Frieden in Vietnam beizutragen und den seit Jahrzehnten in kolonialen Kriegen gequälten Menschen in Vietnam wirtschaftlich zu helfen."

605 Offenbach (Main), 26. April 1965 - Strass

Verantwortlich: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
(Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648)
Postscheckkonto: Ffm. 57 648, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach am Main, Konto Nr. 740 294



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuf, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

Neue Adresse:

605 Offenbach 4, Postfach 648

Buchrainweg 161, Telefon 88 60 51/52

P R E S S E M I T T E I L U N G

26. 4. 65

Breite Unterstützung für die Kritik des SPD-Landtagsabgeordneten Philipp Pleß an dem hessischen Verfassungsschutz

Nachdem der hessische Innenminister Heinrich Schneider am Freitag gegenüber der Frankfurter Rundschau zugegeben hatte, daß Beamte des ihm unterstehenden Verfassungsschutzes während der Kundgebungen des diesjährigen hessischen Ostermarsches der Atomwaffengegner Fotoaufnahmen machten, haben gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen die Kritik des Landtagsabgeordneten Philipp Pleß an diesen Maßnahmen unterstützt.

Wir übergeben der Presse hiermit einige Details aus solchen Solidaritätserklärungen, soweit sie der Pressestelle des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung bekannt geworden sind.

Aus Gewerkschaftskreisen

Die Jugendkonferenz des DGB-Kreisausschusses Frankfurt, die am vergangenen Samstag tagte, ist entrüstet, daß der Auftrag, die Teilnehmer an den Kundgebungen der Ostermärsche seitens des Verfassungsschutzes zu fotografieren, von dem hessischen Innenminister kam, wo doch ein solches Verhalten in der Vergangenheit nur in Zusammenhang zu bringen war mit Namen wie Strauß und Höcherl. Die Konferenz begrüßte es, daß der SPD-Landtagsabgeordnete Philipp Pleß in so mutiger Weise gegen dieses Vorgehen protestiert hat und sie erklärte sich mit Pleß solidarisch.

Der hessische Bezirksvorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie, Franz Fabian, gab am Samstag bekannt, daß aus den Gewerkschaftshäusern Frankfurt, Darmstadt, Hanau, Wiesbaden und Gießen Solidaritätserklärungen für Pleß vorliegen, die bereits von mehr als 100 hauptamtlich tätigen Gewerkschaftsfunktionären unterzeichnet seien.

In einer solchen Solidaritätsadresse, die von 62 Gewerkschaftsfunktionären aus dem Frankfurter Gewerkschaftshaus unterstützt wird, heißt es: "Der hessische Landtagsabgeordnete Philipp Pleß hat in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt kritisiert, daß Amtsräume des Rathauses dazu benutzt wurden, durch Beauftragte des Bundesverfassungsschutzes heimlich Filmaufnahmen von Teilnehmern an der Abschlußkundgebung des Ostermarsches anzufertigen. Die Unterzeichner halten ebenfalls diesen Vorgang für einen Verstoß gegen den Artikel 5 des Grundgesetzes und erklären sich mit dem Landtagsabgeordneten Pleß solidarisch."

- 2 -

Ein offener Brief aus dem Darmstädter Gewerkschaftshaus, der die Unterschriften von 25 Gewerkschaftssekretären und -angestellten trägt, lautet unter anderem: "Ein Teil der Unterzeichner, die selbst an dieser Kundgebung teilgenommen haben, können bestätigen, daß während der Kundgebung hinter vorgehaltenen Gardinen und Blumentöpfen heimlich Aufnahmen der Kundgebungsteilnehmer gemacht wurden. Wir unterstützen das Verlangen, daß diese Vorgänge schnellstens aufgeklärt werden, damit in Zukunft derartige Methoden, die in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz haben dürfen, unmöglich gemacht werden".

Rudolf Rolfs an Innenminister Schneider

Der als Publizist und Kabarettist bekannte Leiter des Frankfurter Kabarettts "Die Schmiere", Rudolf Rolfs, richtete einen Brief an den hessischen Innenminister Schneider, in dem es heißt:

"Sehr geehrter Herr Minister, Vorkommnisse am 18. April in Hofheim und am 19. April in Frankfurt zwingen mich, diesen Brief zu schreiben. Ich wurde von mehreren Teilnehmern der Kampagne für Abrüstung während der Mittagsrast in Hofheim darauf aufmerksam gemacht, daß sie aus den Fenstern der Landespolizeistation für den Landkreis Main-Taunus gefilmt und fotografiert wurden. Ich konnte mich von dieser Tatsache überzeugen. Daraufhin erbat ich als Staatsbürger und Publizist Auskunft beim Dienststellenleiter der dortigen Landespolizeibehörde über Art und Beweggründe dieser Fotoregistrierungen. Der Dienststellenleiter verweigerte mir nähere Auskünfte mit dem Hinweis darauf, daß hierfür eine Dienststelle aus Wiesbaden zuständig sei, die er nicht nennen dürfe und daß er keine weiteren Angaben machen dürfe.

Auch bei der Großkundgebung in Frankfurt wurden solche Aufnahmen gemacht. Das geheimnisvolle, halb versteckte Verhalten der Fotografen hat ebenso Verbitterung wie Mißtrauen ausgelöst. Es wird, nachdem Auskünfte über die Art der Dienststelle und Verwendungszweck der Aufnahmen verweigert wurden, der Verdacht bekräftigt, daß es sich hier um eine gegen das Grundgesetz verstossene und dem von der Mehrheit der hessischen Bevölkerung gefürchteten noch nicht verabschiedeten Notstandsgesetzpaket vorpraktizierte Maßnahme handelt.

Es ist beängstigend, wie sich der Staat mit solchen, an die Vergangenheit erinnern Methoden gerade bei so politisch denkenden Menschen, wie es Teilnehmer einer politischen Demonstration sind, in Mißkredit bringt. Ich als Staatsbürger und Publizist bitte Sie dringlichst um Auskunft über die Art der Dienststelle, welche die Aufnahmen machte, ihren Verwendungszweck und die staatsrechtliche Grundlage dieser Maßnahme."

Erklärung von 22 evangelischen Pfarrern

22 evangelische Pfarrer aus Frankfurt erklärten in einem Brief an Philipp Pleß: "Wir unterzeichneten evangelischen Pfarrer begrüßen Ihr mutiges Vorgehen gegen das Fotografieren der Ostermarschdemonstranten durch den Verfassungsschutz. Mit einer derartigen Maßnahme sehen wir eine Verletzung des Grundgesetzes durch Männer der Staatsregierung gegeben. Jeder Staatsbürger hat die Pflicht, dagegen zu protestieren. Unter den gegebenen politischen Verhältnissen sprechen wir Ihnen unseren Dank aus, daß Sie als einziger hessischer Parlamentarier öffentlich Widerspruch erhoben haben."

Stellungnahme der hessischen Naturfreundejugend

In einer Stellungnahme der Landesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands, Landesverband Hessen, heißt es unter anderem:

"Wir sehen in der Tatsache, daß sich der Verfassungsschutz mit Rückendeckung des zuständigen Ministers erlauben konnte, bei der legalen und ordnungsgemäß angemeldeten Demonstration des Ostermarsches 1965, die Demonstranten zu fotografieren und sich damit in Besitz von Bildmaterial zu setzen, das möglicherweise später, nach Verabschiedung von Notstandsgesetzen gegen diese Demonstranten verwendet werden ^{konnte}, einen eindeutigen Verstoß gegen das Grundgesetz und die Hessische Verfassung. Wir begrüßen besonders die Ankündigung des Landtagsabgeordneten Philipp Pleß, gegen den Verfassungsbruch des "Verfassungsschutzes" noch weitere Schritte einzuleiten. Wir möchten nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß sich in der Naturfreundejugend sehr viele gewerkschaftlich organisierte und auch sozialdemokratisch organisierte junge Menschen befinden, die gerade aus ihrer gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Grundhaltung heraus das Vorgehen des Verfassungsschutzes und auch der Männer der Landesregierung, die den Verfassungsschutz in dieser Sache stützen, als ein in einem demokratischen Rechtsstaat äußerst unwürdiges Verhalten ablehnen."

Stellungnahme von Wolfgang Abendroth

Prof. Dr. jur. Wolfgang Abendroth, ordentlicher Professor am Institut für wissenschaftliche Politik der Philippsuniversität Marburg, schreibt in einem Brief an den Landtagsabgeordneten Pleß unter anderem:

"... Als ehemaliger Verfassungsrichter am Hessischen Staatsgerichtshof begrüße ich nachdrücklich Ihren Protest gegen das Fotografieren der Ostermarschteilnehmer durch den Verfassungsschutz. Diese Maßnahme des Verfassungsschutzes ist meines Erachtens verfassungswidrig. Sowohl das Grundgesetz wie die Hessische Verfassung garantieren die allgemeinen Persönlichkeitsrechte, Versammlungsfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung. Dem Einzelnen, der diese Rechte zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, können diese Rechte durch das Verfassungsgericht aberkannt werden, verfassungswidrige politische Parteien und Vereinigungen können verboten werden. Bis zu einer Aberkennung oder zu einem Verbot besitzt jedoch jeder Staatsbürger uneingeschränkt das Recht, von seinen Grundrechten ungehindert Gebrauch zu machen. Das Fotografieren der Teilnehmer einer Kundgebung schränkt dieses Recht ein ..."

... Der hessische Innenminister beruft sich zu Unrecht darauf, die illegale KPD und Max Reimann hätten zu einer Beteiligung am Ostermarsch aufgerufen und deshalb müßte der Ostermarsch überwacht werden. Dieses Argument ist das Argument der CDU, das in der Aktion "Kampf dem Atontod" 1958 die Sozialdemokraten entrüstet zurückgewiesen haben. Der Hinweis auf die Aufrufe der illegalen KPD kann das Verhalten des Verfassungsschutzes nicht rechtfertigen. Der Verfassungsschutz muß - wie jede andere staatliche Behörde - nach dem Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel verfahren. Das Filmen oder Fotografieren der Teilnehmer des Ostermarsches verstößt gegen diesen Grundsatz, denn jedes Bild belastet einen verfassungstreuen Staatsbürger, der zufällig neben einem "Illegalen" steht oder der von diesem lediglich angesprochen wird. Dieser verfassungstreue Staatsbürger hat kein Mittel, sich gegen falsche Rückschlüsse des Verfassungsschutzes zur Wehr zu

setzen. Das vom Verfassungsschutz angewandte Mittel ist somit nicht geeignet, einen Verfassungsfeind zu entlarven, sondern nur, verfassungstreue Staatsbürger ungerechtfertigt zu belasten. Ich habe deshalb den Verdacht, daß sich die Fotoaktionen des Verfassungsschutzes weniger gegen die nach den eigenen Angaben des Verfassungsschutzes ohnehin bedeutungslosen Grüppchen der illegalen KPD richtet, sondern gegen die Mitglieder der SPD, die es wagen - Im Widerspruch zu den Empfehlungen von Herbert Wehner - von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen ..."

Stellungnahme von Klaus Vack, Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

1. Der hessische Innenminister Schneider hat für seine Erklärung, mit der er das versteckte und heimliche Fotografieren der Ostermarschteilnehmer zu rechtfertigen versuchte, eine Begründung gegeben, durch die der Eindruck entsteht, die Kampagne für Abrüstung und ihre Demonstrationen seien besonders anfällig für eine kommunistische Unterwanderung
2. Bei einer Pressekonferenz nach der Vietnam-Demonstration der Kampagne für Abrüstung erklärte der frankfurter Polizeipräsident, Dr. Littmann, sinngemäß, man habe mit der verfassungswidrigen Polizeiaufgabe zu dieser Demonstration "lediglich rein kommunistische Parolen" verbieten wollen ...
3. Bei Vernehmungen von frankfurter Bürgern, die nach der Vietnam-Demonstration vorübergehend festgenommen worden waren, wurden durch vernehmende Beamte der politischen Kriminalpolizei im frankfurter Polizeipräsidium Bilder vorgelegt und erwähnt, man benötige diese Bilder, um nachzuweisen, daß der Ostermarsch eine kommunistische Sache sei ...
4. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende, Herbert Wehner, erklärte an Ostern, die "Ostermarschierer" seien "nützliche Hilfstruppen Ostberlins" ...

Diesen vier Äußerungen könnte man weitere hinzufügen. Es stellt sich die Frage, wenn man solche Äußerungen hört oder liest: was soll's. Als Antwort drängt sich auf: man will eine oppositionelle Gruppe, an deren Spitze - sowohl als Organisatoren als auch als Repräsentanten - verfassungstreue demokratisch gesinnte Bürger stehen und die unterstützt wird von hunderttausenden Bürgern gleicher Gesinnung und Ziele, diffamieren und damit politisch mundtot machen.

Man arbeitet nach dem Motto "etwas wird schon hängen bleiben" und kann sich bei einem Teil des seit Jahrzehnten auf emotional anti-kommunistisch gedrillten deutschen Volkes sogar einige Erfolgchancen ausrechnen.

Selbstverständlich ist es trotz vieler Bemühungen der politischen Kriminalpolizei und jener, die deren Ergebnisse zur Kenntnis haben, nicht möglich, der Kampagne für Abrüstung das nachzuweisen, was man ihr ständig unterstellt. Wie sollte man auch, wo sich doch für jeden denkenden Menschen hinlänglich gezeigt hat, daß die Kampagne finanziell, organisatorisch und politisch völlig unabhängig ist.

Weshalb spricht man von der "Schützenhilfe" aus Ost-Berlin, obwohl bekannt ist, daß diese "Schützenhilfe" der Sozialdemokratischen Partei über ein Jahrzehnt zuteil wurde, heute noch den Gewerkschaften und anderen großen gesellschaftlichen Gruppen oder unabhängigen Persönlichkeiten zuteil wird. Man weiß, daß diese "Schützen-

hilfe" weder gewünscht noch ehrlich ist, doch das verschweigt man dezent, denn: der Kommunistschreck muß herhalten, nicht weil man wirklich glaubt, daß z.B. diese Kampagne für Abrüstung eine einseitige Sache sei, sondern weil man den vernünftigen - bei der gegenwärtigen verfahrenen deutschen Politik, für die Bundestagsparteien jedoch sehr unbequemen - Argumenten ausweichen will. Man will die Kampagne für Abrüstung in die verwickelte Situation eines Zweifrontenkrieges drängen.

Die Frage "Und wie hast du es mit dem Kommunismus?" wird gestellt, um die verantwortlichen Sprecher der Kampagne zu veranlassen, weniger von Abrüstung, Entspannung und Frieden zu reden, um dafür umso mehr zu reden über Abgrenzung gegenüber dem politischen Osten.

Dieser verzweifelte Versuch bleibt - das zeigen die vergangenen fünf Jahre - bis ins Lächerliche erfolglos, je länger die Kampagne für Abrüstung wirkt und stärker wird. So wie es in den letzten Jahren gelingen konnte, immer mehr aufrechte Männer und Frauen aus Gewerkschaften, Sozialdemokratie, Kirchen, Wissenschaft, Kunst und Publizistik für die Kampagne und ihre Ziele zu gewinnen, wird es bald gelingen, daß die Kampagne für Abrüstung in der gesamten Öffentlichkeit als das gesehen wird, was sie ist: eine unabhängige, außerparlamentarische Bewegung für Abrüstung und Entspannung in Ost und West.

Neben diesem Bekenntnis zu dem politischen Anliegen der Kampagne für Abrüstung geht es bei den Vorfällen der letzten Wochen noch um ein anderes Problem. Das Verhalten nicht nur der Politiker, sondern vor allem der Verwaltungsorgane gegenüber der Kampagne zeigt, wie wenig von dem, was die bundesrepublikanische Verfassung an Rechten garantiert und an Pflichten fordert, von der Verwaltung begriffen und anerkannt wird. Die Kampagne für Abrüstung hat es nie darauf angelegt, die Verwaltungen zu verärgern, sie wird aber von diesen immer wieder gezwungen, das garantierte Recht Stück für Stück abzutrotzen. Es scheint, daß man im Sinne unserer demokratischen Verfassung nur handeln kann, wenn man über einen Stab von Juristen und eine eigene Verwaltungsbürokratie verfügt. Zum anderen muß man das Schlimmste befürchten für die Zeit, wo solche Polizei- und Verwaltungsorgane über Notstandsgesetze verfügen. Es scheint deshalb für alle aufrechte Demokraten - nicht nur für die, die sich den Zielen der Kampagne für Abrüstung verpflichtet fühlen - hoch an der Zeit, alle Kräfte zu mobilisieren, daß einerseits die geplanten Notstandsgesetze nicht Wirklichkeit werden und zum anderen durch ständige Inanspruchnahme der in unserer Verfassung zugesicherten Rechte die Beamten in den Polizei- und Verwaltungsorganen, die bisher mit der Demokratie auf Kriegsfuß stehen, zu einem rechten Verhältnis zu der Verfassung eines freiheitlichen Rechtsstaates erzogen werden.

Offenbach (Main), 25. April 1965 - Vack



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

Neue Adresse:

605 Offenbach 4, Postfach 648
Buchrainweg 161,
Tel. 88 60 51/52

24. 4. 65

P R E S S E M I T T E I L U N G

Stellungnahme zu den Erklärungen von Philipp Pleß und Prof. Brundert

Der Frankfurter Oberbürgermeister Prof. Brundert hat in Beantwortung des offenen Briefes des SPD-Landtagsabgeordneten Philipp Pleß erklärt, weder er noch der Frankfurter Polizeipräsident hätten die Anfertigung von Fotos von Teilnehmern der diesjährigen Ostermarsch-Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg veranlasst. Der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat keine Veranlassung, diese Erklärung zu bezweifeln.

Zu unserem Bedauern sind wir aber gezwungen, der Öffentlichkeit davon Kenntnis zu geben, daß das politische Kommissariat der Frankfurter Polizei photographische Registrierungen von Personen vornimmt, die im Rahmen und in Wahrnehmung verfassungsmäßiger Rechte an politischen Veranstaltungen teilnehmen.

Was die politische Kriminalpolizei mit solchen Bildern macht, hat sich bereits bei Vernehmungen gezeigt. Anlässlich der Vernehmung von Frankfurter Bürgern, die an der Demonstration gegen den Vietnam-Krieg beteiligt waren, wurden von den vernehmenden Beamten der politischen Kriminalpolizei den vorgeladenen Serien von Fotos vorgelegt, mit der Aufforderung, Personenidentifizierungen vorzunehmen.

Dabei legten die Beamten bei der Vernehmung nicht nur Bilder vor, die während der Vorgänge auf der Zeil, Hauptwache oder in der Nähe des amerikanischen Generalkonsulats gemacht worden waren, sondern auch Fotos von der davorliegenden Demonstration vom Steinernen Haus zum Börneplatz.

Interessant war dabei die begleitende Argumentation der Beamten. Ein Beamter erklärte z.B., man benötige diese Bilder, um nachzuweisen, daß die Kampagne für Abrüstung eine kommunistische Sache sei. Ein anderer Beamter sagte, man werde die Bilder alle an die Landeszentrale schicken und dort werde bewiesen, daß die Demonstration und der Ostermarsch kommunistisch unterwandert seien. Außerdem werde man gegen die Kommunisten vorgehen, da sie sich unerlaubt versammelt hätten.

Von Seiten eines weiteren Beamten wurde behauptet, die Teilnehmer an den Ostermärschen seien alle Kommunisten, jedenfalls die meisten. Man solle sich nur einmal ansehen, wenn die am Ostermontag auf dem Römerberg ankommen: Alle mit erhobenen Fäusten, rechts und links. Dem jungen Mann, der von diesem Beamten vernommen wurde, wurde gesagt: "Sie wissen doch hoffentlich was das heißt und wenn die so überall auf der Welt weitermachen, haben wir bald den Weltkommunismus."

Verantwortlich: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

(Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648)

Postscheckkonto: Ffm. 57 648, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach am Main, Konto Nr. 740 294



Weiterhin sagte der gleiche Beamte: "Ich würde übrigens an Ihrer Eltern Stelle Ihnen nicht erlauben, am Ostermarsch teilzunehmen, weil man da ja leicht von der Polizei eins mit dem Gummiknüppel über den Schädel bekommen kann."

Der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung ist der Auffassung, daß sich der Frankfurter Oberbürgermeister und der Hessische Innenminister als dienstaufsichtsführende und verantwortliche Organe mit diesen Methoden der ihnen unterstellten Behörden beschäftigen müssen. Diese Verfahrensweisen sind geeignet, Staatsbürgern, die legal und demokratisch ihre politischen Rechte und Pflichten wahrnehmen, einzuschüchtern und damit ihnen die in der Verfassung garantierten Grundrechte der Handhabung zu entziehen. Die Behörden praktizieren auf diese Weise in Vorwegnahme Notstandsgesetze.

Insofern kann die Intervention des SPD-Landtagsabgeordneten Philipp Pleß bei dem Frankfurter Oberbürgermeister und dem Hessischen Innenminister als ein faires und mutiges Eintreten für die Demokratie in Deutschland von allen wirklich demokratischen Kräften nur begrüßt werden.

Offenbach, den 23. 4. 1965 - Vack

Institut für Zeitgeschichte

ED 718-24-154



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

Neue Adresse:
605 Offenbach 4, Postfach 648
Buchrainweg 161, Tel. 88 60 51/2

24. 4. 65

P R E S S E M I T T E I L U N G

Offener Brief an Polizeipräsident Dr. Littmann

Der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat heute in einem offenen Brief an Polizeipräsident Dr. Littmann dagegen protestiert, daß die Polizei Angaben gemacht hat über die Teilnehmerzahl am Ostermontag auf dem Römerberg und dabei die Zahl von 2.500 Teilnehmern genannt wurde.

In dem Brief heißt es u.a.: "Wir sind bestürzt über die Art und Weise, in der von Ihrer Dienststelle ständig versucht wird, den Prozess der politischen Willensbildung so zu beeinflussen, daß nonkonformistische Stimmen - wie die der Kampagne für Abrüstung - möglichst leise und möglichst wenigen vernehmbar sind. Als der Ostermarsch 1965 auf dem Römerberg eintraf, waren bereits mindestens 2.000 Menschen auf dem Platz. Insgesamt wurden in dem Demonstrationzug von uns 3.120 Menschen gezählt; nicht mitgezählt sind all jene, die während des Einzuges dieser großen Marschgruppe an anderen Seiten auf den Römerberg kamen. Der Einzug der Marschgruppe dauerte 28 Minuten. Die Marschgruppe war so lang, daß man kurz bevor die Spitze an der Hauptwache in die Liebfrauenstraße einbog, noch lange nicht das Ende absehen konnte, denn die Marschgruppe zog sich in diesem Augenblick an der Hauptwache über Rossmarkt, Goetheplatz, Rathenauplatz, Große Bockenheimer Straße bis zum Opernplatz."

Im offenen Brief wird die Frage gestellt, auf welches Recht sich die Polizei berufen kann, wenn sie sich anmaßt, geschätzte und unrichtige Zahlen über Teilnehmer an politischen Kundgebungen der Öffentlichkeit zu übergeben. Es heißt: "In einem demokratischen Rechtsstaat hat die Polizeibehörde Executiv-Funktion und nicht die Funktion einer politischen Willensbildung", wie man sie mit der Veröffentlichung solch falscher Zahlen betreibt. Der Hessische Ausschuß sieht in der "politischen Tätigkeit" des Polizeipräsidenten einen groben Amtsmissbrauch. Diese Auffassung über die Polizeibehörden müsse sich aufdrängen, wenn man addiere, was in den letzten Wochen geschehen sei. Dazu erinnert der Hessische Ausschuß an die verfassungsfeindliche und die "verkehrstechnischen" Auflagen zur Vietnam-Demonstration, an das Verbot der Benutzung eines Lautsprechers während des Ostermarsches auf der Marschstrecke und an die fotografische Tätigkeit der politischen Kriminalpolizei aus der Landespolizeistation in Hofheim und aus dem Römer."

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

Herausgeber: Ausdr. 102 Offenbach am Main, Waldstraße 17, Postfach 888



22.4.65

Der offene Brief an Polizeipräsident Dr. Littmann schließt:
"Wir möchten zum Schluß feststellen, daß es hoch an der Zeit ist,
daß man sich im Polizeipräsidium endlich wieder auf die Aufgaben
beschränkt, die einer Polizeibehörde in einer freien Stadt ent-
sprechen."

Offenbach, den 22.4.1965 - Strass

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach, 23.4.1965
Buchrainweg 161

24.4.65

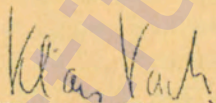
Liebe Freunde,

bitte nehmen Sie den beigegefügt Pressedienst zu den Erklärungen von Philipp Pleß und Prof. Brundert zur Kenntnis und verfolgen Sie - falls noch nicht geschehen - die Meldungen der Frankfurter Tageszeitungen vom Donnerstag und Freitag, vornehmlich der Frankfurter Rundschau, die am ausführlichsten berichtet hat.

Wir bitten Sie in diesem besonderen Falle sehr darum, an die Redaktionen der Frankfurter Zeitungen Leserbriefe zu schreiben, in denen Sie persönlich das Vorgehen der politischen Kriminalpolizei **verurteilen** und gleichzeitig - was uns sehr wichtig erscheint - das mutige Verhalten des SPD-Landtagsabgeordneten Philipp Pleß unterstützen. Die Adressen der Frankfurter Tageszeitungen sind: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6 Frankfurt, Börsenstr. 2; Frankfurter Neue Presse, 6 Frankfurt, Postfach; Frankfurter Rundschau, 6 Frankfurt, Große Eschersheimer Str. 16.

Da Herr Philipp Pleß sicherlich in der nächsten Zeit einigen ungeschönen Angriffen der verschiedensten Seiten ausgesetzt sein wird, empfehlen wir Ihnen, Herrn Pleß entweder eine Durchschrift Ihrer Leserbriefe zu senden, oder Ihm auch einen persönlichen Dankesbrief zu schreiben. Seine Adresse: Philipp Pleß, 6 Frankfurt, Ueberlinger Weg 23.

Mit freundlichen Grüßen,


(Klaus Vack)

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4, den 21.4.65
Buchrainweg 161
Postfach 648
Tel.: 886051/52

22.4.65

ED 718-24-156

Betr.: Demonstration gegen den Krieg in Vietnam vor der
US-Botschaft

Liebe Freunde,

der Regionalausschuß West der Kampagne für Abrüstung veranstaltet am kommenden Wochenende vor der US-Botschaft in Bad Godesberg eine Aktion gegen den Krieg in Vietnam. Vorgesehen sind:

1. am kommenden Freitag - 23.4.1965 - 15,30 Uhr treffen sich die Teilnehmer an der Demonstration vor der US-Botschaft in Godesberg-Mehlen, Deichmannsaue, und demonstrieren von 16.00 - 17.00 Uhr vor und in der Nähe der Botschaft.
2. um 17.00 Uhr beginnt eine eintägige Mahnwache, die ununterbrochen, also auch während der Nacht, vor der US-Botschaft aufgestellt sein wird.
3. am Samstag, dem 24.4.1965, wird die Mahnwache dann mit einer nochmaligen, größeren Demonstration von 16.00 - 17.00 Uhr abgeschlossen.

Prüfen Sie bitte, liebe Freunde, ob Sie evtl. gemeinsam mit anderen mit PKW's nach Bad Godesberg fahren können, um an dieser Demonstration teilzunehmen. Dabei möchten wir zum einen jene Freunde einladen, die bereit und in der Lage sind, an der 24 - stündigen Mahnwache ganz oder teilweise teilzunehmen. Zum anderen ist es sehr wichtig, daß bei der Demonstration am Samstag möglichst viele Leute mitmachen, wobei man bereits im Laufe des Vormittags oder des frühen Nachmittags anreisen sollte.

Transparente und Trageschilder werden durch den Regionalausschuß West zur Verfügung gestellt. Sie können sich jedoch auch selbstgefertigte Schilder mitbringen. Bei den selbstgefertigten Schildern sollten die Losungen unserer Frankfurter Vietnam-Demonstration verwendet werden. Wenn Sie gern eine eigene Losung mitführen möchten, bitten wir darum, dies mit den Verantwortlichen der Demonstration zu besprechen. Die Anschrift des Veranstalters lautet: Kampagne für Abrüstung - Regionalausschuß West - Bochum, Wittener Str. 183, Tel. 34339. Besonders zu erwähnen ist, daß bereits Presse- und Fernsehleute aus der Bundesrepublik, aber auch solche, die für das Ausland arbeiten, großes Interesse an dieser Aktion bekundeten und daß damit zu rechnen ist, daß die Demonstration einiges Aufsehen erregen wird. Umso wichtiger ist es, daß möglichst viele kommen, auch wenn dieser Termin, oder gerade weil dieser Termin kurz nach Ostern liegt.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Klaus Vack gez. Fritz Strauß

ED 718 - 24 - 157

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach, 21.4.65
Buchrainweg 161 22.4.65

An die örtlichen Ausschüsse

Leibe Freunde,

Sie finden beigefügt ein Rundschreiben, das wir heute an einen kleinen Kreis unserer Anhänger verschickt haben. Mit diesem Rundschreiben weisen wir auf eine Demonstration gegen den Krieg in Vietnam hin. Sie können sich denken, daß der Veranstalter, der Regionalausschuß West, das gleiche nachösterliche Ruhebedürfnis hat, wie alle Ausschüsse der Kampagne. Doch scheint es uns wichtig, gerade nach Ostern diese Demonstration zu machen und da es arbeitsmäßig und finanziell nicht möglich war, an alle Anhänger der Kampagne aus Hessen zu schreiben, bitten wir Sie von den örtlichen Ausschüssen sehr dringend, alles zu tun, daß eine kleine Gruppe mit einem PKW oder gar mit mehreren Wagen nach Bad Godesberg fährt, um an der Demonstration teilzunehmen.

Wir werden demnächst zu einer gemeinsamen Sitzung mit den örtlichen Ausschüssen einladen, um eine Auswertung des Ostermarsches vorzunehmen, doch damit möchten wir Sie und uns noch vierzehn Tage verschonen.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Klaus Vack

gez.: Fritz Strass

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4, den 21.4.65
Buchrainweg 161
Postfach 648
Tel.: 886051/52

ED 718-24-158

Betr.: Demonstration gegen den Krieg in Vietnam vor der
US-Botschaft

Liebe Freunde,

der Regionalausschuß West der Kampagne für Abrüstung veranstaltet am kommenden Wochenende vor der US-Botschaft in Bad Godesberg eine Aktion gegen den Krieg in Vietnam. Vorgesehen sind:

1. am kommenden Freitag - 23.4.1965 - 15,30 Uhr treffen sich die Teilnehmer an der Demonstration vor der US-Botschaft in Godesberg-Mehlen, Deichmannsaue, und demonstrieren von 16.00 - 17.00 Uhr vor und in der Nähe der Botschaft.
2. um 17.00 Uhr beginnt eine eintägige Mahnwache, die ununterbrochen, also auch während der Nacht, vor der US-Botschaft aufgestellt sein wird.
3. am Samstag, dem 24.4.1965, wird die Mahnwache dann mit einer nochmaligen, größeren Demonstration von 16.00 - 17.00 Uhr abgeschlossen.

Prüfen Sie bitte, liebe Freunde, ob Sie evtl. gemeinsam mit anderen mit PKW's nach Bad Godesberg fahren können, um an dieser Demonstration teilzunehmen. Dabei möchten wir zum einen jene Freunde einladen, die bereit und in der Lage sind, an der 24 - stündigen Mahnwache ganz oder teilweise teilzunehmen. Zum anderen ist es sehr wichtig, daß bei der Demonstration am Samstag möglichst viele Leute mitmachen, wobei man bereits im Laufe des Vormittags oder des frühen Nachmittags anreisen sollte.

Transparente und Trageschilder werden durch den Regionalausschuß West zur Verfügung gestellt. Sie können sich jedoch auch selbstgefertigte Schilder mitbringen. Bei den selbstgefertigten Schildern sollten die Losungen unserer Frankfurter Vietnam-Demonstration verwendet werden. Wenn Sie gern eine eigene Losung mitführen möchten, bitten wir darum, dies mit den Verantwortlichen der Demonstration zu besprechen. Die Anschrift des Veranstalters lautet: Kampagne für Abrüstung - Regionalausschuß West - Bochum, Wittener Str. 183, Tel.34339. Besonders zu erwähnen ist, daß bereits Presse- und Fernsehleute aus der Bundesrepublik, aber auch solche, die für das Ausland arbeiten, großes Interesse an dieser Aktion bekundeten und daß damit zu rechnen ist, daß die Demonstration einiges Aufsehen erregen wird. Umso wichtiger ist es, daß möglichst viele kommen, auch wenn dieser Termin, der gerade weil dieser Termin kurz nach Ostern liegt.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Klaus Vack gez. Fritz Strass

ED 718-24-159

kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner



pressediens

19.4.65 21.4.65

dieses material steht zu freiem abdruck zur verfügung, um zusendung eines belegexemplars und um quellenangabe wird gebeten.

Trotz Regen und Hagel hat sich auch in diesem Jahr die Zahl der Teilnehmer an den Ostermärschen der Atomwaffengegner gesteigert, die von Karfreitag bis Ostermontag auf 16 Strecken in der Bundesrepublik stattfanden und heute mit Abschlußkundgebungen in Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, München und Basel beendet wurden. Veranstalter der Märsche war die Kampagne für Abrüstung; zur Teilnahme hatten unter anderen aufgerufen: Prof. Dr. Fritz Baade MdB, Dr. h. c. Werner Bockelmann, Walter Dirks, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Rolf Hochhuth, Prof. Eugen Kogon, Wolfgang Neuss und Hans Werner Richter. Von gewerkschaftlicher Seite hatten unter anderen Adolph Kummernuss, Egon Lutz und die Bundesjugendsekretäre der Gewerkschaften ÖTV, Chemie und Druck und Papier als Personen zum Ostermarsch aufgerufen.

An den Vorbereitungskundgebungen, den Märschen und den Abschlußkundgebungen am Ostermontag nahmen in der Bundesrepublik etwa 130 000 Menschen teil. Bemerkenswert war der hohe Anteil junger Leute.

Die Ostermärsche, die sich nach wie vor eindeutig gegen Atomwaffen gleich welcher Art und welcher Nation richten, setzten sich auch gegen jede Beteiligung der Bundesrepublik an atomaren Waffensystemen, gegen Notstandsgesetze und für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa ein. Die Ostermärsche forderten eine Politik der Entspannung, auch gegenüber den Völkern des Ostens.

Die Sprecher der Kundgebungen verurteilten die Militärpolitik der USA in Vietnam und forderten Verhandlungen aller Beteiligten, einschließlich der Vietkong. Die Regierung der Bundesrepublik habe kein Mandat der Bevölkerung, um den Krieg in Vietnam gutzuheißen. Die Aufgabe einer deutschen Politik könne nur darin liegen, zu Verhandlungen und zu friedlichen Lösungen des Konfliktes beizutragen.

Bei den Abschlußkundgebungen am Ostermontag sprachen unter anderen Parlamentsabgeordnete der britischen Regierungspartei, katholische und evangelische Theologen und Funktionäre der Gewerkschaften.

In einer Erklärung der Kampagne für Abrüstung zum Wahljahr 1965 wird die außerparlamentarische und überparteiliche Rolle der Kampagne betont. Die Kampagne forderte auf, die Diskussion über Abrüstung und Entspannung in alle Parteien hineinzutragen und die Bundestagskandidaten vor diese Frage zu stellen. Die zentralen Fragen der deutschen Politik dürften aus dem Wahlkampf nicht ausgeklammert werden. Als Beitrag hierzu kündigte die Kampagne die Vorlage eines Sofort-Programmes für eine deutsche Entspannungspolitik an.

605 Offenbach (Main), 19. April 1965 - ZA

Kampagne für Abrüstung
 Ostermarsch der Atomwaffengegner
 - Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach (Main) 4
 Postfach 648
 Ostern 1965

ABSCHLUSSERKLÄRUNG FÜR DEN OSTERMARSCH 1965

Seit fünf Jahren demonstriert die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik. Seit fünf Jahren haben ihre Ostermärsche an Teilnehmern, Zustimmung und Unterstützung gewonnen. Auch in unserem Lande erkennen immer mehr Menschen, daß Sicherheit für alle und die Normalisierung der Verhältnisse in Deutschland nur durch Entspannung und Abrüstung zu erreichen sind.

Die Kampagne für Abrüstung ist eine unabhängige, außerparlamentarische Bewegung. Sie wendet sich an die Öffentlichkeit, an die Kirchen, die Gewerkschaften, die Parteien, das Parlament und die Regierung und fordert:

Sorgt dafür, daß die Bundesregierung endlich einen eigenen Beitrag zur Entspannung, Rüstungsbeschränkung und Abrüstung in Europa leistet!

Der im Herbst abtretende Bundestag hat in dieser Sache versagt. Er hat die gefährliche Politik der Regierung, die nach Atomwaffen strebt, einen Atomminengürtel durch Deutschland plant und Notstandsgesetze vorbereitet, unterstützt oder geduldet. Diese Politik bedroht die Demokratie, vertieft die Spaltung Deutschlands und vergrößert die Kriegsgefahr. Sie hat in Ost und West neues Mißtrauen herausgefordert und führt die Bundesrepublik mehr und mehr in weltpolitische Isolierung.

Zweimal in diesem Jahrhundert hat Deutschland auf Machtpolitik und Rüstung gesetzt. Die Folgen waren katastrophal. Soll unser Land zum dritten Mal einen Weg gehen, an dessen Ende nur zu leicht der dritte Weltkrieg steht?

Wer es gut meint mit Deutschland, der setzt auf Entspannung und Abrüstung. Für die ersten notwendigen Schritte in dieser Richtung gibt es vielfältige Vorschläge von Politikern aus Ost und West, die genutzt werden können. Einen Vorschlag der Bundesregierung indes gibt es nicht.

Deshalb wird die Kampagne für Abrüstung ein Sofortprogramm ausarbeiten auf der Grundlage ihrer bisherigen Forderungen und Haltung:

- + Keine Atomwaffen auf deutschem Boden
- + Keine Beteiligung der Bundesrepublik an atomaren Waffensystemen
- + Rüstungsbeschränkung und atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa
- + Keine Notstandsgesetze - nicht Abbau sondern Ausbau der Demokratie in der Bundesrepublik
- + Zusammenarbeit mit allen Staaten zur Lösung der großen Menschheitsaufgaben: der Beseitigung von Hunger und Krieg.

Dieses Sofortprogramm wird die Kampagne der Öffentlichkeit vor den Bundestagswahlen zur Diskussion vorlegen.

Die parlamentarische Demokratie lebt von der freien Diskussion und der freien Wahl der Bürger zwischen Alternativen. Wenn die großen Parteien dieses System nicht funktionsfähig halten können, wenn sie keine Alternative bieten, der Diskussion ausweichen und die zentralen Fragen der deutschen Politik aus dem Wahlkampf ausklammern, müssen wir als außerparlamentarische, an keine Partei gebundene Kampagne die Diskussion über eine Alternativ-Politik, eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung erzwingen. Das Sofort-Programm der Kampagne soll ein Ansatzpunkt hierfür sein.

Die Kampagne appelliert deshalb an alle Teilnehmer der Ostermärsche und an alle Bürger der Bundesrepublik:

Tragt die Diskussion über Abrüstung und Entspannung in alle Parteien!

Stellt die Bundestags-Kandidaten vor diese Fragen!

In Erinnerung an das Ende des zweiten Weltkrieges vor 20 Jahren hat die UNO die Völker der Erde aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. Dieser Ruf sollte gerade von uns Deutschen gehört und mit eigenen Initiativen beantwortet werden, die eine deutsche Politik der Entspannung und Zusammenarbeit einleiten. Eine solche Politik muß ganz besonders auch gegenüber all den Völkern praktiziert werden, deren Länder wir im Kriege zerstört haben; also auch gegenüber Völkern, die heute dem Ostblock angehören. Nur so kann Friedenssicherung und Entspannung verwirklicht werden.

Zum Abschluß der diesjährigen Ostermärsche ruft die Kampagne für Abrüstung alle Deutschen guten Willens auf, mit aller Entschiedenheit und Energie dafür zu sorgen, daß diese Politik der Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit durchgesetzt wird.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

Diese Abschlusserklärung wurde am Ostermontag unter großem Beifall auf allen Abschlußkundgebungen der deutschen Ostermärsche verlesen.

ERKLÄRUNG DER KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG ZU VIETNAM

Vietnam ist heute der gefährlichste Krisenherd der Welt. Im Angesicht der Niederlage haben die USA den Krieg in Vietnam ausgeweitet und damit den Weg der Eskalation beschritten, der von allen Militärfachleuten als der sicherste Weg zu einem neuen Weltkrieg angesehen wird.

In Südvietnam ist Entkolonialisierung noch immer nicht Wirklichkeit geworden. Von Frankreich haben die USA die Kolonialherrschaft übernommen. Sie kämpfen in diesem Lande nicht für die Freiheit, wie sie behaupten, sondern gegen die nationale Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes, die nach den Genfer Vereinbarungen ihren Ausdruck durch freie Wahlen finden sollte. Die USA stützen sich in Vietnam auf ein korrumpiertes, rückständiges gesellschaftliches System, das weit von demokratischer Haltung entfernt ist und führen den Krieg gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Amerika kämpft in Vietnam aus strategisch-machtpolitischen Gründen um seinen Einflußbereich in Südostasien. Dabei wird deutlich, wie militärische Machtpolitik und freie Selbstbestimmung eines Volkes einander ausschließen. Dies gilt nicht nur in Vietnam, sondern auch für Deutschland, wo ebenfalls die Militärpolitik einer Normalisierung der Verhältnisse entgegensteht.

Im Interesse des Weltfriedens fordern wir:

- + die sofortige Beendigung der militärischen Eskalation durch die USA, d.h. die Einstellung aller Angriffe auf Nordvietnam und des Einsatzes von Gas und Napalmbomben.
- + die Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen Beteiligten, einschließlich der Vietkong, ohne Bedingungen, um einen Waffenstillstand und anschließend eine militärische Neutralisierung zu erreichen, in deren Rahmen allein Selbstbestimmung erreicht werden kann
- + die Bildung einer internationalen Kommission zur Durchführung freier Wahlen in Südvietnam.

Alle Völker fordern wir auf, ihren Regierungen und den kämpfenden Parteien in Vietnam unmißverständlich deutlich zu machen, daß nur Verhandlungen und nicht militärische Aktionen in Vietnam in ihrem Interesse liegen. Wir sagen dies heute mit aller Entschiedenheit besonders unserer Bundesregierung, die vom deutschen Volk kein Mandat hat, den schmutzigen Krieg in Vietnam zu begrüßen oder gut zu heißen. Sie hat von uns nur das eine Mandat: nämlich zu Verhandlungen in Vietnam beizutragen und dem seit Jahrzehnten in kolonialen Kriegen gequälten Menschen in Vietnam wirtschaftlich zu helfen.

Der Krieg in Vietnam muß beendet werden, ehe seine Trümmer uns alle begraben!

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

Diese Erklärung wurde bei den Kundgebungen der deutschen Ostermarsehe 1965 vorlesen!



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

18.4.65
21.4.65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Hessischer Ostermarsch am 2.Tag

Von Rüsselsheim über Hofheim nach Frankfurt-Höchst demonstrierten die Teilnehmer am hessischen Ostermarsch 1965 am heutigen Ostersonntag.

Vor Marschbeginn fand auf dem Marktplatz in Rüsselsheim ein evangelischer Gottesdienst statt, den der Stadtjugendpfarrer aus Darmstadt, Becker, hielt und an dem sich neben den Marschteilnehmern auch evangelische Gemeindemitglieder aus Rüsselsheim beteiligten.

Der ständig anhaltende Regen hatte einige - vorwiegend ältere - Marschteilnehmer abgehalten. Dennoch legte die Marschgruppe, die mit 500 Teilnehmern begann und zum Schluß ca. 700 Teilnehmer zählte, eine insgesamt 24 km lange Strecke zurück.

Gute Resonanz in Hofheim

Gut aufgenommen wurde der Ostermarsch in Hofheim. Am Ortseingang wurden die Marschteilnehmer mit einem über die Straße gespannten Transparent begrüßt, auf dem stand "Hofheim grüßt den Ostermarsch der Atomwaffengegner". Während der Mittagspause sammelten mehrere Marschteilnehmer Unterschriften für eine Petition an den Deutschen Bundestag, die unter anderem Initiativen der Bundesregierung "gegen Atomwaffen auf deutschem Boden, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa" fordert. Dieser Petition schlossen sich in Hofheim in knapp 2 Stunden 2.146 Bürger an. Ein Vertreter des Magistrats von Hofheim begrüßte den Ostermarsch offiziell und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Atomwaffengegner auch in Hofheim so aktiv für ihre Ziele demonstrierten.

Bei einer Kundgebung auf dem Kellereiplatz in Hofheim sprachen Dr. Fritz Katz, Iserlohn und der Stuttgarter Betriebsrat Fritz Lamm. (Auszüge aus den Reden sind diesem Pressediensst beigelegt.)

Kundgebung in Frankfurt-Höchst

Auf dem Marktplatz in Höchst wurde mit einer Kundgebung der 2. Tag des hessischen Ostermarsches beendet. Der Sprecher des Hessischen Ausschusses, Klaus Vack aus Offenbach, wandte sich bei seiner Einführung scharf gegen eine Erklärung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner, der die Ostermarschteilnehmer als "nützliche Hilfstruppen Ostberlins" bezeichnet hatte. Vack sagte

"Die gleichen unqualifizierten Angriffe mußte sich die Sozialdemokratische Partei und namentlich auch Herbert Wehner jahrelang von der CDU/CSU machen lassen. Als Mitglied der SPD und sicher auch im Namen aller sozialdemokratischen Unterzeichner des Ostermarschaufrufes fordere ich hiermit Herbert Wehner auf, sich endlich sachlich mit den vernünftigen Forderungen der Kampagne für Abrüstung auseinanderzusetzen und das Gerede von Osthörigkeit und Kommunistenfreundlichkeit zu unterlassen. Es ist unfähr und gemein, wenn aufrechte Sozialdemokraten, die z.B. in der atomaren Frage oder in Entspannungs- und Abrüstungsproblemen das Godesberger Parteiprogramm ernst nehmen, in dieser Weise von dem stellvertretenden Parteivorsitzenden behandelt werden. Ich danke dagegen all jenen, die die Kampagne durch ihre Unterschrift unter den Ostermarschaufruf und auch durch Teilnahme am Ostermarsch 1965 unterstützen. Folgende prominente Sozialdemokraten haben den Ostermarsch 1965 unterstützt: Prof. Dr. Fritz Baade MdB, Adolph Kummernuss, Dr. h.c. Werner Böckelmann, die hessischen Landtagsabgeordneten Radke, Pleß und Weis, die hessischen Kommunalpolitiker Karl Appellmann, Prof. Gläss und Walter Buckpesch. In über 50 Städten und Gemeinden der Bundesrepublik haben Bürgermeister, Gemeinderäte und weitere SPD-Funktionäre den Ostermarschaufruf unterstützt. Für alle, die unser Anliegen falsch oder verkürzt darstellen, sei noch einmal gesagt: wir demonstrieren in diesen Ostertagen gegen Atomwaffen in Ost und West. An Stelle der Diffamierungen und auch an Stelle manchen falschen Beifalls, nämlich, indem man über unser Anliegen einseitig informiert, fordern wir alle Politiker dieser Erde auf, insbesondere aber die im Bundestag vertretenen Parteien und weitere gesellschaftliche Gruppen in der Bundesrepublik: macht endlich Schluß mit Mißtrauen und Rüstung in Ost und West! Setzt Euch an den Verhandlungstisch und einigt Euch im Interesse der Völker, die zu vertreten Eure Aufgabe wäre!"

Bei der Kundgebung in Höchst sprachen Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt und der Geschäftsführer der IG Chemie in Darmstadt, Heinz Günther Lang. (Auszüge der Reden sind diesem Pressedienst beigelegt)

Verfassungsschutz beim Ostermarsch

Ein großes Aufgebot von politischer Kriminalpolizei war bei Kundgebungen und Märschen damit beschäftigt, möglichst alle Teilnehmer zu filmen. Anscheinend besteht gerade bei jenen Behörden, die eigentlich die Verfassung schützen sollten, das Bedürfnis bereits Bildmaterial anzusammeln, mit dem man nach Inkrafttreten der Notstandsgesetze gegen "unliebsame Opponenten" vorgehen kann. Obwohl es sicher nicht angenehm ist, sich in den Bildarchiven der politischen Kriminalpolizei zu befinden, trugen die Teilnehmer am Ostermarsch die Filmerei mit Würde und Gelassenheit.

Weitere Gewerkschafter unterstützen den Ostermarsch

Als Musterbeispiel für die auch während der Ostertage steigende Unterstützung des Ostermarsches aus Gewerkschaftskreisen ist zu erwähnen, daß am Ostersonntag im Kasseler Gewerkschaftshaus 24 hauptamtlich Beschäftigte den Aufruf zum Ostermarsch 1965 unterzeichneten. Gleichzeitig wurden bei der Unterschriftensammlung von den Gewerkschaftssekretären und Angestellten im Kasseler Gewerkschaftshaus DM 364.-- an persönlichen Spenden eingesammelt.

Offenbach (Main), 18. April 1965 - Strass

Fritz Lamm, Stuttgart, Betriebsratsvorsitzender in Hofheim:

schloß sich der Meinung einer amerikanischen Professorengruppe an welche die Militärtheoretiker und Praktiker als "gefährliche Idioten" gezeichnet hatte und stellte fest, "wenn wir von unseren Gegnern als nützliche Idioten bezeichnet werden, so müssen wir dies als einen Ehrentitel ansehen. Es werden noch viele 'nützliche Idioten' gebraucht, um die gefährlichen aus ihren Funktionen zu verdrängen und um der Vernunft einen Platz in der politischen Wirklichkeit zu schaffen".

Fritz Lamm begrüßte den Aufruf der 21⁷ Professoren gegen die geplante Notstandsgesetzgebung. Die Äußerung Herbert Wehners, die Ostermarschierer seien "nützliche Hilstruppen Ostberlins", wurden von Lamm als eine Beleidigung für viele Sozialdemokraten bezeichnet. Er fand es erstaunlich, daß die "Regierungsmannschaft" von Schriftstellern, welche die Ostermarsch-Bewegung unterstützen, ihre politische Biographie verfassen läßt.

Dr. Fritz Katz, Iserlohn, Arzt in Hofheim:

"... Wir marschieren gegen die Atomwaffen und für kontrollierte Abrüstung; wir marschieren gegen atomaren Völkermord und -selbstmord und darum für das Leben, für die Menschheit und für die Menschlichkeit. Aber diese Demonstration der Vernunft, des Gewissens und des Lebenswillens paßt offenbar nicht in das Konzept derjenigen, die vor und besonders hinter den Kulissen, bisweilen unter Mißachtung demokratischer Grundsätze, eine Politik betreiben, die sie Politik in deutschem Interesse, kurz: deutsche Politik zu nennen belieben. Diese sogenannte Politik, deren jammervolle Pleite in letzter Zeit so peinlich offenbar geworden ist, soll trotz ihrer mit Händen zu greifenden Mißerfolge stur weiter betrieben werden. Dazu aber braucht man im Herbst die Stimmen schafsgeduldiger Wähler. Der deshalb auch weiterhin notwendigen Verdummung der Wähler stehen u.a. die Ostermärsche im Wege. Also bekämpft man sie mit zwar entsetzlich abgeleierte, aber leider immer noch bei naiven Menschen wirksamen Argumenten. In diesem Jahr dient hierzu eine Broschüre mit der Fragestellung "Was ist der Ostermarsch?" Trotz billigster Gedankenführung ist die Herstellung dieses Druckwerks alles andere als billig. Vielleicht haben wir sogar mit unserem Steuergeldern dazu beitragen dürfen. Die Broschüre zeigt auf rund 30 Seite Glanzpapier ebenso viele Fotos, von denen sich in sorgfältig abgewogenem Verhältnis die Hälfte auf Ostermärsche in der Bundesrepublik bezieht, während die andere Hälfte Szenen aus der DDR, an der Berliner Mauer und an der Zonengrenze wiedergibt. Diese Fotos sind - abgesehen von der Zweckbestimmtheit ihrer Auswahl - jedes für sich allein genommen echt und wahr. Die eine Hälfte zeigt das Ulbricht-System in seiner ganzen Häßlichkeit und Gewalttätigkeit. Stellt also die Broschüre "die" Wahrheit dar? Nie und Nimmer! Sie ist ein geradezu widerwärtiges Machwerk deswegen, weil sie nur die halbe Wahrheit vor Augen führt. Und diese halbe Wahrheit wirkt auf oberflächlich denkende Menschen wie ein ganzes Lügengewebe. Das ist leicht zu beweisen...

... Wie sehen nun die Folgen dieser sogenannten Sicherheitspolitik aus? Gewaltdenken, Gewaltdrohung, Atomkriegsbereitschaft auf der einen Seite rufen Angst, Unsicherheitsgefühle und Gegengewalt auf der anderen Seite hervor. Und die daraus folgenden Sicherheitsmaßnahmen auf der Gegenseite führen wieder zur Erhöhung der sogenannten Verteidigungsbereitschaft auf der einen Seite. Beide Seiten schaukeln sich gegenseitig in ihrer Bewaffnung hoch und halten damit den Teufelskreis in Gang..."

Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt in Höchst:

"... Vor 5 Jahren entstand der Ostermarsch aus dem Nichts. Zwei Tatsachen sind für die damalige Zeit bestimmend gewesen: die Bundesrepublik entwickelte sich in allen entscheidenden Fragen zu einem "Einparteienstaat", ein letzter Hort des Kalten Krieges, während umgekehrt die internationale Welt den Kalten Krieg zu beenden suchte...

... Die letzten 5 Jahre haben einige Fortschritte gebracht: die unkriegerische Lösung der Kuba-Krise, das Atomteststoppabkommen, der "heiße Draht" zwischen Moskau und Washington. Durch den Protest der gesamten zivilisierten Welt, einschließlich der zivilisierten Bundesrepublikaner, wurde die Regierung der USA gezwungen, innerhalb weniger Tage des Gaskrieg in Vietnam zu beenden ...

... Die deutsche Bundesrepublik hat die Politik des Kalten Krieges fortgesetzt und ist dadurch in eine immer größere Isolierung geraten. Keiner unserer westlichen Verbündeten will eine Deutschland-Initiative vor dem Hintergrund der Forderung nach den Grenzen von 1937 einleiten...

... Mehrere politische Projekte unserer Bundesregierung sind gescheitert: die MLF kam nicht zustande; durch den Druck der Umwelt ist die Verjährung der Naziverbrechen verhindert worden; durch den Protest vieler deutscher Menschen sah sich die Bundesregierung gezwungen, sich von ihrem eigenen Atomminenplan zu distanzieren...

... Clemenceau hat einmal gesagt, es sei eigentümlich, in Deutschland habe man eine andere Einstellung zum Tode als bei anderen Völkern. Das pathologische Interesse deutscher Militärpolitiker, Deutschland mit Hilfe von Atomminensperren endgültig von der Landkarte verschwinden zu lassen, ist kein politisches Problem mehr, sondern eines für den Psychiater...

... Die Ostermarschierer lieben jedoch ihr Land. Wir möchten das, was uns nach zwei verbrecherischen Kriegen an nationaler Substanz geblieben ist, in eine friedlichere, gleichberechtigte und sinnvolle Zukunft aller Völker überführen. Der Ostermarsch demonstriert die Existenz des "anderen Deutschlands". Eine junge, unbelastete, durch die Niederlagen der Demokratie vor dem Faschismus moralisch nicht korrumpierte Generation, versucht die positiven Traditionen unseres Landes fortzusetzen ..."

Heinz Günther Lang, Darmstadt, Geschäftsführer der IG Chemie in Höchst:

"... Die Forderungen des Ostermarsches 1965 sind auch die politischen Forderungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, denn der DGB-Kongreß 1966 erklärte: 'Der DGB wird die Kräfte unterstützen, die willens und fähig sind, mit demokratischen Mitteln die Wiederbewaffnung und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen.' Es ist aber nicht mit Entschließungen getan, wir müssen auf die Straße gehen, und unsere Forderungen dadurch der Verwirklichung näher bringen ..."

... 20 Milliarden DM werden jährlich in der Bundesrepublik für eine sinnlose Aufrüstung ausgegeben. Auf der anderen Seite fehlen Schulen für unsere Kinder. Eine einzige Polaris-Rakete der Bundeswehr kostet 23 Millionen DM. Dafür könnte man 23 hervorragende Schulen bauen. Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik brachte eine immer stärkere Gefährdung unserer Demokratie mit sich, da eine Wehrmacht in einer Demokratie immer ein Fremdkörper bleiben wird, denn in der Armee herrscht nun einmal kein demokratisches Klima ..."



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

17. 4. 65

21. 4. 65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Beginn der Ostermärsche 1965

Am heutigen Ostersonntag begannen trotz des ungünstigen Wetters mit einer überaus regen Beteiligung die diesjährigen Ostermärsche der Atomwaffengegner. An den Kundgebungen in Kiel, Oldenburg, Braunschweig, Bielefeld, Duisburg, Mainz, Saarbrücken, Erlangen und in anderen deutschen Städten sowie an den Märschen beteiligten sich ca. 15 000 Menschen. An den über 300 Vorveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet, einschließlich Westberlin, haben bereits 50 - 55 000 Personen teilgenommen. Eine Petition an den deutschen Bundestag, die unter anderem Initiativen der Bundesregierung "gegen Atomwaffen auf deutschem Boden und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa" fordert, wurde von über 100 000 Bürgern unterschrieben.

Als Redner bei den ersten Kundgebungen am Ostersonntag traten Wissenschaftler, Gewerkschafter, Pfarrer, Jugendleiter, Künstler und der britische Labour-Abgeordnete Hugh Jenkins auf.

Hessischer Ostermarsch von Mainz nach Frankfurt

Der diesjährige hessische Ostermarsch führt von Mainz zum Frankfurter Römerberg. Vor rund 1 500 Demonstranten, die sich zur Eröffnungskundgebung des hessischen Marsches auf dem Gutenbergplatz in Mainz versammelt hatten, sprachen heute morgen Pastor Herbert Mochalski, Frankfurt und der Bundesjugendleiter der deutschen Naturfreundejugend, Herbert Faller. (Auszüge der Reden sind diesem Pressediens beigefügt.)

Für den Mainzer Ortsausschuß der Kampagne für Abrüstung begrüßte Pfarrer Heinz Symanowski die Kundgebungsteilnehmer. Er forderte im Gedenken der Bombenzerstörung von Mainz vor 20 Jahren von allen Politikern, gleich ob sie auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene tätig sind, wirklich eine Politik einzuleiten, die garantiert, daß sich das, was der zweite Weltkrieg als Bilanz hinterlassen habe, nicht mehr wiederholen könne. Jetzt, wo Deutschland wieder aufgebaut sei, gelte es zu verhindern, daß diese Häuser, Straßen und Städte nicht noch einmal der Zerstörung anheim fallen und daß die Menschen friedlich in diesen Häusern leben könnten.

- 2 -

Im Anschluß an die Eröffnungskundgebung begann die erste Tagesstrecke mit ca. 18 km über Kastel, Kostheim, Gustavsburg, Bischofsheim nach Rüsselsheim. Bedingt durch den Dauerregen nahmen an diesem ersten Ostermarschtag ca. 600 Personen als Marschierer und mehr als 300 in Pkw's und Bussen teil. Am dem Marsch beteiligte sich zeitweise der SPD-Landtagsabgeordnete Philipp Pleß. Neben den vielen jungen Teilnehmern, teilweise aus Verbänden wie Gewerkschaftsjugend, Evangelische Jugend, Jungsozialisten, SDS und LSD befinden sich beim hessischen Marsch wieder mehrere Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, evangelische Pfarrer, Professoren, Wissenschaftler und SPD-Kommunalpolitiker. Die Beteiligung ausländischer Delegationen beschränkte sich am ersten Tag auf kleinere Gruppen aus England, Frankreich und Dänemark. Weitere ausländische Delegationen werden am Ostersonntag erwartet.

Am Spätnachmittag sprachen bei einer Kundgebung auf dem Marktplatz in Rüsselsheim Rudi Müller, Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall und Heiner Halberstadt, Mitglied des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung. (Auszüge aus diesen Reden sind dem Pressedienst beigelegt)

Der erste verregnete Ostermarschtag verlief in Hessen trotz allem in zuversichtlicher Stimmung. Vor allem wurde von den Marschteilnehmern anerkannt, daß Presse, Funk und Fernsehen in wesentlich stärkerem Maße den Ostermärschen und den politischen Forderungen der Kampagne für Abrüstung teilnehmen und darüber berichten.

Die Abschlußveranstaltung für Ostersonntag fand im Volkshaus Mörfelden statt. Das hannoversche Kabarett "Die Leid-Artikler" zeigte vor rund 1.000 Anwesenden ein zündendes politisches Programm. Vorher hatte ein Sprecher der britischen Delegation die Grüße vom Aldermaston-Marsch überbracht. Im Auftrag des britischen Labour-Abgeordneten Frank Allaun, der bereits in früheren Jahren bei den Ostermärschen als Redner auftrat, sagte der Sprecher: "Wir werden in diesem Jahr in England nicht nur gegen den Krieg ganz allgemein und für Entspannung und Abrüstung demonstrieren, sondern vor allem auch gegen den schrecklichen Krieg in Vietnam, der zur Zeit die größte Gefahr für den Weltfrieden darstellt."

Herbert Wehner und Ostermarsch

Nach einer upi-Meldung vom 17.4.1965 hatte der stellvertretende SPD-Vorsitzende, Herbert Wehner, die Teilnehmer am Ostermarsch als "nützliche Hilfstruppen Ostberliner" bezeichnet. Der Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Klaus Vack, Offenbach, stellte dazu fest, daß sich Herbert Wehner mit seiner Erklärung in Gegensatz zu vielen prominenten Sozialdemokraten gesetzt habe. Herbert Wehner könne scheinbar auf die vernünftigen Argumente der Kampagne für Abrüstung nur mit Diffamierung antworten. Es sei bedauerlich, daß gerade einer der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, die gegen die Aufrüstungs- und Notstandspolitik der Bundesregierung opponierende Kampagne als kommunistisch hinstellen wolle. Im Zentralen Ausschuss der Kampagne für Abrüstung sei man überzeugt, daß die trotz Warnungen und Diffamierungen von Jahr zu Jahr steigende Zahl und Prominenz der Unterstützer für die Ziele der Kampagne für Abrüstung auch aus sozialdemokratischen- und Gewerkschaftskreisen auch in Zukunft zunimmt.

Dem ist hinzuzufügen, daß der Versuch, bei einigen Ostermärschen eine diffamierende Broschüre zu verteilen, in der die Kampagne für Abrüstung als Kommunistenhörig bezeichnet wird, gescheitert ist. Gegen diese Broschüre wurde vom Landgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung unter Aktenzeichen 15 - Q 176/65 erlassen.

Internationale Grußbotschaften

Der Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell und der Oberbürgermeister von Hiroshima übersandten neben weiteren international bekannten Persönlichkeiten Grußtelegramme. Bertrand Russell schreibt: "Ich begrüße die Ostermärsche in der Bundesrepublik Deutschland. Sie demonstrieren den Wunsch eines großen Teiles des deutschen Volkes nach Beendigung des Kalten Krieges in Mitteleuropa. Es ist bewegend zu erfahren, daß Menschen in Deutschland den Mut haben, sich öffentlich der Militärpolitik und der sterilen Politik ihrer politischen Führer zu widersetzen. Wenn die Regierung in Bonn wirklich an ihre Parolen von Frieden und Freiheit glauben würde, würde jedes Mitglied dieser Regierung die Ostermärsche begrüßen."

In dem Telegramm von Shinzo Hamai, Oberbürgermeister von Hiroshima, heißt es: "Die Bewohner der Stadt Hiroshima begrüßen aufs herzlichste die Ostermärsche der Kampagne für Abrüstung und wünschen ihnen jeden Erfolg. Bitte überbringen Sie unsere Friedensgrüße dem ganzen deutschen Volk."

Offenbach (Main), 17. April 1965 - Riedel

Auszüge aus den Reden beim hessischen Ostermarsch 1965 (Samstag)
 =====

Herbert Faller, Frankfurt, Bundesjugendleiter der deutschen Naturfreundejugend in Mainz:

"... Die letzten 5 Jahre haben viel Arbeit gekostet. Wir haben Kraft gebraucht, den Angriffen im privaten und öffentlichen Bereich zu widerstehen. Oft waren diese Angriffe plump und dumm wie die Broschüren, die wieder verteilt werden. Es sind die Diffamierungen derer, die mit ihrem politischen Latein am Ende sind und unseren Argumenten nichts mehr entgegenzusetzen haben.

Aber es ist uns gelungen, eine sichtbare Position der Demokratie und des Friedens in der Bundesrepublik zu schaffen, die Kampagne für Abrüstung...

Jedes Gesetz, auch das Grundgesetz; auch die Grundrechte, wird überwuchert, wenn es nicht angewendet, nicht ausgefüllt wird von denen, für die das Gesetz geschaffen wurde. In unseren Grundrechten gibt es schon allerlei Gestrüpp, das uns als behördliche Schikane entgegentritt, als Versuch, die Einreise ausländischer Gäste zu verhindern, uns von belebten Straßen abzuhalten oder die Verwendung von Lautsprechern zu verbieten. Wir schlagen immer wieder Gassen in dieses Gestrüpp und wir erklären hier, daß wir uns entschieden dagegen wenden, daß es durch Notstandsgesetze zu einer nicht mehr übersteigbaren Barriere ausgebaut wird. Wir erklären uns solidarisch mit den Gewerkschaften und mit den 215 deutschen Professoren, die jetzt wieder Stellung genommen haben. Notstand im Innern und Rüstung nach außen haben den gleichen Nährboden und die gleiche Zielsetzung. Sie sind zwei Seiten der Rüstungspolitik.

Hier erweist es sich: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie! ..."

Pastor Herbert Mochalski, Frankfurt in Mainz:

"... Am 8. Mai dieses Jahres werden es 20 Jahre her sein, daß wir von der schrecklichen Diktatur Hitlers befreit wurden. Nach 20 Jahren droht uns jetzt eine neue Form der Diktatur.

Wer heute nicht hellwach ist, wird morgen vergeblich klagen über den Verlust der Freiheit, über den Verlust der Grundrechte des Staatsbürgers über den totalen Notstandsstaat.

Jetzt ist der Augenblick des Widerstandes! Wird dieser Augenblick verpasst, ist das Schicksal der Zweiten Republik besiegelt.

Mit den 215 Universitätsprofessoren, mit Hunderten von Pfarrern, Schriftstellern und Journalisten, Künstlern, appelliere ich an die Arbeiterschaft und an ihre Gewerkschaftsvorstände:

Widersteht mit entschlossenem Willen den Notstandsgesetzen, die mit der Einschränkung entscheidender Grundrechte, vor allem des Streikrechts, geradewegs zur Aufrichtung diktatorischer Gewalt führen!"

Rudi Müller, Frankfurt, Gewerkschaftsekretär beim Vorstand der IG Metall in Rüsselsheim:

"... Robert Jungk hat festgestellt, daß zahlreiche sowjetrussische Wissenschaftler, einer der Universität Kiew ausgegangenen Initiative folgend, die allgemeine Einstellung der Atomwaffen-Versuche, auch derer ihrer eigenen Regierung, erlangt haben: Warum erfahren wir nichts davon?

Das alles gehört zum Thema Entpolitisierung.

Diese Entpolitisierung geht schon so weit, daß es gefährlich erscheint, sich auf das Grundgesetz zu berufen, denn auf das Grundgesetz berufen sich doch nur die Kommunisten ...

... Atomwaffen richten sich nicht gegen den Angreifer. Sie richten sich gegen die Wohn- und Arbeitszentren im Lande. Sie richten sich also gegen Menschen, die an dem Angriff nicht beteiligt sind, ja sogar, was bisher mit Waffen niemals möglich war, gegen die noch nicht geborenen Kinder. Sie sind ihrem Wesen nach keine Verteidigungswaffen. Sie sind nicht einmal Angriffswaffen. Sie sind überhaupt nur ein Mittel der Zerstörung...

... Jegliche Bemühung um zukünftige Formen menschlichen Zusammenlebens ist seit dem 6. August 1945 ein Akt puren Selbsterhaltungswillens. Seit dem Atombombenabwurf auf Hiroshima, spätestens aber seit der Zündung der H-Bombe auf Bikini im Jahre 1952 ist der Krieg keine Fortsetzung der Politik mehr mit anderen Mitteln. Spätestens seit diesem Zeitpunkt darf im Spiel der Mächte die Möglichkeit des Krieges nicht mehr ins Kalkül gezogen werden. Seit diesem Zeitpunkt sollte das Wort "Krieg" nur noch in den Geschichtsbüchern zu finden sein.

Wir werden für die neue Massengesellschaft auf unserem hochtechnisierten Stern neue Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens finden, wir werden die Diskrepanz zwischen dem fortgeschrittenen Stand unserer Wissenschaft und Technik und dem rückständigen mangelnden Verantwortungsbewußtsein für eine neue Menschheit auf einer Erde überbrücken - oder es wird eine Menschheit im Sinne ihrer jüngsten, erst 5 000jährigen Geschichte nicht mehr geben.

Um ein großes Unglück zu verhüten, muß man alles, nicht nur etwas tun."

Heiner Halberstadt, Frankfurt, Mitglied des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung in Rüsselsheim:

"... In Nürnberg und beim Auschwitz-Prozess in Frankfurt wurde der organisierte Massenmord verurteilt; die strategische Planung von heute, über die täglich geradet und geschrieben wird, beschäftigt sich mit der Verbrennung von 100 und mehr Millionen Menschen...

... Die Amerikaner wollen, vernünftigerweise, die sogenannte Atomschwelle so hoch wie möglich gelagert wissen, während Herr von Hassel und seine deutschen Strategen "Atomminen, nukleare Luftverteidigungswaffen und atomare Gefechtswaffen" unmittelbar an der Ostgrenze der Bundesrepublik haben wollen. Das läuft auf eine derartige Verdichtung des militärischen Zündstoffes an der Grenze zum Osten hinaus, daß selbst jeder örtliche und begrenzte Konflikt die Atomspirale unweigerlich in Gang setzen würde. Dem wiederum liegt die Überlegung zugrunde, der Osten werde es sich versagen müssen, auf bundesdeutsche Aktionen, gleich welcher Art, militärisch zu reagieren...

... Welche Alternativpolitik ist dem gegenüber zu stellen. Es gibt da nur eine einzige. Sie heißt Disengagement. Oder konkreter formuliert: die Einrichtung einer atomwaffenfreien, rüstungsverdünnten Zone in Mitteleuropa. Um dieses Projekt, das in seiner detaillierten Fassung jetzt bereits über 5 Jahre alt ist, ist es nicht ruhig geworden, weil die Vernunft nicht zur Ruhe kommen kann. Nicht nur die 3 davon betroffenen Ostländer treten unentwegt dafür ein, sondern Männer wie Prof. Kennan, der einst die NATO mitkonzipierte, wie Paul Henri Spaak, ehemaliger NATO-Generalsekretär und neuerdings sogar der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, General Heusinger. Ferner findet der Plan die Unterstützung der Labour-Regierung, und mit gewissen Vorbehalten, die der skandinavischen Staaten. Die USA und Frankreich haben sich wohlweislich nie dagegen festgelegt..."



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

19.4.65

21.4.65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Ostermärsche 1965 beendet

Wie der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung mitteilte, nahmen an den Vorbereitungskundgebungen, den Märschen und Abschlußkundgebungen zum Ostermarsch 1965 etwa 130 000 Menschen teil. Insgesamt fanden am heutigen Ostermontag Abschlußkundgebungen statt in Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, München und Basel. (Eine Presseerklärung des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, die über die Entwicklung der Ostermärsche auf Bundesebene informiert, ist diesem hessischen Pressediensst beigelegt.)

Der letzte hessische Marschtag durch Frankfurt

Vor ca. 1 500 Demonstranten eröffnete heute vormittag der Sprecher des Hessischen Ausschusses, Klaus Vack, auf dem Marktplatz in Höchst den letzten Ostermarschtag. Die Marschgruppe machte sich anschließend mit 1 200 Demonstranten auf den Weg durch die Frankfurter Innenstadt zum Römerberg. Klaus Vack konnte Gäste aus Dänemark, England, Holland, USA und eine Delegation der französischen Postgewerkschaft begrüßen. Er bedankte sich bei Gemeindepfarrer Andres, der 200 Demonstranten das Gemeindehaus zur Übernachtung zur Verfügung gestellt hatte.

Klaus Vack verlas eine Grußadresse der bekannten Frankfurter Schriftstellerin Marie Luise Kaschnitz, in der es heißt: "Wer sich am Ostermarsch 1965 beteiligt, schämt sich nicht, einzugestehen, daß er Angst hat, Angst vor dem Leiden und dem Sterben seiner Kinder, Angst vor der Vernichtung all dessen, was seinem Leben und seiner Arbeit einen Sinn gegeben hat. Er ist ein Gegner der Gewaltpolitik und der Atomwaffen; der ewige Friede ist für ihn keine Utopie, sondern eine Hoffnung, eine allgemeinem kontrollierte Abrüstung sein nächstes Ziel.

Bei dem Marsch durch Höchst und Frankfurt schlossen sich unterwegs ständig weitere Demonstranten an.

Auf dem Kurfürstenplatz starteten die Atomwaffengegner wieder mehrere tausend Luftballons mit Grußkarten an die Finder, die zur Unterstützung der Ziele der Abrüstung aufforderten.

An der Spitze des hessischen Ostermarsches marschierten neben den Rednern und den führenden Mitgliedern des hessischen Ausschusses auch der 2. Vorsitzende des DGB-Landesbezirkes Hessen und SPD-Landtagsabgeordnete Philipp Pleß, der Vorsitzende der Jungsozialisten Nitzling und mehr als 20 Gewerkschaftssekretäre aus dem Frankfurter Gewerkschaftshaus.

Bei dem Einzug auf den Frankfurter Römerberg wurden genau 3 126 Teilnehmer gezählt. Obwohl während der 2stündigen Kundgebung es ununterbrochen regnete, teilweise ging ein wahrer Platzregen nieder, verließen die Teilnehmer die Kundgebung nicht vor dem offiziellen Abschluß. Bei der Kundgebung sprachen: der katholische Publizist und Schriftsteller Christian Mayer-Amery; der Leiter des frankfurter Kabarett "Die Schmiere", Rudolf Rolfs; der Bezirkssekretär der IG Chemie, Willi Brune, der Vorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, Herbert Stubenrauch, Wuppertal. (Auszüge aus den Reden sind diesem Pressedienst beigelegt)

Zur Eröffnung der Kundgebung erläuterte der Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Klaus Vack, noch einmal die politischen Ziele der Kampagne und die Breite und Prominenz von Männern und Frauen, die die Kampagne für Abrüstung durch ihre Unterschrift unter den Ostermarschaufruf 1965 unterstützen.

Vack sagte, man demonstriere in diesem Jahr besonders für: Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde; Verbot der Weitergabe von Atomwaffen; Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen; erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung; Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen; Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen; Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung. (Weitere Auszüge aus der Rede sind diesem Pressedienst beigelegt)

Rudolf Rolfs wandte sich in seiner Rede unter anderem sehr heftig dagegen, daß bei der Ostermarschkundgebung in Hofheim aus dem dortigen Polizeigebäude und nun bei der Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg die Demonstranten durch Beamte der politischen Kriminalpolizei fotografiert würden. Er stellte die Frage, ob der hessische Ministerpräsident Zinn darüber informiert sei, daß man sich bei den Ostermärschen Bildmaterial für die "politische Verbrecherkartei" macht.

Bei der Kundgebung auf dem Römerberg konnten ausländische Gäste und Delegationen begrüßt werden aus Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien, Spanien, Italien und den Vereinigten Staaten. Ein junger Engländer, der den hessischen Ostermarsch über 3 Tage mitgemacht hatte und ein Sprecher der französischen Postgewerkschaft sprach kurze Grußworte.

Zum Schluß der Kundgebung verlas der Sprecher die Schlußerklärung aller deutschen Ostermärsche, die das Programm der Kampagne für Abrüstung für das vorliegende Arbeitsjahr kennzeichnet. Die Erklärung wurde mit großem Beifall aufgenommen. (Sie ist in vollem Wortlaut dem Presse-material des Zentralen Ausschusses beigelegt)

Spendefreudigkeit unter den Atomwaffengegnern

Es wurde bereits in früheren Pressediensten auf die Finanzierung der Arbeit der Kampagne für Abrüstung hingewiesen. Auch in diesem Jahr haben rd. 1 200 Teilnehmer für den Ostermarsch eine Gebühr von DM 20.-- bezahlt. Darüber hinaus gingen in den letzten Monaten vor Ostern aus dem Anhängerkreis der Kampagne für Abrüstung an vorwiegend Klein- und Kleinstbeträgen über 12.000.-- DM Spenden ein. Eine Sammlung unter den Teilnehmern der Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg erbrachte nochmals einen Spendenbetrag von knapp 5.000.-- DM.

605 Offenbach (Main), 19. April 1965 - Strass

Auszüge aus den Reden der Abschlußkundgebung des hessischen Ostermarsches auf dem Frankfurter Römerberg (Ostermontag)

Herbert Stubenrauch, Wuppertal, Vorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer:

"... Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat vor 4 Jahren ein Parlament gewählt. Es hat die Aufgabe, der Sicherheit, dem Wohle und der Freiheit dieser Bevölkerung zu dienen.

Die Hunderttausend Menschen, die in diesem Jahr zu Ostern drei Tage durch Land und Stadt gezogen sind und sich jetzt zu dieser Stunde in den Großstädten der Bundesrepublik zu ihren Kundgebungen versammeln, so wie wir hier auf dem Römerberg versammelt sind, sind nicht das Parlament, sie haben keine gesetzgebende Gewalt, sie haben auch anscheinend keine Macht in der Hand. Aber sie sind trotzdem ein Parlament, ein außerparlamentarisches Parlament, in dem mündige, freie Bürger zusammengekommen sind, weil sie sich in lebenswichtigen Fragen von dem Parlament in Bonn nicht mehr vertreten fühlen. Diese Bürger sind von niemandem hierher delegiert worden, es sei denn von ihrem eigenen Gewissen; sie haben kein anderes Mandat wahrzunehmen als das ihrer eigenen Interessen, und sie treibt kein anderes Interesse als das, der Sicherheit, dem Wohle und der Freiheit unseres Volkes und der Welt zu dienen...

... Wir sind davon überzeugt, daß bei aller politischen Apathie unser Volk und unsere Politiker auf Sachlösungen ansprechbar sind. Das in den Ostermärschen deutlich und unübersehbar gewordene Nein zu dem Militär- und Rüstungskurs des gewählten Parlaments ist ein konstruktives Nein. Wir sind keine Hinderwäldler, die sektiererisch eine alleinseligmachende Ideologie anpreisen wollen, die glauben, das Mittel gefunden zu haben, um die Welt und die Menschen 'gut' zu machen. Wir sind realistisch genug, zusammen mit führenden Köpfen in aller Welt einen Weg aufzuzeigen, der begehbar, unmittelbar zu verwirklichen ist und der zur Sachlösung der Probleme, die uns heute bedrängen, führen kann.

Diese Probleme sind: 1. Den Frieden zu erhalten. 2. Das ungeheure soziale Gefälle zwischen den Hungernden und den Habenden auf dieser Welt zu überbrücken. 3. Die Freiheit des einzelnen Bürgers vor dem Zugriff der Macht zu schützen.

Diese drei Probleme können, und das ist der Kern unseres Vorschlages; einzig und allein durch internationale Kooperation aller Völker gelöst werden. Die UNO hat deshalb dieses Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit erklärt. Die Kampagne ist, soweit wir wissen, die einzige Stelle in der Bundesrepublik, die diesen Gedanken aufgegriffen hat. Die Kampagne ist gleichzeitig Teil einer internationalen Aktion, einer weltweiten Bewegung für dieses Ziel der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker der Welt, um die drei lebenswichtigen Probleme, die vor uns liegen, zu lösen..."

Christian Mayer-Amery, München, katholischer Publizist und Schriftsteller:

"... Die politische Unabhängigkeit, meine Freunde und Mitbürger, -- die gerade in diesen Ostertagen wieder einmal in Zweifel gezogen werden sollte -- sehe ich nach wie vor in der Kampagne für Abrüstung gegeben. Wenn heute von interessierter Seite immer und immer wieder behauptet wird, daß diese Kampagne in Gefahr sei, östlichen Einflüssen zu unterliegen, so ist, im wahrsten Sinne des Wortes, der Wunsch der Vater des Gedankens. Was könnte denn, so möchte ich fragen, den erbärmlichen Skribenten, die sich hinter dunkel finanzierten Tarnverlagen verkriechen und von dort aus teure Postwurfsendungen

auf Ghanzpapier verschicken (hierzu vermerkt dieser Pressedienst: die diffamierende Broschüre, die die Kampagne für Abrüstung als kommunistisch oder kommunistenhörig bezeichnet, darf durch eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Hamburg nicht mehr verteilt werden.) lieber sein, als wenn die Kampagne für Abrüstung, wenn der Ostermarsch und die Ostermarsch-Bewegung dem östlichen Einfluß erliegen sollten? Hier, so scheint mir, gehen die Interessen Ulbrichts und die Interessen der bewußten oder unbewußten Friedensfeinde in der Bundesrepublik Hand in Hand. Sagen wir an dieser Stelle einmal ganz offen: es gibt überhaupt nur eine Möglichkeit, daß dieser Ostermarsch ein Werkzeug Ulbrichts wird; und zwar geschähe dies in dem Augenblick, wo die tapferen, die unabhängigen Männer und Frauen, die bisher diese Bewegung organisieren und finanzieren, den Einflüsterungen und Distanzierungen, den Zwecklügen und Zweck-Entstellungen dieser Skribenten glauben und sich von der Bewegung zurückziehen. Nicht die Ostermarschbewegung kann auf eine Abhängigkeit von Ulbricht zusteuern - das wäre schon ihr Ende, das wäre der politische Todeskuß für sie in diesem Land und in dieser Zeit. Nein, ihre Gegner, die sie verleunden, wünschen das. Sie wünschen, daß diese demokratische Bewegung, den Kommunisten oder ihren fellow travellers in die Hände fällt. Sie wünschen, daß die Sache des Friedens und der internationalen Vernunft ausschließlich und überall mit den Interessen des Kommunismus und des Ostens identifizierbar wird. Dann erst, so rechnen sie, wird es möglich sein, die letzten und lästigsten Reste einer demokratischen öffentlichen Meinung in diesem Lande los zu werden. Dann erst wird man, ungetrübt vom leisesten Hauche demokratischer Kritik, darangehen können, den Obrigkeitsstaat, den Notstandsstaat, die Herrschaft einer in Ewigkeit lizenzierten Bürokratie und eine sinnentleerte Verfassung zu stülpen. Dann wird der deutsche Bürger in den Normalzustand zurückkehren, der ihm, immer der Meinung dieser Leute nach, einzig angemessen ist: nämlich den Normalzustand des Untertanen ..."

Rudolf Rolfs, Frankfurt, Leiter des Kabarets "Die Schmiere":

"... Gestatten Sie mir bitte, daß ich voraus einen Telegrammtext verlese: Der Kampagne für Abrüstung wünsche ich einen vollen Erfolg. Ich freue mich, daß es Staatsbürger gibt, die mit dem Mittel des Ostermarsches glauben, den Weg gefunden zu haben, die Mitmenschen auf die Notwendigkeit der Abrüstung hinweisen zu können. Ihrer verantwortungsbewußten staatsbürgerlichen Initiative zolle ich meine Anerkennung. Gezeichnet: Erhard, Bundeskanzler.

Dieses Telegramm gibt es nicht. Dieses Telegramm und das ist das Erschreckende an unserer Situation, dieses Telegramm kann es nicht geben. Warum nicht? Weil Staatsbürgerinitiative in unserem Land nur dann genehm ist, wenn sie sich als Mitläufertum gibt, also gar keine Initiative ist. Die Bundesrepublik ist ein riesiges Gewächshaus, in dem Mitläufer gezüchtet werden!

Und die verantwortlichen Gärtner haben es geschafft, daß in unserem Volk das Obrigkeitsdenken noch so fest verwurzelt ist, daß der Bürger glaubt, es sei anarchistisch anders zu denken, als der Kaiser, Führer oder Kanzler.

Aber ich als chronischer Grundgesetzleser sage Ihnen: Nein, es ist keine Majestätsbeleidigung, sich lautstark gegen die Herrschenden für die Abrüstung einzusetzen. Es ist Selbsterhaltungstrieb!

Es ist keine Majestätsbeleidigung, gegen die Politik unserer 'Majestäten' zu sein. Es ist aber eine Beleidigung humanitärer Gefühle, diese Politik schweigend zu akzeptieren. Und ein Volk, das

mit dem heuchelnden Brustton bramabarsierenden Phrasendrusches sagt es sei 'demokratisch', so wie es in der Nazizeit sagte, es sei 'gut deutsch', dieses Volk läßt nicht sich eine Politik machen, wie man sich von einer Luftschaukel fortbewegen läßt. Hin und her ... Doch nie wirklich vorwärts! In einer Demokratie spreche ich aber nicht den schuldig, der schaukelt, sondern zuerst den, der sich schaukeln läßt!

Wir, die wir aktiv für die Abrüstung eintreten, lassen uns nicht schaukeln! Ich muß unsere Gegner darüber hinaus enttäuschen, denn wir lassen uns noch nicht einmal schaukeln von irgendwelchen Ostermarschorganisatoren. Und es gibt keinen Ostermarschorganisator in Berlin-Pankow, daran können auch fleißige Ostermarschrundfunksendungen des Deutschlandsenders nichts ändern.

Aber soll ich am Ostermarsch nicht teilnehmen, nur weil der Deutschlandsender für uns auf die Pauke haut, als trügen wir rote Halstücher und blaue Hemden? Da frage ich: Würden CDU-Wähler keine Butter mehr kaufen, wenn Ulbricht sagt, wir sollten hier alle Butter essen?

Nein, ich lasse mir weder von hier noch von drüben vorschreiben, was ich zu denken habe. Und das Denken ist ein viel zu rarer Artikel geworden, als daß ich irgendjemanden zuliebe darauf verzichten würde!..."

Willi Brune, Frankfurt, Gewerkschaftssekretär bei der IG Chemie, Bezirksleitung Hessen:

" ... Im Jahre 1962 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund bei seinem 6. ordentlichen Bundeskongreß in Hannover eine EntschlieÙung angenommen, die mit den Worten beginnt: Nicht Atomwaffen und Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerverfrieden.

Es heißt in dieser EntschlieÙung weiter: Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen. Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte Rüstung gesichert werden kann, sondern nur durch ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und der ständigen Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern!

Ich meine, solche EntschlieÙungen sind richtig, gut und nützlich. Aber sie sind wertlos, wenn sie nur auf dem Papier stehen. Es muß endlich mehr passieren, als nur die Aneinanderreihung von EntschlieÙungen. Mehr praktische Politik überall da, wo Menschen darauf warten, zur politischen Aktion gerufen zu werden. Das tut die Kampagne für Abrüstung, deshalb stehe ich hier ...

... Und wenn dann wirklich einmal einige hundert Menschen, die nicht wollen, daß das Jahr 1965 in einem Atemzug mit den Entsetzensjahren 1914 und 1939 genannt wird, die nicht wollen, daß Vietnam - wie damals Spanien - als Experimentierfeld, als Generalprobe für den dritten Weltkrieg benutzt wird, auf die Straße gehen - wie kürzlich in Frankfurt geschehen - um ihrer satten, zufriedenen, ungerührten Umwelt demonstrativ auf diese unhumane Politik aufmerksam zu machen, dann wird von Seiten der Behörden mit Hilfe von der Verfassung nachgesagten Gesetzen, der Versuch unternommen, diese Verfassung außer Kraft zu setzen ...

... Die Beratung der geplanten Notstandsgesetze im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestags sind geheime Kommandosache. Die drei Bonner Parteien haben strengstes Stillschweigen vereinbart. Niemand weiß, wie weit die Beratungen wirklich gediehen sind. Die

Öffentlichkeit ist ausgeschlossen. Dabei sind die Öffentlichkeit wir, das Volk und die Politiker die Volksvertreter!

Da muß doch etwas im Verhältnis zwischen Volk und Volksvertretern nicht in Ordnung sein, wenn gerade bei den Gesetzen, die die Lebensfragen unserer jungen Demokratie berühren, die Politiker die Staatsbürger selbst von der einfachsten Information ausschließen.

Ein altes preußisches Sprichwort sagt: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Mir scheint, jetzt ist UNRUHE DIE ERSTE BÜRGERPFLICHT! ..."

Klaus Vack, Offenbach, Sprecher des Hessischen Ausschusses:

" ... Zu unserer Demonstration gegen den Krieg in Vietnam hat uns das Polizeipräsidium in Frankfurt eine verfassungswidrige Auflage gemacht. Wir haben gegen den Verfasser dieser Auflage eine Strafanzeige wegen Nötigung erstattet. Für alle Vorgänge nach dieser Demonstration sind die Polizeistellen verantwortlich, denn sie haben die Demonstranten durch die gesetzeswidrige Auflage und durch das spätere Verhalten provoziert.

Wir danken dem Frankfurter Oberbürgermeister, Prof. Brundert, daß er sich von der verfassungsfeindlichen Auflage der Polizei distanziert hat. Wir danken auch den demokratischen Jugendverbänden Frankfurts, der Presse und dem Frankfurter SPD-Vorstand, die sich ebenfalls gegen diesen Verfassungsbruch aussprachen ...

... Durch die Flut der Rundfunkmeldungen aus der DDR könnte für manchen der Eindruck entstehen, die Kampagne für Abrüstung sei eine einseitige Angelegenheit. Dazu möchte ich zitieren aus einem Brief, den der Zentrale Ausschuß der Kampagne vor einiger Zeit an den damaligen Ministerpräsidenten Grotewohl geschrieben hat: Der Widerstand der Kampagne richtet sich mit der selben Entschiedenheit gegen die Aufrüstungs- und Atomwaffenpolitik unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, wie gegen gleichartige politische Auffassungen und Maßnahmen in allen Ländern. Wir lehnen die Lagerung, Herstellung und Erprobung von Atomwaffen jeder Nation in Ost und West ohne jede Einschränkung ab. Wir lehnen konsequenterweise auch die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik aller Bündnissysteme ab; dieselben Vorbehalte, die wir gegenüber der NATO haben, haben wir auch gegenüber dem Warschauer Pakt, weil beide Abschreckung für notwendig und friedenserhaltend ansehen. Wir wollen uns in der Bundesrepublik darum bemühen, daß man sich kein verzerrtes Bild von der Gegenseite macht, daß unser Wille zur Abrüstung den anderen Völkern glaubhaft wird und daß konkrete Schritte zur Abrüstung und Entspannung unternommen werden. Wir bitten Sie, in Ihrem Lande dasselbe zu tun ..."

An diesen Ostertagen demonstriert die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner gegen Atomwaffen in Ost und West, für Entspannung und Abrüstung. Heute ist der hessische Ostermarsch von Mainz nach Frankfurt in Ihrer Stadt eingetroffen. Damit Sie sich objektiv über die Forderungen und Bestrebungen der Kampagne für Abrüstung informieren können, laden wir zu einer Kundgebung ein.

Kundgebung in Hofheim

Ostersonntag, 15 Uhr,
Kellereiplatz

Es sprechen: **Dr. Fritz Katz**, Iserlohn, Arzt
Fritz Lamm, Stuttgart, Betriebsrat



**Kampagne für Abrüstung –
Ostermarsch der Atomwaffengegner**

Hessischer Ausschuß

Offenbach am Main, Buchrainweg 161

Verantwortl.: Fritz Strass, Wiesbaden · Druck: W. Plaueln, Offenbach

OSTERMARSCH-LIED

WOLF BIERMANN

19. 4. 65 *Romer-Berg*

Was soll aus uns noch werden
(Weise: O Haupt voll Blut und Wunden)

Was soll aus uns noch werden
Uns droht so große Not
Die Erde wird sich färben
Ganz blut und feuerrot
Was soll aus uns noch werden
Uns droht so großer Tod
Und wenn wir alle sterben
Dann stirbt mit uns die Not

Refrain: Mensch, wir sind nicht doof im Kopf!
Juppheidi, juppheida
Welches Schwein drückt auf den Knopf?!
Juppheidiheida
Sperrt die Affen in den Zoo!
Generäle ebenso!
Juppheidi, juppheida
Wir sind nicht zum Sterben da
Juppheidi, juppheida
NICHT ZUM STERBEN DA!

Uns selbst der Tod wird sterben
Der gute Knochenmann
Er muß mit uns verderben
Wenn er nichts töten kann
Da wird nichts mehr zum Sterben
Vorhanden sein, mein Gott!
Vom Himmel auf die Erden
Falln sich die Engel tot

Refrain: Mensch, wir sind nicht doof im Kopf!
Juppheidi, juppheida
Welches Schwein drückt auf den Knopf?!
Juppheidiheida
Schießt die Mörder auf den Mond
Denn er ist noch unbewohnt!
Juppheidi, juppheida
Wir sind nicht zum Sterben da
Juppheidi, juppheida
NICHT ZUM STERBEN DA!

Die Welt ist so verworren
Das Korn reift auf dem Feld
Die Erde wird verdorren
Wenn Feuerregen fällt
Die Welt ist so zerrissen
Und ist im Grund so klein
Wir werden sterben müssen
Dann kann wohl Friede sein

Refrain: Mensch, wir sind nicht doof im Kopf!
Juppheidi, juppheida
Welches Schwein drückt auf den Knopf?!
Juppheidiheida
Die Atomkraft ist sehr gut
Wenn sie uns nicht töten tut
Juppheidi, juppheida
Wir sind nicht zum Sterben da
Juppheidi, juppheida
NICHT ZUM STERBEN DA!



Drei Tage Ostermarsch

17. April: Mainz — Rüsselsheim

18. April: Rüsselsheim — Ffm.-Höchst

19. April: Ffm.-Höchst — Römerberg

15.00 Uhr:

Großkundgebung — Römerberg



„Ich habe Anrecht auf eine heile Welt“

REDNER: Christian Mayer-Amery, München, Schriftsteller; Rudolf Rolfs, Frankfurt, Leiter des Kabarets „Die Schmiere“; Willi Brune, Frankfurt, Gewerkschaftssekretär; Herbert Stubenrauch, Wuppertal, Bundesvorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer.

Haben wir eine Chance?

Haben wir tatsächlich die Chance, morgen in einer Welt zu leben, in der nicht mehr Rüstung und militärische Gewalt ist, sondern Wohlstand und Sicherheit für alle?

Natürlich „Wohlstand und Sicherheit für alle“ nicht als leere Versprechungen oder wohl-tönende Phrasen, sondern als alltäglicher, für jedermann erkennbarer und erlebbarer Zustand. Ist es möglich, eine solche Welt zu bekommen, in der der Krieg endgültig begraben ist, in der man mit dem Nachbarn friedlich zusammenleben, in der man das tägliche Brot ohne Angst verzehren kann?

Eigenartig bereits, daß wir überhaupt fragen müssen, ob das Selbstverständliche eine Chance hat.

Aber umgeben von atomaren Vernichtungsmaschinen, riesigen Armeen und Waffenarsenalen kaum mehr übersehbaren Ausmaßes, haben wir allen Anlaß, nach der Art unserer Zukunft zu fragen.

Also, wohin geht die Reise, und wer wird unser Wegbegleiter sein?

Wie halten wir es mit der Vernunft?

In unserem täglichen persönlichen Leben ist sie doch selbstverständlich und unersetzbar mit von der Partie. Krankheiten werden von uns erfolgreich bekämpft. Doch tödliches Wettrüsten soll weiter geduldet, nicht aufzuhalten sein? Mit unserem sauer verdienten Geld kaufen wir uns überlegend nützliche Dinge. Aber sinnlose Verschwendung von Milliarden Rüstungsgeldern lassen wir weiter zu? Mit unserem Hausnach-

barn versuchen wir — wie er ja gezwungenermaßen auch mit uns — schieflich und friedlich über die Runden zu kommen. Aber die Nachbarn jenseits einer bestimmten Grenze sollen unbelehrbare, wilde Teufel sein?

Ist Vernunft teilbar, mal so, mal so? Oder sind wir da einer Manipulation, eigenen Dummheiten oder Unaufrichtigkeiten aufgefressen?

Genau besehen wissen wir doch sehr wohl, daß die Vernunft unteilbar ist. So wie die Dinge in zwischen stehen, gebietet Vernunft Abrüstung. Unabdingbar, einsehbar, hüben und drüben; gebietet Vernunft Entspannung, beiderseitig; gebietet Vernunft Zusammenarbeit, zum Fortbestand und zum Wohle aller. Vernunft zieht Schlüsse aus einem nicht mehr zu unterdrückenden Wissen: Im Atomzeitalter können die Industriestaaten einander nicht mehr besiegen, sondern sich nur noch wechselseitig in den Abgrund stoßen. Und was uns hierzulande dabei betrifft: Kein Deutschland wird mehr sein, falls es in Europa irgendwann noch einmal losgehen sollte. Das, und nichts anderes, sagt uns die unteilbare Vernunft.

Einiges Wichtige ist daraus zu folgern.

An erster Stelle heißt das: Wir müssen Abrüstung und Entspannung, um unserer eigenen Sicherheit willen, auf jede nur erdenkliche Weise zum Gegenstand praktischer Politik machen. Auch dadurch, daß wir die eigene Sache in die eigenen Hände nehmen. Bundesregierung, Parlament, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, die in diesem Staat repräsentieren und führen wollen, müssen von uns, den selten Gefragten, unter ständig steigendem Druck gesetzt werden. Man darf ihnen keine Ruhe und kein Mogeln mehr gönnen. Wir dürfen sie nicht mehr auslassen. Wir müssen sie ständig fragen: Was ist los mit der Abrüstung? Wann wollt ihr endlich anfangen, uns wirklich vor Vernichtung zu schützen? Wir hörten euch bisher sehr viel über Starfighter, MLF, Atomminen und Wehretats reden. Wann aber beginnen Verhandlungen und Absprachen darüber, das Atomwaffenstapeln auf west- und ostdeutschem Boden zum Stillstand zu bringen? Wenigstens das. Wie steht es mit dem Gespräch über einen Plan über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, zu der auch Polen und die

Tschechoslowakei gehören möchten? Was ist mit dem Vorschlag, internationale Kontrollposten vom Rhein bis zur Weichsel einzurichten und in diesem Raum auch gleichzeitig Rüstung und Mannschaftsstärken schrittweise und gleichzeitig herabzusetzen — bis zu einem Stand, daß jeder Nachbar in Mitteleuropa, ohne Furcht vor dem anderen, ruhig leben und schlafen kann?

Die letzte Frage betrifft Sie!

Also, was ist los, wann wird hier tatsächlich in Deutschland etwas für unsere Sicherheit getan? Sind Sie einverstanden, lieber Leser, daß man in diesem Land so fragen, so bohren, so verfahren muß?

Damit das, was nützlich für uns alle ist — Sicherheit durch Abrüstung und Entspannung —, in Gang kommt, bedarf es Ihrer Unterstützung. Es ist jetzt eine Gelegenheit da, Ihre Meinung nachhaltig zum Ausdruck zu bringen. Nicht nur Ostern 1965. Aber auch Ostern 1965 — beim Ostermarsch der Kampagne für Abrüstung.

Ostermontag, 19. April, 20 Uhr

mit

Ost-West- Revue

**Wolfgang Neuss —
West-Berlin**

**Wolf Biermann —
Ost-Berlin**

im Gesellschaftshaus im Frankfurter Zoo

Karten an den bekannten Vorverkaufsstellen und der Abendkasse.

Drei Persönlichkeiten aus Hessen die ihren Namen unter den Ostermarsch-Aufruf gesetzt haben:



**Der Kommunalpolitiker
Dr. h.c. Werner Bockelmann**



**Die Schriftstellerin
Marie-Luise Kaschnitz**



**Der Gewerkschafter
Philipp Pless (MdL)**

Gewerkschaftsjugend für Ostermarsch

Der Bezirksjugendtag der Deutschen Postgewerkschaft in Hessen beschloß am 14. März: „Die Delegierten sehen im Ostermarsch eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes gegen atomare Rüstung.“

Jungsozialisten (SPD) für Ostermarsch

Am 20./21. März 1965 beschloß die in Bad Nauheim tagende Bezirkskonferenz Hessen-Süd der Jungsozialisten: „Die Jungsozialisten begrüßen den Aufruf der Kampagne für Abrüstung und fordern alle Jungsozialisten auf, sich aktiv für die Kampagne und ihre Ziele einzusetzen.“

72 hessische Pfarrer für Ostermarsch

72 evangelische Pfarrer aus Hessen und Nassau haben an alle Christen appelliert, den Ostermarsch 1965 zu unterstützen. In dem Appell heißt es: „Unsere Regierung bereitet unser Volk mit vielen Gesetzen auf den Kriegsfall vor, der der Untergang sein wird. Ist es nicht die Pflicht aller Christen, statt dessen für eine Politik der Festigung des Friedens und der Beseitigung der Kriegsgefahr einzutreten? Oder soll es wieder dahin kommen, daß die überlebenden Christen nach einer europäischen Katastrophe sagen müssen wie schon die Evangelische Kirche in Deutschland im Oktober 1945 in dem ‚Stuttgarter Schuldbekenntnis‘: ‚Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt haben, nicht treuer gebetet, fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben?‘“

Gewerkschaftsfunktionäre für Ostermarsch

Immer mehr Gewerkschaftsfunktionäre unterstützen die Kampagne für Abrüstung und unterzeichnen den Aufruf zum Ostermarsch. Bis Redaktionsschluß haben allein im Frankfurter Gewerkschaftshaus mehr als 40 Gewerkschaftsfunktionäre unterzeichnet, vor allem aus den Organisationen der IG Chemie, IG Metall, ÖTV, Druck und Papier und des DGB-Landesbezirks Hessen.

Die Forderungen der Kampagne für Abrüstung gewinnen ständig neue Zustimmung

Dem Aufruf der Kampagne, sich durch Beteiligung am Ostermarsch 1965 für diese politischen Forderungen einzusetzen, haben sich in großer Zahl Politiker, Professoren, Gewerkschafter, Schriftsteller, Theologen, Künstler, Juristen, Pädagogen und Jugendleiter angeschlossen. Dazu gehören unter anderen: Prof. Dr. Fritz Baade (MdB); Martin Niemöller; Prof. Dr. Eugen Kogon; Prof. Dr. Helmut Gollwitzer; Dr. Erich Kästner; Prof. Dr. Ernst Bloch; H. M. Ledig-Rowohl; Wolfgang Neuss; Richard Münch; Rudolf Schock; Adolph Kummernuss und der frühere Berliner Bezirksbürgermeister Willy Kressmann.

Aus der hessischen Unterzeichnerliste: Prof. Dr. Wolfgang Abendroth; der Offenbacher Bürgermeister Karl Appelmann; der Sprendlinger Bürgermeister Willy Banse; der Offenbacher Stadtrat Walter Buckpesch; Dr. h. c. Casimir Edschmid (Schriftsteller); Herbert Faller (Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend); Dr. Adolf Freudenberg (Pfarrer); der Frankfurter Stadtrat Prof. Dr. Theo Gläss; Hermann Henry Gowa (Maler); Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn; Prof. Dr. Reinhard W. Kaplan; Anne Kolb; Albert Mangelsdorff; Prof. Dr. M. Mezger; Rudi Müller (Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall); Hans A. Nikel; Olaf Radke, MdL; Prof. Dr. Harold Rasch; Rudolf Rolfs; Horst Symanski, Pastor; Helmut Schauer (Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes); Prof. Dr. Karl Schlechter; Werner Vespermann (Regisseur) und Heinrich Weiß, MdL.

Kurt Vogelsang (1. Bevollmächtigter der IG Metall), Bielefeld:

„Der Ostermarsch erscheint mir als ein geeignetes Mittel, um gegen die atomare Rüstung in der Welt zu protestieren. Ich bin der Meinung, daß neben den Bemühen der Gewerkschaften um den Frieden in der Welt der Ostermarsch geeignet ist, gegen das Wettrüsten in Ost und West zu demonstrieren.“

Dr. O. Schroeder (kath. Geistlicher), Duisburg-Buchholz:

„Der in der Friedenszyklika Johannes XXIII., ‚Pacem in terris‘, enthaltene Appell an unser Gewissen, alles

zu tun, um den Frieden zu sichern, findet in der Ostermarsch-Kundgebung eine eindringliche Erneuerung. Er bildet andererseits angesichts des uns umgebenden Mißtrauens für die anderen Völker in Ost und West einen Hoffnungsschimmer, der besagt: Wir haben aller Gewalt in der Auseinandersetzung der Völker abgeschworen und suchen Verständigung und friedliches Zusammen- und Nebeneinanderleben.“

Günther Lass (Gewerkschaftssekretär), Hagen:

„Die politischen Forderungen des Ostermarsches sind auch die politischen Forderungen der Arbeitnehmer. Wir dürfen uns deshalb nicht nur mit Bekenntnissen und Entschuldigungen begnügen, sondern müssen auf die Straße gehen, um für die Verwirklichung der Forderungen zu demonstrieren. Nur so wird das Unbehagen sichtbar, das in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die Politik der militärischen Stärke besteht.“

Hans Bonnet (evang. Studentenpfarrer), Mönchengladbach:

„Ich muß rufen, damit der andere sich nicht schuldig macht am Menschenbruder. Als ein solcher Ruf gilt mir jeder Aufschrei gegen atomare Rüstung, wo es auch immer sein mag. Der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist eine der Möglichkeiten, den Protest des Christen gegen die Vernichtung des Bruders laut werden zu lassen.“

Otto Linke (Betriebsratsvorsitzender), Dortmund:

„Nirgendwo sind echte Ansätze einer konstruktiven Neuordnung in der Bundesrepublik zu entdecken. Mehr noch als in den Vorjahren sollte daher die Initiative des Ostermarsches der Atomwaffengegner die notwendige Beachtung und Unterstützung finden. Die technische Entwicklung und der damit verbundene Fortschritt haben eine militärische Verteidigung längst ad absurdum geführt. Weltanschauliche, wirtschaftliche und soziale Konflikte sind mit Waffengewalt nicht mehr zu lösen. Darum muß eine Abrüstungsinitiative im Vordergrund jeder deutschen Politik stehen.“

Die Kampagne für Abrüstung erhält keine Zuwendungen vom Staat oder von einseitigen Interessengruppen. Sie finanziert ihre Arbeit mit Spenden vieler einzelner.

Das Postscheckkonto der Kampagne lautet:
**Ostermarsch der
Atomwaffengegner,
605 Offenbach,
Konto-Nr. 57648
Postscheckamt Frankfurt (M.)**

Eröffnungskundgebung Mainz

Ostersonntag, 10 Uhr, Gutenbergplatz
Redner: Herbert Faller, Frankfurt, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend; Pastor Herbert Mochalski, Frankfurt; Klaus Vack, Offenbach, Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung.

Kundgebung Rüsselsheim

Ostersonntag, 17 Uhr, Marktplatz
Redner: Rudi Müller, Frankfurt, Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall; Heiner Halberstadt, Frankfurt, Mitglied des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung.

Kundgebung Hofheim

Ostersonntag, 15 Uhr, Kellereiplatz
Redner: Dr. Fritz Katz, Iserlohn, Arzt; Fritz Lamm, Stuttgart, Betriebsrat.

Kundgebung Frankfurt a. M.-Höchst

Ostersonntag, 18 Uhr, Marktplatz
Redner: Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt; Heinz Günther Lang, Darmstadt, Gewerkschaftssekretär.

Ostermarsch durch Frankfurt a. M.

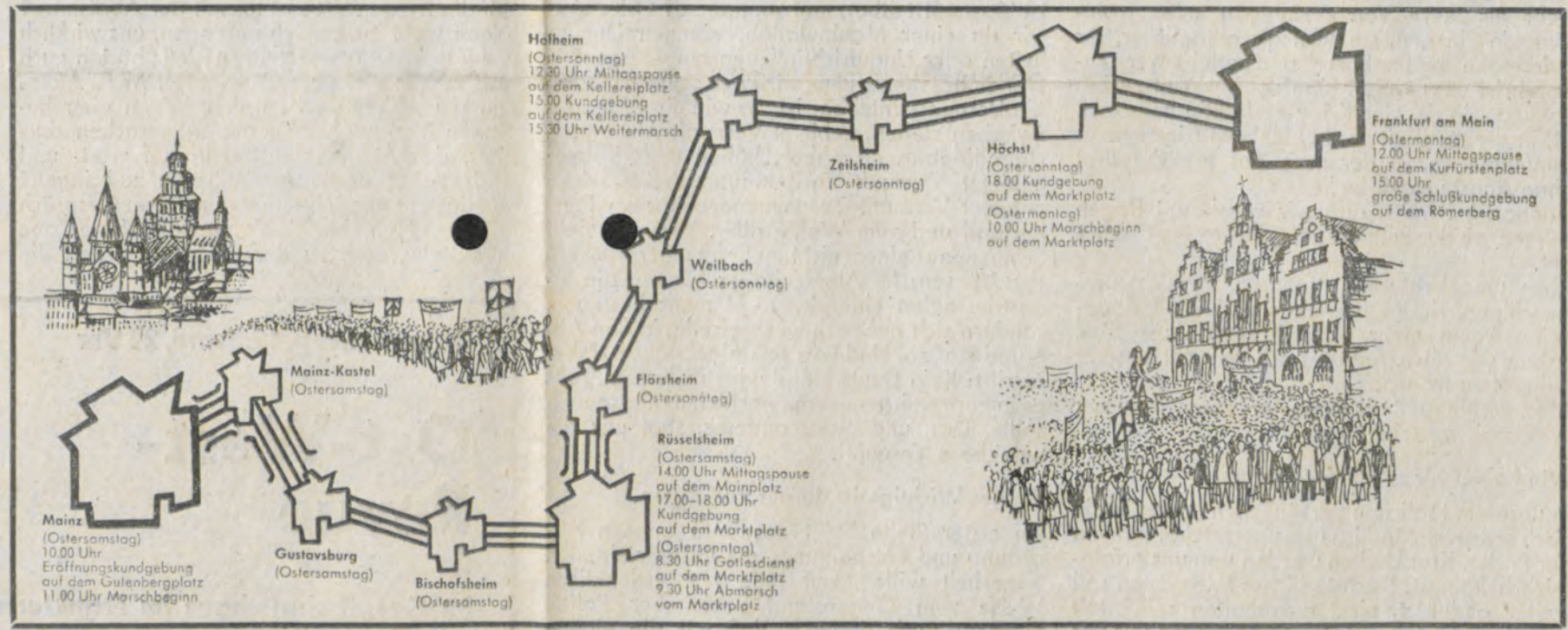
Ostermontag, 10 Uhr, Marktplatz Höchst — Treffpunkt und Abmarsch der Teilnehmer Schleifergasse — Albanusstraße — Bolongarostraße — Ludwig-Scriba-Straße — Zuckerschwerdtstraße — Kurmainzer Straße — Alt-Sossenheim — Westerbachstraße — Radilostraße — Alt-Rödelheim — Auf der Insel — Rödelheimer Landstraße — Breitenbachstraße — Buddestraße — Schloßstraße.
Gegen 12 Uhr Kurfürstenplatz — Mittagspause.
Gegen 14 Uhr Abmarsch Kurfürstenstraße — Leipziger Straße — Bockenheimer Warte — Bockenheimer Landstraße — Opernplatz — Große Bockenheimer Straße — Rathenauplatz — Goetheplatz — Roßmarkt — Hauptwache — Liebfrauenstraße — Neue Kräme.
Gegen 15 Uhr — Frankfurter Römerberg — Großkundgebung.



Gegen die Pläne von Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel und General Trettnier, quer durch Deutschland einen „Atomminengürtel“ anzulegen, demonstrierte die Kampagne für Abrüstung im Zonenübergangsbereich von Wilzenhausen über Bad Sooden-Allendorf nach Eschwege. Bei einer Meinungsumfrage unter der Bevölkerung sprachen sich 85 Prozent gegen die Atomminenpläne der Bundeswehrführung aus, 3 Prozent waren dafür, und 12 Prozent hatten keine Meinung.



Mit über 500 Teilnehmern demonstrierte die Kampagne für Abrüstung am 27. März in Frankfurt am Main für die Beendigung des schmutzigen Vietnamkrieges. Die wichtigste Forderung hieß: „Mr Johnson — Verhandlungen statt Bomben und Gas!“ Die Frankfurter Polizeibehörde hatte zuvor dem Hessischen Ausschuss als Veranstalter mitgeteilt, daß das Mitführen von Slogans, die sich „einseitig“ gegen die US-Politik in Vietnam richteten, nicht statthaft sei und unterbunden würde. Die KfA erklärte aber diese verfassungswidrige Auflage der Behörde als für sich unverbindlich. Die Vietnam-Demonstration wurde zugleich eine machtvolle Kundgebung zur Verteidigung der demokratischen Verfassung der Bundesrepublik.



19.4.65

Winkel-Band am Offenbach:

1 Teller mit Anfang grün = Spur 1-2
 = 4. Band

+ zum Umdrehen ohne Rücklauf
 = ~~für~~ Anfang rot
 = Spur 1-2
 = 5. Band

nach alt drauf = Spur 3+4 / Musik Winkel

ED 718-24-176



17. 4. 65

Brief, nur
1 x Broschüre
" im gleichschritt
marsch ... "

Herrn
Horst Maurer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Komm' mit zum Ostermarsch Kiel - Lübeck - Hamburg



Hier bitte abtrennen!

Anmeldung

- Ich beteilige mich am Ostermarsch 1965 auf der gesamten Strecke
Kiel/Lübeck - Hamburg
- oder Sonnabend Kiel/Lübeck - Reinfeld
- Sonntag Bad Oldesloe - Ahrensburg
- Montag Rahlstedt - Hamburg
- Ich überweise die Teilnehmergebühr von DM 10,- (für 1 Tag Teilnahme nur DM 5,-)
- Ich nehme nicht teil, überweise aber einen Patenschaftsbeitrag

Name Beruf Alter

Anschrift

Bitte senden an

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER • Arbeitsgruppe Hamburg
2000 Hamburg 36, Große Bleichen 23-27 (VK)

Telefon: 34 66 79, Postscheckkonto: Hamburg 2927 30 (Axel Giza Sonderkonto Ostermarsch)

Verantwortlich: Harald Schürer, Hamburg - Druck: Paul Plaisant, Hamburg 19



**Gefahr
verkannt
durch
Unverstand**

ED 718 24-177

VK Hbg

Man sieht auf Sicherheit in der Bundesrepublik.

Mit Recht.

Die Zeiten, die hinter uns liegen, waren unsicher genug — stellenweise lebensgefährlich. Man hat seine Erfahrungen. Und die Zeiten, die vor uns liegen? Wer einen guten Lohn, wer ein gutes Gehalt hat, will es behalten. Mindestens das!

Aber —, ist das, was man hat, gesichert?

Unsicher ist zum Beispiel, ob wir uns mit unserem Lohn noch das kaufen können, was wir vor einem Jahr dafür bekamen. Unsicherheiten sind: Steigende Mieten, die sich verringende Kaufkraft, fragwürdige Altersversorgungen und so weiter und so weiter.

Viele spüren das; wenige denken darüber nach, fragen nach den Ursachen; zu wenige überlegen, was man dagegen tun kann. Denn:

Mit der Sicherheit, von der so viel geredet wird, ist das so eine Sache.

Die Regierung sagt zum Beispiel:

Unsere Sicherheit ist nur garantiert durch Rüstung. Sie rüstet gewaltig. Die Raketenbatterien, die Düsenjäger, die Kasernen vermehren sich von Tag zu Tag. Da kann ein jeder sehen, wo sein Geld bleibt.

Sind wir dadurch wirklich gesichert?

Durch den Plan eines Atomringgürtels quer durch Deutschland ist eines ganz klar geworden: Daß wir Deutschen die ersten Opfer eines militärischen Konfliktes sein würden.

Gibt es einen besseren Weg zu unserer Sicherheit?

Eine solche Möglichkeit sah Kennedy, als er seine Friedensstrategie entwickelte. Sie lautete: **Frieden und Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung.**

Auch aus dem Osten liegen vernünftige Angebote auf dem internationalen Verhandlungstisch. Sie lauten: Rüstungsstopp; kontrollierter, gleichzeitiger und gleichmäßiger Rüstungsabbau in Ost und West.

Und als erste Schritte dazu:

Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (z. B. Rapacki-Plan).

Manche Äußerungen in führenden Kreisen der Bundesrepublik zeigen, daß die Einsicht, es gäbe einen besseren Weg zur Sicherheit, auch bei uns vorhanden ist. Doch bisher belastete das Kalte-Kriegs-Denken der Ära Adenauer die politischen Vorstellungen so stark, daß die Regierung noch nicht diesen Weg gefunden hat. Unsere Aufgabe ist es, die Einsichtigen, in welcher politischen Gruppe sie sich auch immer befinden, mutiger zu machen.

Die Kampagne für Abrüstung — der Ostermarsch der Atomwaffengegner — ist die Bewegung der Vernünftigen, um durchzusetzen, was für alle nützlich ist:

Frieden, Entspannung und Sicherheit durch Abrüstung.

Damit das gelingt, bedarf es Ihrer Mitarbeit.

Alljährlich wird das Osterfest zu einem besonders wahrnehmbaren Zeichen des Wunsches nach Entspannung und echter Sicherheit.

Hunderttausende bekunden dann in allen Teilen der Bundesrepublik mit ihren friedlichen und legalen Demonstrationen, wie ernst es ihnen um die Beilegung der Spannungen zwischen Ost und West ist.

Alljährlich hat nicht nur die Zahl der Teilnehmer zugenommen, sondern ist auch immer mehr das Gedankengut der unabhängigen Kampagne von allen sozialen Schichten und Geistesrichtungen aufgenommen worden.

Die Arbeiter und Studenten, die Angestellten und Hausfrauen, die Beamten und Freischaffenden... sie alle, die Ostern marschieren, werden unterstützt durch Persönlichkeiten, deren Wort in unserem Lande etwas gilt.

Sie haben zum Ostermarsch 1965 aufgerufen:

Die Schriftsteller

Rolf Hochhuth, Günter Eich, Max von der Grün, Robert Jungk, Martin Walser, Christian Geissler, Erich Kästner,

die Gewerkschafter

Adolph Kummernuß, Hinrich Oetjen,

der Bundestagsabgeordnete

Prof. Dr. Fritz Baade,

der katholische Publizist

Walter Dirks,

die Professoren

Helmut Gollwitzer, Wolfgang Abendroth, Dietrich Goldschmidt, Heinrich Vogel, Ossip K. Flechtheim,

der Weltkirchenpräsident

Martin Niemöller,

die Kabarettisten

Wolfgang Neuss, Rudolf Rolfs,

der Verleger

H. M. Ledig-Rowohlt,

und viele andere.

Im Raum Hamburg unterzeichneten bisher zum Beispiel (Auszug):

Heinrich Anacker, Pastor; Elisabeth Arndt-Wol-gast, Lehrerin a. D.; Helmut Baginski, Pastor; Hartwig Baumbach, Lehrer; Ernst Ulrich Beck, Pastor; Horst Bethge, Lehrer; Uwe Biesterfeld, Ingenieur; Dr. med. Käthe Bischoff, Ärztin; Th. Bostelmann, Vors. WOMAN/Lübeck; Margarethe Bruhn, Oberin i. R.; Maria Buhk, Fürsorgerin i. R.; Anne-Marie Colberg, Verlegerin; Dr. Karl Otto Conrady, Professor; Christian Dethleffsen, Pastor; Liselotte Dierks, Lehrerin; Rolf Enge, Betriebsrat; Arnulf Geissler, CVJM-Sekretär; Annemarie Grosch, Pfarrvikarin; Heinz Grupe, Lehrer; Dr. Eduard Hapke, Professor; Heinrich Hart, Erziehungsdirektor; Käthe Hart, Lektorin; O. Heidrich, Pastor; Helmut Heinemann, Profes-sor; Jürgen Heipcke, Studienrat; Eilo Hildebrand, Dipl.-Biologe; Kurt Hoff, Betriebsrat; John Hopp, Studienrat a. G.; Hans Jacobs, In-genieur; Siegfried Jacobus, Lehrer; Jürgen Knaak, Pastor; Günther Kahl, Architekt; Dr. med. Erich Kail, Arzt; Johann Ketzler, Betriebs-rat; Dieter von Kietzell, Pastor; Ernst-Egon von Kietzell, Pastor; Gisela von Kietzell, Lehrerin; Ingeborg Köhnecke, Dipl.-Bibliothekarin; Dr.

Walter Köhnecke, Rechtsanwalt; Werner Krab-bes, Pastor; Fritz Krause, Studienrat a. G.; Jürgen Küppers, Dipl.-Volkswirt; Peter Kuhle-mann, Schriftsteller; Rolf Kulow, Rechtsanwalt; Erich Kutzner, Pastor; Bernhard Mahlow, Stadt-rat a. D.; Dr. med. Edmund Müller, Chirurg; Dr. med. Mathilde Müller, Ärztin; Herbert Phi-lipp, Betriebsratsvorsitzender; Gerhard Rahn, Landwirtschaftsrat; Heinz Reichardt, Betriebs-ratsvorsitzender; Gretchen Röhrs, Lehrerin; Annette Roscher, Lehrerin; Dr. Rosendahl, Ärztin; Wilhelm Rothe, Pastor; Ernst von Sa-lomon, Schriftsteller; Werner Santer, Diakon; Karl Schenk, Fabrikant; Arnold Schinkel, Leh-rer; Alfred Schoeller, Studienrat; Werner Schroeder, Betriebsrat; Dr. Werner Scholz, Pa-stor; Hans-Jürgen Schulz, Dipl.-Volkswirt; Dr. Rosemarie Schumacher, Ärztin; Inge Sembritzki, Pfarrvikarin; Edgar Spir, Pastor; Dr. Spir, Arzt; Gerhard Steffen, Dipl.-Physiker; Adalbert Thiel, Schauspieler; Harro Thomsen, Rechtsanwalt; Adolf Wilkens, Betriebsrat; Dr. med. Wolter, Arzt.

(Die angegebenen Berufsbezeichnungen geben Hinweise zur Person. Sie bedeuten nicht, daß in der ent-sprechenden Position unterzeichnet wurde.)

OM - Römer - 65 - Karten:

14.4.65

✓ Dr Riese + Jattin

✓ Dr Höchle + Jattin

~~W. K. B.~~

ED 718 - 24.178

✓ Dietrich Bachmann, Polongarstr 110

○ Georg Ränker

✓ Jordan, Rich.

✓ Fran Bollinger

✓ T. get/Ketzband, ~~zum Ffm~~

✓ Symmanh

~~Ulrich, Tamm~~

✓ Fran Vogel

○ Renate Johmann

✓ Reucher/Schroedter // + 2x Strahl.

✓ = ab 13.4.65 Di

✓ = ab 15.4.65 Do

ED 718-24-179



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

OST - WEST - REVUE BEIM OSTERMARSCH

Am Ostermontag, 20 Uhr veranstaltet der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - zum Abschluß der diesjährigen Osterdemonstrationen gegen Atomwaffen in Ost und West und für Entspannung, Abrüstung und Frieden im Gesellschaftshaus im Frankfurter Zoo eine Ost-West-Revue. Wolfgang Neuss (Westberlin) und Wolf Biermann (Ostberlin) werden das Programm gestalten mit kabarettistischen Beiträgen aus dem Neuss-Programm "Das jüngste Gerücht" und mit Songs von Wolf Biermann, der bereits bei einer Tournee vor wenigen Monaten durch die Bundesrepublik eine ausgezeichnete Presse hatte. Umrahmt wird das Programm von der barrel-house-jazzband, Frankfurt.

AUKTION FÜR ABRÜSTUNG

Am vergangenen Sonntag fand in München im Theater in der Leopoldstraße die zweite "Auktion für Abrüstung" statt. Hierzu hatten viele bekannte Deutsche und auch ausländische Künstler Gemälde, Graphiken und Plastiken gestiftet, um auf diese Weise die deutsche Kampagne für Abrüstung zu unterstützen. Unter anderem wurden Werke versteigert von Otto Dix, Fritz Cremer, Fathwinter, Renato Guttuso, Waldemar Grzimek, Otto Pankok, Max Bill und Pablo Picasso.

Die "Auktion für Abrüstung" brachte einen Erlös von DM 9.000.--. Ende Mai wird der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung in Frankfurt ebenfalls eine "Auktion für Abrüstung" veranstalten.

605 Offenbach (Main), 12. April 1965 - Vack

14. 4. 65



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

14. 4. 65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

OSTERMARSCH 1965 VON MAINZ ZUM FRANKFURTER RÖMERBERG

16 MÄRSCHES GEGEN ATOMWAFFEN IN OST UND WEST UND UNTER DEM MOTTO "GEGEN DIE VERBREITUNG DER ATOMAREN WAFFEN - FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE ZONE IN MITTELEUROPA - VERANSTALTET DIE KAMPAGNE FÜR AB-RÜSTUNG BEIM DIESJÄHRIGEN OSTERFEST. DIE GROSSEN SCHLUSSKUNDGEBUNGEN FINDEN AM OSTERMONTAG STATT IN HAMBURG, BREMEN, HANNOVER, DORTMUND, FRANKFURT, STUTTGART, NÜRNBERG, MÜNCHEN UND BASEL. IN HESSEN DEMONSTRIEREN DIE ATOMWAFFENEGGNER VOM OSTERSAMSTAG BIS OSTERMONTAG VOM MAINZER GUTENBERGPLATZ ZUM FRANKFURTER RÖMERBERG ÜBER EINE STRECKE VON CA. 60 KM.

Der hessische Marsch führt durch folgende Städte und Gemeinden: Mainz, Mainz-Kastel, Kostheim, Gustavsburg, Bischofsheim, Rüsselsheim, Mörfelden, Flörsheim, Weilbach, Hofheim, Kriftel, Zeilsheim, Höchst, Frankfurter Römerberg. In den vergangenen Jahren gingen die hessischen Osterdemonstration gegen die Bombe 1961 von Miltenberg, 1962 von Gießen, 1963 von Darmstadt und 1964 von Wiesbaden jeweils nach Frankfurt.

Zur Beteiligung an den Ostermärschen haben in diesem Jahr unter anderen aufgerufen: Prof. Dr. Fritz Baade MdB, Dr. h. c. Werner Bockelmann, Prof. Dr. Ernst Bloch, Walter Dirks, Prof. Hellmut Gollwitzer, Hans Magnus Enzensberger, Rolf Hochhuth, Prof. Walter Jens, Dr. Erich Kästner, Dr. Robert Jungk, Prof. Eugen Kogon, Adolph Kummernuss, Wolfgang Neuss, Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller DD, Hans Werner Richter, Martin Walser.

Unter den Rednern auf den Schlußkundgebungen der Ostermärsche befinden sich u. a. die Labour-Abgeordneten im englischen Unterhaus Renée Short und Hugh Jenkins und der holländische Parlamentsabgeordnete Hans Bruggemann. Bei der hessischen Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg sprechen Christian Mayer-Amery, München, Schriftsteller; Rudolf Rolfs, Frankfurt, Leiter des Kabarets "Die Schmiere"; Willi Brune, Frankfurt, Gewerkschaftssekretär; Herbert Stubenrauch, Wuppertal, Bundesvorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer. (Eine Zusammenstellung der Kundgebungen, Veranstaltungen und Redner beim hessischen Ostermarsch ist diesem Pressediens beigefügt.)

- 2 -

Auf ihre Trageschilder und Transparente haben die Atomwaffengegner Forderungen geschrieben wie: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie; Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation; Mit der UNO für Abrüstung; Keine Atomwaffen auf deutschem Boden; Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern; Sicherheit für alle: Abrüstung; Kürzt den Rüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands; Keine Atomminen quer durch Deutschland; Keine Ausbreitung von Atomwaffen - atomwaffenfreie Zonen!; Mitteleuropa - atomwaffenfrei - Brücke zwischen Ost und West.

Nachrichten-und Informationsstelle.

Alle Sie interessierenden Informationen über den Ostermarsch von Mainz nach Frankfurt können Sie vom 17. - 19.4.1965 in unserer Geschäftsstelle erhalten: 605 Offenbach (Main), Buchrainweg 161, Telefon 0611 - 88 60 51 /52. Sollten Sie während des Marsches an Auskünften der Marschleitung interessiert sein, dann nehmen Sie bitte über einen Ordner Kontakt auf mit Egon Becker, Heiner Halberstadt oder Klaus Vack.

Weitere Marschinformationen entnehmen Sie bitte dem beigefügten Zeitungsflugblatt.

Offenbach (Main), 14.4.1965 - Strass

Institut für Zeitgeschichte

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach (Main)
Buchrainweg 161 Postfach 648
Telefon 88 60 51 /52

Kundgebungen und Veranstaltungen beim hessischen Ostermarsch 1965

Eröffnungskundgebung

am Ostersonntag, 10 Uhr auf dem Gutenbergplatz, Mainz. Redner: Herbert Faller, Frankfurt, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend; Pastor Herbert Mochalski, Frankfurt; Pfarrer Herbert Symanowski, Mainz; Klaus Vack, Offenbach, Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung.

Kundgebung

am Ostersonntag, 17 Uhr auf dem Marktplatz, Rüsselsheim. Redner: Rudi Müller, Frankfurt, Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall; Heiner Halberstadt, Frankfurt, Mitglied des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung.

Abendveranstaltung

am Ostersonntag, 20 Uhr im Volkshaus, Mörfelden mit dem Kabarett "Die Leid-Artikler".

Gottesdienst

am Ostermontag, 8,30 Uhr auf dem Marktplatz in Rüsselsheim mit Stadtjugendpfarrer Becker, Darmstadt.

Kundgebung

am Ostermontag, 15 Uhr auf dem Kellereiplatz, Hofheim. Redner: Dr. Fritz Katz, Iserlohn, Arzt; Fritz Lamm, Stuttgart, Betriebsrat.

Kundgebung

am Ostermontag, 18 Uhr auf dem Marktplatz Höchst. Redner: Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt; Heinz Günther Lang, Darmstadt, Gewerkschaftssekretär.

Schlußkundgebung

am Ostermontag, 15 Uhr auf dem Römerberg, Frankfurt. Redner: Christian Mayer-Amery, München, Schriftsteller; Rudolf Rolfs, Frankfurt, Leiter des Kabarett "Die Schmiere"; Willi Brune, Frankfurt, Gewerkschaftssekretär; Herbert Stubenrauch, Wuppertal, Bundesvorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer.

Ost-West-Revue

am Ostermontag, 20 Uhr im Gesellschaftshaus im Frankfurter Zoo mit Wolfgang Neuss, Wolf Biermann und der barrel-house-jazzband.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 12. April 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

13. 4. 65

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

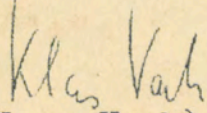
kurz vor Ostern ist noch dringend eine Hessische Ausschuß-Sitzung notwendig. Ich lade Sie deshalb für Donnerstag, 15. April 1965, 18,30 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt (Main) ein.

Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Ostermarsch 1965
2. Ost-West-Revue
3. Aktionen direkt nach Ostern
 - a) Mahnwache vor dem amerikanischen Generalkonsulat
 - b) Sandwich- und Flugblattaktionen am 8. Mai
4. Weitere Schritte zur Vietnam-Demonstration
5. Auktion für Abrüstung
6. Verschiedenes

Sie wissen, daß wir gerade in der Geschäftsstelle in diesen letzten Tagen vor Ostern außerordentlich viel zu tun haben. Wenn ich dennoch zu einer Sitzung einlade, können Sie daraus schließen, daß diese wirklich notwendig ist.

Mit freundlichen Grüßen,


(Klaus Vack)

ED 718-24-183

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 10. April 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648
Telefon 88 60 51 /52

12. 4. 65

Betr.: Treffen am Dienstag, 13. April 1965

Liebe Freunde,

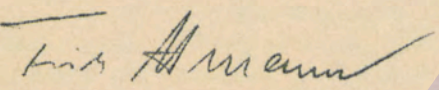
wir möchten ein Treffen arrangieren mit möglichst allen Sistierten, die im Anschluß an unsere Vietnam-Demonstration vorwiegend bei den Vorgängen auf der Hauptwache und später in der Nähe des amerikanischen Generalkonsulats vorübergehend festgenommen wurden.

Wir laden Sie zu diesem Treffen für Dienstag, 13. April 1965, 18 Uhr (bitte pünktlich) in das Kolleg der Alten Landskrone, Frankfurt, Neue Kräme 14 ein.

Da wir nicht die Namen und Adressen aller Sistierten wissen, bitten wir Sie, diesen Termin weiterzusagen, sofern Sie noch jemanden treffen, der Ihnen bekannt ist und ebenfalls vorübergehend festgenommen war.

Mit freundlichen Grüßen,

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß



(Fritz Amann)

ep

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aufruf zum Ostermarsch 1965...



Zur Weiterführung der begonnenen Strategie des Friedens fordern wir:

- Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
- Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
- Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
- erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung



Der Ostermarsch demonstriert gegen die Kriegspolitik in Vietnam ...

Unsere Forderungen an Parlament und Regierung der Bundesrepublik lauten:

- Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
- Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
- Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung

Wir rufen alle Mitbürger auf, unsere Vorschläge zu prüfen, unsere Arbeit zu unterstützen und den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung zu machen.



... und gegen die Atomminenpläne in der Bundesrepublik

Den Aufruf zum Ostermarsch 1965 unterzeichneten u. a.:

Karl Appellmann, Bürgermeister; Prof. Fritz Baade, MdB; Dr. h. c. Werner Bockelmann; Walter Dirks, Publizist; Prof. Eugen Kogon; Rolf Hochhut, Schriftsteller; Erich Kästner, Schriftsteller; Olaf Radke, Landtagsabgeordneter; Otto Czierski, Schriftsteller; Prof. Dr. Dänzer; Dr. Helga Einsele, Oberregierungsrat; Herbert Fallert, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend; Prof. Theo Glaß; Dr. Paul Haag; Prof. Dr. Habermas; Dr. H. Hamm; Prof. Dr. H. J. Heydorn; Dr. Holzapfel; Dr. O. Jensen; Prof. Dr. R. Kaplan; Aenne Kolb; Kurt Kreß, Oberstudienrat; Monika und Volker Luley, Lehrer; Dr. H. Mäluhe; Barbara Mausbach-Bromberger, Mittel-

schullehrerin; Dr. H. Mausbach; Adolph Meuer, Journalist; Ernst Walter Mitulski, Schauspieler; Hans A. Nickel, Verleger; Phillip Pleß, Landtagsabgeordneter; Malte J. Rauch, Journalist; Dr. R. Reitz; Rudolf Rolfs, Schauspieler; August Schuy, Beamter; Dr. G. Vogt.

Theologen, Pfarrer

Prof. Dr. theol. Hellmut Gollwitzer; D. Martin Niemöller, Weltkirchenratspräsident; H. Ackermann, Dr. C. Anders-Skriver, H. Andres, Prof. Dr. H. W. Bartsch, R. O. Ehrhardt, Fresenius, V. Gyöngyösi, A. Habermann, T. Jeackel, Dr. W. Kratz, Dr. H. Marhold, B. J. Meyer, H. A. Noll, W.

Reinmuth, Dr. D. Schnebel, H. Schneider, E. Seifert, A. Semmelrock, H. Strohmeier, E. Tiedtke, H. J. Winkler, W. Wirth, Wilhelm Schwöbel.

Gewerkschafter

Adolph Kummernuß, Berthold Kiebusch, Hinrich Oetjen, Heinrich Bauch, Willi Brune, Günter Becker, Walter Kalbhenn, Günter Köpke, Paul Krüger, Fritz Libuda, Hans-Georg Michel, Jochen Müller, Günter Schwarz, Dolf Segall, Sepp Sigulla, Elisabeth Wörtler, Albert Stegmüller.

...von Mainz nach Frankfurt



Der Ostermarsch erreicht Höchst am Ostersonntag.

**KUNDGEBUNG
HÖCHST — MARKTPLATZ
Ostersonntag, 18.00 Uhr.**

Es sprechen:

Prof. Dr. H. J. Heydorn, Frankfurt am Main
Heinz Günther Lang, Gewerkschaftssekretär

Nehmen Sie teil am Marsch durch Frankfurt

**Ostermontag, 10.00 Uhr,
ab Marktplatz Höchst, durch folgende Straßen:**

Schleifergasse
Albanusstraße
Bolongarostraße
Ludwig-Seriba-Straße
Zuckschwerdtstraße
Kurmainzerstraße
Alt-Sossenheim
Westerbachstraße
Radilostraße
Alt-Rödelheim
Auf der Insel
Rödelheimer Landstraße
Breitenbachstraße
Buddestraße
Schloßstraße
gegen 12 Uhr Kurfürstenplatz —
Mittagspause

Hier sollen wie früher im Ostpark
die Luftballons steigen

gegen 14 Uhr Abmarsch

Kurfürstenstraße
Leipziger Straße
Bockenheimer Warte
Bockenheimer Landstraße
Opernplatz
Große Bockenheimer Straße
Rathenauplatz
Goetheplatz
Roßmarkt
Hauptwache
Liebfrauenstraße
Neue Kräme

Kommen Sie zur

Großkundgebung Ostermontag, 15.00 Uhr Römerberg

Es sprechen:

**RUDOLF ROLFS
CHRISTIAN MAYER-AMERY, Schriftsteller
WILLI BRUNE, Gewerkschaftssekretär
HERBERT STUBENRAUCH, Wuppertal**

Stellungnahmen zum Ostermarsch

Prof. Dr. theol. Hellmut Gollwitzer D. D.

„... endlich einmal muß man nicht Deckung nehmen, wenn Deutsche zu marschieren anfangen. Diesmal marschieren sie nicht, bis alles in Scherben fällt, sondern damit nicht alles - wieder und noch mehr! - in Scherben fällt. Diejenigen Deutschen marschieren, die früher als die Mehrheit gemerkt haben, worum es heute geht. Es ist die Demonstration der Vernunft, der Freiheit und der wahren Vaterlandsliebe.“

Günter Schwarz, Gewerkschaftssekretär:

„... Große materielle Werte wurden durch die Arbeitnehmerschaft geschaffen, und es ist deshalb auch das Interesse der Arbeitnehmer, diese Werte zu erhalten. Das findet seinen Ausdruck auch in der Präambel des Grundsatzprogramms des DGB, in der es heißt: ‚Die Gewerkschaften fordern die Ächtung und das Verbot aller Atomwaffen und aller Massenvernichtungsmittel sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.‘ Ich würde es in jedem Falle begrüßen, wenn sich die Arbeitnehmerschaft noch mehr an den Aktionen der Kampagne für Abrüstung beteiligt und damit ihre Ablehnung der gefährlichen Rüstungspolitik unmißverständlich zum Ausdruck bringt.“

Bezirksjugendkonferenz der Postgewerkschaft in Hessen:

„... Darüber hinaus glauben wir weiter, daß es Zeit ist, daß sich jeder Bundesbürger an Aktionen demokratischer Bewegungen, z. B. der ‚Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung‘ beteiligt.“

14. 4. 65

Organisatorische Hinweise zum Ostermarsch 1965

Liebe Freunde,

nicht alle von uns nehmen 1965 zum zweiten oder dritten Male am Ostermarsch teil. Dennoch haben vielleicht auch die einen oder anderen "traditionellen" Teilnehmer das eine oder andere vergessen, was es zu beachten gibt. Wir schicken Ihnen deshalb diesen ausführlichen Rundbrief, der Auskunft gibt über Unterkunft, Verpflegung und wie der Verlauf des Marsches geregelt ist. Bitte, lesen Sie diesen Rundbrief mit allen Anlagen gründlich durch und bedenken Sie, was hier gesagt wird.

1) Anmeldung - Jeder, der am Ostermarsch teilnehmen möchte und es bis heute noch nicht getan hat, sollte sich unverzüglich anmelden. Es gibt bei einer solch großen Demonstration von dreitägiger Dauer in der Vorbereitung viele organisatorische Probleme, die das kleine ehrenamtliche Vorbereitungsteam erledigen muß, so daß durch rechtzeitige Anmeldung diese Arbeit erleichtert werden sollte. (Anmeldezettel sind Ihnen bereits mit früheren Rundschreibensendungen zugegangen.)

2) Teilnehmergebühr - Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20.--. Die Teilnehmergebühr beträgt nicht nur Verpflegungs- und Übernachtungskosten, sondern vor allem einen großen Finanzierungsbeitrag, um all das zu bezahlen, was wir in den letzten Wochen an Publizierung und Vorbereitung für den Ostermarsch getan haben. Auch wer nicht den ganzen Marsch mitmachen kann, sollte deshalb, wenn irgend möglich, DM 20.-- zahlen. Wir wissen, daß es auch Freunde gibt, die nicht in der Lage sind, die vorgesehene Teilnehmergebühr aufzubringen. Sie sollten deshalb keinesfalls zu Hause bleiben. Bitte schreiben Sie uns einen kurzen Brief oder informieren Sie uns bei Beginn des Ostermarsches, wenn Sie nicht die ganze Teilnehmergebühr zahlen können.

Zahlen Sie Ihre Teilnehmergebühr bitte umgehend mit dem Vermerk "Teilnehmergebühr" auf unser Postscheckkonto "Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach, Postscheckamt Ffm. Konto Nr. 57 648".

Für alle Teilnehmergebühren, die rechtzeitig hier eingehen, erhalten die Gemeldeten einen Teilnehmerausweis mit Essenbons und eine Ostermarschplakette 1965. Die Teilnehmerplakette sollten Sie gut sichtbar tragen, damit wir immer auf den ersten Blick sehen können, wer zu uns gehört und wer nicht. Auch den Teilnehmerausweis führen Sie immer bei sich, damit Sie sich bei irgendwelchen Fragen, die auftreten können, den Ordnern gegenüber leicht als Marschteilnehmer ausweisen können.

Wer seinen Teilnehmerausweis und die Ostermarschplakette nicht mehr erhält, weil die Gebühr zu spät bei uns eingegangen ist, bringt den Einzahlungsabschnitt der Zahlkarte mit und erhält dafür dann während des Marsches den Ausweis ausgehändigt.

Viele Freunde können sich aus den vergangenen Jahren erinnern, wie schwierig es ist, bei der ersten Mittagsrast von vielen Teilnehmern die Gebühr zu kassieren und dafür die Teilnehmerausweise für die erste Essenausgabe auszugeben. Bitte überweisen Sie sofort.

- 3) Anreise - Für die Anreise muß jeder selbst sorgen. Lediglich aus Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Mörfelden und Rüsselsheim fahren Busse nach Mainz.

Darmstadt: Abfahrt Ostersonntag 8,30 Uhr Theaterplatz

Mörfelden: Abfahrt Ostersonntag 9,00 Uhr Volkshaus

Rüsselsheim: Abfahrt Ostersonntag 9,15 Uhr Rathaus

Offenbach: Abfahrt am Ostersonntag 8,30 Uhr Bismarckstraße-Ecke Luisenstraße

Frankfurt: Abfahrt Ostersonntag 9,00 Uhr Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str.

Am Ostersonntagabend werden nach der Kabarett-Veranstaltung im Volkshaus Mörfelden zumindest nach Frankfurt und Offenbach fahren. Es ist außerdem vorgesehen, am Ostersonntag Busse von Offenbach und Frankfurt nach Rüsselsheim einzusetzen. Näheres hierüber kann allerdings erst beim Marsch bekanntgegeben werden, da wir bisher hierzu noch keinen Überblick haben. Am Ostermontag fahren sowohl zum Startpunkt Frankfurt-Höchst Marktplatz als auch zur Schlußkundgebung von mehreren Orten Busse. Wir bitten Interessenten direkt mit den Örtlichen Ausschüssen in Verbindung zu treten. Die Adressen der Örtlichen Ausschüsse finden Sie weiter hinten.

(Busplätze sind nur reserviert für gemeldete Teilnehmer.) Pkw-Fahrern, die zu Hause übernachten möchten, empfehlen wir, am Samstag morgen nach Rüsselsheim zu fahren, dort den Pkw abzustellen und mit dem Bus nach Mainz zu fahren. Abends können sie dann von Rüsselsheim zur Abendveranstaltung nach Mörfelden und später nach Hause fahren.

- 4) Marschstrecke und Veranstaltung - Die Marschstrecke für den Ostermarsch 1965 ersehen Sie aus der beigegefügte Ausgabe von "extrablatt". Über die Kundgebungen und die Redner können Sie sich ebenfalls im "extrablatt" ausführlich informieren.

- 5) Abendveranstaltung in Mörfelden - Nach der Kundgebung am Ostersonntag in Rüsselsheim fahren Busse zum Volkshaus in Mörfelden. Dort wird um 20 Uhr eine Kabarett-Veranstaltung sein mit dem Hannoverschen Kabarett "Die Leid-Artikler". Außerdem werden unsere Skiffle-Groups einige neue Lieder gegen die Bombe bringen.

- 6) Evangelischer Gottesdienst - Der evangelische Gottesdienst soll in diesem Jahr unter freiem Himmel sein. Er wird am Ostersonntag, 8,30 Uhr auf dem Marktplatz Rüsselsheim mit Pfarrer Symanowski, Mainz, (Redner beim vorjährigen Ostermarsch) sein.

- 7) Pkw - Fahrer - Unsere Anhänger, die nicht laufen können und mit einem Pkw kommen, möchten wir auch in diesem Jahr wieder besonders darauf hinweisen, daß wir einen Ostermarsch und kein Autokorso veranstalten. Für Teilnehmer, die den ganzen Marsch mitlaufen, aber streckenweise pausieren müssen, haben wir einen ständigen Begleitbus dabei. Neben diesem Begleitbus und einigen Wagen, die die Marschleitung benötigt, können keine weiteren Fahrzeuge den Marsch begleiten. Das bedeutet, daß alle weiteren Fahrzeuge in weitem Abstand hinter dem Marsch herfahren müssen. Dies wurde uns auch durch die Polizei zur Auflage gemacht. Jeder einzelne sollte bedenken, daß uns jeder Pkw-Fahrer, der laufen könnte, als "Marschierer" fehlt.

Was sollten Sie als Teilnehmer am Ostermarsch mitbringen?

1. Bekleidung

Feste Schuhe
Strümpfe zum Wechseln
Warme Unterwäsche und Unterkleidung
Anorak
Regenmantel
Wetterfeste Kopfbedeckung

2. Zum Mitnehmen beim Marsch

Brotbeutel
Feißflasche oder einen anderen Behälter für Tee
ESbesteck (Teller, Schüssel, Becher usw. sind vorhanden!)
Verbandszeug (elastische Binde, etwas Hansaplast, Gehwohl
oder ein ähnliches Präparat)
Personalausweis oder Reisepaß

3. Für die Übernachtung

2 Decken oder einen warmen Schlafsack
Luftmatratze
Trainingsanzug oder warme Wollhose und Pullover
Taschenlampe
Waschzeug

Die unter Punkt 3 aufgeführten Gegenstände sollten in einem Rucksack oder Koffer gut verpackt sein. Dieser muß deutlich mit der Adresse gekennzeichnet sein. Wenn ein Anhänger verwendet wird, muß dieser so befestigt sein, daß er nicht abreißt. Es empfiehlt sich auch, Einzelgegenstände, besonders Decke, Schlafsäcke, Luftmatratzen und so weiter, zu zeichnen. Diese Gepäckstücke werden beim Marsch nicht mitgeführt und von unserem Lkw von Mainz nach Mörfelden, von Mörfelden nach Höchst und von Höchst zum Röherberg transportiert.

- 8) Verpflegung - Die Verpflegung wird wie in früheren Jahren von den städtischen Küchenbetrieben in Frankfurt geliefert. Es wird Verpflegung vom Mittagessen am Ostersamstag bis zum Mittagessen am Ostermontag in täglich drei Mahlzeiten gereicht. Hygienisch saubere Pappbecher und -schüsseln stehen zur Verfügung. Essbestecke müssen die Teilnehmer selbst mitbringen.
- 9) Übernachtung - Die Übernachtung von Ostersamstag auf Ostermontag erfolgt im Volkshaus Mörfelden. Für die Übernachtung von Sonntag auf Montag in Höchst konnten wir bisher keine Räumlichkeiten finden. Wir bemühen uns noch, bitten jedoch heute schon darum, daß sich möglichst viele Freunde darauf einrichten, nach Hause zu fahren oder bei Bekannten zu übernachten. Für den verbleibenden Rest werden wir auch in Höchst irgendeine Übernachtungsmöglichkeit finden. Wir müssen in den jeweils zur Verfügung stehenden großen Räumen Notquartiere einrichten. Luftmatratzen und weiteres Schlafzeug muß jeder Teilnehmer mitbringen. Wer für eine Notunterkunft aus gesundheitlichen oder Altersgründen nicht in Frage kommt, muß in den Übernachtungsorten für eine bessere Übernachtungsmöglichkeit selbst Sorge tragen.
- 10) Erste Hilfe - Unsere Marschgruppe wird von einem Sanitätswagen des Arbeiter-Samariter-Bundes begleitet.
- 11) Marschleitung - Wenn irgendwelche Fragen und Schwierigkeiten auftreten, klären Sie diese bitte mit den Ordnern oder in besonders schwierigen Fällen mit der Marschleitung. Die Marschleitung wird sich Ihnen vor Beginn des Marsches vorstellen.
- 12) Letzter Marschtag - Wir bitten noch einmal alle, die nicht den ganzen Ostermarsch dabei sein können, sich den letzten Tag zur Teilnahme zu reservieren. Bitte seien Sie entweder am Ostermontag schon um 10 Uhr auf dem Marktplatz in Höchst oder schließen Sie sich um 14 Uhr dem Marsch am Kurfürstenplatz an. Die letzte Marschstrecke durch Frankfurt wird sein: Kurfürstenstr. - Leipziger Str. - Bockenheimer Warte - Bockenheimer Landstr. - Opernplatz - Gr. Bockenheimer Str. - Rathenau Platz - Goethe Platz - Roßmarkt - Hauptwache - Liebfrauenstr. - Neue Kräme - Römerberg.
- Laden Sie Ihre Freunde und Bekannten ein, mit Ihnen die letzte Marschstrecke zu demonstrieren. Bringen Sie durch Ihre Werbung so viel wie nur möglich Menschen zur Schlußkundgebung um 15 Uhr auf den Frankfurter Römerberg.

- 13) Ost-West-Revue - Ein besonderer Abschluß nach der Großkundgebung auf dem Römerberg wird unsere Ost-West-Revue sein. Es wirken mit:

Wolfgang Neuss - Westberlin
Wolf Biermann - Ostberlin
barrel-house-jazzband - Frankfurt

Die Veranstaltung ist am Ostermontag, 19. April 1965, 20 Uhr im Gesellschaftshaus im Frankfurter Zoo. Wir haben sämtliche Eintrittskarten in den Vorverkauf gegeben. Sie können Eintrittskarten erhalten: Reisebüro Schmidt im Kaufhof, Frankfurt; Nanda Stock Nachf. bei Ott & Heinemann, Frankfurt; Frankfurter Verkehrsverein im Hauptbahnhof.

Sicher werden Sie an der Ost-West-Revue großes Interesse haben. Besorgen Sie sich sofort Karten im Vorverkauf, da wir nicht garantieren können, daß während des Ostermarsches noch Karten zum Verkauf angeboten werden können.

Das war's bis Ostern. Mit freundlichen Grüßen, Kampagne für Abrüstung; Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß

Slogans für Trageschilder und Transparente zum Ostermarsch 1965

Wie in den vergangenen Jahren wurden auch für den Ostermarsch 1965 vom Zentralen Ausschuß Pflichtslogans beschlossen (die Slogans 1 - 19), die bei allen deutschen Ostermärschen auf Transparenten und Trageschildern mitgeführt werden. Der Hessische Ausschuß hat bereits Transparente und Trageschilder anfertigen lassen, die in Mainz an die Teilnehmer ausgegeben werden. Jeder sollte, der Einfachheit halber, diese Trageschilder benutzen.

Wer sich selbst ein Transparent o.ä. mit Losungen anfertigt, muß diese ausschließlich aus den unten aufgeführten Texten auswählen. Wer gerne ein Plakat mit einer eigenen Losung mitführen möchte, die hier nicht angegeben ist, wird so höflich sein, das Einverständnis der Marschleitung einzuholen, bevor er seine Losung beim Ostermarsch zeigt.

Alle Transparente und Trageschilder, die vom Hessischen Ausschuß zur Verfügung gestellt werden, bitten wir, nach Abschluß des Ostermarsches zurückzugeben, denn sie haben viel Geld gekostet und sollen auch im nächsten Jahr wieder verwendet werden.

1. Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie
2. Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation
3. Statt Atomwaffen Brot für die Welt
4. Mit der UNO für Abrüstung
5. Keine Atomwaffen auf deutschem Boden
6. Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern
7. Keine Ausbreitung von Atomwaffen - atomwaffenfreie Zonen
8. Mitteleuropa - atomwaffenfrei
Brücke zwischen Ost und West
9. Sicherheit für alle: Abrüstung
10. Entspannungspolitik statt Notstandsgesetze
11. Keine Atomwaffen - weder national noch multilateral
12. Frankreich und China an den Genfer Tisch
13. Nur Friede ist Luftschutz
14. Kürzt den Rüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands:
15. Ohne kleine Leute keine großen Kriege
16. Keine Atomminen quer durch Deutschland
17. Das Grundgesetz fordert: "Dem Frieden der Welt zu dienen"
18. Keine Bomben, kein Gas, sondern Verhandlungen in Vietnam
19. Vietnam: Gestern Bomben! Heute Gas! Morgen Atombomben?
20. Von Köln bis Warschau atomwaffenfrei
21. Entspannung, Abrüstung, Sicherheit
22. Pacem in terris
23. Völker in Ost und West stoppt die Rüstung
24. Rüstung kostet unser Geld - Krieg kostet unser Leben
25. Westliche Atombomben wirken genauso wie östliche
26. Ausbildung an Atomwaffen - Ausbildung zum Massenmord
27. Verteidigung der Freiheit durch Mord?
28. Unser größter Feind ist der Krieg
29. Statt starker Armeen mehr Mut und Ideen
30. Besser Ko-Existenz als No-Existenz
31. Wahrer Mut zeigt sich im Mut zu neuen Wegen
32. Unruhe ist die erste Bürgerpflicht
33. Mütter, es geht um Sicherheit und Zukunft eurer Kinder
34. Den nächsten Krieg gewinnt der Tod
35. Nicht Atomwaffen und Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Adressenliste der Örtlichen Ausschüsse

Dr. Adolf Freudenberg, 6368 Bad Vilbel-Heilsberg, Friedenstr. 19
Reinhard Stehl, 3587 Borken, Hermann-Struth 32
Fritz Amann, 61 Darmstadt, Liebfrauenstr. 95
Werner Feuerbach, 6074 Urberach, Frankfurter Str. 53
Heinz Heinicke, 611 Dieburg, Frankfurter Str. 77
Odina Bott, 6 Frankfurt 1, Kettenhofweg 83
Rudolf Farr, 6 Frankfurt-Niederrad. A.-Miersch-Str. 4
Gerhard Herbert, 6361 Rodheim, Holzhäuserstr, 39
Hubert Förster, 6461 Kassel, Forsthaus Alteburg
Heinz Semmel, 6461 Neuenhaßlau, Bahnhofstr. 1
Matthias Beltz, 61 Gießen, Glaubrechtstr. 12
Rudolf Rauch, 6091 Ginsheim, Rheinstr. 89
Helmut Wilhelm, 608 Groß Gerau, Schützenstr. 11
Karl-Heinz Goll, 645 Hanau, Schwedenstr. 2
Heinz Richter, 6452 Steinheim, Bergstr. 66
Hilmar Roß, 6454 Groß Auheim, Krotzenburger Str. 46
Pfarrer Frey, 6348 Herborn, Freiherr-vom-Stein-Str. 1
Norbert Weiler, 6231 Niederhofheim, Gartenstr. 8
Heinz Geile, 35 Kassel-Ha., Am Ziegenberg 5
Sigi Wenzel, 35 Kassel, Brüderstr. 5
Günter Beck, 607 Langen, Gabelsbergerstr. 23
Dieter Schober, 6073 Egelsbach, Mainzer Str. 47
Robert Nonnenmacher, 65 Mainz, Bilhildistr. 15
Gerd Müller, 355 Marburg, An der Schanze 5
Rainer Haag, 6082 Mörfelden, Forsthausstr. 45
Klaus Münchschwander, 6078 Neu Isenburg, Waldstr. 119
Paul Gerhard Hübsch, 637 Oberursel, Altkönigstr. 36
Friedel Emmel, 605 Offenbach, Wilhelmsplatz 17
Robert Weisbrod, 6102 Pfungstadt, Sandstr. 46
Werner Welskop, 609 Rüsselsheim, Frankfurter Str. 2 III r.
Hans A. Dresler, 5901 Obersdorf, Am Rex 9
Irmgard Löwe, 6079 Sprendlingen, Kurt-Schumacher-Ring 22
Lothar Engelhardt, 6081 Stockstadt, Bahnstr. 29
Norbert Winkler, 6083 Walldorf, E.-v.-Behring-Str. 18
Gerhard Dobra, 62 Wiesbaden, Wilhelmstr. 8



Drei Tage Ostermarsch

- 17. April: Mainz — Rüsselsheim
- 18. April: Rüsselsheim — Ffm.-Höchst
- 19. April: Ffm.-Höchst — Römerberg

15.00 Uhr:

Großkundgebung - Römerberg



„Ich habe Anrecht auf eine heile Welt“

REDNER: Christian Mayer-Amery, München, Schriftsteller; Rudolf Rolfs, Frankfurt, Leiter des Kabarettts „Die Schmiere“; Willi Brune, Frankfurt, Gewerkschaftssekretär; Herbert Stubenrauch, Wuppertal, Bundesvorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer.

Haben wir eine Chance?

Haben wir tatsächlich die Chance, morgen in einer Welt zu leben, in der nicht mehr Rüstung und militärische Gewalt ist, sondern Wohlstand und Sicherheit für alle?
 Natürlich „Wohlstand und Sicherheit für alle“ nicht als leere Versprechungen oder wohl-tönende Phrasen, sondern als alltäglicher, für jedermann erkennbarer und erlebbarer Zustand. Ist es möglich, eine solche Welt zu bekommen, in der der Krieg endgültig begraben ist, in der man mit dem Nachbarn friedlich zusammenleben, in der man das tägliche Brot ohne Angst verzehren kann?
 Eigenartig bereits, daß wir überhaupt fragen müssen, ob das Selbstverständliche eine Chance hat.
 Aber umgeben von atomaren Vernichtungsmaschinen, riesigen Armeen und Waffenarsenalen kaum mehr übersehbaren Ausmaßes, haben wir allen Anlaß, nach der Art unserer Zukunft zu fragen.
 Also, wohin geht die Reise, und wer wird unser Wegbegleiter sein?

barn versuchen wir — wie er ja gezwungenermaßen auch mit uns — schiedlich und friedlich über die Runden zu kommen. Aber die Nachbarn jenseits einer bestimmten Grenze sollen unbelehrbare, wilde Teufel sein?
 Ist Vernunft teilbar, mal so, mal so? Oder sind wir da einer Manipulation, eigenen Dummheiten oder Unaufrichtigkeiten aufgefressen?
 Genau besehen wissen wir doch sehr wohl, daß die Vernunft unteilbar ist. So wie die Dinge in zwischen stehen, gebietet Vernunft Abrüstung. Unabdingbar, einsehbar, hüben und drüben; gebietet Vernunft Entspannung, beiderseitig; gebietet Vernunft Zusammenarbeit, zum Fortbestand und zum Wohle aller. Vernunft zieht Schlüsse aus einem nicht mehr zu unterdrückenden Wissen: Im Atomzeitalter können die Industriestaaten einander nicht mehr besiegen, sondern sich nur noch wechselseitig in den Abgrund stoßen. Und was uns hierzulande dabei betrifft: Kein Deutschland wird mehr sein, falls es in Europa irgendwann noch einmal losgehen sollte. Das, und nichts anderes, sagt uns die unteilbare Vernunft.

tieren und führen wollen, müssen von uns, den selten Gefragten, unter ständig steigenden Druck gesetzt werden. Man darf ihnen keine Ruhe und kein Mogeln mehr gönnen. Wir dürfen sie nicht mehr auslassen. Wir müssen sie ständig fragen: Was ist los mit der Abrüstung? Wann wollt ihr endlich anfangen, uns wirklich vor Vernichtung zu schützen? Wir hörten euch bisher sehr viel über Starfighter, MLF, Atomminen und Wehretats reden. Wann aber beginnen Verhandlungen und Absprachen darüber, das Atomwaffenstapeln auf west- und ostdeutschem Boden zum Stillstand zu bringen? Wenigstens das. Wie steht es mit dem Gespräch und dem Plan über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, zu der auch Polen und die

Tschechoslowakei gehören möchten? Was ist mit dem Vorschlag, internationale Kontrollposten vom Rhein bis zur Weichsel einzurichten und in diesem Raum auch gleichzeitig Rüstung und Mannschaffsstärken schrittweise und gleichartig herabzusetzen — bis zu einem Stand, daß jeder Nachbar in Mitteleuropa, ohne Furcht vor dem anderen, ruhig leben und schlafen kann?

Die letzte Frage betrifft Sie!
 Also, was ist los, wann wird hier tatsächlich in Deutschland etwas für unsere Sicherheit getan? Sind Sie einverstanden, lieber Leser, daß man in diesem Land so fragen, so bohren, so verfahren muß?
 Damit das, was nützlich für uns alle ist — Sicherheit durch Abrüstung und Entspannung —, in Gang kommt, bedarf es Ihrer Unterstützung. Es ist jetzt eine Gelegenheit da, Ihre Meinung nachhaltig zum Ausdruck zu bringen. Nicht nur Ostern 1965. Aber auch Ostern 1965 — beim Ostermarsch der Kampagne für Abrüstung.

Ostermontag, 19. April, 20 Uhr

mit
Wolfgang Neuss - West-Berlin
Wolf Biermann - Ost-Berlin

Ost-West-Revue

im Gesellschaftshaus im Frankfurter Zoo

Karten an den bekannten Vorverkaufsstellen und der Abendkasse.

Einiges Wichtige ist daraus zu folgern.
 An erster Stelle heißt das: Wir müssen Abrüstung und Entspannung, um unserer eigenen Sicherheit willen, auf jede nur erdenkliche Weise zum Gegenstand praktischer Politik machen. Auch dadurch, daß wir die eigene Sache in die eigenen Hände nehmen. Bundesregierung, Parlament, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, die in diesem Staat repräsentieren

Drei Persönlichkeiten aus Hessen die ihren Namen unter den Ostermarsch-Aufruf gesetzt haben:



**Der Kommunalpolitiker
Dr. h.c. Werner Bockelmann**



**Die Schriftstellerin
Marie-Luise Kaschnitz**



**Der Gewerkschafter
Philipp Pless (MdL)**

Die Kampagne für Abrüstung erhält keine Zuwendungen vom Staat oder von einseitigen Interessengruppen. Sie finanziert ihre Arbeit mit Spenden vieler einzelner.

**Das Postscheckkonto der Kampagne lautet:
Ostermarsch der
Atomwaffengegner,
605 Offenbach,
Konto-Nr. 57648
Postscheckamt Frankfurt (M.)**

Die Forderungen der Kampagne für Abrüstung gewinnen ständig neue Zustimmung

Dem Aufruf der Kampagne, sich durch Beteiligung am Ostermarsch 1965 für diese politischen Forderungen einzusetzen, haben sich in großer Zahl Politiker, Professoren, Gewerkschafter, Schriftsteller, Theologen, Künstler, Juristen, Pädagogen und Jugendleiter angeschlossen. Dazu gehören unter anderen: Prof. Dr. Fritz Baade (MdB); Martin Niemöller; Prof. Dr. Eugen Kogon; Prof. Dr. Helmut Gollwitzer; Dr. Erich Kästner; Prof. Dr. Ernst Bloch; H. M. Ledig-Rowohlt; Wolfgang Neuss; Richard Münch; Rudolf Schock; Adolph Kummernuss und der frühere Berliner Bezirksbürgermeister Willy Kressmann.

zu tun, um den Frieden zu sichern, findet in der Ostermarsch-Kundgebung eine eindringliche Erneuerung. Er bildet andererseits angesichts des uns umgebenden Mißtrauens für die anderen Völker in Ost und West einen Hoffnungsschimmer, der besagt: Wir haben aller Gewalt in der Auseinandersetzung der Völker abgeschworen und suchen Verständigung und friedliches Zusammen- und Nebeneinanderleben."

Aus der hessischen Unterzeichnerliste: Prof. Dr. Wolfgang Abendroth; der Offenbacher Bürgermeister Karl Appellmann; der Sprendlinger Bürgermeister Willy Banse; der Offenbacher Stadtrat Walter Buckpesch; Dr. h. c. Casimir Edschmid (Schriftsteller); Herbert Fallner (Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend); Dr. Adolf Freudenberg (Pfarrer); der Frankfurter Stadtrat Prof. Dr. Theo Gläss; Hermann Henry Gowa (Maler); Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn; Prof. Dr. Reinhard W. Kaplan; Anne Kolb; Albert Mangelsdorff; Prof. D. M. Mezger; Rudi Müller (Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall); Hans A. Nikel; Olaf Radke, MdL; Prof. Dr. Harold Rasch; Rudolf Rolfs; Horst Symanowski, Pastor; Helmut Schauer (Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes); Prof. Dr. Karl Schlechter; Werner Vespermann (Regisseur) und Heinrich Weiß, MdL.

**Günther Lass (Gewerkschaftssekretär),
Hagen:**
„Die politischen Forderungen des Ostermarsches sind auch die politischen Forderungen der Arbeitnehmer. Wir dürfen uns deshalb nicht nur mit Bekenntnissen und Entschuldigungen begnügen, sondern müssen auf die Straße gehen, um für die Verwirklichung der Forderungen zu demonstrieren. Nur so wird das Unbehagen sichtbar, das in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die Politik der militärischen Stärke besteht.“

**Kurt Vogelsang (1. Bevollmächtigter
der IG Metall), Bielefeld:**
„Der Ostermarsch erscheint mir als ein geeignetes Mittel, um gegen die atomare Rüstung in der Welt zu protestieren. Ich bin der Meinung, daß neben den Bemühen der Gewerkschaften um den Frieden in der Welt der Ostermarsch geeignet ist, gegen das Wettüben in Ost und West zu demonstrieren.“

**Hans Bonnet (evang. Studentenpfarrer),
Mönchengladbach:**
„Ich muß rufen, damit der andere sich nicht schuldig macht am Menschenbruder. Als ein solcher Ruf gilt mir jeder Aufschrei gegen atomare Rüstung, wo es auch immer sein mag. Der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist eine der Möglichkeiten, den Protest des Christen gegen die Vernichtung des Bruders laut werden zu lassen.“

**Dr. O. Schroeder (kath. Geistlicher),
Duisburg-Buchholz:**
„Der in der Friedenszyklika Johannes XXIII., „Pacem in terris“, enthaltene Appell an unser Gewissen, alles

**Otto Böhnke (Betriebsratsvorsitzender),
Dortmund:**
„Nirgendwo sind echte Ansätze einer konstruktiven Neuordnung in der Bundesrepublik zu entdecken. Mehr noch als in den Vorjahren sollte daher die Initiative des Ostermarsches der Atomwaffengegner die notwendige Beachtung und Unterstützung finden. Die technische Entwicklung und der damit verbundene Fortschritt haben eine militärische Verteidigung längst ad absurdum geführt. Weltanschauliche, wirtschaftliche und soziale Konflikte sind mit Waffengewalt nicht mehr zu lösen. Darum muß eine Abrüstungsinitiative im Vordergrund jeder deutschen Politik stehen.“

**Gewerkschaftsjugend
für Ostermarsch**
Der Bezirksjugendtag der Deutschen Postgewerkschaft in Hessen beschloß am 14. März: „Die Delegierten sehen im Ostermarsch eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes gegen atomare Rüstung.“

**Jungsozialisten (SPD)
für Ostermarsch**
Am 20./21. März 1965 beschloß die in Bad Nauheim tagende Bezirkskonferenz Hessen-Süd der Jungsozialisten: „Die Jungsozialisten begrüßen den Aufruf der Kampagne für Abrüstung und fordern alle Jungsozialisten auf, sich aktiv für die Kampagne und ihre Ziele einzusetzen.“

**72 hessische Pfarrer
für Ostermarsch**
72 evangelische Pfarrer aus Hessen und Nassau haben an alle Christen appelliert, den Ostermarsch 1965 zu unterstützen. In dem Appell heißt es: „Unsere Regierung bereitet unser Volk mit vielen Gesetzen auf den Kriegsfall vor, der der Untergangfall sein wird. Ist es nicht die Pflicht aller Christen, statt dessen für eine Politik der Festigung des Friedens und der Beseitigung der Kriegsgefahr einzutreten? Oder soll es wieder dahin kommen, daß die überlebenden Christen nach einer europäischen Katastrophe sagen müssen wie schon die Evangelische Kirche in Deutschland im Oktober 1945 in dem „Stuttgarter Schuldbekennnis“: „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt haben, nicht treuer gebetet, fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben?“

**Gewerkschaftsfunktionäre
für Ostermarsch**
Immer mehr Gewerkschaftsfunktionäre unterstützen die Kampagne für Abrüstung und unterzeichnen den Aufruf zum Ostermarsch. Bis Redaktionsschluß haben allein im Frankfurter Gewerkschaftshaus mehr als 40 Gewerkschaftssekretäre unterzeichnet, vor allem aus den Organisationen der IG Chemie, IG Metall, ÖTV, Druck und Papier und des DGB-Landesbezirks Hessen.



Gegen die Pläne von Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel und General Trettner, quer durch Deutschland einen „Atomring“ anzulegen, demonstrierte die Kampagne für Abrüstung im Zonenübergangsbereich von Wiltzenhausen über Bad Sooden-Allendorf nach Eschwege. Bei einer Meinungsumfrage unter der Bevölkerung sprachen sich 85 Prozent gegen die Atompläne der Bundeswehrführung aus, 3 Prozent waren dafür, und 12 Prozent hatten keine Meinung.



Mit über 500 Teilnehmern demonstrierte die Kampagne für Abrüstung am 27. März in Frankfurt am Main für die Beendigung des schmutzigen Vietnamkrieges. Die wichtigste Forderung hieß: „Mr Johnson - Verhandlungen statt Bomben und Gas!“ Die Frankfurter Polizeibehörde hatte zuvor dem Hessischen Ausschuss als Veranstalter mitgeteilt, daß das Mitführen von Slogans, die sich „einseitig“ gegen die US-Politik in Vietnam richteten, nicht statthaft sei und unterbunden würde. Die KfA erklärte aber diese verfassungswidrige Auflage der Behörde als für sich unverbindlich. Die Vietnam-Demonstration wurde zugleich eine machtvolle Kundgebung zur Verteidigung der demokratischen Verfassung der Bundesrepublik.

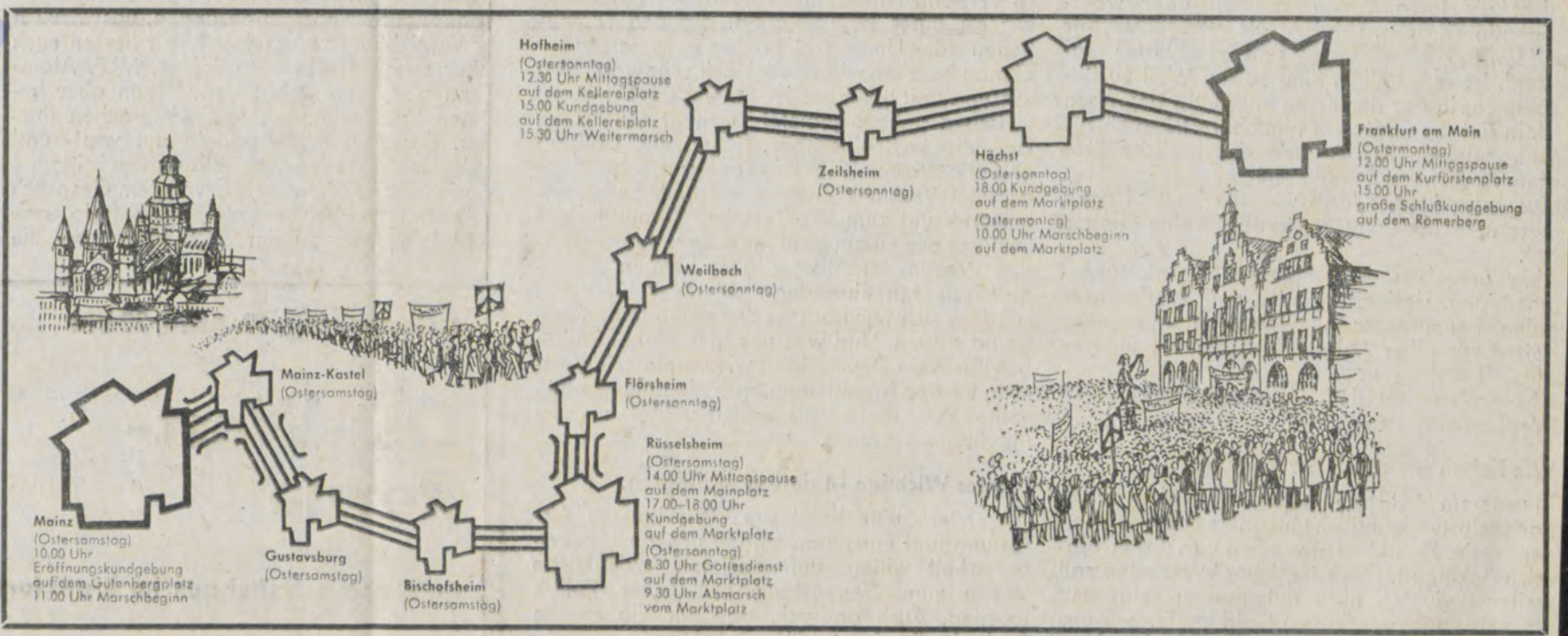
Eröffnungskundgebung Mainz
Ostersamstag, 10 Uhr, Gutenbergplatz
Redner: Herbert Fallner, Frankfurt, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend; Pastor Herbert Mochalski, Frankfurt; Klaus Vack, Offenbach, Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung.

Kundgebung Rüsselsheim
Ostersamstag, 17 Uhr, Marktplatz
Redner: Rudi Müller, Frankfurt, Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall; Heiner Halberstadt, Frankfurt, Mitglied des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung.

Kundgebung Hofheim
Ostersonntag, 15 Uhr, Kellereiplatz
Redner: Dr. Fritz Katz, Iserlohn, Arzt; Fritz Lamm, Stuttgart, Betriebsrat.

Kundgebung Frankfurt a. M.-Höchst
Ostersonntag, 18 Uhr, Marktplatz
Redner: Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt; Heinz Günther Lang, Darmstadt, Gewerkschaftssekretär.

Ostermarsch durch Frankfurt a. M.
Ostermontag, 10 Uhr, Marktplatz Höchst — Treffpunkt und Abmarsch der Teilnehmer Schleifergasse — Albanusstraße — Bolongarostraße — Ludwig-Scriba-Straße — Zuckerswerdtstraße — Kurmainzer Straße — Alt-Sossenheim — Westerbachstraße — Radilostraße — Alt-Rödelheim — Auf der Insel — Rödelheimer Landstraße — Breitenbachstraße — Buddestraße — Schloßstraße.
Gegen 12 Uhr Kurfürstenplatz — Mittagspause.
Gegen 14 Uhr Abmarsch Kurfürstenstraße — Leipziger Straße — Bockenheimer Warte — Bockenheimer Landstraße — Opernplatz — Große Bockenheimer Straße — Rathenauplatz — Goetheplatz — Roßmarkt — Hauptwache — Liebfrauenstraße — Neue Kräme.
Gegen 15 Uhr — Frankfurter Römerberg — Großkundgebung.



HALLO, AUFWACHEN!

Leute, wir haben große Bedenken: die Zahl der Anmeldungen zum Ostermarsch 1965 liegt genau 50 % niedriger als im Vorjahr. Am 15.3.1964 (14 Tage vor Ostern) zählten wir 482 Anmeldungen und 344 der Angemeldeten hatten die Teilnehmergebühr bereits bezahlt. Heute, am 4.4.1965 (14 Tage vor Ostern) zählen wir 249 Anmeldungen und 189 der Angemeldeten haben bezahlt. Es gilt, zwei Dinge zu tun:

Das Erste. Werden Sie nicht müde. Glauben Sie nicht, wenn Sie so oft hören, unsere Erfolge seien schon großartig und denken Sie nicht, wenn Sie solches hören, nun könne man sich ja ausruhen. Seien Sie realistisch, d.h.: es gibt noch viel zu viel zu tun. Zu wenige sind es, die so handeln wie wir. Also müssen Sie wieder dabei sein und helfen, damit wir nicht weniger werden, sondern mehr. Resignieren Sie nicht, Wir brauchen Sie und Sie uns.

Wir waren anfangs eine kleine Schar und sind angetreten mit dem Motto: Unser Widerstand wird wachsen. Halten wir Wort, denn unsere Regierung und unser Volk haben es bitter nötig.

Also, noch heute die Anmeldung in den Briefkasten. Auch die Ihrer Freunde und Angehörigen. Seien Sie höflich und fragen Sie (Ihre Freunde und Angehörigen) vorher. Dann noch: Zahlen Sie bitte die Teilnehmergebühr sofort (DM 20.-- scheint zwar ein bißchen viel, aber billiger lassen unsere Gegner heute keinen Eindruck mehr auf sich machen.) Wir nehmen alles: Bargeld, Schecks, Banküberweisungen (Bank für Gemeinwirtschaft, 605 Offenbach, Konto 740 294) und Postschecküberweisungen (PSA Ffm Konto 57 648)

Und bitte verschlafen Sie die Anfangskundgebung nicht: Ostersonntag, 10 Uhr, Mainz, Gutenbergplatz. Über gemeinsame Busfahrten von Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Hanau, Marburg und Kassel werden Sie nach Eingang Ihrer Anmeldung informiert.

(Übrigens: sollten Sie unter den 249 sein oder gar unter den 189, dann bitte nichts für ungut.)

2 Das Zweite: Der Römerberg war bei der vorjährigen Schlußkundgebung fast "voll". In diesem Jahr muß er ganz "voll" sein. Das bedeutet, 2 000 Leute mehr auf die Beine zu bringen.

Nicht einfach. Aber wenn jeder einen Zweiten mitbringt zum Ostermarsch und Fünf einlädt zur Schlußkundgebung, werden wir es schaffen. Wir wollten es Ihnen einfach machen: Sie finden beigelegt einige Karten, mit denen Sie Ihre Leute zum Römerberg einladen sollten.

Schöne Grüße! gez.: Klaus Vack gez.: Fritz Strass

Am Ostermontag wird um 15 Uhr die Abschlußkundgebung des Ostermarsches 1965 der Kampagne für Abrüstung auf dem Römerberg in Frankfurt am Main sein. Hier werden die Teilnehmer eintreffen, die durch einen dreitägigen Fußmarsch von Mainz nach Frankfurt am Main für die Abrüstung demonstrierten.

Durch die Teilnahme an dieser Schlußkundgebung könnten auch Sie beweisen, daß Sie für eine weltweite Entspannung eintreten.

Andererseits haben Sie hier Gelegenheit, sich unabhängig von der oft unzulänglichen Berichterstattung durch die Mehrzahl der Zeitungen, ein objektives Bild über die Bestrebungen der zunehmend populärer werdenden Kampagne für Abrüstung zu machen.

Gestatten Sie bitte, daß ich Sie als Befürworter von Abrüstungsinitiativen zu unserer großen Kundgebung auf dem Römerberg einlade.

Nehmen Sie teil am Ostermarsch 1965 Von Mainz zum Frankfurter Römer

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1965 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation. Der Marsch beginnt mit einer Eröffnungskundgebung am Ostersonntagvormittag in Mainz und führt während der drei Ostertage über Bischofsheim, Rüsselsheim, Flörsheim, Weilbach, Hofheim, Höchst, Sossenheim, Rödelheim, Bockenheim, durch die Frankfurter Innenstadt zum Römer.

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,- (Verpflegung, Notunterkunft, wenn Ihrerseits erforderlich, Busfahrt nach Mainz, Organisations- und Werbeanteil). Sollte Ihnen die Teilnahme nur eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wenn irgend möglich, um das gleiche finanzielle Opfer. Nach Ihrer Anmeldung gehen Ihnen weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnehmergebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Zahlung der Teilnehmergebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnehmergebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto 57648 Ffm., Ostermarsch der Atomwaffengegner, Offenbach, oder durch Verrechnungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

Wenn Sie sich noch nicht entschließen können, am Ostermarsch teilzunehmen, aber laufend Material über unsere Bewegung wünschen, benutzen Sie bitte ebenfalls untenstehenden Abschnitt.

..... Hier abtrennen

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West. Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1965.

Ich erkläre mich bereit zur Teilnahme am Ostermarsch 1965 von Mainz zum Frankfurter Römer. Die Teilnehmergebühr von DM 20,- wird überwiesen.

Ich nehme teil: ja nein

Samstag Sonntag Montag

Ich kann 1965 nicht teilnehmen, bitte aber um ständige Zusendung von Material.

ja nein

Name: Vorname:

Beruf: Alter: Tel.:

Anschrift:

Bitte gut leserlich schreiben!



Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß
Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Buchrainweg 1
Druck: Grawo-Druck, Offenbach

ED 718-24-191

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffen gegner



Keine
Atom
waffen
auf
deutschem
Boden

Freundschaft mit Frankreich,
aber ohne die Bombe

Pacem in terris

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie

Den nächsten Krieg gewinnt der Tod
Damit 1970 noch Menschen leben

Statt Atomwaffen Brot für die Welt

Rüstung kostet unser Geld
Krieg kostet unser Leben
Unruhe ist die erste Bürgerpflicht

SICHERHEIT FÜR ALLE: ABRÜSTUNG

Von Köln bis Warschau
atomwaffenfrei

**MITTELEUROPA
- ATOMWAFFENFREI
ENTSPANNUNGSZONE
BRÜCKE ZWISCHEN
OST UND WEST**



**Nicht
Grund
gesetz
ändern
Politik
ändern**



Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten – am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen vieles geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wetrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Die Forderungen der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmen überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Weg der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der „heiße Draht“ zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- **Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde**
- **Verbot der Weitergabe von Atomwaffen**
- **Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen**
- **erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung**

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zu Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen – wie die Notstandsgesetze – einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor:

- **Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen**
- **Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen – keine Atomwaffen auf deutschem Boden!**
- **Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung – Mitteleuropa atomwaffenfrei!**

Wir bitten alle Mitbürger:

- **Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.**
- **Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt.**
- **Übernehmen Sie Verantwortung in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.**
- **Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.**

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

★

Dem Aufruf, der anlässlich einer Großkundgebung am 31. Januar 1965 in Gelsenkirchen veröffentlicht wurde haben sich schon viele prominente Bürger durch ihre Unterschrift angeschlossen. Einige Namen sollen stellvertretend genannt sein: der Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Fritz Baade, der katholische Publizist Walter Dirks, die Schriftsteller Rolf Hochhuth, Günter Eich, Wolfgang Hildesheimer, Max von der Grün, Robert Jungk, Martin Walser, Alexander Spoerl, Erich Kästner, Wolfdietrich Schnurre, Christian Geißler, Anna Haag, Marie-Luise Kaschnitz, Hans Werner Richter, Kasimir Edschmid, Hans Magnus Enzensberger, Gerhard Zwerenz, die Professoren Eugen Kogon, Ernst Bloch, Ernst Friedrich Wolf, Ernst Niekisch, Helmut Gollwitzer, Wolfgang Abendroth, Walter Jens, Dietrich Goldschmidt, Heinrich Vogel, Theo Gläss, Ossip K. Flechtheim, Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller, der Gewerkschafter Hinrich Oetjen, der frühere Bundesvorsitzende der Gewerkschaft ÖTV Adolph Kummernus, die Schauspieler Wolfgang Neuss, Richard Münch, Ursula Noack, Theaterleiter Heinz Hilpert, der Verleger H. M. Ledig-Rowohl, die Maler Hermann Henry Gowa und Frans Masereel.

ED 718-24-197

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach, 6. 4. 1965
Buchrainweg 161

7. 4. 65

LETZTE
OSTERMARSCHVORBEREITUNGEN

Liebe Freunde,

mit diesem Rundschreiben, es ist eines der letzten vor Ostern, laden wir einen Kreis von "Ostermarschaktivisten" zu einer "Generalstabsbesprechung" am Sonntagmorgen, dem 11. April 1965 9,30 Uhr im Haus der Jugend, Frankfurt, Deutschherrnufer 11 (Vortragssaal) ein. Bei dieser Besprechung soll der gesamte Ablauf des Ostermarsches 1965 und die sich daraus ergebenden organisatorischen Voraussetzungen erörtert werden. Die Sitzung wird etwa um 12,30 Uhr beendet sein.

Es erscheint uns sehr notwendig, daß ein großer Kreis von Leuten über die wichtigsten Einzelheiten des Marsches informiert werden, damit er ziemlich reibungslos ablaufen kann und die Marschleitung weitgehend entlastet ist. Bei dieser Zusammenkunft soll beispielsweise die notwendige Anzahl Ordner zusammengestellt werden, außerdem müssen wir uns mit den geplanten Unterschriftensammlungen für die Petition in Rüsselsheim und Hofheim beschäftigen usw... Gerade die beiden Petitionsaktionen halten wir für sehr wichtig und sollen deshalb sehr gut vorbereitet werden. Der Arbeitsausschuß beabsichtigt, dafür 20 Gruppen zu bilden, die in den beiden Städten abgegrenzte Bezirke durcharbeiten. Auf der Rückseite haben wir die Namen der Leute aufgezählt, die wir bitten, diese Gruppen zu leiten.

Nun, wir hoffen, daß Sie alle am kommenden Sonntag trotz unserer etwas kurzfristigen Einladung kommen können. So weit es möglich ist, bitten wir Sie weitere aktive Freunde, die in der Lage sind während des Ostermarsches kleine organisatorische Aufgaben zu übernehmen, ebenfalls zu informieren und mitzubringen.

Mit herzlichem Gruß,

gez. Klaus Vack

gez. Fritz Strass

Institut für
Politik und
Sozialwissenschaft



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Informationen zum Ostermarsch 1965

Sie finden beigelegt unsere Zeitung "extrablatt", in der wir Sie noch einmal mit den Zielen der Kampagne für Abrüstung, dem Ostermarschaufruf 1965 und den Marschstrecken der deutschen Ostermärsche und insbesondere des hessischen Marsches von Mainz zum Frankfurter Römerberg bekannt machen.

Auf Seite 1 des "extrablatt" finden Sie auch die Namen einiger prominenter Bürger unseres Landes, die den Aufruf zum Ostermarsch 1965 durch ihre Unterschrift unterstützen. Dies ist nur eine Auswahl der vielen tausend uns vorliegenden Unterschriften.

Damit Sie erkennen können, daß auch in hessischen Städten und Landkreisen die Unterstützung für die Kampagne für Abrüstung zunimmt, geben wir Ihnen beigelegt eine Zusammenstellung aus verschiedenen Städten und Landkreisen. Über die Ergebnisse in weiteren Städten und Landkreisen werden wir Sie demnächst informieren.

Offenbach (Main), 5. April 1965 - Strass

5. 4. 65

Klaus Eskuche

Egon Becker

Karlheinz Goll

Dolf Segall

Irmgard Löwe

Friedel Emmel

Herbert Faller

Norbert Weiler

Günther Amendt

Norbert Winkler

Sigi Wenzel

Edgar Weick

H. J. Arlt

H. Günther

Willi Malkomes

Gerd Müller

Heiner Halberstadt

E. G. Wille

Herbert Marschnäuser

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-24-194

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Unterschriften zum Ostermarschaufruf 1965
=====

In Wiesbaden haben sich unter anderen dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: die Pfarrer Karl Ernst Stumpf, H.H. Schweikart, Werner Heinrich, Günter Baumgart, Hans-Joachim Falkenberg, und als Privatpersonen die hauptamtlich tätigen Gewerkschafter Bodo Wolter, Johannes Adolf Wick, Kurt Leicht, Dr. Otto Klette, Ernst Häning, Karl Bleidner, Kurt Werner, Lothar Körner, sowie der Personalrat Ernst Dörner und Dr. Hans-Peter Vogt.

In Marburg haben sich unter anderen dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: Prof.Dr.Wolfgang Abendroth, Hermann Bauer (Buchdruckereibesitzer), Dipl.-Landwirt Fritz Büsche (Vorstandsmitglied der SPD), Artur Dinnebier (Betriebsrat), Käthe Dinnebier (Vorsitzende des DGB-Kreis-Frauenausschusses), Dr. Hanno Drechsler (Stellvertr. Fraktionsvorsitzender der SPD), Prof.Dr. Heinrich Düker, Irmgard Ehlebrecht, Dieter H. Frießem (Arzt), Rudolf Geller (Geschäftsführer bei ÖTV und SPD-Stadtverordneter), Dr.Dorothea Hillmann (Oberstudiendirektorin i.R.), Heinz Horn (Vorsitzender der Angestellten-Gruppe im DGB), Prof.Dr. Otto Kaiser, Prof.Dr.Dr.Helmut Kanter, Medizinalrat Dr. Friedrich Kaufmann, Prof.Dr.Johannes Klein, Erwin Kluge (Geschäftsführer bei IG Bau, Steine, Erden), Heinz Koch (Vorsitzender des Marburger Kreissiedlerverbandes), Dr. Kurt Lenk (Dozent), Irene Löhrius (Angestellte beim DGB), Prof.Dr.Heinz Maus, Karlheinz Mörmel (Geschäftsführer bei IG Metall), Dr. Ermenhild Neusüß (Studienrätin i.H.), Pfarrer i.R. Arnold zur Nieden, Alexander Otto, Rütger Schäfer, Dipl.-Ing. Gerhard Schmidt, Karlheinz Thursar (ÖTV-Vertrauensmann), Friedl Terzano (Betriebsrätin), Prof.Dr. Eckhart Vogt, Paul Walbrecht (DGB-Kreisausschuß-Mitglied), Erich Weil (DGB-Kreisausschußvorsitzender i.R.)

Im Bereich des Örtlichen Ausschusses Siegerland haben sich unter anderem dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: Superintendent Ernst Achenbach, Oberstaatsanwalt a.D. Dr. Karl Springer, Pastor Adolf Schmidt, Pastor Werner Koch, Pfarrer Ernst Achenbach, Pastor Wulf Dietrich, Pfarrer Alfred Steup, Pfarrer Helmut Grisse, Studentenpfarrer Dr. Günther Breer, Ballettmeisterin Vera Ziegenhagen, Betriebsratsvorsitzender Karl Albert Schnäider und Fabrikant Hans A. Dresler. Die Ortsgruppe der Stadt Freudenberg im Siegerland der Jungen Union hat am 26.3.1965 einstimmig beschlossen, ihre Mitglieder zur Teilnahme am Ostermarsch 1965 aufzufordern.

In Sprendlingen haben sich unter anderen dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: Bürgermeister Willi Banse, die Stadtverordneten August Steng, Michael Stork und Georg Kappel, Pfarrer Max Rudolf Weber, der Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden, Zahlstelle Sprendlingen Adam Stimpert und die Vorstandsmitglieder Karl Stahr und Franz Berg, Vorstandsmitglied des DGB-Ortskartells Friedrich Knipp sowie der Deutsche Stehermeister 1964 Karl Heinz Matthes.

Im Landkreis Dieburg haben sich unter anderen dem Ostermarschauf-ruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: Pfarrer Claar, Pfarrvikar Wolfgang Hill, Diakon Peter Steuer, Dr. Korell (Arzt), Albrecht Bötticher (Gewerbestudienrat a.D.), die Gemeindevertreter

Fritz Stuckert, Irma Poth, Hans Altmeyer und Herbert Kreher, Heinrich Knapp (Ehrenkreisvorsitzender der Arbeiter-Wohlfahrt) sowie die Gewerkschaftsfunktionäre bzw. Betriebsräte Heinz Santin, Bernd Volk, Johann Karl Brand, Karl Bonifer, Alfred Herd, Georg Antes, Leonhard Hotz und Karl Ritter.

In Gießen haben sich unter anderen dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: Prof. Dr. Matthias Heinrichs, Prof. Dr. Lothar Hock, Helmut Grieser (Schauspieler), Werner Vespermann (Regisseur und Schauspieler), Peter Pletsch (Gewerkschaftssekretär), Udo Blonski (DGB-Kreisjugendausschuß-Vorstandsmitglied), Walter Deeg (Personalratsvorsitzender).

In Offenbach haben sich unter anderen dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: Karl Appelman (Bürgermeister), Walter Buckpesch (Stadttrat und 2. Vorsitzender des TV "Die Naturfreunde"), die Stadtverordneten Borris Hammerich, Gusti Hofmann, Richard Müller (Gewerkschaftssekretär) und Ludwig Plaueln, der Arbeitsrechtler Olaf Radke (Landtagsabgeordneter) und der Gesamtpersonalratsvorsitzende Wilhelm Kirscher.

In Darmstadt haben sich unter anderen dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: Alfred Bieber (Diakon im Landesjugendpfarramt), der Schriftsteller Dr. h.c. Casimir Edschmid, der ehemalige Kirchenpräsident für Hessen und Nassau D. Martin Niemöller DD, die Schriftstellerin Ursula Rütt und die Professoren Eugen Kogon, Karl Schlechter, Alwin Walther.

In Frankfurt haben sich unter anderem dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: Dr. h.c. Werner Bockelmann, Stadttrat a. D. Prof. Gläss, Aenne Kolb, Albert Mangelsdorff, Marie-Luise Kaschnitz, der Landtagsabgeordnete Philipp Plöß, der Kabarettist und Schriftsteller Rudolf Rolfs, der Schriftsteller Horst Krüger, die Professoren Heinz-Joachim Heydorn und Reinhard W. Kaplan, der Pardon-Verleger Hans A. Nickel, der Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend, Herbert Faller, der Bundesvorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Helmut Schauer und die Gewerkschaftssekretäre Sepp Sigulla, Rudolf Segall, Elisabeth Wörtler, Günter Schwarz, Jochen Müller, Hans Georg Michel, Fritz Libuda, Günter Köpke, Willi Brune, Heinrich Bausch, Paul Krüger, Rudi Müller und Willi Guénon.

In Hofheim haben sich unter anderen dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen: Heinrich Weiß, Landtagsabgeordneter, Dr. Erich Schäfer (Oberregierungsrat, 1. Vorsitzender der SPD in Hofheim), Klaus Peuker (Oberstudiendirektor und Leiter des Kreisgymnasiums), weiterhin die Pädagogen Bernt-Rüdiger Wagenbach, Hans Neumann, Gerald Penkwitt, Hans-Ulrich Colmar, die Theologen Dr. Christian Müller, Karl Jakobi, Hans Neumann, der Wissenschaftler Friedrich A. Klug und der Schriftsteller Hans A. Walter.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Unterzeichner des Ostermarschaufrufes 1965 ihre Unterschrift als Privatpersonen gegeben haben. Die Berufs- bzw. Funktionsangaben sollen lediglich der Information dienen.

Offenbach (Main), 5. April 1965 - Strass



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Autokorso durch den Taunus

Etwa 50 Fahrzeuge zählte ein Autokorso der Kampagne für Abrüstung, das am vergangenen kaufsoffenen Samstag, ausgehend von Oberursel, die Städte Bad Homburg, Kronberg, Königstein, Bad Soden, Frankfurt-Höchst, Hofheim und Kelkheim durchfuhr. Die Wagen, die mit Plakaten und Slogans der Kampagne für Abrüstung beklebt waren, erregten große Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung.

Mit dem Autokorso war eine groß angelegte Flugblattwerbung in den belebten Straßen verbunden, die auf den Ostermarsch 1965 hinwies und zur Teilnahme an der großen Schlußkundgebung am Ostermontag auf dem Frankfurter Römerberg aufrief.

Das Autokorso verlief ohne Zwischenfälle.

Offenbach (Main), 3. April 1965 - Strass

5. 4. 65

Kampagne für Abrüstung
Osternmarsch der Atomwaffengeegner
- Hessischer Ausschuß -

ED 718-24-197
605 Offenbach 4, 1. April 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

3.4.65

An die Örtlichen Ausschüsse;
dem Hessischen Ausschuß zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde,

heute wieder einige teilweise sehr wichtige Mitteilungen.

1. Veröffentlichung der örtlichen Unterzeichner

Bei einer jetzt stattgefundenen Hessischen Ausschußsitzung wurde auch über das letzte Zeitungsflugblatt gesprochen, das wir noch kurz vor Ostern herausbringen werden. In diesem Zeitungsflugblatt sollten nach unseren ursprünglichen Vorstellungen auch die örtlichen Unterzeichner genannt werden. Inzwischen konnten wir die erfreuliche Feststellung machen, daß fast alle Örtlichen Ausschüsse eine ansehnliche Liste von prominenten örtlichen Unterzeichnern gewinnen konnten. Das Ergebnis hiervon ist, daß wir unser Zeitungsflugblatt nun fast ausschließlich mit Namen füllen müßten, was dieses Flugblatt selbstverständlich langweilig machen würde, denn die Unterzeichner von Spendlingen sind in Dieburg uninteressant und soweit.

Wir haben deshalb beschlossen, in dem Zeitungsflugblatt lediglich die Unterzeichner zu nennen, die auf Bundesebene oder im hessischen Maßstab von Prominenz und somit für alle interessant sind.

Wir meinen aber, daß es dringend erforderlich ist, daß jeweils örtlich die dortigen Unterzeichner bekanntgegeben werden. Hierzu schlagen wir folgendes vor:

- a) Herstellung eines eigenen örtlichen Flugblattes, in dem der Osternmarschaufruf 1965 in vollem Wortlaut (Ihnen bekannt) verwendet werden sollte oder die Kurzfassung I bzw. die Kurzfassung II (siehe Anlagen zu diesem Rundschreiben). Dabei steht es den Örtlichen Ausschüssen frei, evtl. einige überregional bekannte Namen zu nennen. Wir schlagen vor: Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Fritz Baade, Landtagsabgeordneter Olaf Radke und Philipp Pless, Kirchenpräsident D. Martin Niemöller DD, Prof. Dr. Eugen Kogon, Prof. Dr. Hellmut Gollwitzer DD, Dr. Erich Kästner, Marie Luise Kaschnitz, Dr. h. c. Werner Bockelmann, Wolfgang Neuss, Richard Münch und Adolph Kummernuss. Außerdem ist zu prüfen, ob man in diesem Flugblatt auch die Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg oder wo es günstig ist auf eine andere Kundgebung hinweisen sollte. Die Kundgebungsredner bitte telefonisch erfragen.
- b) Anzeige in der lokalen Zeitung. Mehrere Textvorschläge für solche Anzeigen liegen bei.
- c) Man sollte versuchen, den Aufruf oder eine der Kurzfassungen in redaktionellen Teil der Zeitungen unterzubringen, wieder unter Verwendung der örtlichen Unterzeichner.

Obwohl die Publizierung der Unterzeichner nun örtlich geschieht, bitten wir trotzdem, alle Namen und Adressen dem Hessischen Ausschuß mitzuteilen. Dies ist auch für eine spätere Auswertung wichtig, denn wir werden den Unterzeichnern nach Ostern ein Dankschreiben mit einigem Material über die Kampagne schicken. Deshalb sollten Sie auch bis Ostern weiter Unterschriften zum Aufruf sammeln, selbst wenn sie nicht mehr veröffentlicht werden können.

2. Materialverteilung

Sie erhalten vor Ostern noch folgendes Material: am 9.4.1965 das 2seitige Zeitungsflugblatt "extfablatt"; am 12.4.1965 DIN A 2 Plakate für die Schlußkundgebung und Flugblätter für Gastarbeiter in italienischer und spanischer Sprache.

3. Appell an die evangelischen Christen

Wir geben Ihnen beigelegt eine Liste mit Namen von 62 Pfarrern aus Hessen und Nassau, die den angehefteten Appell an evangelische Christen unterschrieben haben. Daraus läßt sich evtl. noch ein Flugblatt machen, vielleicht hektographiert zum Verteilen am Karfreitag vor oder nach evangelischen Gottesdiensten. Es empfiehlt sich auch hier ein Hinweis auf die Schlußkundgebung oder eine der anderen Kundgebungen.

4. Gewerkschaftsbeschlüsse

Weiterhin ist eine Dokumentation über Beschlüsse und Entschlüsse gewerkschaftlicher Konferenzen und Gremien zur Abrüstung und zum Ostermarsch der Atomwaffengegner beigelegt. Diese Zusammenstellung gibt gute Argumente, vor allen Dingen auch beim Unterschriftensammeln in Gewerkschaftskreisen.

5. Nächste Zusammenkunft

Noch einmal vor Ostern, am Sonntag, 11. April 1965 von 9 - 12 Uhr werden wir zu Beratungen mit den Örtlichen Ausschüssen zusammenkommen. Eine Einladung mit Tagungsort und Hinweisen zur Tagesordnung erfolgt Anfang nächster Woche.

Zum Schluß noch ein Wort des Dankes an fast alle Örtlichen Ausschüsse, die sich in diesem Jahr bis heute wirklich viel Mühe gegeben haben, um unsere Sache in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und für den Ostermarsch 1965 zu werben. Wir sollten diesen Einsatz und dieses Tempo auch die nächsten 14 Tage beibehalten, damit es uns gelingt, den Ostermarsch 1965, die Kundgebungen und besonders die Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg im Verhältnis zu den vergangenen Jahren zu verstärken. Deshalb bitten wir die Örtlichen Ausschüsse an dieser Stelle noch einmal besonders darum, daß neben den groß angelegten Werbeaktionen auch jeder einzelne noch bemüht ist, im Gespräch mit den anderen, neue Teilnehmer am Ostermarsch zu gewinnen.

Mit besten Grüßen

gez.: Klaus Vack gez.: Fritz Strass

ED 718-24-198

Betr.: Kurzfassung I zum Ostermarschaufruf 1965

AUS DEM AUFRUF ZUM OSTERMARSCH 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten, - am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1954 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger, und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Nur auf dem Wege der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge auf dem Wege zur Abrüstung. Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, die Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- + Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
- + Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
- + Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
- + erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näher zu kommen. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes:

- + Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
- + Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen
- + Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung

Wir bitten alle Mitbürger, unsere Vorschläge zu prüfen, unsere Arbeit zu unterstützen und den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung zu machen. Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - Postfach 648

Betr.: Kurzfassung II zum Ostermarschaufruf 1965

AUS DEM AUFRUF ZUM OSTERMARSCH 1965

Zur Weiterführung der begonnenen Strategie des Friedens fordern wir:

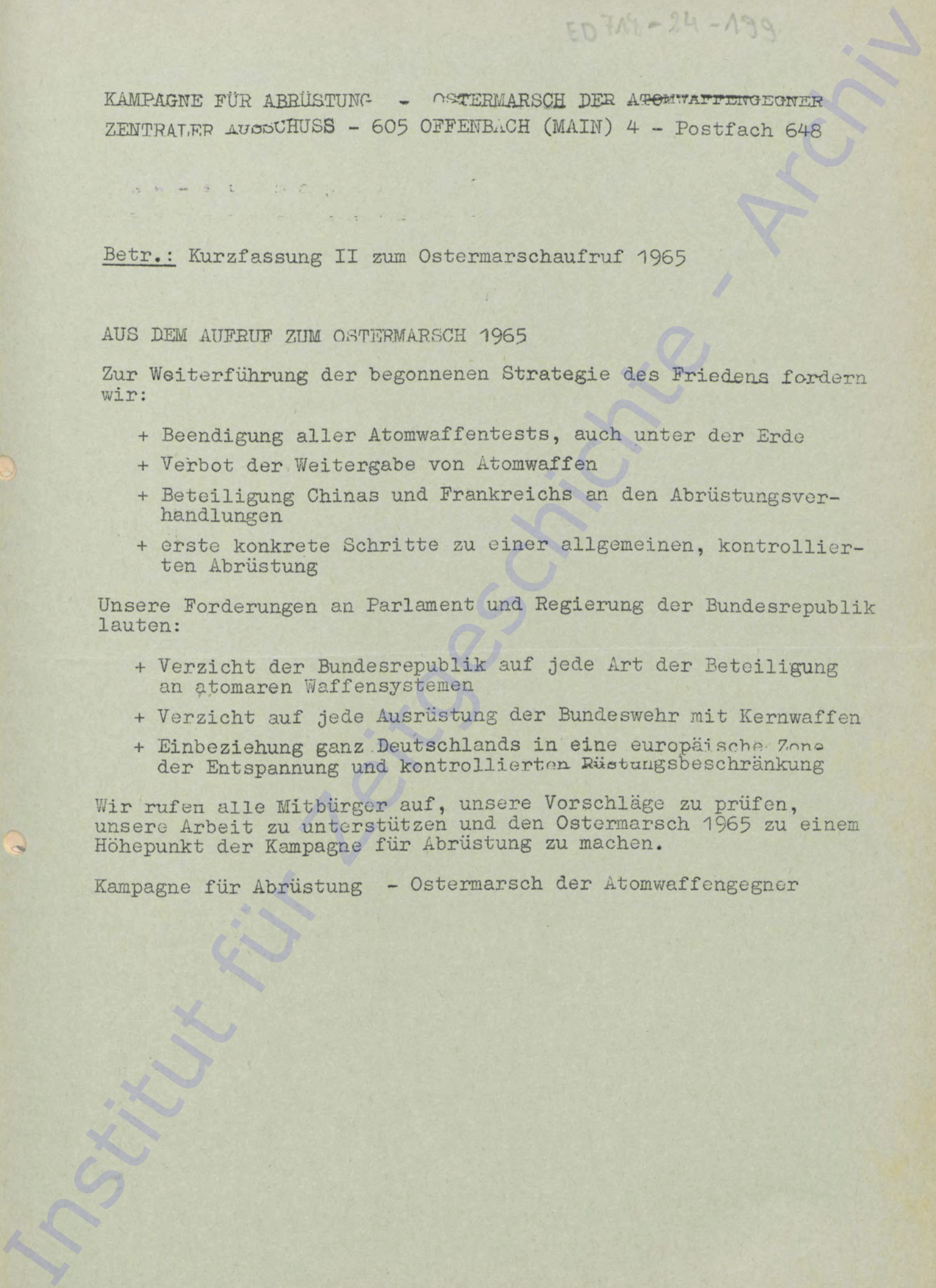
- + Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
- + Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
- + Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
- + erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Unsere Forderungen an Parlament und Regierung der Bundesrepublik lauten:

- + Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
- + Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
- + Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung

Wir rufen alle Mitbürger auf, unsere Vorschläge zu prüfen, unsere Arbeit zu unterstützen und den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung zu machen.

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner



KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH(MAIN) 4 - POSTFACH 648

Betr.: Textvorlage für Annoncen

Unsere Vorschläge für die Fortsetzung der Strategie des Friedens:

- * Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
- * Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
- * Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
- * erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Unsere Vorschläge für Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung:

- * Verzicht der Bundesregierung auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen
- * Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
- * Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung

Diese Vorschläge aus dem Aufruf zum Ostermarsch 1965 der Kampagne für Abrüstung unterstützen u.a. (hier die Namen von prominenten, örtlichen Unterzeichnern angeben.)

Schließen Sie sich den Ostermärschen an!
(Folgen evtl. Zeit- und Marschangaben)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der deutschen Bundesregierung. Diesen Forderungen stimmen wir zu. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung eröffnet die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes auf kulturelle und soziale Leistungen hinzulenken. - Für diese Ziele rufen wir zum Ostermarsch 1965.

(Folgen evtl. Zeit- und Marschangaben.)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Über den Vereinten Nationen, die 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit ausgerufen haben, steht die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Diese Hoffnung kann nur durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung verwirklicht werden. Um diese Politik durchzusetzen, rufen wir auf zum Ostermarsch 1965.

(Folgen Zeit- und Marschangaben)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Der Ostermarsch 1965 demonstriert für Sicherheit durch Abrüstung - gegen Verbreitung atomarer Waffen - für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Schließen Sie sich an!

(Folgen Zeit- und Marschangaben)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Wir fordern konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung und Initiativen der Bundesregierung für dieses Ziel. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf.

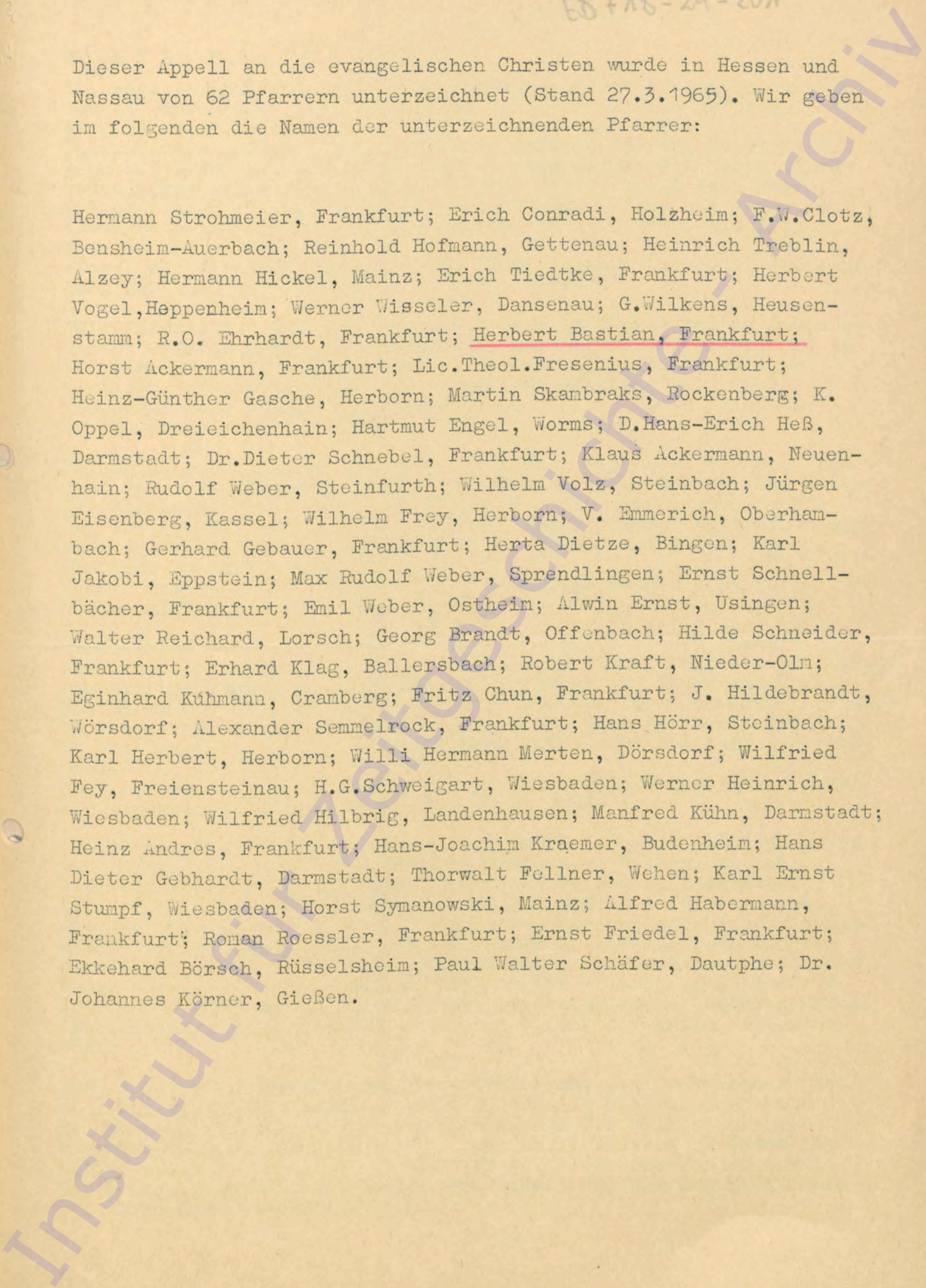
(Folgen Zeit- und Marschangaben)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dieser Appell an die evangelischen Christen wurde in Hessen und Nassau von 62 Pfarrern unterzeichnet (Stand 27.3.1965). Wir geben im folgenden die Namen der unterzeichnenden Pfarrer:

Hermann Strohmeier, Frankfurt; Erich Conradi, Holzheim; F.W.Clotz, Bensheim-Auerbach; Reinhold Hofmann, Gettenau; Heinrich Treblin, Alzey; Hermann Hickel, Mainz; Erich Tiedtke, Frankfurt; Herbert Vogel, Heppenheim; Werner Wisseler, Dansenau; G.Wilkens, Heusenstamm; R.O. Ehrhardt, Frankfurt; Herbert Bastian, Frankfurt; Horst Ackermann, Frankfurt; Lic.Theol.Fresenius, Frankfurt; Heinz-Günther Gasche, Herborn; Martin Skambraks, Rockenberg; K. Oppel, Dreieichenhain; Hartmut Engel, Worms; D.Hans-Erich Heß, Darmstadt; Dr.Dieter Schnebel, Frankfurt; Klaus Ackermann, Neuenhain; Rudolf Weber, Steinfurth; Wilhelm Volz, Steinbach; Jürgen Eisenberg, Kassel; Wilhelm Frey, Herborn; V. Emmerich, Oberhambach; Gerhard Gebauer, Frankfurt; Herta Dietze, Bingen; Karl Jakobi, Eppstein; Max Rudolf Weber, Sprendlingen; Ernst Schnellbacher, Frankfurt; Emil Weber, Ostheim; Alwin Ernst, Usingen; Walter Reichard, Lorsch; Georg Brandt, Offenbach; Hilde Schneider, Frankfurt; Erhard Klag, Ballersbach; Robert Kraft, Nieder-Olm; Eginhard Kühmann, Cramberg; Fritz Chun, Frankfurt; J. Hildebrandt, Wörsdorf; Alexander Semmelrock, Frankfurt; Hans Hörr, Steinbach; Karl Herbert, Herborn; Willi Hermann Merten, Dörsdorf; Wilfried Fey, Freiensteinau; H.G.Schweigart, Wiesbaden; Werner Heinrich, Wiesbaden; Wilfried Hilbrig, Landenhausen; Manfred Kühn, Darmstadt; Heinz Andres, Frankfurt; Hans-Joachim Kraemer, Budenheim; Hans Dieter Gebhardt, Darmstadt; Thorwalt Fellner, Wehen; Karl Ernst Stumpf, Wiesbaden; Horst Symanowski, Mainz; Alfred Habermann, Frankfurt; Roman Roessler, Frankfurt; Ernst Friedel, Frankfurt; Ekkehard Börsch, Rüsselsheim; Paul Walter Schäfer, Dautphe; Dr. Johannes Körner, Gießen.



W O R T E D E R K I R C H E

"Niemand von uns sollte sich zum Werkzeug einer Propaganda machen lassen, durch die eine Feindschaft zwischen Staaten gefördert oder eine Handlung kriegerischer Gewalt vorbereitet wird. Insbesondere mahnen wir alle Glieder unseres Volkes, nicht dem Wahn zu verfallen, als könne unserer gemeinsamen Not durch einen neuen Krieg abgeholfen werden. Auf der Gewalt liegt kein Segen, Kriege führen nur tiefer in Bitterkeit, Haß, Elend und Verwahrlosung hinein. Die Welt braucht Liebe, nicht Gewalt. Sie braucht Frieden und nicht Krieg."

(Worte der Kirchenversammlung der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Frieden, Eisenach, 13. Juli 1948)

"Wir rufen allen Gliedern unseres Volkes im Westen und im Osten zu: Werdet eindringlich und unermüdet, vorstellig bei allen, die in politischer Verantwortung stehen, daß sie nicht in einen Krieg willigen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen."

(Botschaft der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berlin-Weißensee, 27. April 1950)

"Einer Militarisierung Deutschlands können wir nicht das Wort reden, weder was den Westen, noch was den Osten anbelangt. Die Pflicht der Kirche kann es immer nur sein, die schwer gerüsteten Mächte der Welt wieder und wieder zu bitten, dem heillosen Wettrüsten ein Ende zu machen und friedliche Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen."

(Worte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Wiederaufrüstung, 27. August 1950)

"Erniedrigt die hohen Werte von Frieden, Freiheit und Einheit nicht zu leeren Phrasen! Was not tut, sind nicht Kriegsvorbereitungen, sondern ein Wagnis für den Frieden. Es liegt ein Fluch auf Waffen, die wider das Gewissen in die Hände gezwungen oder genommen werden. Es liegt aber Gottes Segen auf jedem Opfer, das für einen Frieden in der Wahrheit, in der Gerechtigkeit und in der Freiheit gebracht wird."

(Ruf der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg zu den Regierungen in Ost und West, 10. August 1952)

"Unser Volk sollte den Versuchen widerstehen, unter Ausnutzung von Machtbündnissen eine Gewaltpolitik treiben zu wollen. Es sollte sich mit einer kontrollierten Begrenzung seines militärischen Potentials einverstanden erklären. Insbesondere ruft die Synode, die nach wie vor zu ihrer Verwerfung von Massenvernichtungsmitteln steht, erneut zum Verzicht des deutschen Volkes auf jede atomare Bewaffnung. Eine Politik der gegenseitigen Abschreckung im Teufelskreis der Angst droht anstelle des von den Völkern sehnlichst erhofften Frieden eine unvorstellbare Weltkatastrophe heraufzuführen."

(Notwort der Synode der Evangelischen Kirche der Union, Februar 1959)

"Wir sollten über erste Schritte nachdenken, die praktisch zu tun sind zur Entspannung, zur Entgiftung der Atmosphäre, zum Abbau des Hasses, zur Annäherung und Versöhnung. Wir sollten uns anstrengen, mit der Phantasie der Liebe Möglichkeiten zu entdecken und zu nutzen, wo wir schon heute trotz aller bestehenden Gegensätze zusammenarbeiten können. Das fördert den Mut zum Risiko und das Wagnis des ersten Schrittes."

Wer Koexistenz sagt, findet sich nicht damit ab, daß in beiden Teilen Deutschlands gerüstet wird. Die Gemeinde Jesu Christi insbesondere wird ihr priesterliches Amt darin wahrnehmen, daß sie Brücken schlägt, auch wenn sie dafür von beiden Seiten angefeindet wird. Sie hat - bei allen auch in ihren Reihen vorhandenen Verschiedenheiten - der Welt unbeirrbar vorzuleben, was Koexistenz ist."
(Aus der Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Friedensfrage, 1962)

EVANGELISCHER CHRIST !

Diese Worte haben Synoden und leitende Kreise der Evangelischen Kirche in Deutschland in den letzten Jahren uns zugerufen. Sollen das nur Worte gewesen sein? Müssen daraus nicht politische Taten folgen? Stimmt aber das, was wir als "christliche Politik" in diesem Jahre erlebt haben, mit solchen Worten überein?

Die Kirche und ihre Botschaft werden unglaubwürdig, wenn die Christen es bei schönen Worten bewenden lassen, (und wenn "christliche Politik" genannt wird, was den Aufrufen der Kirche widerspricht).

Wir wollen, daß diese Worte der Kirche, die mit dem Evangelium übereinstimmen, nicht nur auf dem Papier stehen. Sie sollen in Politik umgesetzt werden; denn nur so sind sie gemeint.

Die Kampagne für Abrüstung, die Ostermärsche gegen Atomwaffen in Ost und West, sind eine Antwort auf die Appelle der Kirche. Im Aufruf zum Ostermarsch 1965 heißt es:

- + Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
- + Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
- + Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
- + erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Und von der Bundesrepublik wird gefordert:

- + Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
- + Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
- Keine Atomwaffen auf deutschem Boden! -
- + Einbeziehung ganz Deutschlands in eine Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung
- Mitteleuropa atomwaffenfrei! -

Wir fragen alle evangelischen Christen, ob sie nicht unsere Bestrebungen unterstützen, unsere Demonstration mitmachen, unsere Petition unterschreiben sollten. Unsere Regierung bereitet unser Volk mit vielen Gesetzen auf den Kriegsfall vor, der der Untergangsfall sein wird. Ist es nicht die Pflicht aller Christen, stattdessen für eine Politik der Festigung des Friedens und der Beseitigung der Kriegsgefahren einzutreten? Oder soll es wieder dahinkommen, daß die überlebenden Christen nach einer europäischen Katastrophe sagen müssen, wie schon die Evangelische Kirche in Deutschland im Oktober 1945 in dem "Stuttgarter Schuldbekenntnis": "Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben".

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

AUTOKORSO

Kommen Sie zu unserem südhessischen Autokorso am 3. April 1965 nach Oberursel. Wir treffen uns hier um 10 Uhr auf dem Platz am Feuerwehrturm und fahren über Bad Homburg, Königstein, Höchst, Zeilsheim, Hofheim nach Kelkheim. Dort wird der Korso gegen 15,30 Uhr beendet sein. Mit dieser Fahrtstrecke berühren wir Ortschaften im Taunus, in denen man bisher von unserer Kampagne für Abrüstung nicht viel gehört hat. Deshalb verbinden wir die Aktion mit einer größeren Flugblattwerbung in den einzelnen Ortschaften. Bringen Sie, so weit möglich, auch Freunde und Bekannte - evtl. auch als Mitfahrer zum Flugblattverteilen - mit. Flugblätter, Plakate und Befestigungsmaterial werden vom Hessischen Ausschuß zur Verfügung gestellt.

OM 65

Jetzt gilt es, alle Kräfte auf den Ostermarsch 1965 zu konzentrieren. Sie finden beigelegt unser vierseitiges Zeitungsflugblatt. Wir bitten Sie, dieses Flugblatt zu lesen, weiterzugeben und, wenn möglich, noch weitere Exemplare von der Geschäftsstelle zu beziehen und zu verteilen. Zur Verteilung kurz vor Ostern und auch während des Ostermarsches wird noch ein letztes Zeitungsflugblatt hergestellt, das vor allem zur Teilnahme an Anfangs- und Zwischenkundgebungen und der großen Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg aufruft. Auch von diesem Flugblatt sollten Sie Gebrauch machen.

Doch das Wichtigste: Schicken Sie umgehend Ihre Anmeldung zur Teilnahme am Ostermarsch und überweisen Sie Ihre Teilnehmergebühr. Näheres über Marschstrecke und Teilnahmebedingungen erfahren Sie auf Seite 4 des beigelegten Zeitungsflugblattes.

fördererbons

Wir haben Ihnen vor ca. 3 Wochen fünf Fördererbons im Werte von insgesamt DM 10.-- geschickt. Bitte rechnen Sie die Bons - falls noch nicht geschehen - noch vor Ostern mit uns ab. Wir sind wie immer pleite und brauchen gerade jetzt jede Mark. Danke!

VIETNAM KRIEG

Über unsere Protestdemonstration gegen die amerikanische Politik in Vietnam hat es in der Presse und Öffentlichkeit einen großen Wirbel gegeben. Auch waren ca. 500 unserer Anhänger an der Demonstration beteiligt, sodaß man voraussetzen kann, daß Sie ausführlich informiert sind.

Daß es nach der offiziellen Demonstration zu Zusammenstößen der Polizei mit Anhängern der Kampagne für Abrüstung kam, lag nicht im Sinne der Veranstalter. Diese Zusammenstöße wurden durch das Verhalten der Verantwortlichen im Polizeipräsidium provoziert.

Man kann die Vorgänge auf Zeil und Hauptwache und auch in der Nähe des amerikanischen Generalkonsulats nicht losgelöst betrachten von dem Bescheid des Polizeipräsidenten. In diesem Bescheid wurde durch politische Auflagen eindeutig gegen die Verfassung verstoßen und dann angekündigt: sollte die Auflage nicht beachtet werden, haben die Polizeibeamten Anweisung, dies mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu unterbinden.

Wenn berittene Polizei, Wasserwerfer, Hundertschaften und Polizeiautos en masse für jeden Bürger sichtbar als Demonstration polizeilicher Macht bereitstehen, dann werden alle psychologischen Voraussetzungen geschaffen, um eben jenen Bürger endgültig herauszufordern, dem man seine Rechte verfassungswidrig einschränken will, und dem deshalb die polizeilichen "Vorkehrungen" gelten.

Der Hessische Ausschuß wird gegen die verfassungswidrigen Auflagen des Polizeipräsidiums Frankfurt noch geeignete rechtliche Schritte einleiten. Was nach der Auflösung der Demonstration auf dem Börneplatz, später in der Innenstadt, geschah, hat die Veranstaltungsleitung nicht zu verantworten. Dennoch halten wir es für sinnvoll, wenn alle, die zu den Vorgängen auf Zeil, Hauptwache und in der Nähe des amerikanischen Generalkonsulats etwas zu sagen haben, dies in Leserbriefen an die Zeitungen schreiben und außerdem der Geschäftsstelle des Hessischen Ausschusses berichten. Außerdem möchten wir gerne möglichst alle Adressen erfahren, von Leuten, die vorübergehend festgenommen wurden.

Die umfangreichen Presseberichte haben nun stark dazu beigetragen, daß überall über die Kampagne für Abrüstung und die Vorgänge um die Vietnam-Demonstration diskutiert wird. Wir sollten bei diesen Diskussionen dazu beitragen, daß allgemein bekannt wird, daß es uns nie um eine Demonstration gegen die Polizei ging, sondern daß wir immer nur unsere politische Meinung zur Situation in Vietnam sagen wollten. Wir müssen aufklären, daß die Schwierigkeiten mit der Polizei nur deshalb entstanden sind, da eine ordnungsgemäß angemeldete Demonstration verfassungswidrig in ihrer politischen Aussage und auch in der organisatorischen Planung eingeschränkt wurde. Durch die Reaktionen in einigen Zeitungen, durch die Stellungnahme der Frankfurter Jungsozialisten, durch die Ankündigung des Landtagsabgeordneten Olaf Radke, den verfassungswidrigen Bescheid vor den Hessischen Landtag zur Diskussion zu stellen, durch die Erklärung von Oberbürgermeister Prof. Brundert, der sich keineswegs hundertprozentig hinter die Polizei gestellt hat, sehen wir uns in unserer Interpretation bestätigt.



Ein Marsch der Vernunft

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten — am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wetrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger, und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Nur auf dem Wege der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, kann Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge auf dem Wege zur Abrüstung. Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, die Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde;
- Verbot der Weitergabe von Atomwaffen;
- Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen;
- erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung.

Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. Der atomare Rüstungsgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes:

- Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen.
- Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen;
- Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung.

Wir bitten alle Mitbürger, unsere Vorschläge zu prüfen, unsere Arbeit zu unterstützen und den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung zu machen. Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner

**Kein
Zweck
heiligt
Atomwaffen**

Sie rufen auf:

Die Forderungen der Kampagne für Abrüstung, die gegen jede atomare Rüstung oder Rüstungsbeteiligung der Bundesrepublik und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa eintritt, gewinnen ständig neue Zustimmung. Dem Aufruf der Kampagne, sich durch Beteiligung am Ostermarsch 1965 für diese politischen Forderungen einzusetzen, haben sich bisher unter anderem angeschlossen:

Prof. Dr. Fritz Baade (MdB), Martin Niemöller, Walter Dirks, Prof. Dr. Eugen Kogon, Prof. Dr. Hellmut Gollwitzer, Dr. Erich Kästner, Prof. Dr. Ernst Bloch, Prof. Dr. Walter Jens;

die Schriftsteller Hans-Werner Richter, Wolfdieter Schnurre, Rolf Hochhuth, Christian Geißler, Siegfried Lenz, Carl Mayer-Amery, Günther Weisenborn, Walter Kolbenhoff, Gerhard Zwerenz, Hans Magnus Enzensberger, Kasimir Edschmid, Marie-Luise Kaschnitz, Ilse Aichinger, Kurt Kusenberg, Alexander Spoerl, Robert Jungk, Günter Eich, Max von der Grün, Paul Schallück, Fritz J. Raddatz, Stefan Reisner,

Gerhard Schoenberger, Martin Walser, Helmut Lindemann, Gösta von Uexküll, Horst Krüger, Wolfgang Hildesheimer;

die Verleger H. M. Ledig-Rowohl, Hans A. Nickel, Wilhelm Goldmann;

die Kabarettisten Wolfgang Neuss, Ursula Noack, Rudolf Rolfs;

die Schauspieler Heinz Hilpert und Richard Münch;

die Gewerkschafter Hinrich Oetjen, Adolph Kummernuß, Berthold Kiekebusch, Gerhard Kochs;

der Bildhauer Gerhard Marcks;

die Professoren Ernst Niekisch, Wolfgang Abendroth, Eduard Baumgarten, Dietrich Goldschmidt, Theo Gläss, Ossip K. Flechtheim, Heinrich Vogel, Jürgen Habermas, Ernst Wolf, Alfred von Martin, Harold, Rasch, Heinz-Joachim Heydorn;

ferner der Offenbacher Bürgermeister Karl Appellmann, Oberkirchenrat Heinz Kloppeburg DD, Dr. Bodo Manstein, Herbert Faller (Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend), Helmut Kentler, der CVJM-Sekretär Gerhard Weber, Inge Aicher-Scholl, Aenne Kolb, der frühere Berliner Bezirksbürgermeister Willy Kressmann, Pfarrer Horst Symanowski.

Ostermarsch für Sicherheit durch Abrüstung

Als der Plan eines atomaren Minengürtels quer durch Deutschland bekannt wurde, protestierten mit der Kampagne für Abrüstung auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere Organisationen gegen derartige militärische Selbstmordpläne. Der Minengürtel ist nur ein Symptom für eine insgesamt katastrophale Rüstungspolitik unserer Bundesregierung. Hierzu meint Egon Lutz, Chefredakteur der Zeitung „druck und papier“ und Mitglied des Hauptvorstandes der gleichnamigen Gewerkschaft: „Mit der Bekanntgabe dieses Planes wurde der Selbsterhaltungstrieb der Deutschen mobilisiert. Ist damit alles wieder in Butter? Man kann es nicht glauben.“

Gewiß, mit der Bekanntgabe dieses Planes wurde der Selbsterhaltungstrieb der Bundesdeutschen mobilisiert. In diesem Beispiel zeigte sich der ganze Widersinn unserer Verteidigungsplanung. Aber mit einer vorläufigen Beruhigung der Betroffenen wird das Problem ja nicht gelöst. Man übersieht zu leicht, daß der Minenfeldgedanke nur ein Teilstück in der derzeit systematischen, technischen und moralischen Wiederaufrüstung unseres Landes darstellt.

Nach Meinung von berufenen Experten übertrifft die Schlagkraft der Bundeswehr die Kampfstärke der Volksarmee schon jetzt bei weitem. Wenn unsere Armee nicht nur auf konventionelle Waffen, sondern auch auf atomare Kampfmittel zurückgreifen kann, hat sie nicht nur defensiven Charakter, sondern durchaus die Möglichkeit, in der Hand unverantwortlicher Elemente zum Aggressor zu werden.

Präses Ernst Wilm:

Keine Atomwaffen auf deutschem Boden!

D. Ernst Wilm, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, schreibt in der Zeitung „Kirche und Mann“:

Ich bitte die Bundesregierung, die Abgeordneten aller Parteien und die Offiziere der Bundeswehr, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, daß die Truppen des Bundesheeres, der Bundesmarine und der Luftwaffe nicht mit Atomwaffen ausgerüstet und nicht an NATO-Einheiten, die über Atomwaffen verfügen, beteiligt werden.

Wir wollen herausbleiben aus dem verfluchten Besitz von nuklearen Waffen. Wir sind ein getrenntes Volk — je zur Hälfte mit der einen und der anderen großen Atommacht verbunden. Der Atomminengürtel entlang der Grenze der beiden Teile wäre ein weit schlimmeres Verbrechen als die Mauer in Berlin. In unserem Land — gerade in unserem Land! — ist die Politik der Kriegsverhinderung, die einzig vernünftige im atomaren Zeitalter, offenbar weniger entwickelt und gefragt als in anderen Ländern, die längst nicht so bedroht sind wie wir. Warum wird unserem Volk nicht viel ehrlicher und nüchterner gesagt, welches Grauen und welche Vernichtung ein Atomkrieg über uns bringt? Warum wird so getan, als sei es gar nicht so schlimm?

Als wir in der Synode der EKD über die Militärsorge berieten und unter anderem dar-

Gerade um den Finger am atomaren Druckknopf bemüht sich unsere Regierung mit erstaunlicher Hartnäckigkeit. Selbst der Umweg über das kostspielige und totgeborene Projekt der multilateralen Atomflotte wird nicht gescheut. Und das alles zu einer Zeit, in der sich die Großmächte zögernd und vorsichtig an eine kontrollierte Abrüstung herantasten.

Unser Beitrag zur Entspannung besteht vorerst darin, die ganze Republik systematisch in ein hochexplosives Pulverfaß zu verwandeln: wehrpolitisch und innenpolitisch. Welchem anderen Zweck könnte sonst z. B. die geplante Notstandsgesetzgebung dienen? Sie ist mehr als alles andere geeignet, die demokratische Substanz unseres Landes auszuhöhlen und das Volk in einen Zustand hineinzutreiben, in dem Verteidigungs- bzw. Militärfragen zu beherrschenden Kriterien des öffentlichen Lebens werden.

Ein Volk, das ans Gewehr — oder an die Feuerpatsche — systematisch gewöhnt wird, verliert das Grauen vor dem Krieg. Es ist schutzlos den Anfechtungen nationaler Überheblichkeit und aggressiver Kreuzzugsideologien ausgeliefert.

Teutonische Todessehnsucht bescherte uns den Plan der atomaren Minenfelder. Aber nicht nur diesen. Wir — oder besser: unsere verantwortlichen politischen Kräfte — schaffen systematisch die Voraussetzungen für den letzten „Opfergang“ unserer Republik. Der total gerüstete Staat kann zum totalen Beerdigungsinstitut werden. Wehren wir uns dagegen.

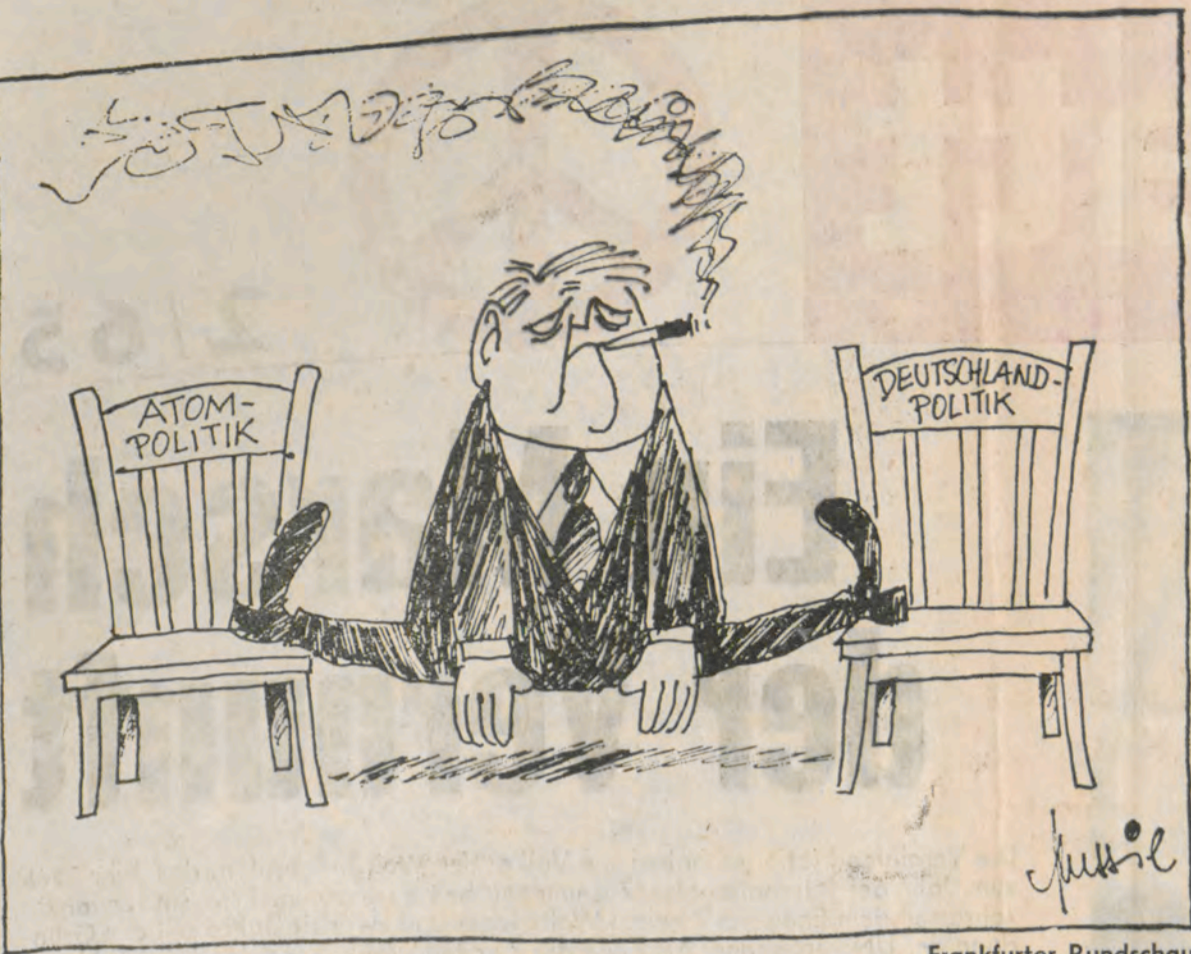
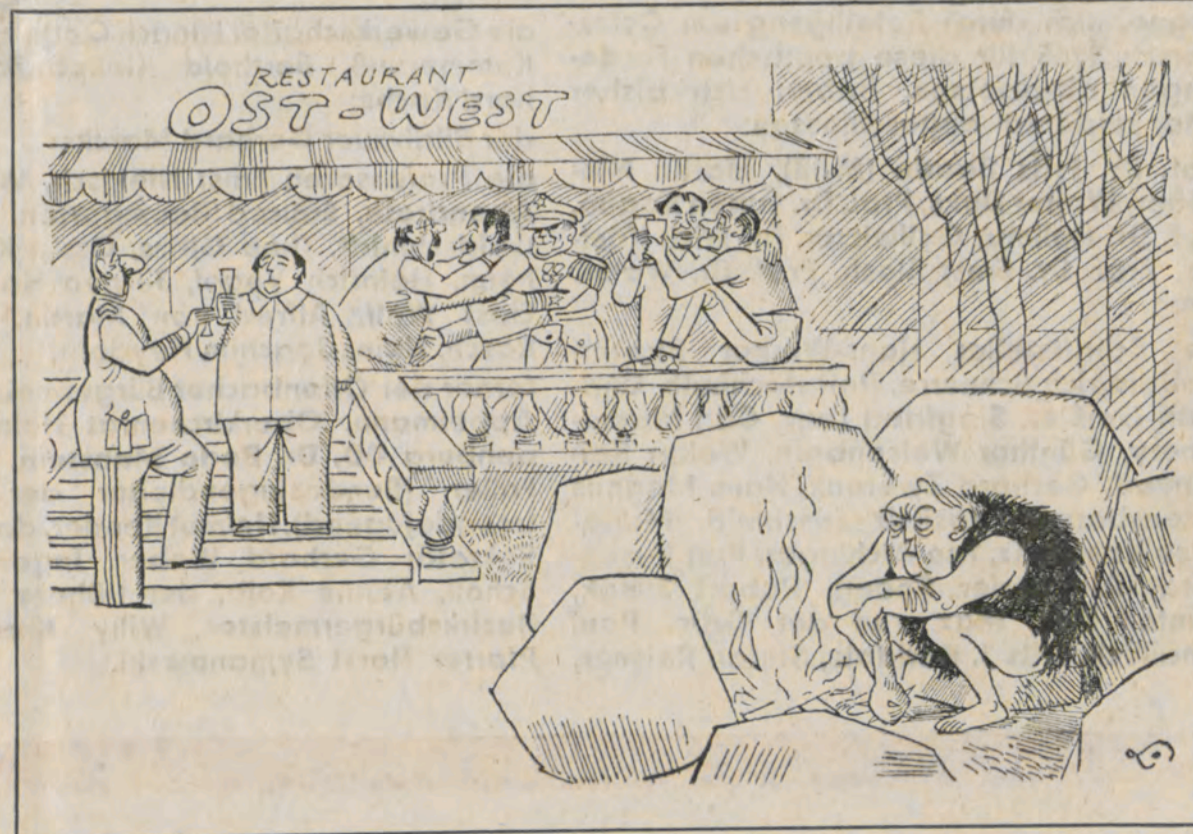
auf hingewiesen wurde, in welcher schwierigen Lage der Militärpfarrer mit seinem Verkündigungsdienst käme, wenn die Soldaten gezwungen würden, mit atomaren Waffen oder anderen Massenvernichtungsmitteln zu kämpfen, lautete die Antwort: „Wir haben noch keine atomaren Waffen!“ Jetzt macht die Bundesrepublik alle Anstrengungen — und alle drei Parteien sind mit dabei! —, sie zu bekommen, und wenn nicht in einer MLF (Multilaterale Atomstreitmacht), dann zur Not auch mit de Gaulle. Die Stunde ist da, in der wir die Parteien des Bundestages fragen müssen, ob sie dafür sind, daß die deutsche Bundesrepublik über nukleare Waffen mitverfügt, oder ob sie dagegen sind. Je nach der Antwort müssen wir uns bei der Wahl entscheiden.

Wir können nicht von Frieden und Abrüstung reden und zugleich die atomare Aufrüstung erstreben. Wenn wir wirklich, wie andere Völker, davon überzeugt wären, daß kriegerische Auseinandersetzungen keine Lösung politischer Spannungen mehr sein können und dürfen, wenn wir also eine reale Politik der Kriegsverhinderung betreiben wollten, dann müßte doch an einer Stelle dem Aufrüsten ein Halt geboten werden. Ist diese Stelle für uns Deutsche nicht da erreicht, wo es um Haben oder Nichthaben von nuklearen Waffen geht?

E. M. Lang

Hallsteinzeit

Süddeutsche Zeitung



Frankfurter Rundschau

Abrüstung und Deutschlandfrage

Es hat einmal jemand gesagt, man könne aus der Geschichte nicht mehr lernen, als daß man aus der Geschichte nichts lerne. Betrachtet man nüchternen Sinnes die Politik unserer Regierung in Bonn, dann kommt man in Versuchung, diesem pessimistischen Urteil recht zu geben.

Zweimal in diesem Jahrhundert hat sich unser Land alle Welt zum Feind gemacht. Zwei Weltkriege, von Deutschland ausgehend, haben Tod und Vernichtung in viele Nationen getragen. Man sollte meinen, nun hätte jedermann in unserem Lande begriffen, daß Deutschland nur aus dem Frieden Nutzen ziehen kann, daß es also die erste Aufgabe einer jeden deutschen Politik sein muß, Frieden zu erhalten oder Frieden herzustellen. Tatsächlich bietet die Bundesrepublik Deutschland heute der Welt ein entgegengesetztes Bild: In Ost und West ist man befremdet über den militärischen Ehrgeiz der Bundesrepublik, ist man erschreckt durch den Bonner Drang nach Atomwaffen, ist man mißtrauisch gegenüber deutschen Politikern, deren militärische Phantasie überentwickelt, deren Interesse an Friedenssicherung hingegen unterentwickelt scheint. Draußen in der Welt versteht man nicht, daß der höchste Offizier eines Landes, das zwei Weltkriege verloren hat, sich heute rühmt, über eine Truppe zu verfügen, die Hitlers Wehrmacht an Schlagkraft übertrifft. Draußen versteht man nicht, daß in der Bundesrepublik selbst sozialdemokratische Politiker erklären, Deutschland könne auf die Dauer einen „minderen militärischen Status“ — sprich: den Verzicht auf Atomwaffen — nicht hinnehmen, und daß Militärexperten einer Regierungspartei erklären, die Bundesrepublik habe zwar auf die Produktion, nicht aber auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet.

Noch weniger versteht man im Ausland, wie der militärische und atomare Ehrgeiz der Bundesrepublik und der Anspruch auf Wiedervereinigung sich zusammenreimen sollen. Wer politisch bis drei zählen kann, der kann sich ausrechnen, daß jeder Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands das Einverständnis aller Großmächte und aller Nachbarstaaten voraussetzt, der Sowjets so gut wie der Amerikaner, der Polen so gut wie der Franzosen. Das bedeutet praktisch: Jede Vereinbarung in der Deutschlandfrage, wenn sie zu Sicherheit und

Frieden führen soll, ist nur dann möglich, wenn weder Ost noch West dabei militärisch oder politisch in Vorteil oder in Nachteil gerät.

Nicht von ungefähr haben Rapacki und de Gaulle, Wilson und Spaak, amerikanische und sowjetische Politiker der Bonner Bundesregierung immer wieder empfohlen, es doch einmal mit Entspannungspolitik zu versuchen und sich mit dem Gedanken eines militärischen Disengagement in Mitteleuropa anzufreunden. Eine mitteleuropäische Zone der Rüstungsbeschränkung, frei von Atomwaffen, wäre für Ost und West gleichermaßen tragbar; für Deutschland würde sie das Kriegsrisiko mindern, mehr Sicherheit schaffen und Wege zur Wiederannäherung in Deutschland eröffnen. Wenn unsere Politiker von der Wiedervereinigung Deutschlands reden und gleichzeitig die Atomrüstung oder atomare Rüstungsbeteiligung der Bundesrepublik fordern, dann meinen sie es entweder mit der Wiedervereinigung nicht ehrlich — oder sie kalkulieren das Risiko eines dritten Weltkrieges ein, der von Deutschland und den Deutschen nichts übriglassen würde.

Da wird von Landesverrat gesprochen. Wer sind denn die Verräter unseres Landes — diejenigen, die der Bevölkerung sagen, wie es um ihre Sache wirklich bestellt ist, oder diejenigen, die eine Strategie der atomar verbrannten Erde in Deutschland einplanen? Da ist von Verfassungsschutz die Rede. Wer schützt denn die Verfassung — diejenigen, die Rechtsstaat, Demokratie und Wege zur Friedenssicherung verlangen, oder diejenigen, die Kriegsrecht schon in Friedenszeiten einführen möchten?

Zweimal schon ist Deutschland in die totale weltpolitische Isolierung geraten; der totale Krieg war das Endergebnis dieser Politik. Zweimal schon hat Deutschland auf die Karte der Rüstung gesetzt — und katastrophal verloren. Will man diese Politik ein drittes Mal versuchen? Wer es gut meint mit Deutschland, der kann seine Hoffnungen nur in eine Politik der Entspannung und Abrüstung setzen. Nur eine Politik der europäischen Friedenssicherung entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Wenn unsere Politiker in Bonn das nicht begreifen, dann müssen wir Bürger es ihnen begreiflich machen. Ostern ist dazu Gelegenheit.

Statt Atomminen — atomwaffenfreie Zone!

Der Pressereferent der Kampagne für Abrüstung, Dr. Arno Klönne (Bochum), erklärte zur Diskussion um die Atomminen:

„Äußerungen von Vertretern der Bundeswehr und die Rede des Verteidigungsministers von Hassel vor der Gesellschaft für Auswärtige Beziehungen in New York bestätigen, daß entgegen aller offiziellen Beruhigungstaktik das Konzept eines atomaren Minengürtels quer durch Deutschland existiert. Die ‚Frankfurter Rundschau‘ ist leider nur zu sehr im Recht, wenn sie feststellt, daß die Selbstverstümmelungsüberlegungen der verbrannten Erde noch keineswegs beerdigt sind. Wenn solche Pläne verwirklicht werden, dann bedeutet das: Jede

Mine eine Atombombe, jede Explosion eine Wiederholung der Katastrophe von Hiroshima, jeder Mensch im Grenzgebiet Todesopfer der ersten Stunde eines Krieges! Schon jetzt aber muß angesichts solcher Vorhaben jede Bekundung, daß es uns um die Wiedervereinigung gehe, verlogen wirken. Soll die Zukunft unseres Landes dem Willen von Militärpolitikern unterworfen sein, deren Vorstellungsvermögen den realen Folgen atomarer Strategie offenbar nicht gewachsen ist? Die Alternative zur Politik der Todeszonen ist: Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, garantiert durch Ost und West. Dafür wird sich der Ostermarsch 1965 einsetzen.“

Alle sind doch für Abrüstung – oder?

Welchen Politiker Sie heute auch fragen, jeder wird Ihnen antworten: „Natürlich bin ich für die allgemeine, kontrollierte Abrüstung, bitte, das ist doch selbstverständlich!“ Also warum dann noch eine Kampagne für Abrüstung und Ostermärsche? — Dieses Argument klingt logisch. Es wäre richtig, wenn die Politiker entsprechend ihren Worten handelten, wenn das ständige Bemühen um Abrüstung wirklich selbstverständlich wäre. Das aber ist nicht der Fall.

Statt Abrüstung läuft die Rüstung in West und Ost auf vollen Touren und immer wieder erscheint auf dem Hintergrunde dieser Rüstung die Gefahr einer großen Auseinandersetzung der Militärmächte, wie jetzt in Vietnam. Statt Abrüstung haben wir in der Bundesrepublik inzwischen wieder die stärkste Militärmacht des westlichen Europas, und mit den Notstandsgesetzen schafft man die Vorbedingungen für den totalen Krieg. Ist es da glaubhaft, daß unsere Politiker wirklich abrüsten wollen?

Blockieren nicht vielmehr einige Regierungen erste Schritte zur Abrüstung, anstatt sie zu fördern, indem sie auf die alte Karte des Wettrennens setzen? Die Bundesregierung z. B. bemüht sich über die MLF um die atomare Mitbestimmung, obwohl offensichtlich und international anerkannt ist, daß das Wettrennen nur durch einen sofortigen Stopp der weiteren Verbreitung von Atomwaffen eingedämmt werden kann. Verhindert nicht geradezu die von Adenauer und Dulles begonnene Politik der militärischen Stärke, die die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen sollte, die Abrüstung? Wie will man glaubhafte Abrüstungspolitik betreiben, wenn man die Großmacht China (25% der Weltbevölkerung etwa) vom Verhandlungstisch und der UNO fernhält?

Mit diesen Fragen sind einige der wichtigsten Tatsachen genannt, die heute den Weg zur Sicherheit durch Abrüstung versperren. Andere Fragen, etwa die Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen, die Umstellung der Rüstungs-

industrie auf Friedensprodukte sind dagegen zweitrangig und zu lösen, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Die aufgeworfenen Fragen müssen von den Regierungen der westlichen Länder beantwortet werden, wenn ihr Wunsch nach Abrüstung glaubhaft sein soll. Sie müssen China an den Verhandlungstisch holen, wenn nur bei dessen Teilnahme über Abrüstung entschieden werden kann. Die Bundesregierung muß ihre gescheiterte Politik der militärischen Stärke beenden und den auch für die deutschen Interessen aussichtsreichen Weg der Entspannung und des Disengagements in Mitteleuropa beschreiten, wie ihn schon viele wichtige Staatsmänner des Westens empfehlen. Sie muß ihr Streben nach atomarer Mitbestimmung aufgeben und endlich Vorschläge entwickeln und Verhandlungen aufnehmen, die auf einer realistischen Einschätzung der deutschen Situation und des Sicherheitsbedürfnisses der anderen Staaten aufbauen. Sie muß über die Vorschläge aus West und Ost zur Entspannung in Mitteleuropa sprechen, statt Militärausbilder nach Afrika oder Waffen in Spannungsgebiete zu schicken und Atomminengürtel für den nationalen Selbstmord zu planen.

Da Worte und Taten der Politiker sich widersprechen, ist es offensichtlich, daß die Kampagne für Abrüstung und die Ostermärsche notwendig sind. Anders bekommen die Politiker nicht den Druck der öffentlichen Meinung zu spüren, der sie zu einer vernünftigen Politik veranlassen kann. Die Richtung des einzuschlagenden Weges weisen die Forderungen des Aufrufes zum Ostermarsch. Hier werden die Folgerungen aus der gegenwärtigen Situation gezogen und die notwendigen ersten Schritte genannt, damit Deutschland nicht zur Zündschnur für die Sprengladung Europa wird, sondern zur Brücke, mit deren Hilfe die Gegensätze zwischen Ost und West überwunden werden können. Deutschland aber wird durch eine solche realistische Politik Sicherheit gewinnen und seinen Nachbarn Sicherheit geben können.

Was steckt hinter der Kampagne?

Die Kampagne für Abrüstung hat 1960 begonnen. Am Ostersonntag zogen damals einige hundert Menschen von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig durch die Heide nach Bergen-Hohne. In der Nachbarschaft des ehemaligen KZ und des neuen Raketengeländes demonstrierten sie gegen die Atombombe. Ein junger Lehrer aus Hamburg, Hans-Konrad Tempel, Pazifist und Sozialdemokrat, hatte sie aufgerufen. Er kannte die Ostermärsche aus England.

Eine solche Aktion brauchte auch die Bundesrepublik, deren Regierung nach Atomwaffen verlangte und eine Politik der Stärke zu treiben suchte. Seit dem stillen Ende von „Kampf dem Atomtod“ fehlte außerdem eine außerparlamentarische, entschiedene Kraft gegen die Bombe in Ost und West.

Die Idee zündete. 1961 marschierten 9000 Menschen nach Bergen-Hohne, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg gegen Atomwaffen in Ost und West. 23 000 hörten die Reden von Stefan Andres, Martin Niemöller, Erich Kästner und anderen.

1962 brachte die Jugend ihre Instrumente mit. Skiffle-Groups spielten und die dunkelhäutige Asia sang: Geh mit uns, wer du auch immer bist . . . Die Zahlen stiegen auf 15 000 Marschierer und 30 000 Teilnehmer an den Kundgebungen.

1963 machte der Bundesinnenminister die Propaganda für den Ostermarsch. 55 Engländer mußten in Düsseldorf im Flugzeug bleiben und durften nicht die Bundesrepublik betreten. Sie blieben über Ostern sitzen, weigerten sich zurückzuziehen. In den Zeitungen wurde gefragt: Dürfen nur NATO-Soldaten einreisen? Labour-Abgeordnete sprachen vor 25 000 Marschteilnehmern und 50 000 Menschen auf den Kundgebungen.

Während der kalten Ostertage 1964, in Schnee, Regen und Wind, marschierten 50 000 Menschen, 70 000 waren bei den Kundgebungen. 8000 hatten namentlich zum Ostermarsch aufgerufen, darunter 1100 Pfarrer aller Konfessionen, 800 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte und 200 Professoren.

Eine außerparlamentarische Aktion von so langer Puste, solcher Unbestechlichkeit, so zäher Aufbauarbeit hat es in Deutschland noch nicht gegeben, schrieb eine Zeitung.

Die Menschen, die marschieren, haben keine Einheitsmeinung. Sie haben ein Ziel, den Frieden, aber sie vertreten in anderen Fragen die verschiedensten Auffassungen. Neben dem Pfarrer steht der Gewerkschafter, neben dem Arbeiter der Unternehmer und neben dem Gelehrten der Angestellte oder Beamte. Sie alle

haben sich auf einige vordringliche politische Forderungen geeinigt. Gemeinsam ist ihnen das Mißtrauen gegenüber dem Freund-Feind-Denken. Gemeinsam versuchen sie, im Atomzeitalter neue Wege für den Frieden zu finden. Der Ostermarsch gleicht einem großen Forum.

Die Gespräche zwischen den Marschteilnehmern, mit den Zuschauern und Gegnern reißen nicht ab. Die Jugend bringt neue Lieder mit, Kabarets und eine Fülle von Ideen. Sie macht aus dem Protestmarsch einen Marsch für das Leben, für ihre eigene Zukunft. Der Slogan „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie“ bleibt nicht Theorie, er entspricht der Praxis.

An der Spitze der Kampagne für Abrüstung steht ein Kuratorium mit bekannten Persönlichkeiten. Hier seien nur wenige Namen genannt: Hedwig Born, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Heinz Kloppenburg, Martin Niemöller, Heinrich Vogel. Ein zentraler Ausschuss bespricht regelmäßig die gemeinsame Politik und leistet die organisatorische Arbeit. Sie ist im Laufe der Jahre immer weiter konkretisiert worden, denn man muß nicht nur das Ziel kennen, sondern auch den nächsten Schritt auf dem Wege dorthin. Konkrete Forderungen, wie sie nun gestellt werden, können aber nicht nur einmal im Jahre zu Ostern vertreten werden. Deshalb tritt jetzt die Kampagne für Abrüstung während des ganzen Jahres mit Hunderten von Veranstaltungen, Informationsgesprächen, Demonstrationen hervor. Sie protestiert nicht nur gegen die Trettnerschen Atomminengürtel im Grenzgebiet, sondern auch beispielsweise mit internationalen Gruppen bei dem NATO-Rat in Paris gegen die MLF. Sie ruft zu Petitionen an den Bundestag auf, bringt die Künstler Deutschlands zu „Auktionen für Abrüstung“ zusammen und bahnt in täglicher Kleinarbeit eine Gasse für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

Diese Aktivität läßt manche glauben, die Kampagne wolle eine neue Partei werden. Das ist nicht ihr Ziel. Dementsprechend unterstützt sie auch keine spezielle Partei. Die Bürger, die an der Kampagne teilnehmen, machen einfach von ihrem demokratischen Recht Gebrauch. Sie sagen ihre Meinung zur Sache der Abrüstung.

Es geht um eine unkonventionelle, außerparlamentarische Aktion, die eine Arbeit leistet, die nach den Worten des ermordeten Präsidenten Kennedy die Voraussetzung für weitere Schritte zur Abrüstung ist. Kennedy sagte: „Vereinbarungen über Abrüstungsmaßnahmen haben nur dann Chancen, wenn die Zustimmung und der förderliche Druck der öffentlichen Meinung hinter ihnen stehen.“



Kosten eines neuen Bombertyps samt Ausrüstung



50 000 Traktoren
bzw.
15 000 Erntemaschinen



ODER
das Jahresgehalt
für
250 000 Lehrer



ODER
75 vollständig
eingeriichtete Kranken-
häuser zu je 100 Betten



ODER
30 naturwissenschaftliche
Fakultäten
für je 100 Studenten



INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung – Abrüstung – Frieden und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben — sie erscheinen monatlich. Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an, oder benutzen Sie den folgenden Bestellschein:

Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuss, 605 Offenbach/Main, Postfach 648

Senden Sie mir regelmäßig Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis von 8,— DM für ein Jahr überweise ich auf das Postscheckkonto:

Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuss, 6255 PSA Frankfurt

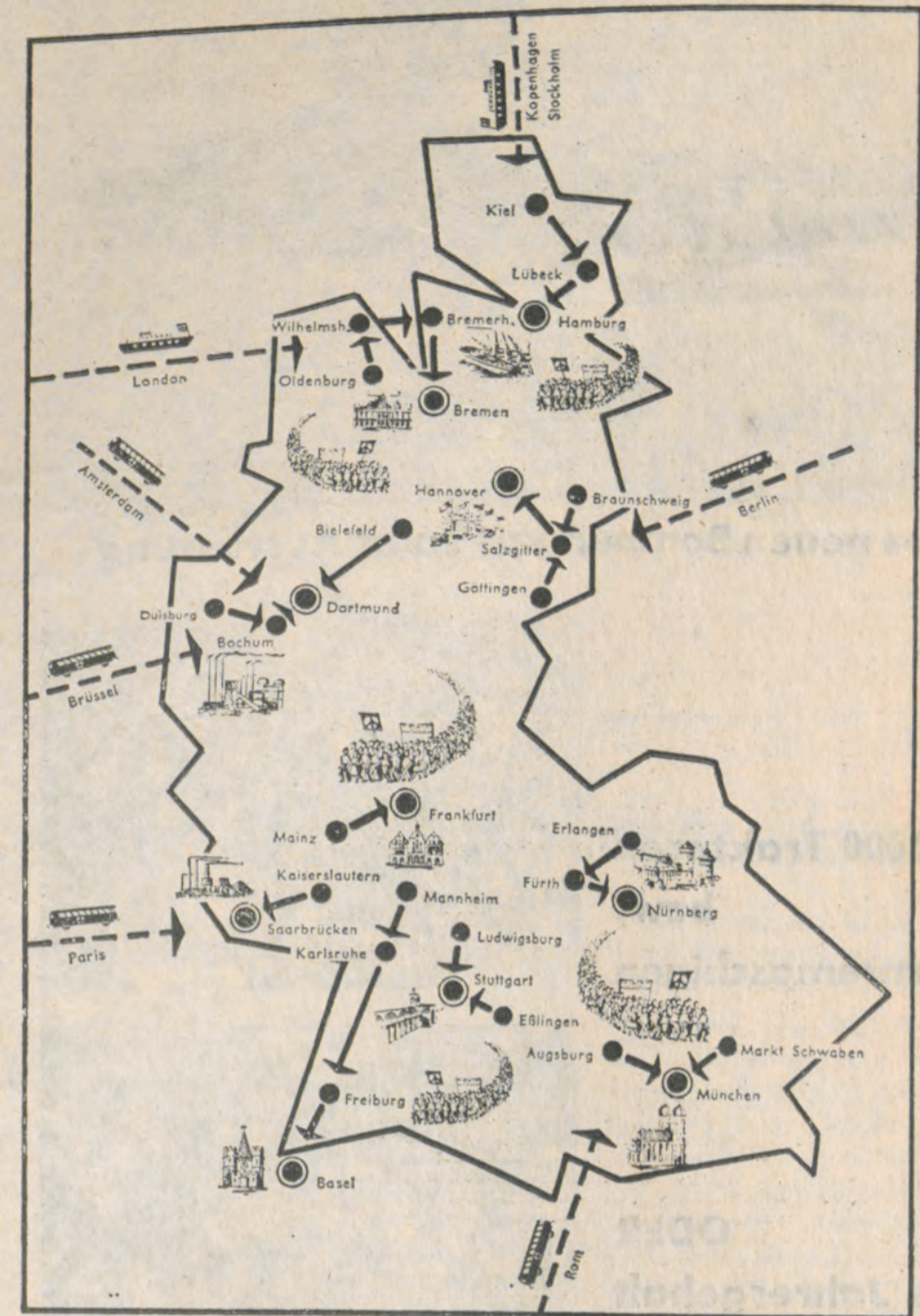
Vorname: _____ Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße und Hausnummer: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Nehmen Sie Ostern an den Kundgebungen und Märschen teil!



Draußen entspannt man. Nicht nur. Aber auch. Weil man leben will. Und: Weil der andere allen Prophezeiungen zum Trotz nicht stirbt: Kein Rest einer Hoffnung, ihn jemals schlucken zu können. Willig oder unwillig: Man wird eine Welt. Und dazwischen sind die unabhängig werdenden Völker. Zwar hinterlassen die Kolonialmächte fast ausnahmslos Spaltungen (von Indien bis zum Kongo, von Cypern bis zur malaiischen Völkerfamilie). Dennoch: Die Herren werden kleiner und die Kleinen größer, die Reichen ärmer und die Armen reicher. Und eine querulierende Bundesrepublik wird daneben einfach uninteressant, wenn sie nicht einsteigt — in den Strom der Entspannung. Hoffnungslos? Hoffnungslos ist die Lage nicht, auch nicht für „die Deutschen“. Nur zum Schlafen ist noch keine Zeit und keine Zeit mehr. Noch sind nicht alle Bomben entschärft. Noch können Minen gelagert werden und hochgehen.

Der Ostermarsch ist der mögliche und nötige Beitrag, den wir zu leisten haben, ein Beitrag, den wir leisten können und müssen, den Frieden auch in unserem Land zu retten.

Unser Erfolg?

Überhört man uns nicht, übersieht man uns nicht, so bleibt die Wirkung nicht aus. Wir bilden öffentliche Meinung. Wir artikulieren das „Unbehagen“ und die Hoffnung im Bewußtsein der Bevölkerung.

Die Zahlen des Ostermarsches machen das Unbehagen und die Hoffnung statistisch bemerkbar. Die Zahlen des Ostermarsches zwingen zur Berücksichtigung seiner Argumente. Die Zahlen des Ostermarsches verringern das Mißtrauen der Welt in die deutsche Demokratie. Die Zahlen des Ostermarsches ermutigen alle, die in unserem Lande Frieden wünschen.

Also: Marschier mit! Für Demokratie und Frieden! In Deutschland und in der Welt!

Pfarrer Gerhard Melzer, Rheinhausen

Marsch 1 Kiel—Lübeck—Hamburg
Anmeldung/Information:
Hans Jürgen Willenberg, 24 Lübeck, Wendische Str. 61, Telefon 8 44 78.

Marsch 2 Oldenburg—Bremen
Anmeldung/Information:
Detlef Dahlke, 28 Bremen 2, Wilhelm-Wolters-Str. 50a

Marsch 3 Braunschweig—Hannover
Anmeldung/Information:
Kampagne für Abrüstung, Arbeitsausschuß Hannover, 3 Hannover, Maschstr. 22, Raum 36 — H. G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schunterstr. 57.

Marsch 4 Bielefeld—Dortmund
Anmeldung/Information:
Peter Roddey, 48 Bielefeld, Henschelstr. 21.

Marsch 5 Aachen—Dortmund
Anmeldung/Information:
Willi Kipnich, 5112 Baesweiler, Umweg 41.

Marsch 6 Duisburg—Dortmund
Anmeldung/Information:
Kampagne für Abrüstung, Regionalausschuß West, 463 Bochum, Wittener Str. 183, Ruf 3 43 39.

Marsch 7 Mainz—Frankfurt
Anmeldung/Information:
Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Buchrainweg 161.

Marsch 8 Kaiserslautern—Neunkirchen
Anmeldung/Information:
Pfarrer H. J. Oeffler, 6751 Siegelbach.

Marsch 9 Saarbrücken—Neunkirchen
Anmeldung/Information:
Willi Merfeld, 66 Saarbrücken, Weißdorffstraße 26.

Marsch 10 Mannheim—Karlsruhe—Freiburg—Basel
Anmeldung/Information:
Dr. Hannelies Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14. — Mittelbaden: Dr. Udo Hegar, 75 Karlsruhe, Umlandstr. 40. — Südbaden: Christian Kemter, 78 Freiburg, Eichbergstr. 24.

Marsch 11 Ludwigsburg—Stuttgart
Anmeldung/Information:
Manfred Neu, 7 Stuttgart-Birkach, Muttergartenweg 10.

Marsch 12 Eßlingen—Stuttgart
Anmeldung/Information:
Manfred Neu, 7 Stuttgart-Birkach, Muttergartenweg 10.

Marsch 13 Augsburg—München
Anmeldung/Information:
Kampagne für Abrüstung, Ortsausschuß Augsburg, 89 Augsburg, Branderstr. 28.

Marsch 14 Markt Schwaben—München
Anmeldung/Information:
Claus Schreier, 8 München 2, Eivrastr. 18, Telefon 6 15 42.

Marsch 15 Erlangen—Nürnberg
Anmeldung/Information:
Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58.

Marsch 16 Berlin—Hannover
Anmeldung/Information:
Franziska Mentzel, 1 Berlin 12, Schlüterstr. 48 IV.

Nehmen Sie teil am Ostermarsch 1965 • Von Mainz zum Frankfurter Römer

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1965 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation. Der Marsch beginnt mit einer Eröffnungskundgebung am Ostersonntagvormittag in Mainz und führt während der drei Ostertage über Bischofsheim, Rüsselsheim, Flörsheim, Weilbach, Hofheim, Höchst, Sossenheim, Rödelheim, Bockenheim durch die Frankfurter Innenstadt zum Römer.

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,- (Verpflegung, Notunterkunft, wenn Ihrerseits erforderlich, Busfahrt nach Mainz, Organisations- und Werbeanteil). Sollte Ihnen die Teilnahme nur eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wenn irgend möglich, um das gleiche finanzielle Opfer. Nach Ihrer Anmeldung gehen Ihnen weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnehmergebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Zahlung der Teilnehmergebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnehmergebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto 576 48 Ffm., Ostermarsch der Atomwaffengegner, Offenbach, oder durch Verrechnungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

Wenn Sie sich noch nicht entschließen können, am Ostermarsch teilzunehmen, aber laufend Material über unsere Bewegung wünschen, benutzen Sie bitte ebenfalls untenstehenden Abschnitt.

An die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner 605 Offenbach 4, Postfach 648

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West. Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1965.

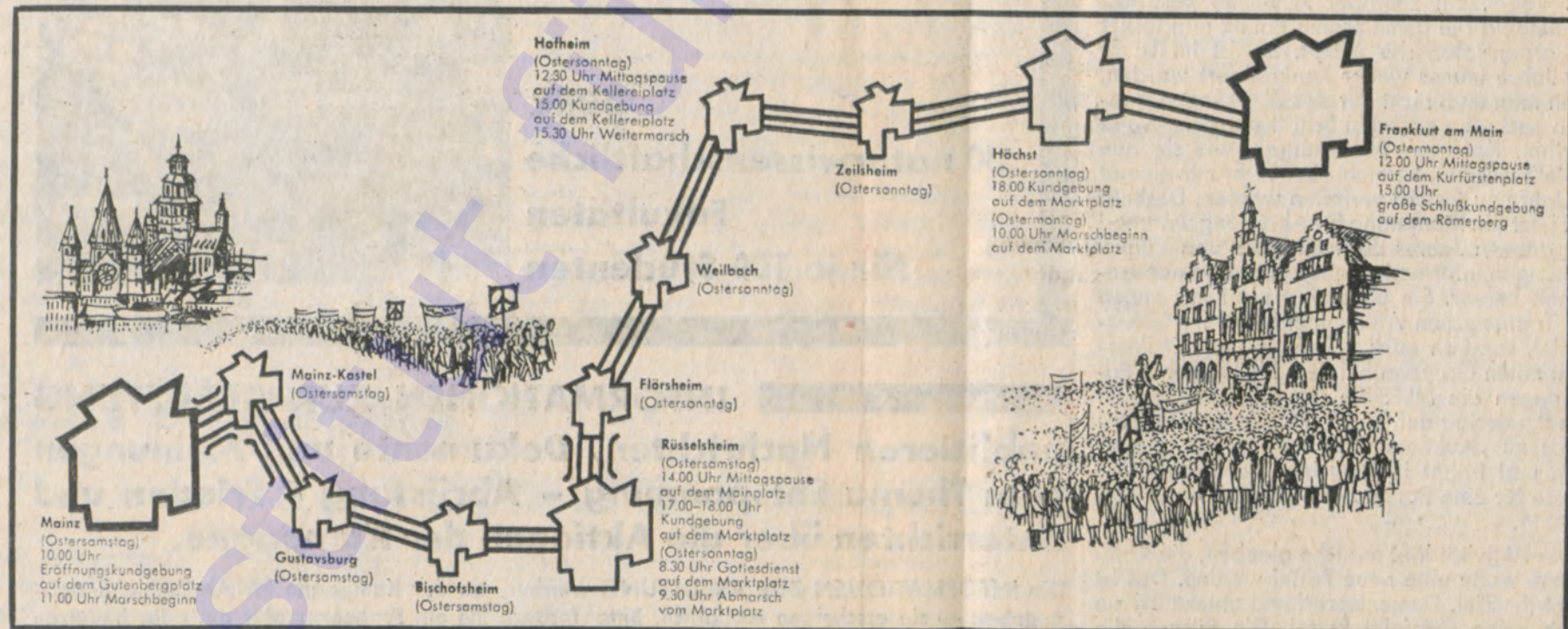
Ich erkläre mich bereit zur Teilnahme am Ostermarsch 1965 von Mainz zum Frankfurter Römer. Die Teilnehmergebühr von DM 20,- wird überwiesen.

Ich nehme teil: ja nein

Samstag Sonntag Montag

Ich kann 1965 nicht teilnehmen, bitte aber um ständige Zusendung von Material.
ja nein

Name: Vorname:
Beruf: Alter: Telefon:
Anschriß:
Bitte gut leserlich schreiben!



Die Kampagne für Abrüstung
finanziert ihre Arbeit
durch die Spenden vieler einzelner.

Das Postscheckkonto:
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner, 605 Offenbach
576 48 Postscheckamt Frankfurt (M).

Kampagne für Abrüstung • Ostermarsch



Absender: [REDACTED] DM 576 48 Pf f. Kto Nr.

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf DM 576 48 Pf (Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche Mark

für Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

Konto Nr.
576 48

in **605 Offenbach** Postscheckamt
Frankfurt am Main

Postvermerk

Eingangs-Nr.

ED 71114 - 206

8. 64
210 x 105, Kl. III f

(Einl.-Nr., Namensz. d. Annahmebea, Tag u. Monat)

S 1/14 vk
PSchO Anl. 2

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf **576 48** PSchA Ffm
Kto Nr.

Einlieferungsschein

- Bitte sorgfältig aufbewahren -

Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

in **605 Offenbach**

Postvermerk

(Einl.-Nr., Annahmebea)

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

DM Pf
für Konto
Nr. **576 48**

PSchA Frankfurt am Main
Eingezahlt am
Absender (mit Postleitzahl!):

betrifft

Rechnungs-Konten-Nr. Buchungsnummer

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung
nach Erhalt folgendes Material:

..... Zeitungsflugblätter "extrablatt 2/65", 4seitig 50 Stück DM 3.50	DM
..... Zeitungsflugblätter "extrablatt Osterausgabe, 2seitig, 50 Stück DM 2.50	DM
..... Flugblätter mit OM-Aufruf und Anmeldezettel 50 Stück DM 2.50	DM
..... Briefverschlusmarken, 100 Stück DM 1.50	DM
..... Postkartensatz a 14 Karten, Satz DM 1.--	DM
..... OM-Abzeichen, klein, Stück DM 1.--	DM
..... OM-Abzeichen, groß, Stück DM 1.--	DM
..... Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.--
..... Autoplaketten, selbstklebend, mit OM-Emblem Stück DM 1.--	DM
..... Schallplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 upm) Stück DM 8.50	DM
..... Schallplatte mit Ostermarschliedern (45 upm) Stück DM 5.--	DM
..... Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt" von Philip Noel-Baker, ca. 70 Seiten, Stück DM 2.90	DM

Senden Sie das Material bitte an folgende Adresse:

Name: _____

Anschrift: _____

Datum: _____

Unterschrift



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

1.4.65
3.4.65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Weitere Unterstützung für die Kampagne für Abrüstung in Hessen

Nachdem in den letzten Wochen einige hessische Kommunalpolitiker ihre Unterschrift zu dem Ostermarschaufruf 1965 gegeben haben (z.B. Dr.h.c.Werner Bockelmann, Prof.Dr.Gläss, Willy Banse, Karl Appelmann und Walter Buckpesch), haben nun auch die Landtagsabgeordneten Philipp Pless und Olaf Radke ihre Unterstützung zugesagt. Der Aufruf fordert u.a.: Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen; Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen; Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung.

Der Bezirksjugendtag der Deutschen Postgewerkschaft in Hessen beschloß am 14.3.: "Die Delegierten sehen im Ostermarsch eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes gegen atomare Rüstung."

Die DGB-Kreis-Jugendkonferenz des Kreis Ausschusses Darmstadt erklärte am 27./28.3.1965 in Lindenfels: "Die Delegierten fordern den DGB-Bundesvorstand auf, die bisherige Einstellung gegenüber den Ostermärschen einer grundsätzlichen Überprüfung und Revision zu unterziehen. Außerdem sollte dort, wo bei der Vorbereitung und Durchführung der Ostermärsche eine unmittelbare Einflußnahme gegeben ist, mit Funktionären und Mitgliedern der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften die offizielle Mitarbeit gestattet sein."

Zu den Vorgängen um die Vietnam-Demonstration der Kampagne für Abrüstung stellte die DGB-Kreisjugendkonferenz in Lindenfels fest: "Die Kriegspolitik in Vietnam und ihre vorbehaltlose Unterstützung disqualifizieren die Amerikaner - aber auch uns Deutsche. Die Delegierten der Kreisjugendkonferenz erklären sich nachträglich mit dem Protestmarsch der Kampagne für Abrüstung in Frankfurt solidarisch und verurteilen aufs schärfste das undemokratische Vorgehen der Frankfurter Ordnungsbehörden."

- 2 -

Auch die Delegiertenversammlung des DGB-Kreisausschusses Frankfurt wandte sich am 29.3.1965 entschieden gegen die Anwendung von Gas als Kampfmittel in Vietnam. In der EntschlieÙung heiÙt es: "Wir bedauern und verurteilen die Zustimmung der Bundesregierung zu den amerikanischen MaÙnahmen ebenso wie die Versuche der Polizeibehörden, eine Demonstration in Frankfurt, die für Verhandlungen in Vietnam eintrat, zu verhindern."

Offenbach (Main), 1. April 1965 - Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-24-209

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 1. April 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648
Telefon 88 60 51

3. 4. 65

An den Hessischen Ausschuß und den Arbeits-
ausschuß des ZA

Liebe Freunde,

die Vorgänge um unsere Demonstration gegen den Krieg in Vietnam wurden im Hessischen Ausschuß diskutiert und auch die Mitglieder des Arbeitsausschusses des ZA sind durch die Presse informiert. Inzwischen haben wir bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt Strafanzeige wegen Nötigung erhoben; eine Verwaltungsklage gegen den Bescheid ist in Vorbereitung.

Bei der letzten Sitzung des Hessischen Ausschusses wurde es für sinnvoll angesehen, einen offenen Brief an die Beamten der Frankfurter Polizei zu richten und diesen so zu verteilen, daß er möglichst den meisten Polizeibeamten zu Gesicht kommt.

Egon Becker hat inzwischen einen Entwurf für einen solchen offenen Brief gemacht, den ich Ihnen beifüge. Ich bitte Sie dringend, das dort Gesagte zu überprüfen und mir Änderungswünsche oder Bedenken bis spätestens Montag, 5. April 1965 telefonisch oder schriftlich mitzuteilen.

Ich halte es für eine sehr gute Sache und sehe es für notwendig an, daß wir diesen offenen Brief noch vor Ostern zur Verteilung bringen.

Ich erwarte also, soweit Sie verändern wollen oder gegen diese Sache sind, Ihre Nachricht. Ich bitte, diese Aktion vorerst vertraulich zu behandeln, da ich meine, daß sie nicht vorher bekannt werden sollte.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr *Klaus Vack*
(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Offener Brief an die Beamten der Frankfurter Polizei

Stellen Sie sich bitte einmal folgendes vor:

- * Einige hundert Menschen demonstrieren in der Frankfurter Innenstadt für eine Sache, die ihnen wichtig erscheint: für einen Verhandlungsfrieden in Vietnam, und gegen Einsatz von Gas in jenem "schmutzigen Krieg".
- * Die Teilnehmer der Demonstration begeben sich nach Abschluß des "ordentlichen" Umzugs allein - oder in kleinen Gruppen - mit umgehängten Plakaten in die Frankfurter Innenstadt, um ein größeres Publikum mit ihren Forderungen bekanntzumachen, Flugblätter zu verteilen, zu diskutieren.

Was wäre geschehen?

- * Wäre der Verkehr behindert worden?
- * Wäre es zu Tumulten gekommen?
- * Wären Zweifel an der demokratischen Gesinnung der Frankfurter Polizei laut geworden?

Sie haben sicher in den Zeitungen gelesen welche Auflagen das Polizeipräsidium der Demonstration gegen die Vietnampolitik der USA gemacht hat:

"Die Bundesrepublik Deutschland hat in der Vergangenheit Verträge mit anderen Staaten abgeschlossen, die Verpflichtungen gegenüber den Vertragspartnern enthalten. Durch die Demonstranten dürfen die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere ihre sich aus internationalen Verträgen ergebenden Verpflichtungen nicht gefährdet werden. Eine solche Gefährdung würde eintreten, wenn die Demonstranten durch Wort oder Schrift eindeutig gegen eine der an der Vietnampolitik beteiligten Parteien Stellung nehmen würden. Es wird ihnen daher aufgegeben, dieser Lage durch entsprechende Vorbeugung Rechnung zu tragen und die Demonstranten durch geeignete Maßnahmen an der Verletzung der internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu hindern. Sollte diese Auflage nicht beachtet werden, haben die Polizeibeamten Anweisung, dies mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu unterbinden."

(Auszug aus dem Brief des Polizeipräsidiums an die Kampagne für Abrüstung vom 25.3.65.)

Jene Auflagen widersprechen nicht nur dem Geist, sondern auch den Buchstaben des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung.

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten" (Art. 5 des Grundgesetzes)

"Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln" (Art. 8 des Grundgesetzes)

Die Frankfurter Polizeibeamten, welche sich am Samstag, 27.3.65, im Einsatz befanden, trifft nach unserer Meinung keine persönliche Schuld. Sie wurden jedoch nach unserer Meinung von ihrer vorgesetzten Dienststelle für eine undemokratische Aktion mißbraucht.

Der Widerstand der Demonstranten richtete sich wohl auch kaum gegen die einzelnen Polizeibeamten, sondern die Handlungen der Polizei: Beschlagnahme von Plakaten, Behinderung einer öffentlichen Meinungsäußerung von Einzelnen.

- * Wenn die Behörde berittene Polizei, Wasserwerfer, Hundertschaften und Dutzende von Einsatzwagen bereit hält, wird dies von den Demonstranten zwangsläufig als eine Demonstration der Macht der Behörden verstanden.
- * Wenn diese Machtmittel eingesetzt werden, um politisch engagierte Bürger an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte zu hindern, fordert dies fast zwangsläufig deren Widerstand heraus.
- * Die Hessische Verfassung spricht auch in diesem Falle eine klare Sprache:
"Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht." (Hessische Verf. Art. 147)

Sie als Polizeibeamte haben die Pflicht, Recht und Ordnung zu sichern. Wir als demokratische Bürger bitten Sie darum, sich einmal zu überlegen, ob durch die Anordnung des Polizeipräsidiums nicht Recht und Ordnung gestört wurden - Ihre vorgesetzte Dienststelle Sie also für eine Sache angesetzt hat, die Ihren Pflichten widerspricht.

Die Kampagne für Abrüstung setzt sich für einen Weltzustand ohne Krieg und ohne Unterdrückung ein. Sie wendet sich daher gegen Kriegsvorbereitungen und Rüstungspolitik in Ost und West. Recht und Ordnung sollten nicht nur die innerstaatlichen Beziehungen bestimmen, sondern auch die zwischen den Staaten. Wir glauben, daß wir bei Ihnen Verständnis für unsere Haltung finden.

Die Kampagne für Abrüstung wird jedoch auch in Zukunft mit allen legalen Mitteln gegen illegale Polizeiaufgaben vorgehen. Wir hoffen in diesem Fall auf Sie: Im Konflikt zwischen Grundrecht und undemokratischen Dienstweisungen sollten Sie sich für das Grundrecht entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Evangelische Pfarrer aus Hessen und Nassau rufen zum Ostermarsch 65

Nachdem bereits führende Männer der Evangelischen Kirche wie Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller DD, Prof. D. Helmut Gollwitzer und Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD, den Aufruf zum Ostermarsch 1965 durch ihre Unterschrift unterstützen, haben jetzt 72 Evangelische Pfarrer aus Hessen und Nassau einen Aufruf an die Evangelischen Christen herausgebracht, in dem die Forderungen der Kampagne für Abrüstung unterstützt werden. Der Aufruf zitiert "Worte der Kirche" aus Kirchenversammlungen und Synoden. In dem Aufruf werden die im Ostermarschaufruf 1965 aufgestellten Forderungen unterstützt, die sich vor allem auch gegen die Verbreitung der atomaren Waffen wenden und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa eintreten.

Der Appell der 72 Pfarrer an die Evangelischen Christen schließt: "Unsere Regierung bereitet unser Volk mit vielen Gesetzen auf den Kriegsfall vor, der der Untergangsfall sein wird. Ist es nicht die Pflicht aller Christen, stattdessen für eine Politik der Festigung des Friedens und der Beseitigung der Kriegsgefahr einzutreten? Oder soll es wieder dahin kommen, daß die überlebenden Christen nach einer europäischen Katastrophe sagen müssen, wie schon die Evangelische Kirche in Deutschland im Oktober 1945 in dem 'Stuttgarter Schuldbekennnis': 'Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt haben, nicht treuer gebetet, fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.'"

Offenbach (Main), 30. März 1965 - Vack

31.3.65

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

ED 718-24-212

Protokoll über die Sitzung des Zentralen Ausschusses am 20./21.3.65

30.3.65 V.

Verteiler:

Kuratorium
Zentraler Ausschuß
Ausschüsse der Kampagne

Bitte vormerken:

Nächste Sitzung am 19./20.6.65

Teilnehmer:

Sprecher
Andreas Buro

Kuratorium
Herbert Faller
Arno Klönne

Geschäftsführer
Klaus Vack

RA - Bayern-Süd
Gerhard Schmid

RA - Nord
Günter Lübcke

RA - Bayern-Nord
Horst Rohleder

RA - Niedersachsen
Peter Salge

RA - Berlin
T.Th. Krüger
Klaus E. Dietrich

RA - West
Christel Beilmann
Herbert Stubenrauch
Frank Werkmeister

RA - Bremen
Detlef Dänke

RA - Hessen/Rheinland
Heiner Halberstadt
Rudolf Segall
Fritz Strass

RA - Ostwestfalen/Lippe
Helmut Heinze
Peter Roddey

RA - Baden/Pfalz/Saar
Ernst Günther
Irm de Ondarza

Verbände
Egon Becker (VK)
Dieter Kramer (SDS)
Wolfgang Liebegeld (IdK)
Hannelis Schulte (DFG)

RA - Württemberg/Bodensee
Heinz Matthiesen
Manfred Neu
Reinhold Settele

Kooptierte Mitglieder
J.W. Klefisch

Gast
Stanley Orme MP

Zu Punkt 1 der TO - Neuer RA Ostwestfalen/Lippe

Der seitherige dem RA West angehörende Landesausschuß Ostwestfalen/Lippe wird vom ZA als neuer Regionalausschuß anerkannt. Ostwestfalen/Lippe hat 25 Örtliche Ausschüsse und veranstaltet einen eigenen Marsch von Bielefeld nach Dortmund. Im ZA ist man sich darüber einig, daß eine weitere Aufteilung in Regionalausschüsse nicht zweckmäßig ist und deshalb verhindert werden sollte, daß jedoch im Falle Ostwestfalen/Lippe alle Voraussetzungen und Notwendigkeiten für einen eigenständigen RA gegeben sind.

Zu Punkt 2 der TO - Zukünftige Politik der Kampagne und Abschluß-
erklärung zum Ostermarsch 1965

Fragen der zukünftigen Politik der Kampagne wurden anhand eines Entwurfes für die Ostermarsch-Abschlußerklärung diskutiert. Hierbei stand das Verhalten der Kampagne im Bundestagswahlkampf und die Kennzeichnung der spezifischen Schwierigkeiten für Abrüstungs- und Entspannungsschritte, die sich durch die deutsche Situation ergeben, im Vordergrund. Der AA wird beauftragt, im Sinne der Diskussion eine Abschlußerklärung zu formulieren.

Zu Punkt 3 der TO - Stand der Vorbereitungen für den Ostermarsch 65

3.1. Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß alle Regionalen Ausschüsse, soweit noch nicht geschehen, die bei ihnen vorrätigen Petitionslisten an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages einsenden. Je eine Durchschrift der Begleitschreiben der RAs sind der Geschäftsstelle zuzusenden.

3.2. Zu den Vorbereitungen und Ostermärschen 1965 wird über die allgemein interessierenden Fragen gesprochen. Der Stuttgarter Marsch wurde von dem zuständigen RA auf einen Tag beschränkt. Diese Regelung wird als Experiment angesehen und der RA Württemberg/Bodensee beauftragt, nach Ostern dem ZA einen ausführlichen Bericht über den dortigen Marsch und die Vorbereitungen und Veranstaltungen während der Ostertage zu übersenden.

Dem RA Bayern-Nord wurde wiederum die Benutzung von Bundes- und Staatsstraßen untersagt. Da in dieser Frage bereits ein für die Kampagne positives Urteil vorliegt, wird der RA alle notwendigen Schritte gegen diese Auflage einleiten.

Dem RA West hat das zuständige Innenministerium eine Genehmigung zur BüchSENSammlung während des Ostermarsches gegeben. Der RA West informiert die anderen Ausschüsse ausführlich über diesen Vorgang und es wird empfohlen, auch dort eine Genehmigung zur BüchSENSammlung zu beantragen.

Der RA West führt neben dem Ostermarsch während der Ostertage parallel zur Veranstaltung Unterschriftensammlungen und Flugblattverteilungen in Ausflugszentren durch.

Beim hessischen Marsch sind zwei Aktionen eingeplant, bei denen sich die Marschgruppe auflöst und alle Marschteilnehmer von Haus-tür zu Haustür gehen und Unterschriften für die Petition sammeln sowie Flugblätter für eine eingeplante Kundgebung verteilen.

Am Ostermontagabend wird der Hessische Ausschuß eine Kulturveranstaltung machen, bei der Wolf Biermann (Ost-Berlin) und Wolfgang Neuss (West-Berlin) sowie eine Jazzband auftreten werden.

Der RA Ostwestfalen/Lippe hat bei einer IZA-Werbeaktion bereits 150 Abonnenten gefunden, die regelmäßig die IZA beziehen und dafür an den RA DM 2.-- monatlich zahlen. Dem RA stehen somit ständige Einnahmen zur Verfügung und ein größerer Kreis der Anhänger der Kampagne erhält regelmäßige Informationen durch die IZA. Allen Ausschüssen wird empfohlen, dem Beispiel des RA Ostwestfalen/Lippe zu folgen.

Ein Flugblatt des RA - Berlin "Dann haben wir den Salat" findet die Zustimmung des ZA. Der RA - Berlin stellt dem ZA genügend Exemplare des Flugblattes zur Verfügung, das allen Ausschüssen zur Nachahmung empfohlen wird.

Der ZA gibt sein Einverständnis für ein Flugblatt des RA Württemberg/Bodensee, in dem u.a. der Leserbrief von Max Born im Spandauer Volksblatt veröffentlicht wird.

3.3. Einige Regionalausschüsse werden noch einmal auf ihre Schulden beim ZA aufmerksam gemacht. Es wird wiederholt, daß der ZA sich sofortigen Lieferungsstop vorbehalten muß gegenüber Regionalausschüssen, die nicht zahlen.

3.4. Das Projekt einer Postkartenschallplatte oder eines Schallplattenprospektes wird fallengelassen.

3.5. Die Ausschüsse werden aufgefordert, sofort sämtliche Unterschriften von Personen aus Schlüsselgruppen, z.B. Gewerkschafter, Pfarrer, Professoren, Juristen, Schriftsteller, Lehrer usw. dem ZA mitzuteilen. Darüber hinaus benötigt der ZA auch die Unterschriften von Unterzeichnern, die über den örtlichen oder regionalen Bezirk hinaus von Bedeutung sind. Der ZA wird alle Unterschriften, die zentral eingehen, an die zuständigen Regionalausschüsse weitergeben. In diesem Zusammenhang ist auch geplant, schnellstens eine Liste zusammenzustellen, in der Gewerkschafter aufgeführt werden, die den Aufruf unterschrieben haben. Diese Liste wird den RAs zur Verfügung gestellt zur Unterschriftensammlung von weiteren Gewerkschaftern.

Der RA - West stellt eine Liste über die DGB- und Gewerkschaftsbeschlüsse zu Ostermarsch oder Kampagne zusammen. (siehe Anlage)

3.6. Die Rednerhinweise werden durch den AA zusammengestellt und den Marschgruppen rechtzeitig zugeschickt. (Soweit noch nicht getan, Bestellungen bitte sofort an die Geschäftsstelle.)

Evtl. stehen an Ostern einige Labour-Abgeordnete zur Verfügung. Für die Abschlußkundgebungen wünschen Bremen, Hamburg, Stuttgart, Dortmund und für die Eröffnungskundgebung Bielefeld MPs als Redner.

3.7. Die Nachrichtenzentrale ist während des Ostermarsches 1965 die zentrale Geschäftsstelle in Offenbach (Telefon 88 60 51/52). Die täglichen Telefonzeiten sind zur Abgabe von Nachrichten aus den Märschen von 17 - 21 Uhr und zur Entgegennahme von zentralen Nachrichten (Zusammenstellung der Marsch-Nachrichten vom Vorabend) von 8 - 10 Uhr. Alle Marschgruppen werden beauftragt, einen Kontaktmann zu benennen, der alle notwendigen Informationen an die Geschäftsstelle gibt. Dieser Kontaktmann sollte nicht identisch sein mit dem Marschleiter, da dieser in der Regel so überfordert ist, daß er einer solchen zusätzlichen Aufgabe nicht gut gerecht werden kann. Außerdem wäre es günstig, wenn die Marschgruppen der Geschäftsstelle Telefonnummern angeben könnten, unter denen sie notfalls von der Geschäftsstelle Informationen empfangen können.

3.8. Die Ostermärsche sind eine gute Gelegenheit, um den Anhängern der Kampagne die IZA bekannt zu machen und anzubieten. Bestellungen über die IZA-Sondernummer (Informationen über die Kampagne) und die IZA-Ausgabe zu Ostern bis spätestens 3. April 1965 an die Geschäftsstelle. Preis für die Ausschüsse der IZA-Sondernummer DM 0,25 das Stück, der Osternummer der IZA DM 0,35 das Stück. IZA-Bestellkarten werden kostenlos mitgeliefert.

3.9. Eine zentrale Anzeige wird in der ZEIT aufgegeben.

3.10. Der AA wird beauftragt, eine Vietnam-Erklärung auszuarbeiten, die bei allen Kundgebungen der Ostermärsche verlesen werden soll. Außerdem wird der AA beauftragt, einen Pflichtslogan zur Vietnamkrise zentral zu drucken und den Marschgruppen noch rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

Zu Punkt 4 der TO - Internationale Projekte

- 4.1. An dem Antiatommarsch am 28.3.1965 in Brüssel nehmen Delegationen verschiedener RAs teil. Frank Werkmeister wird beauftragt, im Auftrag des ZA bei der Kundgebung in Brüssel die Grüße der deutschen Kampagne zu überbringen.
- 4.2. Der AA soll überprüfen, ob nach der Einladung von Stanley Orme, eine Delegation des ZA zu Gesprächen im britischen Unterhaus nach England gesandt werden kann.
- 4.3. Der AA wird beauftragt, CND für den Aldermastommarsch 1965 einen möglichst prominenten deutschen Redner anzubieten, der die Grüße der Kampagne überbringen soll.
- 4.4. An der Aktion anlässlich der Nato- .tagung im Mai 1965 in London wird sich die Kampagne nicht beteiligen.
- 4.5. Es wird beschlossen, das Donau-Projekt zu unterstützen, das im Rahmen des internationalen Kooperationsjahres gemeinsam von verschiedenen Gruppen, unter ihnen die Internationale Konföderation und der Weltfriedensrat, veranstaltet wird. Dieses Projekt soll Menschen aus Ost- und Westeuropa auf einer Donaufahrt über etwa 14 Tage miteinander und mit den Ländern, die sie durchqueren, bekannt machen. Dabei sollen Vorträge und Diskussionen über die Möglichkeit der Kooperation zwischen den Völkern gehalten werden, zu denen voraussichtlich als Referenten Mitarbeiter der UNESCO kommen werden.
- 4.6. Frank Werkmeister regt an, daß bei der nächsten ZA-Sitzung über eine evtl. beobachtende Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Algier beraten wird.

Zu Punkt 5 der TO - Schwerpunkte der Arbeit nach Ostern

- 5.1. Die Kampagne setzt sich im Rahmen der Bundestagswahlen intensiv für die Propagierung ihrer Politik der Sicherheit durch Abrüstung ein und entwickelt ein Sofort-Programm einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung, mit dem auch nach den Bundestagswahlen gearbeitet werden soll. Die Kampagne empfiehlt den Bundesbürgern, das Sofort-Programm zum Mittelpunkt aller Wahldiskussionen zu machen. Dabei muß deutlich gemacht werden, daß alle Parteien heute solche inneren Differenzen aufweisen, daß in allen Parteien Befürworter und Gegner der Ziele der Kampagne vorhanden sind. Dieser Differenzierungsprozess soll durch die Arbeit der Kampagne für die Bundestagswahlen vorangetrieben werden. Der ZA stimmt darin überein, daß sich alle Ausschüsse parteipolitisch völlig neutral verhalten müssen und eine Werbung für bestimmte Parteien oder Kandidaten unzulässig ist. Die allgemeine Haltung der Kampagne zu den Bundestagswahlen wird auch in der Abschlußerklärung der Osternmärsche 1965 ausgedrückt werden. Die konkrete Verhaltensweise wird nach Ostern durch den ZA festgelegt.
- 5.2. Die Kampagne sollte sich nach Ostern nicht allein auf die allgemeine breite Öffentlichkeit konzentrieren, sondern auf bestimmte Gruppen mit "Schlüsselcharakter". Pläne für das Vorgehen in den einzelnen Bereichen werden von ZA-Mitgliedern ausgearbeitet und bis spätestens 4 Wochen nach Ostern dem AA vorgelegt: Gewerkschaft Rudolf Segall; Hochschulen Dieter Kramer und Egon Becker; Pädagogen Herbert Stubenrauch; Journalisten, Rundfunk, Fernsehen Arno Klönne; Schüler Frank Werkmeister; Volkshochschulen RA Württemberg/Bodensee; Schriftsteller Christel Beilnann.
- 5.3. Zur Festigung des inneren Aufbaus und der Arbeitsfähigkeit der Kampagne sollen von den RAs Seminare mit allgemein informativem und methodischem Charakter veranstaltet werden. Referentenzusammenstellung und Themensammlung durch den ZA.

- 5.4. Die Bildung eines "Wissenschaftlichen Beirates der Kampagne für Abrüstung" wird bei der ZA-Sitzung nach Ostern beraten.
- 5.5. Zum Antikriegstag am 1. September wird die Kampagne Veranstaltungen des DGB oder von Einzelgewerkschaften unterstützen. Kommt es nicht zu gewerkschaftlichen Kundgebungen, so wird die Kampagne regional eigene Veranstaltungen vorbereiten.
- 5.6. Der AA soll Vorschläge ausarbeiten, wie die Kampagne insgesamt, aber auch die Regionalen und Örtlichen Ausschüsse bei aktuellen Anlässen (Atomminen, Vietnamkrise) schneller reagieren können. Ausschüsse, die bereits Erfahrungen in dieser Hinsicht gemacht haben, werden gebeten, diese der Geschäftsstelle schriftlich mitzuteilen.
- 5.7. Die RAs West und Ostwestfalen/Lippe werden beauftragt, einen Plan für mögliche Aktionen bei der 2. und 3. Lesung der Notstandsgesetze auszuarbeiten. Dieser Plan ist dem AA möglichst bald vorzulegen.

Zu Punkt 6 der TO - Verschiedenes

Die nächste ZA-Sitzung findet am 19./20. Juni 1965 in Offenbach statt.

Offenbach (Main), 26. März 1965
Für die Protokollführung

gez.: Andreas Buro gez.: Klaus Vack



ED 718-24-215

kampagne für abrüstung · ostermarsch der atomwaffengegner

Bochum, im März 1965

D O K U M E N T A T I O N

Beschlüsse und EntschlieBungen gewerkschaftlicher Konferenzen und Gremien zur Abrüstung und zum Ostermarsch der Atomwaffengegner

I n h a l t :

Seite:

6. Bundeskongreß des DGB (Oktober 1962)	2
5. Bundesjugendkonferenz des DGB (April 1962)	2
Bundsvorstand des DGB (Januar 1965)	2
6. Jugendkonferenz der IG Metall (Mai 1962)	3
4. Bundesjugendkonferenz der Gew. NGG (Juli 1962)	4
6. Ortsjugendkonferenz des DGB Düsseldorf (1962)	4
IG-Metall-Funktionärsversammlung Rheinhausen (1963)	4
IG-Metall-Vorstand (1963)	4
5. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Bayern (Februar 63)	4
Ortsjugendkonferenz der IG Metall Mannheim (März 1963)	5
Jahreshauptversammlung der IG Bau-Steine-Erden Augsburg	5
6. zentrale Jugendkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik	6
7. Jugendtag der Deutschen Postgewerkschaft (Mai 1963)	6
5. Jugendkonferenz des DGB-Landesbezirks Hessen (Nov. 63)	6
9. Bezirksjugendkonferenz der Gew. ÖTV Hamburg (1963)	7
9. Bezirksjugendkonferenz der IG Metall München (1963)	7
6. Bundeskongreß der IG Chemie, Papier, Keramik (Sept. 63)	7
Außerordentlicher Bundeskongreß des DGB (November 1963)	8
Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier (Febr. 1965)	8
Bezirksjugendtag der Deutschen Postgewerksch. Hessen (1965)	8

6. ordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes
(Hannover, Oktober 1962)

Gegen Atomwaffen

"Der Bundeskongreß des DGB in Hannover gibt seinem tiefen Bedauern Ausdruck, daß eine allgemeine, totale, kontrollierte und weltweite Abrüstung in Ost und West trotz der Abrüstungskonferenz nicht erzielt wurde. Der Bundeskongreß fordert besonders die völkerrechtliche Achtung aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Kampfmittel und das Verbot ihrer Herstellung in der Welt. Der Bundeskongreß appelliert an die Weltöffentlichkeit und an alle verantwortungsbewußten Staatsmänner, im Sinne der Parole zu handeln, unter die der DGB den Weltfeiertag der Arbeit gestellt hatte:

Nicht Atomwaffen, nicht Völkermord,
sondern Abrüstung und Völkerfrieden!

Der DGB-Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr."

5. ordentliche Bundesjugendkonferenz des DGB
(Berlin, April-1962)

Gegen atomare Rüstung

"Die Ankündigung der Atomkräfte, ihre Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen, wird von allen Völkern mit Bestürzung und Schrecken aufgenommen. Durch weitere Atomversuche wird die Gesundheit der Menschen mehr und mehr gefährdet. Die Sprengwirkung der neuerprobten Waffen wird immer gewaltiger. Dadurch rückt auch die Gefahr näher, daß die Kontrolle über die Auswirkungen der Atomwaffen verloren geht. Es ist deshalb dringend erforderlich, alle verantwortlich denkenden Menschen zum Kampf gegen die Atomrüstung aufzurufen. Im Interesse der Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung ist notwendig: Die sofortige Einstellung aller Kernwaffenversuche, das Verbot der Produktion von Kernwaffen, die allgemeine kontrollierte Abrüstung und Vernichtung der vorhandenen Atomwaffen. Nach wie vor lehnen wir auch die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ab. Wir appellieren an die Großmächte, unter Aufgabe bisheriger Vorbehalte eine weltweite Abrüstungspolitik voranzutreiben."

Für Abrüstung

"Die Delegierten der 5. Bundesjugendkonferenz appellieren aus ernster Besorgnis um den Frieden an die Regierungen in Ost und West. Sie fordern, nicht nur eine Einstellung der Atombombenversuche, sondern auch eine Einigung zur generellen Abrüstung herbeizuführen. Nur dann ist ein Leben der Völker in Frieden, Wohlstand und sozialer Sicherheit möglich. Sie erwarten von der Bundesregierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik, daß sie politisch initiativ werden, um deutsche Abrüstungsvorschläge zu entwickeln, anstatt einen immer größeren deutschen Beitrag zum Wettrüsten zu liefern."

Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes
(Beschuß vom 12. Januar 1965)

"Die Forderung der Gewerkschaften auf eine allgemeine, kontrollierte und weltweite Abrüstung und die Achtung der Atomwaffen wird wie bis-

her vom DGB als eine eigene Aufgabe gesehen und vertreten. Der DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften beteiligen sich deshalb nicht an dem vom Zentralaussschuß der Atomwaffengegner veranstalteten Ostermarsch 1965."

6. Jugendkonferenz der IG Metall
(Stuttgart, Mai 1962)

Unterstützung des Ostermarsches

"Die 6. Jugendkonferenz der IG Metall ... verurteilt alle Atomversuche in Ost und West und appelliert an die verantwortlichen Politiker und Staatsmänner, endlich das beiderseitige Mißtrauen zu überwinden und geeignete Maßnahmen zu vereinbaren, die eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung ermöglichen bevor es zu spät ist.

Die politische Lethargie der übergroßen Mehrzahl der Menschen ist jedoch gerade in dieser Situation lebensgefährlich. Die Delegierten begrüßen deshalb jede demokratische Initiative, die zum Ziel hat, die Öffentlichkeit aufzurütteln und aufzufordern zum Widerstand gegen Atomwaffen in Ost und West. Sie grüßen die jungen Menschen, die an dem englischen Aldermaston-Marsch und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik und in allen europäischen Ländern teilgenommen haben.

Die jungen Mitglieder der IG Metall fordern wir auf, sich zu dieser demokratischen Aktivität zu bekennen und sie künftig durch ihre Teilnahme zu unterstützen."

Bonner Abrüstungsinitiativen

"Die 6. Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall begrüßt die von hohem Verantwortungsbewußtsein zeugenden Beschlüsse der 5. Bundesjugendkonferenz des DGB und erblickt in ihnen ein bemerkenswertes Zeichen politischer Aktivität. Sie ist mit den Delegierten der 5. Bundesjugendkonferenz des DGB der Ansicht, daß jede Beschränkung der Gewerkschaftsjugend in Fragen der Politik abzulehnen ist. Eine Einengung ihrer Aufgaben würde die Festigung und den Ausbau der Demokratie gefährden. Die 6. Jugendkonferenz der IG Metall verurteilt alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Gewerkschaftsjugend zu einer unpolitischen Jugendorganisation abzustempeln und ihr den Einfluß auf die Meinungsbildung innerhalb der Gesamtorganisation zu verwehren.

Die 6. Jugendkonferenz der IG Metall sieht ein bedenkliches Zeichen in dem Versuch, die demokratische Willensbildung innerhalb einer demokratischen Organisation zu beschneiden.

Die 6. Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall stellt sich mit Nachdruck hinter den Beschluß der 5. Bundesjugendkonferenz des DGB, der energisch gegen die Absicht der Bundesregierung protestiert, den sogenannten Notstand gesetzlich zu regeln und im Zusammenhang damit eine gesetzliche Notdienstverpflichtung zu schaffen. Die Konferenz verurteilt in gleicher Weise das atomare und konventionelle Wettrüsten in Ost und West. Sie sieht darin eine große Gefahr für den Weltfrieden und erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen.

Die 6. Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall betrachtet es nach wie vor als besondere Aufgabe der Gewerkschaften, sich dem verhängnisvollen Rüstungswettkampf, der insbesondere in der Fortsetzung der atomaren Versuchsexplosionen seinen Ausdruck findet, mit allen legitimen Mitteln zu widersetzen."

4. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft NGG
Duisburg, Juli 1962

"Die 4. Bundesjugendkonferenz der NGG stellt sich voll und ganz hinter die Beschlüsse der Bundesjugendkonferenz des DGB in Berlin. Wir stellen ausdrücklich fest, daß wir als Gewerkschaftsjugend nicht von einer politischen Arbeit absehen werden. Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß wir uns auch heute noch hinter die Beschlüsse der DGB-Bundesjugendkonferenz 1954 in Düsseldorf stellen, mit denen wir die Wiederbewaffnung und die Wehrpflicht in der Bundesrepublik abgelehnt haben. Es ist Pflicht und Aufgabe der Gewerkschaftsjugend, immer wieder erneut auf die Folgen der Wiederbewaffnung der BR hinzuweisen."

6. Ortsjugendkonferenz des DGB Düsseldorf

"Die Ortsjugenddelegierten-Konferenz begrüßt und unterstützt alle bisher gefaßten Beschlüsse gegen die atomare Aufrüstung. Aus diesem Grunde empfiehlt die Ortsjugenddelegierten-Konferenz allen Gewerkschaftskollegen, an den alljährlich in der Bundesrepublik stattfindenden Ostermärschen der Atomwaffengegner teilzunehmen und diese zu unterstützen."

IG Metall-Funktionärsversammlung in Rheinhausen
(17. Januar 1963)

"Die Funktionärsversammlung bedauert außerordentlich, daß die allgemeine kontrollierte Abrüstung in Ost und West trotz der Abrüstungskonferenzen im vergangenen Jahr nicht erreicht wurde. Die Funktionäre und Vertreter von über 19.000 Mitgliedern der IG Metall erinnern an die Beschlüsse des 7. Gewerkschaftstages der IG Metall und des 6. DGB-Kongresses zur Abrüstung und Achtung der Atomwaffen. Die Funktionärskonferenz begrüßt daher die zu Ostern stattfindenden Ostermärsche der Atomwaffengegner. Sie sind ein Teil des deutschen Beitrages zur Abrüstung der Atomwaffen innerhalb einer weltweiten Bewegung. Die Funktionärskonferenz fordert alle IG Metall-Mitglieder im Kreis Moers auf, aktiv an den Protestmärschen teilzunehmen, um somit ihre konsequente Ablehnung der atomaren Aufrüstung zu bekunden."

IG Metall-Vorstand: keine Maßnahmen gegen
Ostermarschteilnehmer

Fritz Strothmann, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, unterrichtete die Funktionärsversammlung am 17.1.63 in Rheinhausen von einem Beschluß des IG Metall-Vorstandes, nach dem kein Teilnehmer an den Ostermärschen irgendwelche Maßnahmen von seiten der Gewerkschaft zu befürchten habe.

5. Landesbezirks-Jugendkonferenz des DGB Bayern
(München, 2.2.1963)

"Die Delegierten der 5. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB, LB Bayern, begrüßen voller Hoffnung jeden Schritt auf dem Wege zur Ent-

spannung und Abrüstung. Das gilt insbesondere für die Gespräche, die gegenwärtig in der Frage eines Teststopps geführt werden.

Die augenblickliche Unterbrechung der Gespräche sollte jedoch nicht Anlaß zur Wiederaufnahme der Atomversuche sein, wie sie in den letzten Tagen von Präsident Kennedy angekündigt wurden. Wir ersuchen die politischen Repräsentanten der maßgeblichen Atomkräfte in Ost und West dringend, die Verhandlungen über den Teststopp endlich zu einem guten Ende zu führen im Interesse der Menschheit.

Umso mehr bedauern wir es, feststellen zu müssen, daß sich Frankreich solchen Verhandlungen nach wie vor fernhält. Es besteht die Gefahr, daß die Bundesrepublik auf dem Umweg über Frankreich an der Produktion von Atomwaffen beteiligt und die Bundeswehr atomar bewaffnet wird.

Auf der anderen Seite droht eine weitere Vergrößerung des sogenannten 'Atomclubs' durch China.

Die atomare Gefahr ist also größer denn je zuvor. Die Delegierten erheben deshalb erneut ihre Stimme gegen diese Entwicklung, die die Demokratie, die Freiheit und den Frieden in der Welt aufs äußerste gefährdet. Sie appellieren an die verantwortlichen Politiker und Staatsmänner, endlich das beiderseitige Mißtrauen zu überwinden und eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung zu vereinbaren, bevor es zu spät ist.

Die Bundesregierung wird aufgerufen, eigene Abrüstungspläne zu entwickeln.

In Übereinstimmung mit dem dahingehenden Beschluß des 6. DGB-Bundeskongresses werden die Vertreter der Gewerkschaften im Ausschuß 'Kampf dem Atontod' und die Gewerkschafter im 'Komitee gegen Atomrüstung' ersucht, demokratische Initiativen zu entwickeln und zu unterstützen, die zum Ziel haben, die Öffentlichkeit aufzuklären und aufzufordern zum Widerstand gegen Atomwaffen in Ost und West.

In diesem Sinne grüßen die Delegierten die jungen Gewerkschafter, die in den letzten Jahren an den englischen Aldermaston-Märschen und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern teilgenommen haben und erklären sich mit ihnen solidarisch."

Ortsjugendkonferenz der IG Metall Mannheim
(23. März 1963)

Die Konferenz forderte in einer EntschlieÙung den Bundesvorstand des DGB auf,

"sich mit den Aktionen gegen die atomare Aufrüstung solidarisch zu erklären und die Ostermärsche der Atomwaffengegner zu unterstützen, indem er den Aufruf des Ostermarschausschusses begrüÙt und seine Mitglieder auffordert, sich an den Ostermärschen zu beteiligen."

Jahreshauptversammlung 1963 der IG Bau, Steine, Erden, Verwaltungsstelle Augsburg

"Angesichts der Notwendigkeit der Aktivierung der gewerkschaftlichen Mitarbeit in den Ausschüssen 'Kampf dem Atontod' fordern wir die demokratische Öffentlichkeit auf, die Tätigkeit der Ausschüsse 'Kampf dem Atontod' nach Kräften zu unterstützen. In diesem Sinne grüßen

die anwesenden Kollegen die Gewerkschafter, die in den letzten Jahren an den englischen Aldermaston-Märschen und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern teilgenommen haben und erklären sich mit ihnen solidarisch."

6. zentrale Jugendkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik, Stuttgart, Mai 1963

"Die Gewerkschaftsjugend unterstützt alle Protestaktionen gegen die atomare Aufrüstung. Die Delegierten der 6. zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik fordern deshalb zukünftig eine offizielle Teilnahme und Mitarbeit der Funktionäre und Mitglieder der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften an den Ostermärschen der Atomwaffengegner."

7. Jugendtag der Deutschen Postgewerkschaft (Frankfurt/Main, Mai 1963)

"Die Delegierten des Gewerkschaftsjugendtages der Deutschen Postgewerkschaft protestieren energisch gegen die Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen auf weitere Staaten und gegen das selbstmörderische Wettrüsten.

Die Delegierten fordern alle demokratischen Kräfte auf, sich für unsere Forderungen einzusetzen. Diese sind:

- + Einstellung aller Kernwaffenversuche in Ost und West,
- + Einstellung der Produktion weiterer Kernwaffen,
- + Keine deutsch-französische Atomwaffenproduktion,
- + Verhandlungen über eine allgemeine Abrüstung."

5. Jugendkonferenz des DGB-Landesbezirks Hessen (Höchst/Odenwald, November 1963)

"Die Delegierten der 5. Landesjugendkonferenz des DGB-Landesbezirks Hessen begrüßen das Moskauer Abkommen zur teilweisen Einstellung der Atomversuchsexplosionen.

Das Abkommen stellt nach Auffassung der Delegierten einen ersten Schritt zur Einschränkung des Wettrüstens dar und gibt die Hoffnung, daß die Menschheit von den unvorstellbaren Gefahren einer weiteren radioaktiven Verseuchung der Welt bewahrt bleibt.

Die Delegierten fordern die Achtung und Vernichtung aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Kampfmittel sowie das Verbot ihrer Herstellung in der ganzen Welt.

Darüber hinaus gilt es nun, nachdem auch die Großmächte bemüht sind, eine Abrüstung und Entspannung herbeizuführen, in unserem eigenen Lande die Bemühungen um Entspannung und Völkerverständigung noch wesentlich zu verstärken und zu intensivieren.

Die Delegierten sind der Auffassung, daß die Gewerkschaftsjugend sich an allen Kundgebungen und Demonstrationen, die eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West fordern, führend beteiligen muß.

Eine dieser demokratischen Kundgebungsformen ist der Ostermarsch -

Kampagne für Abrüstung. Die Delegierten sind der Auffassung, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln an dieser demokratischen Bewegung beteiligen müssen, um sich hiermit zu ihren eigenen Forderungen zu bekennen. Die Mitarbeit und Teilnahme an den Protestaktionen zu Ostern muß als eine Gewissensentscheidung respektiert werden und darf nicht zu irgendeiner Benachteiligung führen."

9. Bezirksjugendkonferenz der Gewerkschaft ÖTV Hamburg (1963)

"Die Delegierten der 9. Bezirksjugendkonferenz der Gewerkschaft ÖTV in Hamburg sehen das Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Atomwaffenversuche als einen ersten Schritt zur Einstellung des Wettrüstens in der Welt an. Sie fordern die Vernichtung aller atomaren, Bakteriologischen und chemischen Kampfmittel sowie das Verbot ihrer Herstellung.

Um eine Abrüstung und Entspannung herbeizuführen, gilt es die Forderung des 6. DGB-Bundeskongresses nach einer eigenen Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik durchzusetzen.

Die Delegierten sind der Auffassung, daß sich die Gewerkschaftsjugend an allen Demonstrationen und Kundgebungen, die sich gegen die atomare Aufrüstung in Ost und West wenden, beteiligen sollte. Dies gilt insbesondere für den 1. September."

9. Bezirksjugendkonferenz der IG Metall München (1963)

In einem Beschluß werden die Ostermärsche der Atomwaffengegner bezeichnet

"als eines der Mittel, die Öffentlichkeit immer wieder auf die Gefahren der atomaren Rüstung aufmerksam zu machen und politische Alternativen zur Beseitigung dieser Gefahr zu fordern.

... Die Gewerkschaften sollten den demokratischen Anti-Atomwaffen-Bewegungen, die sich für eine Entspannung, Abrüstung und ein Verbot aller ABC-Waffen in Ost und West einsetzen, aufgeschlossen gegenüberstehen.

Die Delegierten der 9. ordentlichen Bezirksjugendkonferenz fordern deshalb den Vorstand der IG Metall auf, im DGB-Bundesvorstand für eine positive Haltung der Gesamtorganisation zu den Ostermärschen einzutreten."

6. Bundeskongreß der IG Chemie, Papier, Keramik
Wiesbaden, September 1963

"Die Delegierten fordern ferner alle verantwortlich denkenden Menschen, insbesondere die Mitglieder und Funktionäre der IG Chemie, Papier, Keramik auf, den Kampf gegen die Atomrüstung in Ost und West wirksam zu unterstützen. Die Mitarbeit und Teilnahme an den Protestaktionen zu Ostern muß als eine Gewissensentscheidung respektiert werden und darf nicht zu irgendeiner Benachteiligung führen."

Außerordentlicher Bundeskongreß des DGB
(Dusseldorf, November 1963)

"Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens. Die Bereitstellung von Mitteln für soziale und kulturelle Zwecke darf nicht durch Rüstungsausgaben beeinträchtigt werden.

Die Gewerkschaften fordern die Achtung und das Verbot aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungsmittel sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Die Beseitigung von Hunger, Armut, Analphabetentum und Unterdrückung in allen Teilen der Welt ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung."

Bundesjugendkonferenz der Industriegewerkschaft Druck und Papier
(Duisburg, Februar 1965)

"Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz sind der Auffassung, daß junge Gewerkschafter in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - tätig werden können."

Bezirksjugendtag der Deutschen Postgewerkschaft Hessen
(Frankfurt/Main, 13. März 1965)

"Die Delegierten des Bezirksjugendtages begrüßen das in Moskau vereinbarte Teststoppabkommen. Sie sehen darin einen Schritt vorwärts zur endgültigen Abschaffung aller atomaren und konventionellen Vernichtungswaffen.

Sie protestieren aber erneut energisch, daß versucht wird, den Besitz von Atomwaffen auf andere Staaten auszudehnen. Sie verurteilen insbesondere alles, was geeignet erscheint, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen. Hierzu gehört auch der Plan, Atomminen entlang der Zonengrenze zu verlegen. Die Delegierten fordern alle demokratischen Kräfte auf, sich deshalb folgenden Forderungen anzuschließen.

Unsere Forderungen sind:

1. Unterlassung sämtlicher Kernwaffenversuche in Ost und West
2. Einstellung der Produktion weiterer Atomwaffen
3. Aufgabe des geplanten MLF-Systems
4. eine allgemeine und vollständige Abrüstung
5. die Schaffung kontrollierter entspannter Zonen, frei von atomaren und konventionellen Waffen.

Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher alles vermieden werden, was politischen und militärischen Konfliktstoff in sich birgt.

Der DGB hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten.

Darüber hinaus glauben wir weiter, daß es Zeit ist, daß sich jeder Bundesbürger an Aktionen demokratischer Bewegungen, z.B. der 'Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung' beteiligt. Die Delegierten sehen in der 'Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung' eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes."

Horst MAURER

ED 718-24-220
6 F-Schwanheim, 27. 3. 65

Am Ruhestein 43 II

Telefon 35 03 33

fx am Klaus

12. 4. 65

N o t i z

Verhalten Polizeibeamte mir persönlich gegenüber anlässlich
VIETNAM-Demonstration

1) Gegen 12.30 Uhr ging ich mit einem einmal zusammengeklappten Papp-schild aus der Demonstration durch die Goethestraße zum Opernplatz hin. Vor der Einmündung der Neuen Mainzer Straße war die Fahrbahn durch Polizeifahrzeuge blockiert; kurz vorher waren hier Demonstranten mit den gleichen Plakaten durchgekommen.

Ich wurde von einem Polizeibeamten angehalten und sollte mein zusammengeklappt getragenes Plakat übergeben. Ich weigerte mich. Der Beamte nahm das Plakat gewaltsam an sich. Ich wies daraufhin, daß ich es zusammengeklappt unter dem Arm getragen hätte und das Wegnehmen Diebstahl sei. Er ging darauf nicht ein. Ich forderte den älteren Beamten auf, seinen Namen bzw. Dienstnummer zu nennen. Das lehnte er kategorisch ab. Ich wiederholte meine Aufforderung mindestens sechs Mal, mit negativem Ergebnis. Ich erhielt lediglich den Hinweis, daß ich mich an den Einsatzleiter wenden möge könne. Auf Befragen wurde mir lediglich gesagt, daß dieser "da vorne" - etwa 50 m weit weg bei einer Menge Polizisten - zu finden sei. Meine Bitte, mich dorthin zu begleiten, wurde nicht entsprochen. - Ein Bekannter von mir, Günter AMENDT, den ich sodann in der Nähe sah, wurde von mir gebeten, mich Zeuge der Angelegenheit zu sein. Herr Amendt forderte den Beamten unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen ebenfalls auf, seinen Namen und Dienstnummer bekanntzugeben, was dieser wieder mehrere Male ablehnte. Schließlich ließ sich der Beamte lediglich dazu herab, mich zu einem Personenwagen zu begleiten, in dem er einen anderen Beamten als Einsatzleiter benannte bezeichnete. Meine Aufforderung an diesen, die Personalien des ersten bekanntzugeben, beantwortete der "Einsatzleiter" lediglich mit dem Hinweis, daß er für alle Handlungen aller Beamten verantwortlich sei; sein Name sei KEIL. Weitere Unterhaltungen mit diesem Herrn KEIL war nicht möglich, da er mit dem Pkw wegfuhr. -

2) Etwa eine ~~3~~ halbe Stunde später versuchte ich, von der Bockenheimer Landstraße in die Siesmayerstraße zu gehen. Auf dem rechten Bürgersteig wurde ich von einigen Polizeibeamten, die eine Absperrkette bildeten, hieran gehindert, "die Straße sei gesperrt". Eine Begründung für die Sperre wurde mir nicht gegeben. - Mindestens zwei Passanten, eine alte Frau sowie offenbar ein Zivilamerikaner, wurden ohne weiteres, das heißt lediglich nach ihrer Aussage, in die Siesmayerstraße zu wollen (ohne Angabe von Gründen) von den gleichen Beamten durchgelassen. Ich forderte gleiches Recht für meine Person bzw. Angabe des Grundes, weswegen mir der Durchgang verweigert werde. Negativ. Ich bat den Beamten bzw. später zwei Beamte auch hier um Angabe ihrer Namen und Dienstnummern, was mir auch hier verweigert wurde. - Hinter der Absperrung konnte ich den oben erwähnten Einsatzleiter KEIL erkennen und diesem meine beiden Forderungen zurufen. Seine Antwort war lediglich: "Keine Diskussion!". Zeugen für diesen Punkt 2): ebenfalls Herr Günter AMENDT sowie Fräulein Regula BOTT (Anschriften habe ich).

Ich bin daran interessiert, daß in derartigen Fällen eine Ausweispflicht der einzelnen Beamten besteht, so daß die Rechtmäßigkeit ihrer momentanen Anordnungen später geprüft werden kann.

Horst MAURER

6 F-Schwanheim, 27. 3. 65

Am Ruhestein 43 II

Telefon 35 03 33

N o t i z

Verhalten Polizeibeamte mir persönlich gegenüber anlässlich
 VIETNAM-Demonstration

1) Gegen 12.30 Uhr ging ich mit einem einmal zusammengeklappten Pappschild aus der Demonstration durch die Goethestraße zum Opernplatz hin. Vor der Einmündung der Neuen Mainzer Straße war die Fahrbahn durch Polizeifahrzeuge blockiert; kurz vorher waren hier Demonstranten mit den gleichen Plakaten durchgekommen.

Ich wurde von einem Polizeibeamten angehalten und sollte mein zusammengeklappt getragenes Plakat übergeben. Ich weigerte mich. Der Beamte nahm das Plakat gewaltsam an sich. Ich wies daraufhin, daß ich es zusammengeklappt unter dem Arm getragen hätte und das Wegnehmen Diebstahl sei. Er ging darauf nicht ein. Ich forderte den älteren Beamten auf, seinen Namen bzw. Dienstnummer zu nennen. Das lehnte er kategorisch ab. Ich wiederholte meine Aufforderung mindestens sechs Mal, mit negativem Ergebnis. Ich erhielt lediglich den Hinweis, daß ich mich an den Einsatzleiter wenden möge könne. Auf Befragen wurde mir lediglich gesagt, daß dieser "da vorne" - etwa 50 m weit weg bei einer Menge Polizisten - zu finden sei. Meine Bitte, mich dorthin zu begleiten, wurde nicht entsprochen. - Ein Bekannter von mir, Günter AMENDT, den ich sodann in der Nähe sah, wurde von mir gebeten, als Zeuge der Angelegenheit zu sein. Herr Amendt forderte den Beamten unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen ebenfalls auf, seinen Namen und Dienstnummer bekanntzugeben, was dieser wieder mehrere Male ablehnte. Schließlich ließ sich der Beamte lediglich dazu herab, mich zu einem Personenwagen zu begleiten, in dem er einen anderen Beamten als Einsatzleiter benannte bezeichnete. Meine Aufforderung an diesen, die Personalien des ersten bekanntzugeben, beantwortete der "Einsatzleiter" lediglich mit dem Hinweis, daß er für alle Handlungen aller Beamten verantwortlich sei; sein Name sei KEIL. Weitere Unterhaltungen mit diesem Herrn KEIL war nicht möglich, da er mit dem Pkw wegfuhr. -

2) Etwa eine halbe Stunde später versuchte ich, von der Bockenheimer Landstraße in die Siesmayerstraße zu gehen. Auf dem rechten Bürgersteig wurde ich von einigen Polizeibeamten, die eine Absperrkette bildeten, hieran gehindert, "die Straße sei gesperrt". Eine Begründung für die Sperre wurde mir nicht gegeben. - Mindestens zwei Passanten, eine alte Frau sowie offenbar ein Zivilamerikaner, wurden ohne weiteres, das heißt lediglich nach ihrer Aussage, in die Siesmayerstraße zu wollen (ohne Angabe von Gründen) von den gleichen Beamten durchgelassen. Ich forderte gleiches Recht für meine Person bzw. Angabe des Grundes, weswegen mir der Durchgang verweigert werde. Negativ. Ich bat den Beamten bzw. später zwei Beamte auch hier um Angabe ihrer Namen und Dienstnummern, was mir auch hier verweigert wurde. - Hinter der Absperrung konnte ich den oben erwähnten Einsatzleiter KEIL erkennen und diesem meine beiden Forderungen zurufen. Seine Antwort war lediglich: "Keine Diskussion!". Zeugen für diesen Punkt 2): ebenfalls Herr Günter AMENDT sowie Fräulein Regula BOTT (Anschriften habe ich).

Ich bin daran interessiert, daß in derartigen Fällen eine Ausweispflicht der einzelnen Beamten besteht, so daß die Rechtmäßigkeit ihrer momentanen Anordnungen später geprüft werden kann.

Maurer

Hauptkommission

Jan 27. 5. 65

~ 12.30 h

Wert

ED 718-24-282

~~Junger
Amandt~~

Die Demonstration am Wochenende

**Gegen ‚kommunistische Parolen‘
OB Brundert und Littmann nahmen Stellung**

Oberbürgermeister Brundert hat am Montag nach der Magistratssitzung zu den Vorgängen um die Demonstration der „Ostermarschierer“ am Samstag Stellung genommen. Die Jungsozialisten hatten Brundert einen Brief geschrieben, in dem sie ihn aufforderten, er möge sich zum Verhalten der Frankfurter Polizei am Samstag äußern; sie wollten mit ihm darüber diskutieren. Brundert sagte, er habe diesen Brief noch nicht erhalten, erhielt jedoch dann von Pressevertretern einen Durchschlag.

Nachdem Brundert den Durchschlag gelesen hatte, sagte er, er sei am Freitag und Samstag nicht in Frankfurt, sondern in Heidelberg gewesen, wo er auf dem Rechtspolitischen Kongreß ein Fachreferat über „Bürger als Partner der Verwaltung“ gehalten habe. Er sei am Samstag auch nicht von Frankfurt angerufen und auf die Vorgänge aufmerksam gemacht worden.

Brundert erklärte, daß am Mittwoch der Antrag der „Ostermarschierer“ eingegangen sei. Er sei sofort von Polizeipräsident Dr. Littmann informiert worden, daß von den „Ostermarschierern“ am Samstag um 10 Uhr am Steinernen Haus eine Kundgebung und anschließend ein Demonstrationszug mit Transparenten geplant sei. Die Polizei habe ihm, dem Oberbürgermeister, gesagt, daß der von den „Ostermarschierern“ gewünschte Weg über Hauptwache und Zeil nicht möglich sei, weil sonst der gesamte Frankfurter Verkehr wegen der Umleitungen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau am Eschenheimer Turm zusammenbrechen würde.

Brundert sagte in der Pressekonferenz, die Polizei sei für alle Bürger da und nicht nur für einen Teil — in diesem Fall für die Demonstranten. Es habe im gesamten Interesse der Bürgerschaft gelegen, Gegenvorschläge für einen anderen Weg des Demonstrationszuges zu machen. Die Polizei habe einen

solchen Vorschlag unterbreitet und die „Ostermarschierer“ seien entsprechend unterrichtet worden und hätten dann auch diesen anderen Weg über die Berliner Straße anerkannt.

Er habe vorgeschlagen, alles zu vermeiden, was der Sache der „Ostermarschierer“ nicht diene und der Stadt Frankfurt Ärger bereite. Sein Hinweis, sagte Brundert, habe sich auf Transparente wie „Ami go home“ bezogen, die nichts mit dem Anlaß der Demonstration zu tun hätten. Das sei eine Bitte gewesen, nicht aber eine Auflage.

Brundert sagte, Kundgebung und Demonstration selbst seien ordnungsgemäß verlaufen. Erst anschließend sei es zu Schwierigkeiten gekommen. Wenn sich welche an der Hauptwache auf die Schienen setzen würden, dann habe die Polizei die Pflicht, die Straße frei zu machen. Ob die Polizei ihre gesetzliche Pflicht bei ihrem Einschreiten überschritten habe, könne er noch nicht beurteilen, sagte Brundert.

Littmann sagte, es sei kein einziges Plakat von der Polizei beanstandet worden; auch nicht das Plakat, das er für „blutrünstig“ und sehr weitgehend halte: „Die Blutspur der Amerikaner reicht von Kuba bis Vietnam“.

„Wir haben nichts gegen Proteste gegen die Gasanwendung in Vietnam und auch nichts gegen die Proteste gegen Atombomben“, betonte Littmann, „aber wir dürfen keine kommunistischen Parolen aufkommen lassen, denn die KPD ist in der Bundesrepublik verboten.“

Solange der Zug marschiert sei, sei kein einziges Plakat den Ostermarschierern entzogen oder weggerissen worden, versicherte Littmann. Es seien nur ganz wenige Polizeibeamte auf der Straße gewesen.

Erst nach der offiziellen Auflösung, als sich der Zug erneut formieren wollte, habe die Polizei eingegriffen.

Es werde jetzt geprüft, ob gegen die Teilnehmer der Veranstaltung, die sich nach Ende des offiziellen Zuges wieder formiert haben, Anzeige wegen Auflaufs oder sogar Aufruhrs erstattet werde. Geprüft werde auch die Frage, inwieweit sich die Veranstalter doch mitverantwortlich für die anschließenden Ereignisse gemacht haben.

In der Goethestraße habe sich bereits ein Zug von hundert Personen formiert gehabt, und vor dem amerikanischen Generalkonsulat in der Siesmayerstraße seien 200 Personen aufmarschiert. Diese Demonstrationen seien nicht genehmigt gewesen, aber die Polizei habe keinen Gebrauch vom Gummiknüppel gemacht.

Zu dem Einwand, daß 300 Polizeibeamte in der Siesmayerstraße zusammengezogen worden wären und durch diesen Anblick die Demonstranten erst gereizt worden seien, sagte Littmann, er habe damit verhindern wollen, daß die Amerikaner mit den Sicherheitsmaßnahmen hervorgetreten seien, die sie von ihrer Seite aus selbstverständlich getroffen hätten. Be.



TAUSEND FRÜHLINGSBLUMEN bl

**Nicht „Spiel
Beschäftigun**

Nur rund 300 staatlich anerkannte B in der Bundesrepublik. Etwa 220 üben niken, Krankenhäusern und Sanatorien unter ihnen gibt es nur fünf männlichen, denkt man an die sprunghaft an denen Unfallverletzte und Tuberkulose gestörte und auch alte Menschen auf angewiesen sind.

Doch es sind zugleich auch erfreuliche Zahlen, denn erst seit dem Jahre 1953 werden bei uns diese Angehörigen des Heilhilfsberufes ausgebildet, doch das Interesse der Abiturientinnen und der Mädchen mit abgeschlossener Mittelschulbildung hat sich bereits dieser sehr befriedigenden, sehr weiblichen Tätigkeit zugewendet.

Mit größtem Eifer beteiligen sich diese Nachwuchskräfte und auch die alterfah-

**Neun Abgeordnete
für Frankfurt**

Raumordnung
im engeren Untermaingebiet

Am Freitag findet in Frankfurt im Römer die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für regionale Raumordnung im engeren Untermaingebiet statt. Dieser Gesellschaft gehören die Städte Frankfurt, Offenbach und Hanau sowie die Landkreise Offenbach, Hanau, Obertaunus, Usingen, Friedberg, Main-Taunus, Groß-Gerau und Dieburg an.

In der Gesellschafterversammlung wird der Gutachter Professor Wortmann seine Raumordnungspläne überreichen.

**20 Zentner Bronze
Eine neue Tür für den Dom**

Polizeipräsident: Auf Arm-Drehgriff beschränkt

Auch OB äußert sich zur Ostermarsch-Demonstration / Vorgänge vor den Landtag

Die im Amtsdeutsch verfaßte Verfügung der Polizei zur Demonstration der Ostermarschierer am vergangenen Samstag habe nicht dem Sinn der Gespräche entsprochen, die zuvor mit den Veranstaltern der Demonstration geführt worden seien. Diese Feststellung traf Oberbürgermeister Brundert am Montagnachmittag in Gegenwart des Po-

lizeipräsidenten Littmann in der Magistrats-Pressekonferenz. Es sei ihm darum gegangen, sagte Brundert, den Demonstranten nahezu legen, auf ihren Transparenten Inschriften zu vermeiden, die ihrer Sache nicht dienen, andererseits aber der Polizei und der Verwaltung nur Schwierigkeiten bereiten. Dabei habe es sich um eine Bitte handeln sollen, nicht aber um eine rechtliche Auflage.

Auch Polizeipräsident Littmann betonte, man habe den Ostermarschierern nur etwas „nahelegen“ wollen. Der Text der Verfügung habe aber einen anderen Eindruck erweckt, wenn er aus dem Zusammenhang der Gespräche gerissen und isoliert betrachtet werde. Jedenfalls sei von der Polizei während des ordnungsgemäß verlaufenen Demonstrationzuges kein einziges Plakat angerührt worden — auch nicht das mit dem Text „Die Blutspur der Amerikaner reicht von Cuba bis Vietnam“.

OB war nicht in Frankfurt

Noch vor der Demonstration sei den Veranstaltern gesagt worden, daß sich die Polizei lediglich gegen kommunistische Parolen wenden müsse. Wenn von Polizeibeamten später versucht worden sei, Demonstranten doch Plakate zu entreißen, dann ausschließlich nach Beendigung der Demonstration, als es zu „illegalen Zusammenrottungen“ um jene Plakat- und Transparentträger gekommen sei, erklärte Littmann. Die Polizei werde daraus die Lehre ziehen, daß bei künftigen Demonstrationen den Veranstaltern die Auflage gemacht werde, am Auflösungsort des Zuges die Plakate und Transparente in Verwahrung zu nehmen.

Bereits am Freitag war es in Frankfurt zu Diskussionen über die Plakatauflage der Polizei an die Demonstranten gekommen. Brundert erfuhr davon, wie er versicherte, weder am Freitag noch am Samstag. An beiden Tagen hielt er sich in Heidelberg auf. Heidelberg sei doch nicht aus der Welt, meinte er, und man

hätte ihn dort anrufen und um ein klärendes Wort bitten können.

Andererseits, so sagte der OB, könne der Polizei nicht das Recht abgesprochen werden, die Straßen für den Verkehr freizumachen, wenn sich nach Schluß einer genehmigten Demonstration vierzig bis fünfzig Demonstranten auf die Fahrbahn setzten. Ob die Polizei sich dabei auf die ihr gesetzlich zustehenden Mittel beschränkt habe, könne er jetzt noch nicht beurteilen.

Polizeipräsident Littmann deutete an, daß die Teilnehmer der „wildern“ Demonstration mit Anzeigen wegen Auflaufs beziehungsweise Aufruhrs rechnen könnten. Inwieweit auch die Veranstalter mitverantwortlich seien, müsse noch geprüft werden.

Jedenfalls habe bei ihnen zunächst keine Neigung bestanden, sich an den aus Gründen der Verkehrssicherheit von der Polizei vorgeschlagenen Weg zu halten. Erst zum Schluß der Kundgebung im Steinernen Haus und unmittelbar vor Beginn des Zuges hätten sie sich für den vorgeschriebenen Weg ausgesprochen.

Mehr Beamte — weniger Härte

Zum Vorgehen der Polizei gegen die „wildern“ Demonstranten berichtete der Polizeipräsident, ihm sei bis jetzt kein einziger Fall von Gummiknüppelgebrauch bekannt geworden. Die Beamten hätten sich darauf beschränkt, die Demonstranten abzurängen und notfalls den Armdrehgriff anzuwenden.

Es sei richtig, räumte der Polizeipräsident

ein, daß eine verhältnismäßig große Anzahl von Polizisten (300) eingesetzt war. Er halte es aber für besser, viele Beamte bereitzustellen, damit sie durch Einhalten einer festen Kette zum Abdrängen von Demonstranten bilden könnten, statt nur wenige Beamte einer Menge entgegenzustellen. Diese wenigen Beamten wären viel eher darauf angewiesen gewesen, zum Gummiknüppel oder noch härteren Mitteln zu greifen.

Auflage verfassungswidrig

Die umstrittene Auflage der Polizei an die Veranstalter hatte folgenden Wortlaut: „Die Bundesrepublik Deutschland hat in der Vergangenheit Verträge mit anderen Staaten abgeschlossen, die Verpflichtungen gegenüber den Vertragspartnern enthalten. Durch die Demonstration dürfen die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere ihre sich aus internationalen Verträgen ergebenden Verpflichtungen nicht gefährdet werden. Eine solche Gefährdung würde eintreten, wenn die Demonstranten durch Wort oder Schrift einseitig gegen eine der am Vietnam-Konflikt beteiligten Parteien Stellung nehmen würden.“

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Olaf Radtke (Offenbach) hat bereits am Sonntag in einer Veranstaltung seiner Partei in Offenbach angekündigt, daß er die Vorgänge um die Demonstration der Ostermarschierer um die Demonstration der Ostermarschierer vor den Landtag bringen werde. Er halte die vor den Polizei den Demonstranten erteilte Auflage bezüglich der Plakattexte für verfassungswidrig. Mit einer Großen Anfrage wolle er deshalb den Innenminister veranlassen, zu erklären, was er gegen dieses verfassungswidrige Verhalten der Frankfurter Polizei zu tun gedenke.

Der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Frankfurt, Stadtrat Walter Möller, erklärte am Montag, es sei ein an Oberbürgermeister Brundert gerichtetes, dringendes Anliegen seiner Partei, Vorkehrungen zu treffen, die es der Polizei künftig unmöglich machen, in der ähnlichen Fällen Auflagen zu erteilen, welche nicht klar durch das Gesetz gedeckt sind.

Die SPD bedauere die Vorfälle vom Samstag, zumal durch übertriebene Vorsicht der Eindruck erweckt worden sei, als sei es in der Bundesrepublik „nicht jederzeit möglich, auch die amerikanische Politik zu kritisieren.“

Allerdings hätten es offenbar auch einige Teilnehmer nach Schluß der Demonstration darauf abgesehen gehabt, sich mit der Polizei anzulegen. Damit hätten sie ihrer Sache „keinen guten Dienst“ erwiesen.

Der Unterbezirk Frankfurt der Jungsozialisten bezeichnete in einem Brief an den OB die Auflage der Polizei an die Demonstranten ebenfalls als verfassungswidrig. Brundert wurde gebeten, sich von dem Vorgehen der Polizei zu distanzieren, denn nur durch eine solche Stellungnahme könne die bei verschiedenen Organisationen eingetretene Beunruhigung wieder einigermaßen beseitigt werden.

Der Mörder spricht von Notwehr

Nafiz Kilic vor Gericht / Türkischen Landsmann aus Eifersucht erschossen

In den Morgenstunden des 27. Juli 1964 schoß der Türke Nafiz Kilic seinen Landsmann Ilyas Orsel auf der Großen Bockenheimer Straße nieder. Verschüchert, fremd in der Atmosphäre eines deutschen Schwurgerichtssaales steht nun der 31jährige Angeklagte, der sein genaues Geburtsdatum nicht kennt, vor dem Richter. Zwei Tage vor der Tat hatte ihm seine Frau Emina gesagt: „Du mußt fortgehen, ich will Ilyas heiraten.“ Bald darauf kaufte Nafiz eine Pistole. „Weshalb?“ fragte ihn Schwurgerichtsvorsitzender Dr. Giesecke. „Als Privateigentum“, war die Antwort. Rede und Gegenrede, durch einen Dolmetscher vermittelt, erschwert den Mordprozeß, und der Richter rät: „Antworten Sie nach Möglichkeit nur mit Ja und Nein.“

Erst im Januar 1964 hatte Kilic seine junge Frau in der Türkei kennengelernt, und beide beschlossen, das karge Leben in der Heimat mit einem Dasein in jenem fernen Land im Norden zu tauschen. Emina durfte als erste ausreisen. Sie kam nach Frankfurt. Hier lernte sie Orsel kennen. „Ich verdanke ihm viel, er ist wie ein älterer Bruder“, gestand Frau Kilic ihrem Mann später. Als er dann nachkommen konnte, schickte man ihn zur Arbeit nach Bottrop, so daß nur das Wochenende Zeit für die Gemeinsamkeit des jungen Paares ließ.

„Bleib doch dort in Bottrop“, habe ihm, Kilic, seine Frau gelegentlich schon zu verstehen gegeben, damit erstes Mißtrauen sänd-

Orsel, fünf Tage vor der Tat auf dem Opernplatz, bagatellisiert er: „Einen Stein habe ich nicht geworfen.“ Von gemeinsamen Ersparnissen (es heißt, es seien die Rücklagen seiner Frau gewesen) kaufte Nafiz Kilic dann die Pistole.

Im Morgengrauen des 27. Juli ging er von der Hauptwache in Richtung Opernplatz und begegnete Orsel. „Er hat mir die Hand auf die Schulter gelegt, seine Kollegmappe unter den linken Arm geschoben und die Hand in die Tasche gesteckt. Ich habe gedacht, ich würde angegriffen.“ Danach fielen die Schüsse, die die wenigen Passanten dieses Julimorgens aufschreckten. „Ich weiß nur von einem Schuß, nicht von zwei weiteren“, beteuert Kilic, der noch auf den Zusammengebrochenen weitere zwei Schüsse abgefeuert haben soll.

Der Gärtner Rudolf G. erinnert sich: „Ich hörte plötzlich einen Schuß und habe dann aufgepaßt. Ich sah, wie er weitere Schüsse abgab und dann am Bürgersteig stand, um die Straße zu überqueren.“ In diesem Augenblick kam auch die Zeugin S. mit ihrem Auto vorüber und besann sich darauf: „Der später Erschossene stand noch seelenruhig am Bordstein. Er hatte noch die Kollettasche unterm rechten Arm.“ Da fielen die Schüsse. Sie trafen von hinten. Das Opfer fiel vornüber auf die Fahrbahn und der Gärtner zog den Toten auf den Bürgersteig zurück. Die Bedrohung

Überfall angezeigt

ED 718-24-226

Auf der Rennbahn in Frankfurt-Niederrad
ersten Rennen des Tages aufgenommen, de

S. 1

Demonstration gegen die USA in Frankfurt

Frankfurt, 28. März

Tumultartige Szenen haben sich am Samstag nach einem Demonstrationszug von rund 200 hessischen „Ostermarschierern“ auf der Frankfurter Zeil, nahe der Hauptwache, abgespielt. Nach einem Protestzug gegen die amerikanische Vietnam-Politik, der von der Polizei auf vorgeschriebenem Weg genehmigt war, löste sich der Zug mit der Weisung auf: „Hier endet unsere Kundgebung, wir wünschen angenehmen Nachhauseweg durch die Innenstadt.“ Hier hatte die Polizei wegen Verkehrsbehinderung den Zug nicht gestattet.

Eine Gruppe von etwa 40 „Ostermarschierern“ zog daraufhin mit Plakaten zur Hauptwache, wo die Polizei Halt gebot. Die Demonstranten setzten sich auf die Fahrbahn und blockierten den Verkehr. Als die Polizeibeamten versuchten, die Plakate einzuziehen, kam es zu Handgemengen. (Siehe Bericht auf Seite 3.)

Atomreaktor

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Wassermenge Stand bald erreicht

Trotz alledem ist das Wasser- und Schiffsahrtsamt Frankfurt optimistisch: Seit Samstag ist der Wasserstand der Kinzig im Fall begriffen; vom Rhein wird angenommen, daß er seinen Höchststand bald erreicht haben wird. Die Schifffahrt wird nicht eingestellt.

Die Wasserkraftwerke Eddersheim und Griesheim mußten allerdings wegen allzu geringer Fallhöhe des Wassers außer Betrieb gesetzt werden.

Interessenten empfiehlt das Wasser- und Schiffsahrtsamt Frankfurt, die Rufnummer 11 55 in Frankfurt anzurufen, wo über eine automatische Sprechanlage die Pegelstände und — wenn es nötig sein sollte — die Hochwasserwarnung durchgegeben werden.

Sieben Autoschlüssel und kein Auto

In einen Wohnwagen, der als Büro- raum dient, drangen in der Mainzer Landstraße ein 24jähriger Maschinen- schlosser aus Frankfurt und ein 26jäh- riger Bauschlosser aus Offenbach ein. Sie stahlen im Wagen sieben Autoschlüs- sel und hatten offenkundig die Absicht, von dem Grundstück, auf dem der Wohn- wagen steht, ein Personenauto zu steh- len.

Ein Zeuge beobachtete die Männer und konnte mit Hilfe eines zweiten Mannes den 24jährigen im Wohnwagen festneh- men. Der Komplize, der geflüchtet war, wurde später ebenfalls festgenommen.

Automatenknacker

Diebe flüchteten
in das Ginnheimer Wäldchen

Zwei Einbrecher wollten in der Nacht einen Zigarettenautomaten in einem Lo- kal in Ginnheim aufbrechen. Der Büfet- tier, der neben dem Gastraum ein Zim- mer hat, wurde durch die Geräusche wach und verfolgte gemeinsam mit meh- reren Autofahrern die beiden Männer, die in das Ginnheimer Wäldchen ge- flüchtet waren.

Einer von ihnen, ein 23jähriger Schlos- ser aus Frankfurt, konnte gestellt und dann der Polizei übergeben werden. Auch ein Personenauto, das die Diebe in der gleichen Nacht gestohlen hatten, wurde sichergestellt.

TAGEBUCH

26. März

Hinterher wird alles bedeutungsvoll; vielleicht deutet man auch zuviel in die Dinge hinein. Vor einem Jahr, als wir uns in Porto Ceresio von dem Freund verabschiedeten, stand er, wie uns schien, länger am Landesteg als sonst und starrte dem Dampferchen nach. Was hast Du nur gehabt, schrieb ich ihm. Du warst so traurig. Warum soll man nicht mal traurig sein, schrieb er zu- rück, sonst ganz heiter. Aber in diesem Frühling liegt er in seinem Sarg aus Zink und Holz in der Mauer auf dem Friedhof von Varese, und wenn das Schiff abfährt, steht niemand mehr am Steg. RK

Mit einem Messer

Schlägerei in der Münchener Straße

In eine Schlägerei verwickelte ein 29jähriger italienischer Gastarbeiter einen 27 Jahre alten Kellner. Der Ita- liener bedrohte den Kellner mit einem Messer und brachte ihm eine Stichver- letzung am linken Handballen bei. Der Italiener wurde wegen Körperverlet- zung festgenommen.

Waren, aber kein Geld. Einem Frank- furter wird zur Last gelegt, noch 2 288 Mark für Warenlieferungen, die im Fe- bruar 1964 erfolgt seien, zu schulden.

Sitzstreik auf der Zeil

Demonstration vor dem US-Konsulat verhindert

Zu Zusammenstößen zwischen Ostermarschierern, die gegen die Politik der Vereinigten Staaten in Vietnam demonstrierten, und der Polizei kam es am Wochenende (Samstagnachmittag) in der Frankfurter Innenstadt. Eine Gruppe von über 50 Demonstranten protestierte mit einem Sitzstreik auf der Zeil, einer Hauptverkehrsstraße der Frankfurter Innenstadt, gegen das Vorgehen der Polizeibeamten, die versucht hatten, ihnen ihre selbst- gefertigten Plakate und Transparente wegzunehmen. Den Zusammenstößen war ein Demonstrationzug durch die Straßen der Frankfurter Innenstadt vorangegangen, der ohne Zwischenfälle verlief.

Ein großer Teil der an diesem Zug teilnehmenden rund 300 Demonstranten bewegte sich jedoch auch nach Beendi- gung des polizeilich genehmigten Zuges in kleinen Trupps zur Hauptwache, dem Mittelpunkt der Frankfurter City. Als ein größeres Polizeikommando dann ver- suchte, die Demonstranten vor der Hauptwache abzufangen und abzudrän- gen, kam es zu den ersten Zwischen- fällen.

Der Verkehr in diesem Bereich brach wegen der die Fahrbahn blockierenden, mit Sprechchören gegen das Vorgehen der Polizei protestierenden Demonst- rannten zeitweise völlig zusammen. Die Lage beruhigte sich erst, als die Polizeiwa- gen wieder abrückten.

Während zahlreiche Demonstranten mit Passanten auf der Hauptwache über den Zweck ihrer Aktion demonstrierten und Flugblätter mit der Überschrift „Schluß mit dem schmutzigen Krieg in Vietnam“ verteilten, zogen kleinere Gruppen zu dem im Frankfurter West- end liegenden amerikanischen Gene- ralkonsulat, um auch dort gegen die Po- litik der Vereinigten Staaten zu demon- strieren.

Die Polizei hatte jedoch die Zufahrt zu dem in der Nähe des Palmgartens lie-

genden Generalkonsulat durch quer zur Fahrbahn stehende Polizeifahrzeuge ab- geriegelt. Nachdem eine Gruppe von nahezu 100 meist jugendlichen Demon- stranten mehrmals über Lautsprecher aufgefordert worden war, sich zu zer- streuen, ohne dieser Aufforderung Folge zu leisten, drängte eine Gruppe von Be- reitschaftspolizisten die Demonstranten zurück.

Während die Polizeibeamten erneut versuchten, den Demonstranten ihre Plakate und Transparente abzunehmen, führte eine größere Gruppe einen Sitz- streik auf der Hauptverkehrsstraße des Westends durch, so daß auch dort eine Zeitlang der Verkehr zum Erliegen kam. Mehrere Demonstranten wurden von der Polizei zur Feststellung ihrer Person- alien vorübergehend festgenommen.

Dem Demonstrationzug durch die Frankfurter Innenstadt war eine Kund- gebung der Ostermarschierer vorange- gangen, auf der mehrere Redner scharfe Angriffe gegen die Vietnampolitik der Vereinigten Staaten und vor allem gegen den Einsatz von Gas bei Kampfhandlun- gen richteten. Scharf verurteilt wurde auch die Haltung der Bundesregierung, der die Teilnehmer der Kundgebung vor- warfen, die Politik der Vereinigten Staa- ten zu unterstützen.

Tanker treiben brennend im Meer

London, 28. März
Zwei Tanker treiben brennend in Ärmelkanal vor England: Sie stießen gestern vormittag im Nebel zusammen. Bis auf den Kapitän haben sämtliche Besatzungsmitglieder den norwegischen Tanker „Nora“ (9000 BRT) verlassen. Das Feuer auf dem Liberia-Tanker „Otto N. Miller“ wurde unter Kontrolle gebracht. Das deutsche Bergungsschiff „Hermes“ will die „Nora“ in Schlepp nehmen.

US-Satellit soll 3500 Jahre kreisen

Washington, 28. März
Anfang April wollen die USA einen Atomreaktor als Erdsatelliten ins All schießen. „Snap-10-a“ dient Versuchszwecken und soll eine Lebensdauer von 3500 Jahren haben. — Die beiden US-Raumflieger Grissom und Young, die am Freitag von Präsident Johnson empfangen worden waren, schickten ihren sowjetischen Kollegen über einen russischen Journalisten einen Autogramm-Zettel mit dem Text: „Alles Gute für die Kosmonauten. Gus Grissom und John Young.“

Sechs Millionen Deutsche zelten

Essen, 28. März
Gestern wurde in Essen die 12. Deutsche Camping-Ausstellung eröffnet. Das Interesse des Publikums war nicht ohne Grund groß: Die Bundesrepublik hat zur Zeit rund 6 Millionen „Camper“, das heißt, jeder 11. Deutsche ist im Urlaub mit Wohnwagen oder Zelt unterwegs. Damit liegt Deutschland allerdings noch längst nicht an der Spitze der Freiluft-Touristen. In Frankreich ist jeder sechste, in Holland sogar jeder vierte ein Zelturlauber.

Vietnam-Krieg noch härter



Frauen im Vietnam-Krieg: Diese Mädchen im Alter von 18 und 19 Jahren werden jetzt für die südvietnamesische Armee ausgebildet.

USA drohen: Neue Dschungel-Waffen, wenn Entspannungs-Vorschläge abgelehnt werden

sad. Washington, 28. März
Amerika will härtere Kampfmaßnahmen ergreifen, wenn Nordvietnam auf die bisherigen Entspannungsvorschläge der USA weiterhin mit Schweigen reagiert.

Präsident Johnson bot letzte Woche dem kommunistischen Nordvietnam Entwicklungshilfe großen Stils an, wenn es seine Kriegshandlungen einstellt. Morgen geht der „schmutzige Krieg“ in seiner entscheidenden Phase. Amerikas Botschafter-General in Saigon, Maxwell Taylor, wird in Washington durchgreifende Maßnahmen gegen die Vietkong-Rebellen besprechen.

Inzwischen haben die USA für den Dschungelkrieg ein fast unerschöpfliches Arsenal neuer Waffen zur Verfügung:

- Eine Flugzeugrakete, die mit tödlicher Sicherheit feindliche Radaranlagen ansteuert. Diese Rakete „reitet“ auf dem Wellenstrahl, den die feindlichen Bodenstationen aussenden;
- Bündelbomben, die kurz vor dem Aufschlag eine große Zahl hochexplosiver Miniatursprengkörper verstreuen. Im dichten Dschungel eine besonders wirkungsvolle Waffe;
- Bomben, die „Drachenzähne“ im Urwald austreuen. Das sind rasiermesserscharfe Fußangeln für nachts marschierende Partisanen, die meist nur leichte Segeltuchschuhe tragen.
- Flächengranatwerfer, die pro Minute 200 hochbrisante Geschosse vom Kaliber 4 cm ausspucken. Der Werfer kann von Hubschraubern aus eingesetzt werden;
- Eine Rakete mit Schlußlicht, die von Flugzeugen aus gegen Bodenziele eingesetzt wird. Der Pilot kann

durch die Signallampe im Raketenheck während des Fluges leicht Kurskorrekturen vornehmen.

Taylor wird außerdem strategische Bombenangriffe empfehlen. Die Vietnam-Krise führte am Wochenende zu einem neuen Notenkrieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Eine Aussprache zwischen US-Außenminister Rusk und dem sowjetischen Botschafter Dobrynin jedoch verlief nach amerikanischer Darstellung in „herzlicher Atmosphäre“.

Der Papst hört das Tonband

Rom, 28. März
Die Diskussionen der katholischen Kirche über die Geburtenkontrolle sind beendet. Das Streitgespräch der 60 Fachleute ist auf Tonband aufgenommen worden, damit der Papst es sich anhören kann. Schon jetzt sickerte durch: Eine sensationelle Änderung der Haltung der katholischen Kirche ist nicht zu erwarten.

Tumult am Main

Von KLAUS NATH
Frankfurt, 28. März

Tumulte in der Frankfurter Innenstadt. Nach einem Protestmarsch gegen die Südvietnam-Politik der USA kam es gestern mittag zu Zusammenstößen zwischen Atomwaffengegnern und Bereitschaftspolizei.

Der Verkehr im Gebiet der Frankfurter „Hauptwache“ brach zeitweise völlig zusammen. Demonstranten belagerten mit Protestplakaten die Fahrbahnen.

Polizisten versuchten, den Atomwaffengegnern Plakate und Transparente zu entreißen. Die Antwort: Die Beamten wurden in Sprechchören mit Schmährufen überschüttet. 50 Demonstranten nahm die Polizei vorübergehend fest. Die Ruhe konnte erst nach mehreren Stunden wiederhergestellt werden!

Dabei hatte der Marsch friedlich begonnen. Die Polizei hatte ihn genehmigt. 450 Atomwaffengeg-

ner zogen schweigend mit Plakaten durch die Innenstadt.

Als nach dem offiziellen Teil die Demonstranten jedoch in kleinen Trupps zur „Hauptwache“ zogen, versuchte die Polizei, die Menge vor der Hauptwache abzudrängen. Daraufhin begannen die Demonstranten einen „Sitzstreik“. Starke Polizeikommandos versuchten, sie abzutransportieren. Polizisten wurden daraufhin mit Plakaten bedroht. Die „Hauptwache“ blieb einem Hexenkessel.

Eine kleinere Gruppe protestierte vor dem US-Generalkonsulat ebenfalls gegen die Politik in Südvietnam.

Das tut herrlich wohl:

Mehrmaals täglich 1-2 Teelöffel vom echten Klosterfrau Melissengeist — auf Zucker geträufelt — das schützt auf angenehme Weise vor Erkältung und Grippegefahr! Hat es Sie aber schon gepackt, dann nehmen Sie ihn abends heiß — nach Gebrauchsanweisung. — Das ist Schluck für Schluck eine wahre Wohltat! Darum sagen so viele:



„... bei uns ist er immer griffbereit!“

das Wetter

VORHERSAGE FÜR SONNTAG:

SÜDWEST: Wolkig bis heiter. Mittags-Temperaturen: 10 bis 14 Grad.
SÜD: Wolkig mit Aufheiterungen. Mittags-Temperaturen: 10 Grad.
WEST: Wolkig, meist niederschlagsfrei. Mittags: 10 bis 12 Grad.
NORD: Veränderlich bewölkt, zeitweise Regen. Mittags: 10 Grad.

Sehr milde

Während ein Hoch über Frankreich einen Keil nach West- und Süddeutschland erstreckt, wird der Norden von den Ausläufern atlantischer Tiefs gestreift.

Fr 27.3.65



Schluß mit dem schmutzigen Krieg in Vietnam

ED 713-24-229

Seit Wochen fallen Bomben in Nordvietnam. Seit einigen Tagen wissen wir, daß man auch Gas „einsetzt“. Werden morgen vielleicht Atombomben fallen?

Die Bevölkerung ist kriegsmüde in Vietnam. Aber sie wird nicht gefragt. Wie immer, wenn die Oberen einen Krieg machen.

Mit Bomben auf Nordvietnam wollen die Amerikaner jetzt den Aufstand in Südvietnam beenden. Aber dadurch wird der Krieg nur verlängert. Man schätzt, daß in Vietnam bereits 160 000 Menschen umgekommen sind. 700 000 wurden verstümmelt.

Die Mehrzahl der Bevölkerung in Südvietnam bekämpft das Regime in Saigon. Doch die ständig wechselnden Regierungen gleichen sich stets:

- **Sie sind korrupt und halten sich nur mit US-Dollars und Unterstützung amerikanischer Militärs.**
- **Sie „regieren“ nicht für das Volk, sondern gegen das Volk. In einer Demokratie selbstverständliche Begriffe wie „Wahlen“ und „Selbstbestimmung“ sind ihnen unbekannt.**
- **Sie wollen keine Verhandlungen, sondern führen weiter Krieg.**

Auch die offizielle Stellungnahme der deutschen Bundesregierung ist nicht besser als die amerikanische Politik in Vietnam. Der Bundeskanzler hat sich durch Erklärungen mit dem Vorgehen der US-Regierung identifiziert.

Die Kriegspolitik in Vietnam und ihre vorbehaltlose Unterstützung disqualifizieren die Amerikaner – aber auch uns Deutsche.

Deshalb fordern wir von der US-Regierung:
Keine Bomben, kein Gas, sondern Verhandlungen in Vietnam!

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:
Keine Unterstützung für die US-Politik in Vietnam, sondern Druck auf Washington, den schmutzigen Krieg zu beenden!

Die Kampagne für Abrüstung hat bereits Ende vorigen Jahres einen Brief an Präsident L. B. Johnson geschrieben, in dem es u. a. heißt:

„Die Vereinigten Staaten haben in Südostasien keine lebenswichtigen Interessen zu verteidigen. Sie tragen vielmehr in Vietnam das koloniale Erbe Frankreichs, während Frankreich heute bereits erkannt hat, daß eine koloniale Unterdrückung der asiatischen Völker auf die Dauer nicht möglich ist. Daher raten Frankreich, aber auch andere westliche und östliche Regierungen zu politischen anstatt zu militärischen Lösungen. Die US-Regierung glaubt dagegen offensichtlich, ihr Prestige und ihren Einfluß zu verlieren, wenn sie sich in Südvietnam gegen die dortige Bevölkerung nicht militärisch durchsetzen kann. Denn darum geht es letztlich in diesem Krieg, nicht etwa um Freiheit und Selbstbestimmung. Die US-Regierung betreibt in Vietnam eine eindeutige Machtpolitik für ihre Interessen. So hat sie, um nur ein Beispiel zu nennen, die in der Genfer Indochina-Konferenz vereinbarte Selbstbestimmung der Vietnamesen und freie Wahlen verhindert. Für Deutschland ist dieses Verhalten der USA besonders tragisch, da diese in Deutschland jenes Selbstbestimmungsrecht fordern, das sie in Südvietnam verweigern.“

Doch was kann man tun?

Protestieren auch Sie!

Schreiben Sie Leserbriefe an Ihre Zeitung. Fordern Sie Ihren Bundestagsabgeordneten auf, dafür einzutreten, daß die Bundesregierung gegenüber der US-Regierung in der Frage Vietnam ihre Haltung ändert. Schreiben Sie an Präsident L. B. Johnson über das Amerikanische Generalkonsulat, 6 Frankfurt (Main), Siesmayerstraße 21.

Demonstrieren Sie mit der Kampagne für Abrüstung beim Ostermarsch 1965 von Mainz zum Frankfurter Römerberg. Die Ziele der Kampagne sind: Sicherheit durch Abrüstung und Frieden überall auf der Erde.

Kommen Sie zur großen Schlußkundgebung am Ostermontag, 15 Uhr, auf den Frankfurter Römerberg.

Informationen über die Kampagne erhalten Sie unter der Adresse Kampagne für Abrüstung, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648. Die Kampagne finanziert ihre Arbeit – auch dieses Flugblatt – aus freiwilligen Spenden ihrer Anhänger. Das Postscheckkonto lautet: PSA Frankfurt 57648.



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

ED718-24-230

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Verfassungswidrige Auflagen gegen die Kampagne für Abrüstung

Wie wir der Presse bereits mitteilten, plant die Kampagne für Abrüstung am kommenden Samstag, den 27. März 1965 um 10,00 Uhr vormittags im Steinernen Haus eine Kundgebung gegen den Krieg in Vietnam und anschließend eine Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt. Mit Schreiben vom 25. März 1965 hat das Polizeipräsidium der Stadt Frankfurt sehr einschränkende Auflagen gegen die Demonstration gemacht. Es wurde die Benutzung eines Lautsprechers "aus verkehrlichen Gründen nicht gestattet". Dem angemeldeten Marschweg wurde nicht zugestimmt. Folgende Demonstrationsstrecke ist angemeldet:

Steinernes Haus, Braubachstraße, Fahrgasse, Konstabler Wache, Zeil, Hauptwache, Biebergasse, Rathenauplatz, Goetheplatz, Roßmarkt, Liebfrauenstraße, Neue Kräme, Römerberg und dort Auflösung der Demonstration.

Folgender Marschweg wurde von der Polizei als "gerade noch für tragbar gehalten":

Steinernes Haus, Bethmannstraße bis zum Bethmannkreisel, rechts Berliner Straße, rechts Fahrgasse bis zum Kreisel vor der alten Brücke, links Kurt-Schumacher-Straße bis Börneplatz, dort hat die Auflösung des Demonstrationszuges zu erfolgen.

Am Bedenklichsten von der Stellungnahme des Frankfurter Polizeipräsidiums muß eine politische Auflage stimmen. Wir empfehlen zur Information die beigefügte Abschrift des Briefes der Kampagne für Abrüstung an den Herrn Polizeipräsidenten zur Kenntnis zu nehmen.

Gerade die politischen Auflagen gebieten es der Kampagne für Abrüstung - Hessischer Ausschuß, auf ihre Demonstration nicht zu verzichten.

Offenbach/Main, den 26. März 1965 - Vack

Abschrift

ED 718-24-231

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach/Main, 26.3.65
Buchrainweg 161
Postfach 648 va/wr.
Tel. 886051/52

Polizeipräsidium der
Stadt Frankfurt/Main

6 Frankfurt/Main
z.Hd.Herrn Polizeipräsidenten

Betr.: Demonstration am 27. März 1965
Bezug: Ihr Schreiben vom 25. März 1965

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,

uns liegt Ihr Schreiben vom 25.3.65 vor, in dem es u.a. heißt:
"Die Bundesrepublik Deutschland hat in der Vergangenheit Verträge mit anderen Staaten abgeschlossen, die Verpflichtungen gegenüber den Vertragspartnern enthalten. Durch die Demonstranten dürfen die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere ihre sich aus internationalen Verträgen ergebenden Verpflichtungen nicht gefährdet werden. Eine solche Gefährdung würde eintreten, wenn die Demonstration durch Wort oder Schrift einseitig gegen eine der am Vietnam-Konflikt beteiligten Parteien Stellung nehmen würden. Es wird Ihnen daher aufgegeben, dieser Lage durch entsprechende Vorbeugung Rechnung zu tragen und die Demonstranten durch geeignete Maßnahmen an der Verletzung der internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu hindern. Sollte diese Auflage nicht beachtet werden, haben die Polizeibeamten Anweisung, dies mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu unterbinden."

Wir erheben gegen den Verfasser dieser Auflage in Ihrem Schreiben Dienstaufsichtsbeschwerde und bitten zu prüfen, ob dieser Beamte für eine demokratische Behörde tragbar ist. Der Verfasser scheint das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht zu kennen, da in diesem Grundgesetz das Recht der freien Meinungsäußerung (Art. 5 GG) verankert ist. Dieses Recht der freien Meinungsäußerung ist keinesfalls in der Weise eingeschränkt, daß es nur erlaubt sei, Auffassungen öffentlich zu vertreten, die auch Auffassung der Bundesregierung sind und in deren außenpolitisches Konzept passen.

Wir bitten weiter, zu prüfen, ob sich der Verfasser durch seinen Brief einer Nötigung im Sinne des Strafgesetzbuches schuldig gemacht hat, indem er die Teilnehmer der Veranstaltung und den Veranstaltungsleiter nötigt, von einem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit keinen Gebrauch zu machen.

Wir betrachten diesen Bescheid als verfassungswidrig und daher als für uns unverbindlich. Die Demonstration wird in der bereits angekündigten Weise veranstaltet werden.

Zu dem ersten Teil Ihres Schreibens, der den Marschweg betrifft,

möchten wir eindeutig feststellen, daß wir für verkehrstechnische Schwierigkeiten durchaus Verständnis hätten. Wir meinen jedoch - und sehen uns auch durch den oben zitierten Versuch, unsere Demonstration politisch und damit verfassungswidrig einzuschränken, in unserer Haltung bestärkt - daß die Wahrnehmung eines Grundrechtes in jedem Fall Vorrang hat, insbesondere dann, wenn die Demonstration sich gegen einen Völkerrechtsbruch, wie den Einsatz von Gas - teilweise spricht man sogar von Giftgas - in Vietnam richtet.

Wenn die Polizei den Straßenverkehr durch die für die Demonstration von uns vorgesehenen Straßen als gefährdet ansieht, mag sie diese Straßen für den Straßenverkehr sperren und den Verkehr umleiten. Dies dürfte insofern im Bereich des Möglichen liegen, als sich unsere Demonstration auf den Zeitabschnitt von ca. 1 Stunde beschränkt.

Jede politische Demonstration ist nur sinnvoll - und dies dürfte auch im Sinn der Väter des Grundgesetzes liegen - wenn sie von einem möglichst großen Kreis der Bevölkerung zur Kenntnis genommen werden kann. Dies bedeutet im vorliegenden Fall, daß sie auf den vorgesehenen Straßen stattfindet.

Zum Schluß möchten wir darauf hinweisen, daß wir aus der Tatsache, daß in Ihrem Schreiben vom 25.3.65 eine Rechtsmittelbelehrung nicht enthalten ist, entnehmen, daß Sie selbst nicht der Meinung sind, daß es sich bei diesem Schreiben um einen Verwaltungsakt handelt. Wir nehmen vielmehr an, daß hier der Versuch einer Einschüchterung unternommen wurde.

Wir erlauben uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß wir diese unsere Stellungnahme selbstverständlich mit unserem Rechtsanwalt abgesprochen haben.

Wir bedauern das nunmehr entstandene angespannte Verhältnis, sind jedoch der Meinung, daß es jedem Bürger unserer Bundesrepublik, also auch den Anhängern der Kampagne für Abrüstung, als Verpflichtung auferlegt ist, die demokratischen Grundrechte zu wahren. Dies bedeutet, daß man sie dann, wenn eine politische oder anderweitige Notwendigkeit sieht, auch in Anspruch nimmt.

Da wir annehmen, daß die politischen Instanzen der Stadt Frankfurt/Main über Ihr Schreiben vom 25.3.65 nicht informiert sind, denn sonst wäre ein solches Schreiben nicht zustande gekommen, erlauben wir uns, eine Durchschrift unseres heutigen Antwortschreibens, sowie eine Fotokopie Ihres Briefes vom 25.3.65, Herrn Oberbürgermeister Professor Dr. Brundert zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Klaus Vack
- Sprecher -

gez. Fritz Strass
- Geschäftsführer -

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 24. März 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

ich lade Sie hiermit für Montag, 29. März 1965, 18,30 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt (Main), ein zu einer Sitzung des Hessischen Ausschusses. Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Auswertung der Vietnam-Demonstration
2. Organisatorisches und Grundsätzliches zum Ostermarsch 1965
3. Verschiedenes

Obwohl die Tagesordnung sehr kurz ist, scheint mir eine sehr arbeitsreiche Sitzung bevorzustehen und ich bitte Sie alle um Ihre Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack

V Kultur-Voranstalt.

V/Korso

V/Aktion

ED 718-24-234

Protokoll zur Sitzung des Hessischen Ausschusses am 22.3.65 in
Frankfurt/Main

Anwesend: Amann, Vack, Segall, Dr. Schenck, Andres,
Karl Becker, Moritz, Winkler, Strass, Halber-
stadt, Malkomes, Arlt, Maurer, Egon Becker.

entschuldigt: Faller, Farr, Weick

unentschuldigt: Eskuche, Maurer, Müller, Winkler

Tagesordnung:

1. Auswertung der Paulskirchenveranstaltung
am 20.3.65
2. Aktion gegen Vietnam-Politik der USA
3. Kulturelle Veranstaltung am Ostermontag
4. Auktion für Abrüstung
5. Stand der Vorbereitungen für den OM 65
6. Auswertung der zentralen Ausschußsitzung
am 20./21.3.65

Zu Punkt 1 der TO

Ein ausführlicher Bericht über die Paulskirchenveranstaltung er-
übrigt sich, da sämtliche Mitglieder des hessischen Ausschusses an-
wesend waren. Klaus Vack schildert den Verlauf der Verhandlungen
mit der Frankfurter Stadtverwaltung wegen der Vermietung der Pauls-
kirche. Er weist weiterhin darauf hin, daß die Pressekonferenz zu-
vor sehr gut besucht worden war.

Auf die Anregung von zahlreichen Personen hin, wird geprüft, ob
die Rede von Christian Geißler gedruckt werden kann. Es stellt
sich jedoch heraus, daß sie in einer Zeitschrift veröffentlicht
werden soll und Abdrucksrechte vor dem 8.5. nicht zu erhalten sind.

Während der Paulskirchenveranstaltung wurden von einem Journalisten,
der für die DDR arbeitet, Filmaufnahmen gemacht. Gegenüber der Ver-
sammlungsleitung konnte sich dieser Journalist mit einem Presseaus-
weis als in der Bundesrepublik offiziell zugelassener Journalist aus-
weisen. Der hess. Ausschuß billigt das Verhalten der Versammlungs-
leitung und ist der Ansicht, daß bei gleichen Fällen in der Zukunft
im gleichen Sinn verfahren werden soll.

Sobald jedoch Sachverhalte verfälscht wiedergegeben werden, wird
der HA in geeigneter Weise dagegen Stellung nehmen.

Zu Punkt 2 der TO

Der HA beschließt, am Samstagvormittag, am 27.3.65, mit einer Protest-
aktion energisch gegen die Vietnampolitik der USA zu protestieren.
Die Presse soll mit einer Mitteilung, die ebenfalls eine politische

Stellungnahme enthält, auf diese Aktion hingewiesen werden.

Als Versammlungsort wird das Steinerne Haus, Frankfurt, bestimmt. Als Redner sollen Rudolf Rolfs, Egon Becker und Klaus Vack auftreten. Verbunden mit dieser Aktion ist ein Brief an das amerikanische Generalkonsulat in Frankfurt.

Anschließend soll eine Demonstration der Versammlungsteilnehmer in Frankfurt stattfinden. Dazu werden Schilder mit Slogans angefertigt. Verantwortlich für die Herstellung sind Heiner Halberstadt und Norbert Winkler. Folgende Slogans werden beschlossen: L.B. Johnson: Keine Bomben, kein Gas - Verhandlungen in Vietnam. Mr. Johnson: Friede und Neutralität für Vietnam. Beginnt in Vietnam der dritte Weltkrieg? Vietnam will Frieden - USA wirft Bomben. Herr Erhard: Keine Unterstützung der USA - Politik in Vietnam. Gestern Bomben - heute Gas - morgen Atombomben?

Ein improvisiertes Flugblatt soll in einer Auflage von 15.000 Exemplaren gedruckt werden. Vack, Becker und Strass werden beauftragt, das Flugblatt zu entwerfen.

Zu Punkt 3 der TO

Wolf Biermann, Berlin, konnte eine endgültige Zusage geben. Es ist jedoch bisher nicht gelungen, eine Jazz-Band zu verpflichten. Mangelsdorf sagte ab. Klaus Vack wird in Verbindung mit Horst Goßfelder weiterhin versuchen, eine Jazz-Band zu gewinnen.

Als Veranstaltungsort kommt der große Saal des Hessischen Rundfunks und die Kongreßhalle nicht mehr in Frage, da von beiden Stellen Absagen vorliegen. In der folgenden Reihenfolge soll versucht werden, einen Raum zu mieten: Palmengarten, Zoogesellschaftshaus, Volksbildungsheim, Kantatesaal, Haus Dornbusch. Ferner könnte geprüft werden, inwieweit der große Versammlungssaal der Deutschen Bank und der große Hörsaal der Universität in Frage kommen.

Als Redner wurde Martin Walser zu dieser Veranstaltung angesprochen. Heiner Halberstadt wird beauftragt, für einen entsprechenden Plakatentwurf für diese Veranstaltung zu sorgen.

Zu Punkt 4 der TO

Es wird berichtet, daß der Arbeitsausschuß beschlossen hat, die Auktion für Abrüstung 14 Tage bis 3 Wochen nach Ostern zu verlegen. Bisher war es nicht möglich, in einem Zeitraum vor Ostern einen Ausstellungsraum zu bekommen. Edgar Weick wird beauftragt, sich weiterhin um einen Raum zu bemühen.

Zu Punkt 5 der TO

wird vertagt.

Zu Punkt 6 der TO

Heiner Halberstadt gibt einen kurzen Überblick über den Verlauf der ZA-Sitzung am vergangenen Wochenende. Es wurde über das Verhalten der Kampagne im Bundestagswahlkampf diskutiert. Dabei ergab sich eine grundsätzliche Diskussion über die Funktion der Kampagne als außerparlamentarische Kraft. Weiterhin wurde ein Schwerpunktprogramm nach Ostern 65 beschlossen.

Für die Protokollführung: Fritz Strass



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

JUNGSOZIALISTEN SAGEN JA ZUR KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG

Nachdem eine beachtliche Zahl sozialdemokratischer Politiker und Parlamentarier ihre Zustimmung zum Ostermarschaufruf 1965 gaben, in Südhessen zum Beispiel in der Kommunalpolitik bekannt gewordene Männer wie Dr. h.c. Werner Bockelmann, Prof. Dr. Theo Gläss, Karl Appelmann, Walter Buckpesch und Willy Banse, haben sich jetzt auch die Jungsozialisten zur Kampagne für Abrüstung bekannt.

Die am vergangenen Wochenende in Bad Nauheim tagende Bezirkskonferenz der Jungsozialisten faßte folgenden Beschluß:

"Die Jungsozialisten begrüßen den Aufruf der Kampagne für Abrüstung und fordern alle Jungsozialisten auf, sich aktiv für die Kampagne und ihre Ziele einzusetzen."

Offenbach (Main), 23. März 1965 - Strass

24. 3. 65

24. 3. 65

Kundgebung:
Samstagvormittag,
27. März 1965, 10 Uhr,
Steinernes Haus,
Frankfurt,
Braubachstraße 35,
Großer Saal

Protestieren Sie
mit uns gegen den
**Krieg
in Vietnam**

Es sprechen: Rudolf Rolfs, Egon Becker, Klaus Vack

Anschließend Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt!

Bitte weitergeben und
Freunde mitbringen!



Kampagne für Abrüstung –
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
Offenbach am Main, Buchrainweg 161

Verantwortl.: Fritz Strass, Wiesbaden, Druck: Plaueln, Offenbach

ED 718-24-236



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

20.3.65
24.3.65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

AUFTAKT ZUM OSTERMARSCH 1965

Im überfüllten Plenarsaal der Paulskirche in Frankfurt (Main) fand am Samstag, 20. März 1965 die Auftaktveranstaltung der Kampagne für Abrüstung zum Hessischen Ostermarsch 1965 statt. Bei der Kundgebung sprachen:

Prof. Dr. theol. Hellmut Gollwitzer DD. Prof. Gollwitzer ist ordentlicher Professor an der Freien Universität Berlin. Er gehört der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland an.

Heinz-Günther Lang, Darmstadt. Lang ist hauptamtlicher Geschäftsführer der Industriegewerkschaft Chemie, Papier und Keramik, Verwaltungsstelle Darmstadt.

Stanley Orme, Manchester. Orme gehört der Labour-Fraktion im englischen Unterhaus an. Er war vor seiner Wahl in das Parlament Bezirksvorsitzender der Vereinigten Gewerkschaft der Ingenieure, die in England mehr als eine Million Mitglieder hat. Orme zählt zu den Labour-Abgeordneten, die sich in einem Appell gegen die amerikanische Politik in Vietnam ausgesprochen haben. Er hat an dem ersten und den folgenden Ostermärschen der britischen Kampagne von Adlermaston nach London teilgenommen.

Heiner Halberstadt. Halberstadt ist Mitglied des Hessischen Ausschusses und des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung.

Dr. Andreas Buro, München. Dr. Buro ist Sprecher für die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik.

Christian Geißler, Hamburg. Geißler ist bekannt als Schriftsteller (Die Anfrage) und Fernsehautor (Schlachtvieh). Er gehört dem Kuratorium der Kampagne für Abrüstung an.

Die Versammlungsleitung lag bei Herbert Faller, Frankfurt. Faller ist Bundesjugendleiter der deutschen Naturfreundejugend und gehört dem Kuratorium der Kampagne für Abrüstung an.

(Auszüge aus diesen Reden sind dem Pressedienst beigelegt.)

- 2 -

In der Paulskirche konnte bekanntgegeben werden, daß der Aufruf zum Ostermarsch 1965 (der das derzeitige politische Programm der Kampagne für Abrüstung enthält und zur Teilnahme an den deutschen Ostermärschen 1965 aufruft; der Aufruf ist diesem Pressedienst beigelegt) bereits von vielen prominenten Bürgern, deren Wort in unserem Lande etwas gilt, unterzeichnet wurde. Eine Auswahl der Namen geben wir hiermit noch einmal bekannt:

Prof. Dr. Fritz Baade, MdB; Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller DD; Prof. Dr. Eugen Kogon; Walter Dirks; Prof. Dr. Hellmut Gollwitzer DD; Dr. Erich Kästner; Prof. Dr. Ernst Bloch; Prof. Dr. Walter Jens.

Aus dem südhessischen Gebiet unterstützen den Ostermarschaufruf die Kommunalpolitiker: Karl Appelmann und Walter Buckpesch (Bürgermeister bzw. Schuldezernent der Stadt Offenbach); Prof. Dr. Gläss (Schuldezernent der Stadt Frankfurt) und der ehemalige Bundestagsabgeordnete Willy Banse (Bürgermeister von Sprendlingen). Auch Frau Aenne Kolb, Witwe des verstorbenen ehemaligen Frankfurter Oberbürgermeisters hat sich dem Ostermarschaufruf 1965 durch ihre Unterschrift angeschlossen. Inzwischen liegt der Kampagne für Abrüstung auch die Zustimmung von Dr. h. c. Werner Bockelmann zum Ostermarschaufruf 1965 vor.

Weitere Unterzeichner des Ostermarschaufrufes (eine kleine Auswahl):

Die Schriftsteller Hans Werner Richter, Wolfdietrich Schnurre, Rolf Hochhuth, Christian Geißler, Siegfried Lenz, Christian Mayer-Amery, Günther Weisenborn, Walter Kolbenhoff, Gerhard Zwerenz, Hans Magnus Enzensberger, Casimir Edschmid, Marie Luise Kaschnitz, Ilse Aichinger, Kurt Kusenberg, Alexander Spoerl, Robert Jungk, Günter Eich, Max von der Grün, Paul Schallück, Fritz J. Raddatz, Stefan Reisner, Gerhard Schoenberger, Martin Walser, Helmut Lindemann, Gösta von Uexküll, Horst Krüger, Wolfgang Hildesheimer

Die Gewerkschafter Adolph Kummernuss, Hinrich Oetjen, Berthold Kiekebusch, Jochen Müller

Die Verleger H. M. Ledig Rowohlt, Hans A. Nickel, Wilhelm Goldmann

Die Kabarettisten Wolfgang Neuss, Ursula Noack, Rudolf Rolfs,

Die Schauspieler Heinz Hilpert, Richard Münch, Ursula Herking

Der Opernsänger Rudolf Schock

Der Bildhauer Gerhard Marcks

Die Professoren Ernst Niekisch, Wolfgang Abendroth, Eduard Baumgarten, Dietrich Goldschmidt, Ossip K. Flechtheim, Heinrich Vogel, Jürgen Habermas, Ernst Wolf, Alfred von Martin, Harold Rasch, Heinz-Joachim Heydorn

Ferner Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD; Dr. Bodo Manstein; Herbert Faller; Helmut Kentler; der CVJM-Sekretär Gerhard Weber; der frühere Bezirksbürgermeister Willy Kressmann und Pfarrer Horst Symanowski.

OSTERMÄRSCH 1965

Insgesamt finden 1965 in der Bundesrepublik 15 Ostermärsche statt, die am Ostermontag mit großen Abschlußkundgebungen in folgenden Städten enden: Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Frankfurt, Saarbrücken, Basel, Stuttgart, München und Nürnberg.

An den Märschen werden sich Delegationen aus Skandinavien, England, Holland, Belgien, Frankreich und Italien beteiligen. (Eine Übersicht "Ostermärsche 1965 in Deutschland" ist dieser Pressemitteilung beigelegt.)

HESSISCHER OSTERMARSCH

Der hessische Ostermarsch 1965 findet am Ostersonntag, Sonntag und Montag statt. Er beginnt in Mainz und führt über Kastell, Kostheim, Gustavsburg, Bischofsheim, Rüsselsheim, Flörsheim, Weilbach Hofheim, Kriftel, Zeilsheim, Höchst zum Frankfurter Römerberg, wo am Ostermontag, 15 Uhr die Schlußkundgebung stattfindet. Weitere Kundgebungen während des Ostermarsches werden in Mainz, Rüsselsheim, Hofheim und Höchst sein.

PETITION AN DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG

Eine Petition der Kampagne für Abrüstung an den Deutschen Bundestag, in der Verzicht auf die MLF und auf eine deutsche Beteiligung an Atomwaffensystemen und Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gefordert werden, wurde in Hessen von 20 000 Bürgern, in gesamten Bundesgebiet von über 100 000 Bürgern unterzeichnet. Die Petition liegt lt. Mitteilung des Bundestagspräsidenten im Bundeskanzleramt vor.

Offenbach, 20. März 1965 - Vack

Auszüge aus den Reden anlässlich der Kundgebung der Kampagne für
Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß
am 20. März 1965 in der Paulskirche zu Frankfurt (Main)

Prof.Dr.theol. Hellmut Gollwitzer DD, Berlin

"... Beim Ostermarsch sprechen wir von den Atomwaffen - nicht weil wir meinen, sie mit einer Demonstration beseitigen zu können, sondern weil wir sie als das unheimlichste Ultimatum erkennen, das der Menschheit in ihrer bisherigen Geschichte gestellt worden ist. Wir demonstrieren, weil wir den Eindruck haben, daß weder bei den Regierenden noch bei den Regierten eine genügende Erkenntnis von der Bedeutung dieses Ultimatums bisher vorhanden ist. Das Ultimatum der Atomwaffen lautet: wir können uns - bei Strafe eines Untergangs, den wir uns in seiner Grausamkeit trotz aller Greuel des zweiten Weltkrieges doch nicht annähernd vorstellen können - nicht mehr leisten, was man früher meinte, sich leisten zu können: keinen Krieg mehr, nichts von dem mehr, was zum Kriege führt. Wir können uns nur noch den Frieden leisten und was dem Frieden dient ...

... Wenn es wahr ist, daß man durch eigenen Schaden klug werden kann, dann war kein Volk der Erde 1945 so gründlich auf die Klugheit des Atomzeitalters vorbereitet wie das deutsche Volk. Wir demonstrieren für diese Klugheit, weil wir meinen, daß wir 1945 gescheiter waren als 1965 und daß 50 Jahre nach 1914 und 25 Jahre nach 1939 eine deutsche Politik anders auszusehen hat als unsere offizielle Politik seit 10 Jahren. Ein Volk mit diesen jüngsten Erinnerungen und in dieser Situation der Spaltung müßte zum Vortrupp der internationalen Entspannung werden; stattdessen sind wir heute die Nachhut des Kalten Krieges geworden ...

... Die christlichen Kirchen haben in vielen Erklärungen zu einer Politik der Verständigung, der Entspannung, des Friedens gemahnt und die Verwendung der Atomwaffen als Kriegsmittel verworfen. Wir demonstrieren für die Praktizierung dieser Erklärungen und wundern uns, daß die offiziellen Vertretungen der christlichen Kirchen nicht mit uns in gleicher Entschiedenheit für diese Praktizierung eintreten und appellieren an alle Christen in unserem Lande, den Ostermarsch als ihre eigene Sache anzusehen..."

Stanley Orme, Abgeordneter der britischen Unterhauses, Manchester

"... Ich möchte darauf hinweisen, daß ich hier nicht als Repräsentant der englischen Regierung oder der englischen Arbeiterpartei sprechen kann. Aber ich bin Parlamentsabgeordneter der Labour-Fraktion im britischen Unterhaus und ich überbringe zu Ihrer Kundgebung die Grüße der englischen Kampagne für nukleare Abrüstung und kann sagen, daß 35 Unterhausabgeordnete den Aufruf zum Ostermarsch 1965 in England unterschrieben haben ...

... Heute kann die Welt unter keinen Umständen einen dritten Weltkrieg beginnen, denn es wird ein Atomkrieg sein. Die entscheidende Frage, mit der sich die Welt befassen muß, lautet: wie kann man die Atombewaffnung verhindern. Es darf nicht nur kein deutscher Finger am Abzugshahn sein, sondern wir müssen verhindern, daß keine weiteren Nationen, ob groß oder klein, Atomwaffen erhalten ...

... Ich bin überzeugt, wenn es uns gelingt, einen atomwaffenfreien Raum in Mitteleuropa zu schaffen, wäre dies der erste entscheidende Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung ...

... Wir leben in unruhigen Zeiten und haben die Vietnamkrise vor uns und die Gefahr, daß diese Krise sich zu einem dritten Weltkrieg ausweitete. Im Augenblick bewegt dieses Problem sehr viele Mitglieder der englischen Arbeiterpartei und auch der Abgeordneten im Unterhaus in sehr dringlicher Weise...

... Die Rolle, die Sie und ihresgleichen heute in der Welt spielen, ist ein Beweis dafür, daß die Menschheit ihre Selbstbestimmung wieder gewinnt ..."

Heinz-Günther Lang, Darmstadt

"... Die Politik der Stärke unserer Bundesregierung, die von ihr vertretene Hallstein-Doktrin, die Atomminenpläne und die Sucht nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen bringen eine immer größere Isolierung nach außen mit sich. Diese Politik ist letztlich bedingt durch die Verlagerung vom Sozialstaat zum Rüstungsstaat. Der Machtanspruch unserer Bundesregierung wird immer größer, da die Politik der Wiederaufrüstung eine immer stärkere Gefährdung unserer Demokratie mit sich bringt. Die geplante Notstandsgesetzgebung ist der sichtbare Ausdruck des Machtanspruches dieser Regierung. Die vorgelegten Entwürfe sollen der Bundesregierung weitgehende Vollmachten geben und ihr gestatten, wesentliche Grundrechte der Bürger zeitweise aufzuheben, ja sogar Gesetze ohne parlamentarische Billigung zu erlassen. Derartige Ausnahmevollmachten gibt es weder in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika noch in der von Großbritannien. Die beabsichtigten Notstandsgesetze sind Ermächtigungsgesetze mit Zeitzünder ...

... Wenn ein Land der Welt beweisen muß, daß es den Frieden will, dann müßte es Deutschland sein: dieses Deutschland, welches schon zweimal in der Weltgeschichte Unheil über die gesamte Welt verbreitet hat ..."

Heiner Halberstadt, Frankfurt

"... Im klassischen Sinne hatte der Begriff "Verteidigung" einmal den Sinn, einen vorhandenen Raum mit seiner biologischen, materiellen Substanz zu erhalten. Heute ist das offensichtlich, was die Bundesrepublik angeht, umgekehrt: Verteidigung heißt jetzt, diesen Raum und seinen Inhalt durch entsprechende Vorkehrungen militärischer Art zum Ort umfassender Zerstörung zu machen ...

... Die Schlußfolgerung, daß man durch vermehrte militärische Anstrengungen und Atomrüstung für die Bundesrepublik Sicherheit schaffen könne, ist grundsätzlich falsch, falsch und tödlich. 1. Entwickelt ein derartiger militärischer Perfektionismus eine gefährliche Eigengesetzlichkeit, die dadurch alle politischen und gesellschaftlichen Bewegungen im eigenen Raum blockiert und verdrängt. Nicht das Politische beherrscht mehr das Militärische, sondern militärischer Amok die Politik. 2. Durch den Wettlauf der Waffensysteme steigert sich die Rüstungsspirale ins Unerträgliche und nicht mehr Kontrollierbare. 3. Wenn endlich dieser Zustand erreicht ist, wird die letzte Erkenntnis, durch Abrüstung zu einer Lösung zu kommen, nicht mehr ausführbar sein...

... Wer heute in Deutschland weiter nach Atomwaffen verlangt, gleich ob in Form einer gespenstigen MLF oder in Form von selbstmörderischen Atomminen, der verstößt gegen die elementarsten Lebensrechte und Zukunftsaussichten des deutschen Volkes, der blockiert die Genfer Konferenz, der gefährdet die Sicherheit der ganzen Welt ..."

Dr. Andreas Buro, München

" ... 1965 sind es fünf Jahre her, daß Hans Konrad Tempel und Helga Stolle zu dem ersten Ostermarsch aufgerufen haben. Fünf Jahre haben seitdem viele Menschen bei großen persönlichen Opfern für die Kampagne für Abrüstung gearbeitet. In dieser Zeit konnte sich die Kampagne in weiten Bereichen der Bevölkerung bekannt machen und wird von vielen gesellschaftlichen kirchlichen und politischen Bewegungen heute als ernsthafter Partner anerkannt. Sie hat ihre politische Unbestechlichkeit und Nüchternheit immer wieder unter Beweis gestellt ...

... Ich glaube, daß es in der Kampagne niemanden gibt, der nicht dem Prinzip der Selbstbestimmung zustimmt. Aber Selbstbestimmung eines Volkes kann nicht unabhängig von allen internationalen Gegebenheiten gefordert und praktiziert werden. Ihr größter Gegner sind militärpolitische Ambitionen, die sich den allgemeinen Entwicklungstendenzen und dem Sicherheitsbedürfnis nicht unterordnen. So wie in Vietnam Selbstbestimmung und Militärpolitik einander ausschließen, so auch in Mitteleuropa und Deutschland. Die Kampagne für Abrüstung fordert deshalb seit Jahren im Interesse des deutschen Volkes Initiativen zur Bildung einer Entspannungszone in Mitteleuropa. Erst wenn weitere Schritte in dieser Richtung getan sind, erst wenn Mitteleuropa zur Brücke zwischen Ost und West geworden ist, werden die Interessen des deutschen Volkes nach Selbstbestimmung von den Großmächten berücksichtigt werden können ..."

Christian Geißler, Hamburg

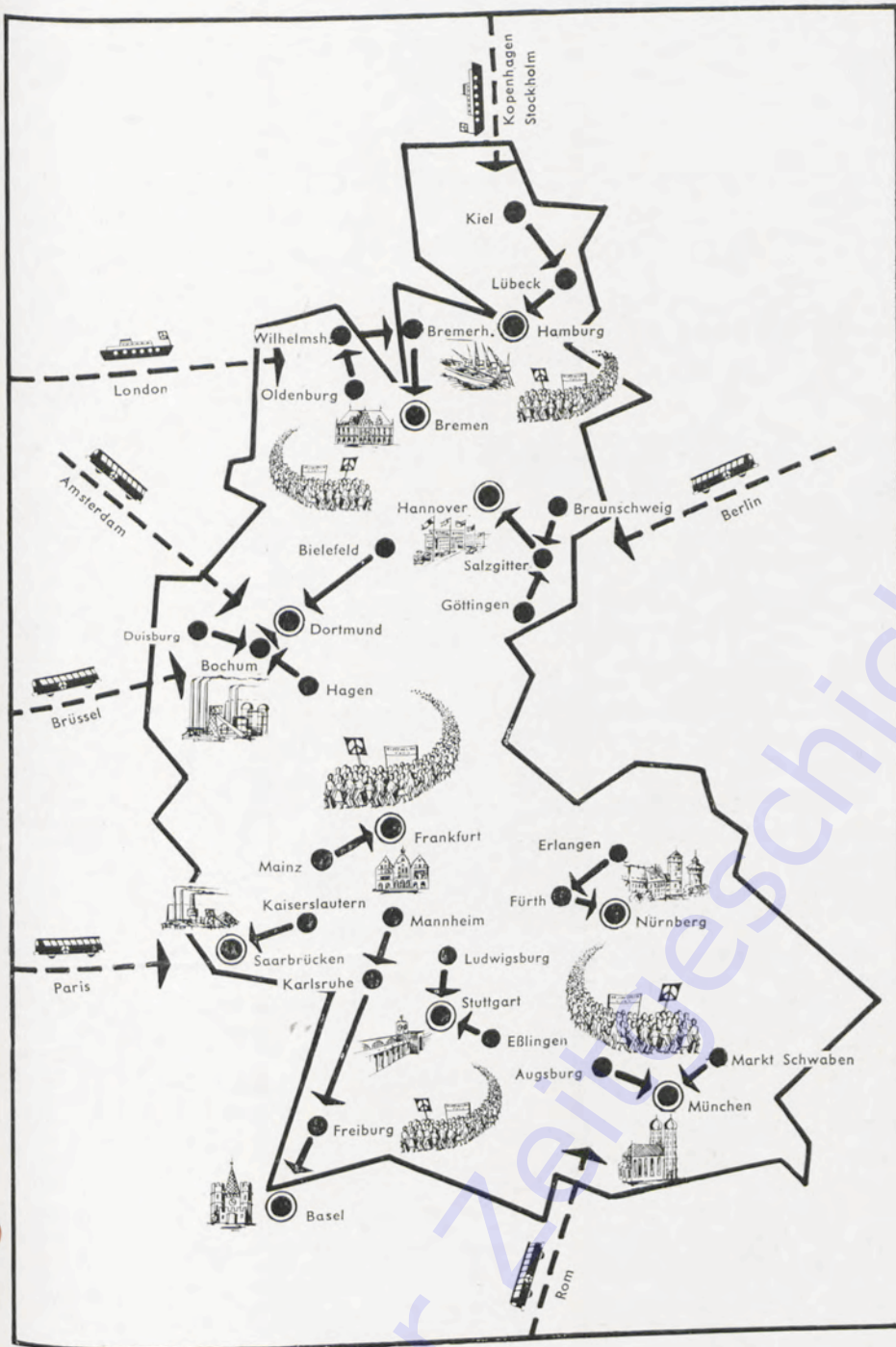
" ... Vor kurzen hat der Schriftsteller Martin Walser folgendes öffentlich erklärt: 'Für mich ist jeder, der uns mit Atomwaffen ausrüsten will, asozial; ganz gleich, ob er es als Ingenieur, Journalist, Offizier oder Wähler tut.' Ich denke, Walser hat recht. Über die Asozialität von Generalstabsplänen brauchen wir seit Trettner kaum noch ein Wort zu verlieren. Selten hat sich totmüder Militarismus selbst entlarvt. Selten ist so deutlich geworden, wie die von Sigmund Freud beschriebene 'Lust am Tod' jeder militärischen Uniform den letzten Halt und Sitz gibt. Aber, was Walser sagt, geht weiter. Mit dem Wort asozial und dem Hinweis auf die Wähler, also auf uns alle, hat er die Problematik unserer bundesdeutschen Gesellschaft ziemlich genau bezeichnet. Denn asozial sein, das heißt doch unempfindlich sein, gleichgültig sein, resigniert und dementsprechend fahrlässig sein in den öffentlichen Dingen und den Dingen der Gesellschaft in Sachen Politik ...

... Ich meine, es ist unsere Aufgabe; daß wir alle legalen Möglichkeiten des Widerstandes gegen Gewalt und Dummheit feststellen, bekannt machen und organisiert anwenden lernen. Flugblatt, Demonstration, Streik - was immer jeweils angemessen und machbar ist. Wir haben nicht mehr viel Zeit, in Bonn will man Notstandsgesetze machen und die Mehrzahl der von uns gewählten Abgeordneten scheint in dieser ungewöhnlich gefährlichen Sache den Weg der Anpassung an die Mächtigen gehen zu wollen. Dennoch, wir sollten nicht den Mut verlieren. Ich meine den Mut, dessentwegen wir heute hierher gekommen sind, an diesen wichtigen Platz. Wir müssen einen wie mir scheint, geradezu altmodischen Mut festhalten in unserem Kopf, ich meine den Mut, der von jeher dem Menschen gesagt hat, daß die dummen schlechten Zeiten ja nicht bleiben müssen, solange lebendige Leute auf dieser Erde herumlaufen ...

... Lassen Sie mich bitte das am Anfang zitierte Wort von Martin Walser variieren: Für mich ist jeder, der uns mit Atomwaffen ausrüsten will, ein Analphabet, also ein Mann, der es versäumt hat, zu lernen, die Texte der Wirklichkeit zu entziffern. Analphabeten in der Macht sind gefährlich. Sie müssen, damit vernünftige Wirklichkeit stattfinden kann, bekämpft werden..."

Ostermärsche 1965 in Deutschland

ED 718-24-243



- Marsch** – Kiel, Lübeck, Ahrensburg, Hamburg: Hans-Jürgen Willenberg, 24 Lübeck, Wendische Straße 61.
- Marsch** – Oldenburg, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Bremen: Detlef Dahlke, 28 Bremen 2, Wilhelm-Wolters-Straße 50 a.
- Marsch** – Braunschweig, Salzgitter, Peine, Hannover; **Marsch** – Göttingen, Peine, Hannover: H. G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schlunterstraße 57.
- Marsch** – Bielefeld, Gütersloh, Hamm, Dortmund: Peter Roddey, 48 Bielefeld, Henschelstraße 21.
- Marsch** – Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund; **Marsch** – Aachen, Bochum, Dortmund: Kampagne für Abrüstung, Regionalaussschuß West, 463 Bochum, Wittener Straße 183.
- Marsch** – Mainz, Rüsselsheim, Hofheim, Höchst, Frankfurt: Kampagne für Abrüstung, Hess. Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.
- Marsch** – Kaiserslautern, Kusel, Saarbrücken: Pfarrer H. J. Oeffler, 6751 Siegelbach, Bergstraße 8.
- Marsch** – Mannheim, Durlach, Karlsruhe, Freiburg, Basel: Dr. H. Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14.
- Marsch** – Eßlingen, Mettingen, Stuttgart; **Marsch** – Ludwigsburg, Kornwestheim, Stuttgart: Manfred Neu, 7 Stuttgart-Birkach, Muttergartenweg 10.
- Marsch** – Augsburg, München; **Marsch** – Marktschwaben, Vaterstetten, München: Kampagne für Abrüstung, Regionalaussschuß Bayern-Süd, 89 Augsburg, Branderstraße 28.
- Marsch** – Erlangen, Fürth, Zirndorf, Stein, Reichelsdorf, Eibach, Nürnberg: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58.

Weitere Informationen:

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß,
 Presseerat: Dr. Arno Klönne, 463 Bochum, Kettelerstraße 14, Telefon 3 52 10
 Geschäftsstelle: 605 Offenbach 4, Postfach 648, Telefon 88 60 51/52



- Kampagne für Abrüstung
- Ostermarsch der Atomwaffengeegner -
- Hessischer Ausschuß -

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 16.3.65 in Offenbach

20.3.65

Anwesend: Amann, Halberstadt, Strass, Vack

1. Auftaktveranstaltung in der Paulskirche am 20. März
 Von Stanley Orme liegt mittlerweile eine feste Zusage vor. Fritz Strass wird ihn am Flughafen abholen. Prof. Heydorn wird ihn dolmetschen. Der Arbeitsausschuß legt folgende Rednerfolge fest: 1. Prof. Gollwitzer, 2. Heinz Günter Lang (IG Chemie), 3. Stanley Orme, 4. Heiner Halberstadt, 5. Dr. Andreas Buro, 6. Christian Geißler.

Nach mehreren persönlichen Gesprächen und Telefonaten von Herbert Faller und Klaus Vack mit dem Oberbürgermeister Prof. Brundert und der Stadtkanzlei wurde nun ein üblicher Vertrag zur Vermietung der Paulskirche abgeschlossen. Im Anschluß an die Paulskirchenveranstaltung soll nochmals an Schreiben an Prof. Brundert gerichtet werden, mit dem um eine reibungslose Abwicklung der Anträge auf Benutzung von Lautsprechern und des Einsatzes von Musikkapellen während des Marsches in Frankfurt gebeten werden soll. Nach dem Ostermarsch soll ein Gespräch mit Prof. Brundert und Vertretern des hessischen Ausschusses arrangiert werden.

Bei der Pressekonferenz vor der Paulskirchenveranstaltung soll den Pressevertretern eine Arbeitsmappe mitgegeben werden, die Auszüge aus den Reden, Informationen über die Ostermärsche 1965, den Kassenbericht des HA, die IZA-Sondernummer und Informationen über die Unterzeichner enthält.

Der Arbeitsausschuß beschließt, auf eine Anzeige in der Frankfurter Rundschau wegen der hohen Kosten zu verzichten. Mit Herrn Vetter von der Frankfurter Rundschau soll wegen eines Artikels im Lokalteil Rücksprache genommen werden.

Heiner Halberstadt wird beauftragt, prominente Frankfurter Bürger zu der Veranstaltung einzuladen. Hans Joachim Diehl, Schauspieler, soll zu Beginn der Veranstaltung eine Rezitation vortragen.

Für die Spendensammlung am Ausgang ist Fritz Amann verantwortlich.

Für einen Ordnerdienst wird Fritz Strass sorgen.

- 2.1 Der Arbeitsausschuß beauftragt Klaus Vack und Fritz Strass im Falle einer Ablehnung bestimmter Punkte der Anmeldung des Ostermarsches 65, insbesondere der Lautsprecheranlagen, durch die polizeilichen Behörden auf jeden Fall Widerspruch einzulegen.
- 2.2 14 Tage nach dem Anmeldetermin sollen den zuständigen Behörden die Marschleitung bekanntgegeben werden und gleichzeitig die Anmeldung in Erinnerung gebracht werden. Der HA wählte auf seiner letzten Sitzung Norbert Winkler und stellvertr. Heiner Halberstadt als Marschleitung. Sofern von einigen Polizei-

stellen 3 Wochen vor Ostern noch keine Stellungnahme vorliegt, soll sich Fritz Strass mit diesen Behörden telefonisch in Verbindung setzen.

2.3 Kundgebungen beim Ostermarsch

2.3.1 Anfangskundgebung in Mainz - Klaus Vack wird eröffnen, folgende Redner sollen sprechen: Pfarrer Mochaki und Herbert Fallner.

2.3.2 Zwischenkundgebung in Rüsselsheim - hier sollen als Redner Fritz Lamm, Stuttgart und Rudi Müller, Hanau, angesprochen werden. Am nächsten Morgen soll auf dem Marktplatz ein Gottesdienst unter freiem Himmel stattfinden. Pfarrer Roth soll gebeten werden, diesen Gottesdienst zu gestalten. Falls er absagt, wird man sich an Pfarrer Symanowski wenden.

2.3.3 Abendveranstaltung in Mörfelden - Dazu wurde das Kabarett "Die Leitartikler" (Hannover) eingeladen. Falls von hier keine Zusage kommt, wird man sich an ein Studentenkabarett an der Frankfurter Universität wenden. Der Bürgermeister wurde bereits eingeladen.

2.3.4 Zwischenkundgebung in Hofheim am 2. Marschtag - Prof. Bartsch und Heiner Halberstadt sollen hier sprechen.

2.3.5 Abendliche Kundgebung in Frankfurt - Höchst. Als Redner sollen Prof. Heydorn und Jochen Müller auftreten.

2.3.6 Schlußkundgebung auf dem Römerberg - Hier liegt eine Zusage von Mayer-Amery vor. Bisher haben abgesagt: Theo Eder, Kummernus und Prof. Kogon. Als weitere Redner soll Moltke, Abgeordneter des dänischen Parlamentes, angeschrieben werden. Darüber hinaus wird man sich bemühen, einen Bundesjugendsekretär der Gewerkschaftsjugend, zunächst Egon Lutz, zu gewinnen.

3. Kulturelle Abendveranstaltung mit den Kabarettisten Neuss und Biermann. Bis jetzt steht es noch nicht 100 %ig fest, ob Biermann kommen kann. Von Albert Mangelsdorf konnte keine Zusage gegeben werden, da sein zuständiger Manager nicht erreichbar ist. Martin Walser soll gebeten werden, zu Beginn der Veranstaltung zu sprechen.

Vom hessischen Rundfunk wurde mitgeteilt, daß eine Vermietung des großen Sendesaals nicht möglich sei. Von der Verwaltung der Kongreßhalle in Frankfurt liegt noch keine Nachricht vor.

4. Auktion für Abrüstung - Bisher ist es nicht gelungen, in Frankfurt einen Saal für einen Zeitraum vor Ostern zu bekommen. Der AA beschließt daher, diese Aktion auf einen Termin 14 Tage nach Ostern zu verschieben und nach Möglichkeit in einem Volksbildungsheim stattfinden zu lassen.

- 5.1 Pfarrer Konradi soll mitgeteilt werden, daß er ein Umhängeschild mit folgendem Text während des Ostermarsches mitführen darf: "Liebet Eure Feinde - mit welchem Maß Ihr messet, wird Euch gemessen werden."
- 5.2 Rudolf Rolfs hat vorgeschlagen, jedem Ostermarschanhänger eine Anzahl von Postkarten zuzusenden, die an Bekannte usw. verschickt werden soll und mit ihrem Text auf die Schlußkundgebung auf dem Römerberg hinweist. Der Arbeitsauschuß begrüßt diesen Vorschlag und beschließt, 12.000 Postkarten drucken zu lassen.
- 5.3 Es liegt ein Antrag vor, "Marxistische Blätter" während der Paulskirchenkundgebung verkaufen zu dürfen. Sowohl aus grundsätzlichen Erwägungen, als auch die Tatsache berücksichtigend, daß es kaum möglich war, in der Paulskirche unsere eigenen Artikel verkaufen zu dürfen, kann diesem Antrag nicht entsprochen werden.
- 5.4 Der AA beschließt, die Fahrt nach Brüssel zum Anti-Atommarsch am 28.3. ausfallen zu lassen, da es ausgeschlossen erscheint, daß bis dahin der Bus voll belegt ist.
- 5.5 Robert Nonnenmacher soll beauftragt werden, von jedem Pflichtslogan ein Transparent herzustellen. Dabei soll darauf geachtet werden, daß oben und unten genügend Stoff bleibt für ein Quergestänge, das Fritz Amann beschaffen wird. Weiterhin soll ein Transparent mit der Aufschrift "Ostermarsch 1965 - von Mainz nach Frankfurt" hergestellt werden.
- 5.6 Heiner Halberstadt wird beauftragt, einen Möbelwagen für den Ostermarsch zu beschaffen.
- 5.7 Die nächste Sitzung des hessischen Ausschusses mit den örtlichen Ausschüssen soll am 25.3. stattfinden.

605 Offenbach, den 18. 3. 1965
Buchrainweg 151

Für die Protokollführung
Fritz Strass

Kampagne für Abrüstung 605 Offenbach 4, 19. März 1965
 Ostermarsch der Atomwaffengegner Buchrainweg 161 Postfach 648
 - Hessischer Ausschuß -

20. 3. 65

An die Örtlichen Ausschüsse und die Mitglieder des
 Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

folgendes zur Kenntnisnahme und Auswertung.

1. Wir laden ein zu einer gemeinsamen Sitzung für Donnerstag,
 25. März 1965, 18 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt, Eingang
 Alte Rittergasse.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Bericht zur Situation
2. Werbung zum Ostermarsch 1965
3. Mitarbeiter und Ordner treffen für den OM am 11.4.1965
4. Ostermarsch
 - a) polizeiliche Anmeldung
 - b) Kundgebungen und Veranstaltungen
 - c) Petitionskampagne
 - d) sonstiges
5. Kulturveranstaltung am Ostermontag
6. Verschiedenes

Wir bitten alle Mitglieder des HA und mindestens je einen Vertreter
 der Örtlichen Ausschüsse an dieser Sitzung teilzunehmen. Da wir wie
 immer das Haus der Jugend um spätestens 22 Uhr verlassen müssen und
 die Tagesordnung einigen Diskussionsstoff enthält, bitten wir um
 pünktliches Erscheinen.

2. Unser diesjähriges zentrales Autokorso soll am 3. April 1965
 von Oberursel über Bad Homburg, Königstein, Höchst, Zeilsheim, Hof-
 heim nach Kelkheim verlaufen. Damit berühren wir Ortschaften im
 Taunus, die bisher von der Kampagne für Abrüstung nicht viel ge-
 hört haben. Deshalb werden wir die Aktion mit einer groß angelegten
 Flugblatt-Werbung verbinden. Treffpunkt: 10 Uhr am Samstag, 3. April
 1965. Weitere Einzelheiten werden im nächsten Rundschreiben bekannt-
 gegeben. Teilen Sie bitte in Ihren Versammlungen und Sitzungen den
 Termin mit und rufen Sie zur Teilnahme auf. Jeder Örtliche Ausschuß
 in Südhessen sollte die Anreise einer größeren Zahl von Pkw's or-
 ganisieren.

3. Wie in den vergangenen Jahren stellen wir wieder Ausländerflug-
 blätter in italienischer und spanischer Sprache her, die kurz über
 die Ziele der Kampagne informieren und zur Teilnahme an der Schluß-
 kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg aufrufen. Wir benötigen
 Ihre Bestellungen bis spätestens Donnerstag, 25. März 1965, um
 die Flugblätter noch rechtzeitig drucken zu lassen und liefern zu
 können.

4. Die "Auktion für Abrüstung" kann nicht mehr vor Ostern in Frankfurt stattfinden, da wir die notwendigen Räumlichkeiten nicht bekommen. Die Auktion ist verlegt auf 2- 3 Wochen nach Ostern. Wir bitten jedoch heute noch einmal darum, daß sich alle Örtlichen Ausschüsse Gedanken machen über Adressen, denen man direkt nach Ostern die Einladung zur Auktion zusenden sollte.

5. An Zeitungsflugblättern stehen uns noch zwei Ausgaben bevor. Das "extrablatt" 4seitig zum Preis von DM 30.-- je tausend Stück steht am 26.3.1965 zur Verfügung. Das 2seitige "extrablatt", das im wesentlichen auf die Kundgebungen während des Ostermarsches hinweisen soll und in dem auch die örtlichen Unterzeichner abgedruckt werden sollen, kostet je 1000 Stück DM 15.-- und steht am Freitag, 9.4.1965 zur Verfügung.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß besonders für die Flugblattwerbung jetzt die wichtigsten Wochen bevorstehen. Jeder Örtliche Ausschuß sollte sich an der Flugblattverteilung, soweit es finanziell nur irgend möglich ist, so großzügig wie es gerade noch zu verantworten ist, beteiligen. Darüber hinaus können wir im begrenzten Maß vom Hessischen Ausschuß Flugblätter kostenlos zur Verfügung stellen.

Wir bitten, auf dem beigegeführten Bestellzettel, der uns auch für die Zeitungsflugblätter bis Donnerstag, 25.3.1965 vorliegen sollte, zu vermerken, wieviel Flugblätter der Örtliche Ausschuß verteilen könnte und wieviel nach realistischer Einschätzung bezahlt werden können. Wir hoffen, daß es unter unseren Örtlichen Ausschüssen keinen einzigen gibt, der dieses Angebot mißbraucht (etwa in dem Sinne: wir bestellen mal möglichst viel und geben eine möglichst niedrige Zahl an, die wir finanzieren können, um so im gesamt Verhältnis günstig abzuschneiden), sondern daß man sich in den Örtlichen Ausschüssen der Verantwortung bewußt ist, die gerade mit einem solchen Angebot den Örtlichen Ausschüssen auferlegt wird. Im übrigen muß sich die hessische Geschäftsstelle die Bestimmung der Endzahlen vorbehalten, denn nur dort kann entschieden werden, was der Hessische Ausschuß finanziell leisten kann oder nicht.

6. Wie im vorstehenden Punkt bereits erwähnt, sollen die Namen prominenter Örtlicher Unterzeichner des OM-Aufrufs 1965 in dem letzten Zeitungsflugblatt vor Ostern veröffentlicht werden. Die notwendigen Informationen hierzu bitten wir bis spätestens 3.4.1965 an die Geschäftsstelle zu geben. Wo uns die Informationen fehlen, oder wo sie ungenügend sind, müssen wir dann leider von der speziell für die jeweiligen Örtlichen Ausschüsse wertvollen Werbung absehen.

Alles weitere bei der bevorstehenden Sitzung. Bis dahin herzliche Grüße,

gez.: Klaus Vack

gez.: Fritz Strass

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Der Örtliche Ausschuß ----- bestellt folgendes Material:

- Stück "extrablatt" 4seitig, 1000 Stück
DM 30.-- DM
- Stück "extrablatt" 2seitig, Ausgabe vor
Ostern, 1000 Stück DM 15.-- DM
- zweifarbiges Flugblatt "Männchen als Slogans"
mit OM-Aufruf, Unterzeichnern und Anmeldung
zum Ostermarsch, 1000 Stück DM 10.-- DM
- Stück Plakate DIN A 2 zur Propagierung der
Schlußkundgebung, 10 Stück DM 1.-- DM
- Luftballons, 100 Stück DM 10.-- DM
- Stück Flugblätter in italienischer Sprache,
1000 Stück DM 10.-- DM
- Stück Flugblätter in spanischer Sprache,
1000 Stück DM 10.-- DM

Außerdem könnten wir Stück "extrablatt" 4seitig und
..... Stück "extrablatt" Ausgabe vor Ostern verteilen, wenn uns
diese vom Hessischen Ausschuß kostenlos zur Verfügung gestellt

würden.
Das Material ist zu senden an:

Name: -----

Adresse: -----

Unterschrift

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 18. März 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

19.3.65

ED 718-24-249

An den Hessischen Ausschuß

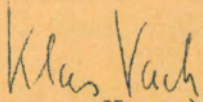
Liebe Freunde,

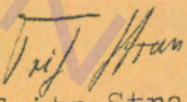
wir laden Sie ein zur nächsten HA-Sitzung für Montag, 22. März 1965
18 Uhr in das Haus der Jugend Frankfurt (Main). Wir schlagen fol-
gende Tagesordnung vor:

1. Auswertung der Paulskirchen-Veranstaltung
2. Bericht über die ZA-Sitzung am 20./21.3.1965
3. Stand der Vorbereitungen zum Ostermarsch 1965
4. Kulturveranstaltung am Ostermontag
5. Auktion für Abrüstung
6. Verschiedenes

Wir waren uns einig, daß sich der Hessische Ausschuß wieder stärker
als in den vergangenen Jahren aktivieren sollte; hierzu ist eine
der ersten Voraussetzungen die Teilnahme möglichst aller HA-Mit-
glieder an der Sitzung.

Herzliche Grüße,


(Klaus Vack)


(Fritz Strass)

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

ED 718-24-250

HESSISCHER AUSSCHUSS

605 Offenbach 4, Waldstraße 99, Postfach 648

An die Damen und Herren
der Presse

=====

Geschäftsführer
Klaus Vack
Offenbach

Stellvertreter
Norbert Winkler
Frankfurt

Postscheck
Ffm. 57 648

Girokonto
Bank f. Gemeinwirtschaft
Offenbach
Kto.-Nr. 740 294



15.3.1965
Offenbach, da/ha

19.3.65

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuss veranstaltet am kommenden Samstag, 20. März 1965, 16 Uhr in der Paulskirche eine Kundgebung.

Aus diesem Anlaß laden wir Sie für 15 Uhr zu einer Pressekonferenz in das kleine Konferenzzimmer der Paulskirche ein. Zu Ihrer Verfügung stehen die Redner der Kundgebung sowie Vertreter des Zentralen Ausschusses und des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung.

Bei der Kundgebung werden sprechen: Dr. Andreas Buro, Dachau - Sprecher des Zentralen Ausschusses der Kampagne; Christian Geißler, Hamburg - Fernsehautor (Schlachtvieh) und Schriftsteller (Die Anfrage); Prof. Dr. Helmut Gollwitzer DD, Berlin; Heiner Halberstadt, Frankfurt - Mitglied des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung; Heinz Günter Lang, Darmstadt - Gewerkschaftssekretär; Stanley Orme, Manchester - Abgeordneter der Labour-Party im britischen Unterhaus.

Material über die geplanten Ostermärsche 1965 wird Ihnen bei dieser Pressekonferenz zur Verfügung gestellt.

Wir empfehlen Ihrer Aufmerksamkeit die beigegeführten Zeitungsflugblätter, in denen Sie sich über die Forderungen der Kampagne aus Anlaß des Ostermarsches 1965 informieren können.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33.
Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5.



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

ED 718-24-251

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Demonstration gegen Atomminen an der Zonengrenze

Eine größere Gruppe von Atomwaffengegnern demonstrierte am 13. März gegen das umstrittene Projekt der Bundesregierung, Atomminenfelder entlang der Zonengrenze einzurichten.

Die Aktion, für die die Kampagne für Abrüstung verantwortlich zeichnete, verlief von Witzenhausen über Bad Sooden-Allendorf bis nach Eschwege. Die Demonstranten wurden von über 30 mit Plakaten behängten Kraftfahrzeugen begleitet und verteilten in zahlreichen Ortschaften Flugschriften. Die örtlichen Behörden hatten ein größeres Polizeiaufgebot beigeordnet. Auch zwei vollbesetzte Fahrzeuge des Bundesgrenzschutzes gehörten zum Konvoi.

In Bad Sooden-Allendorf wurden über tausend Einwohner befragt, welche Meinung sie über das Atomminen-Projekt hätten. Die Auswertung der Frageaktion ergab eine 85 %ige Ablehnung. 12 % der Befragten hatten keine Meinung; 3 % befürworteten den Plan.

Auf einer Abschlußkundgebung in Eschwege erklärte das Mitglied des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Heiner Halberstadt, es müsse offensichtlich in der Bundesrepublik Leute geben, die Selbstmord für die beste Art der Verteidigung hielten. Mit dem Plan, Atomminenfelder anzulegen, habe die deutsche Bundesregierung ihre angebliche Verteidigungspolitik selbst absurdum geführt. Halberstadt warf den militärischen Chefplanern vor, sie würden in einer Welt von vorgestern leben und seien unfähig, die Probleme von heute zu begreifen und zu meistern. Sicherheit für die Bundesrepublik sei nicht durch Fortsetzung von Rüstungspolitik, sondern ausschließlich durch Abrüstung und Entspannung erreichbar. Er befürwortete in diesem Zusammenhang den Plan einer atomwaffenfreien, rüstungsverdünnten Zone in Mitteleuropa.

Offenbach (Main), den 14. März 1965 - Strass

19. 3. 65

ED718-24-252

Luftpost - EilboteKampagnen mod
AtomvabenXXXXXXXX
Zentraler Ausschuß

Vendersgade 13

K o p e n h a g e n KD ä n e m a r k

17. 3. 65

Liebe Freunde,

ich habe gestern Ihren Brief vom 13. 3. 65 erhalten. Sehr in Eile, will ich hier nur schnell auf den angekündigten Besuch von Freund SCHARNBERG hier am Samstag eingehen.

Wir freuen uns, daß es möglich sein wird, daß Carl Scharnberg an unserer Sitzung des Zentralen Ausschusses teilnimmt.

Wegen dem Angebot, auch bei unserer Öffentlichen Veranstaltung zu sprechen, müssen wir leider folgendes sagen: diese Großkundgebung findet statt in der alten Frankfurter "Paulskirche", der Stätte, in der 1848 die erste deutsche Nationalversammlung tagte und die seitdem nur zu besonderen Anlässen benutzt werden darf; daß das bedeutet, daß die Genehmigung von Veranstaltungen in der Paulskirche von unserer Stadtverordnetenversammlung abhängt, und dieses wiederum bedingt, daß sämtliche Veranstaltungen, ihr Programm und ihr genauer Ablauf - sowie die vorgesehenen Redner - lange vorher dorthin gemeldet werden müssen und dann keine Änderungen mehr möglich sind. Nachdem Sie sich auf unsere erste Anfrage vor Wochen und auch auf unsere Erinnerung, mit denen wir um Entsendung eines Redners gebeten hatten, leider nicht gemeldet haben, haben wir die Veranstaltungsfolge ohne einen skandinavischen Redner vorsehen und melden müssen. Und das läßt sich jetzt auch leider nicht mehr ändern.

Daher ist es leider nicht möglich, daß Freund Scharnberg bei dieser Veranstaltung spricht; eventuell wird es nur möglich sein, daß er ein paar Grußworte übermittelt. -

Wir würden uns freuen, wenn Carl Scharnberg bereits um 15.00 Uhr in der Paulskirche sein könnte, da wir zu diesem Zeitpunkt dort - vor der öffentlichen Veranstaltung - eine Pressekonferenz planen bzw. abhalten werden, zu der alle Redner sowie der Zentrale Ausschuß anwesend sein werden.

Mit herzlichen Grüßen bis Samstag -

im Auftrag von Klaus Vack:

Horst Maurer
(Horst Maurer)

Übersetzung von MAURER vom 17. 3. 65

von KAMPAGNEN MOD ATOMVABEN, Kopenhagen, Dänemark,
an Klaus VACK

vom 13. 3. 65

ED 718-24-253

Lieber Klaus Vack,

danke für all Ihre Briefe. Zur Zeit haben wir etwa 150 Personen, die an den deutschen Märschen teilnehmen wollen. Wir nehmen an, daß diese Leute noch weitere zum Kommen bewegen werden, und während der nächsten Wochen machen wir verschiedene Wochenendkurse, bei denen wir mit noch mehr Leuten Verbindung aufnehmen werden. Wir haben 10.000 Menschen wegen der Märsche angeschrieben und werden in Kürze eine Broschüre veröffentlichen. Damit hoffen wir eine Diskussion über Mitteleuropa und die deutsche Lage zu starten. Wir werden wahrscheinlich erreichen, daß 20 Wissenschaftler den Marsch unterstützen, und es wird auch eine dänische ~~eb~~ oder skandinavische Initiative geben betr. ~~der~~-Lösung Ost-West-Verhandlungen. In unserem Parlament wird eine Debatte über Abrüstungsfragen stattfinden, ~~die~~ und wir werden wahrscheinlich erreichen, daß diese Probleme von mindestens zwei Parteien angeschnitten werden. Wir hoffen, daß wir in der Lage sein werden, mit jeder nach Deutschland zu sendenden ~~de~~ Delegation einen Redner mitzuschicken; wir haben die norwegische und die schwedische Kampagne gebeten, das gleiche zu tun zu versuchen, so daß es mindestens möglich sein wird, einen ~~Redner~~ skandinavischen Redner jeder Delegation mitzugeben. Ich weiß nicht, wieviele Menschen von Norwegen und Schweden kommen werden.

Carl SCHARNBERG, der Begründer und Leiter der dänischen Kampagne, wird zu Ihrer Zentralen-Ausschuß-Sitzung am 20. März kommen. Gleichzeitig kann bei Ihrer Veranstaltung in Frankfurt sprechen, und wir hätten daher sehr gerne Einzelheiten gewußt, wann dieses Treffen stattfinden wird und wo. Scharnberg ~~kann~~ wird gegen 12 Uhr am Samstag in Frankfurt sein.

Ich füge einige Reproduktionen eines Kunstwerkes bei, das wir hier zu unserer Verfügung haben. Das Original ist 50 x 70 cm groß (es sind zwei, eines wie dies hier, genannt "Traum vom Frieden", und ein anderes, genannt "Die Atombombe?"). Wir werden eine große Anzahl drucken können, und wenn ~~es~~ Sie es interessant finden, so sind wir froh, Ihnen so viele wie möglich zu senden (zu Hunderten). Sie können sie geschenkt erhalten und könnten daher etwas Geld damit machen. Bitte geben Sie uns nur eine ungefähre Zahl, wieviele wir drucken lassen sollen, und wir schicken Ihnen so viele, wie wir können.

C L U A S I V E R S E N

**Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner**



ED 718-24-254

Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Lohrweg 15, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon 883764 und 883913

Postscheck Hannover 2398 48
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

Herrn

Horst Maurer

6 F - Schwanheim
Am Ruhestein 43

16. März 1965
va/ha

17. 3. 65

Lieber Horst,

ich benötige dringend eine Übersetzung des beigefügten Briefes.
Ich hoffe, Du kannst dies sofort machen. Vielen Dank und

herzliche Grüße,

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flecht-
heim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hillpert, Robert
Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Mar-
tin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad
Tempel, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, D. E. Wolf.
Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzstraße 20

OM65

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

13.3.65

13.3.65

ED 718-24-255

Dringender Finanzaufwurf
Wir bitten - neben der Teilnehmergebühr für den Ostermarsch - alle Anhänger der Kampagne für Abrüstung zur Vorbereitung des Ostermarsches 1965 um eine einmalige finanzielle Unterstützung von DM 10.--. Wir legen in diesem Wert Fördererbons bei (5 x DM 2.--), die Sie bitte weiterverkaufen. Schicken Sie uns das Geld bitte recht bald, spätestens bis zur Karwoche. Sollten Sie keine Möglichkeiten haben, diesen Betrag durch die Fördererbons oder auch selbst aufzubringen (schade!), dann schicken Sie uns die Fördererbons bitte zurück. Wir ersparen uns jede Begründung für diesen Finanzaufwurf. Nur dies: glauben Sie uns bitte, daß wir gerade jetzt vor Ostern auf jede Mark angewiesen sind.

Wir bitten Sie um Ihre Anmeldung für den Ostermarsch 1965. Damit wir recht bald einen genauen Überblick haben, sollten Sie uns schon jetzt wissen lassen, ob wir mit Ihnen rechnen können. Zögern Sie nicht, auch in diesem Jahr wieder dabei zu sein, beim Ostermarsch 1965.

FAHRT NACH BRÜSSEL

Im vergangenen Jahr waren wir mit einer Delegation beim großen Antiatommarsch in Brüssel dabei. Über 20 000 Menschen sind bei diesem Marsch demonstriert. Auch in diesem Jahr findet in Belgien ein Antiatommarsch mit Kundgebung statt und zwar am 28. März 1965 in Brüssel. Der Hessische Ausschuß wird in einem Bus mit 40 Personen nach Brüssel fahren. Wir fahren bereits am Samstag, 27.3.65 in Frankfurt ab und werden in der Nacht von Sonntag auf Montag zurück kommen. Teilnehmergebühr für Fahrtkosten und Übernachtung in einem Naturfreundehaus DM 30.-- pro Person. Nähere Hinweise gehen den gemeldeten Teilnehmern direkt zu. Die Teilnehmergebühr von DM 30.-- ist direkt mit der Anmeldung zu überweisen mit dem Vermerk: Brüssel.

Ich nehme an der Fahrt nach Brüssel und der Antiatomkundgebung der belgischen Kampagne teil:

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____ Alter: _____

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

..... Schallplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 upm) Stück DM 8.50	DM
..... Schallplatte mit Ostermarschliedern (45 upm) Stück DM 5.--	DM
..... Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt" von Philip Noel-Baker, ca. 70 Seiten, Stück DM 2.90	DM
..... Flugblätter mit OM-Aufruf und Anmeldezettel 50 Stück DM 2.50	DM
..... Zeitungsflugblätter "extrablatt 1/65" 50 Stück DM 2.50	DM
..... Zeitungsflugblätter für die Paulskirchenveran- staltung, 50 Stück DM 2.50	DM
..... Satz, 6 verschiedene Plakate DIN A 2 Satz DM 2.50	DM
..... Briefverschlusmarken, 100 Stück DM 1.50	DM
..... Postkartensatz a 14 Karten, Satz DM 1.--	DM
..... OM-Abzeichen, klein, Stück DM 1.--	DM
..... OM-Abzeichen, groß, Stück DM 1.--	DM
..... Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.--	DM
..... Autoplaketten, selbstklebend, mit OM-Emblem Stück DM 1.--	DM

Senden Sie das Material bitte an folgende Adresse:

Name

Anschrift mit Postleitzahl

Datum

Unterschrift



Absender: [REDACTED] DM Pf f. Kto Nr. **57648**



Eingez. auf Kto Nr. **57648** PSchA Ffm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf [REDACTED] DM Pf [REDACTED]
(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

[REDACTED] Deutsche [REDACTED] Pf
Mark [REDACTED]
(in Ziffern)

für

für Konto **57648**

für Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

Konto Nr.

57648

Postscheckamt
Frankfurt (Main)

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

in 6050 Offenbach

in 6050 Offenbach

Eingangs-Nr.

ED 718-24-256

Postvermerk

Postvermerk

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Güterschriftplangänger

SchA Frankfurt (Main)
bezahlt am
Absender (mit Postleitzahl):

Trifft: (Rechnung, Kassenz. u. Buchungsnummer)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ostermarsch 1965

ED 348-24-257

Hessische Auftaktveranstaltung
der Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner



Es sprechen:

Dr. Andreas Buro, München

Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin

Schriftsteller Christian Geißler, Hamburg

Prof. Dr. Helmut Gollwitzer DD, Berlin

Heiner Halberstadt, Frankfurt

Stanley Orme, London Abgeordneter des britischen Unterhauses

20. März 1965, Paulskirche, Frankfurt
Beginn der Kundgebung: **16 Uhr**

Verantwortlich:
Klaus Vack
Offenbach am Main
Buchrainweg 161
Druck: W. Plaueln
Offenbach am Main



Ostermarsch 1965

Hessische Auftaktveranstaltung
der Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

Es sprechen:

Dr. Andreas Buro, München

Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechthelm, Berlin

Schriftsteller Christian Geißler, Hamburg

Prof. Dr. Helmut Gollwitzer DD, Berlin

Heiner Halberstadt, Frankfurt

Stanley Orme, London Abgeordneter des britischen Unterhauses

Verantwortlich:

Klaus Vack
Offenbach am Main
Buchrainweg 161

Druck: W. Plauel
Offenbach am Main

20. März 1965, Paulskirche, Frankfurt
Beginn der Kundgebung: **16 Uhr**

Ostermarsch 1965

ED 718-24-259

Hessische Auftaktveranstaltung
der Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

Es sprechen:

Dr. Andreas Buro, München

Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechthaim, Berlin

Schriftsteller Christian Geißler, Hamburg

Prof. Dr. Helmut Gollwitzer DD, Berlin

Heiner Halberstadt, Frankfurt

Stanley Orme, London Abgeordneter des britischen Unterhauses

20. März 1965, Paulskirche, Frankfurt
Beginn der Kundgebung: **16 Uhr**

Verantwortlich:
Klaus Vack
Offenbach am Main
Buchrainweg 161
Druck: W. Plaueln
Offenbach am Main





Samstag, 20. März 1965, 16 Uhr

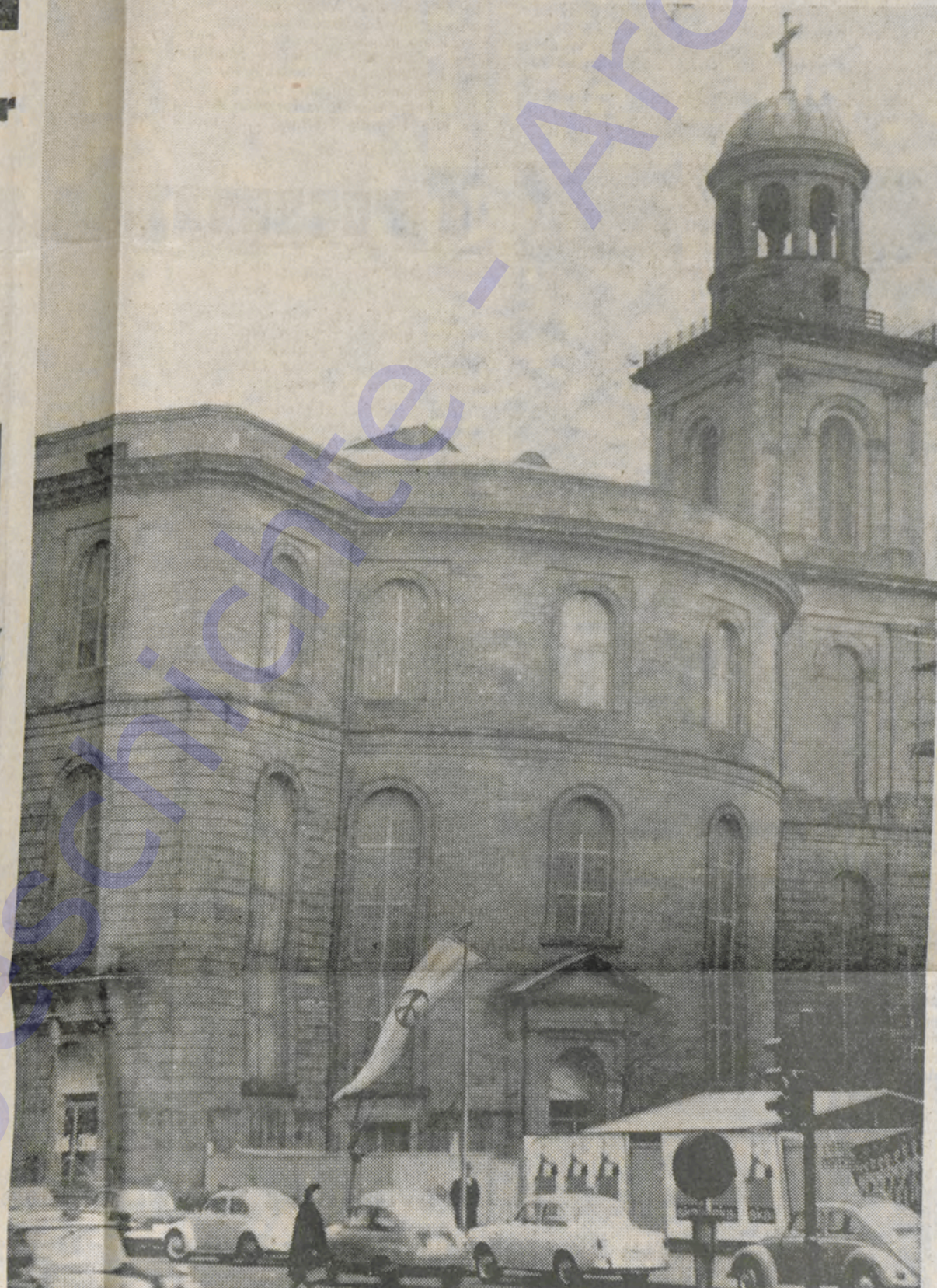
Groß- kundgebung

in der Paulskirche, Frankfurt (Main),
zum Auftakt der Ostermärsche 1965

Es sprechen:

Dr. Andreas Buro, München; Prof. Dr. jur. Dr. phil.
Ossip K. Flechtheim, Berlin; Schriftsteller Christian
Geißler, Hamburg; Prof. Dr. theol. Helmut Goll-
witzer, DD, Berlin; Heiner Halberstadt, Ffm.; Stanley
Orme, London, Abgeordneter des brit. Unterhauses.

SAALÖFFNUNG 15 UHR



Soll man die Regierung loben?



Man sieht auf Sicherheit in der Bundesrepublik. Mit Recht.

Die Zeiten, die hinter uns liegen, waren unsicher genug – stellenweise lebensgefährlich. Man hat seine Erfahrungen. Und die Zeiten, die vor uns liegen?

Wer einen guten Lohn, wer ein gutes Gehalt hat, will es behalten. Mindestens das!

Aber – ist das, was man hat, gesichert?

Unsicher ist zum Beispiel, ob wir uns mit unserem Lohn noch das kaufen können, was wir vor einem Jahr dafür bekamen. Unsicherheiten sind: steigende Mieten, die sich verringere Kaufkraft, fragwürdige Arbeitsver-
sorgungen und so weiter und so weiter.

Viele spüren das; wenige denken darüber nach, fragen nach den Ursachen; zu wenige überlegen, was man dagegen tun kann.

Denn: Mit Sicherheit, von der so viel geredet wird, ist das so eine Sache.

Die Regierung sagt zum Beispiel: Unsere Sicherheit ist nur garantiert durch Rüstung. Sie rüstet gewaltig.

Die Raketenbatterien, die Düsenjäger, die Kasernen vermehren sich von Tag zu Tag. Da kann jeder sehen, wo das Geld, das ihm der Staat abnimmt, bleibt.

Soll man die Regierung loben für so viel Anstrengungen um unsere Sicherheit? Oder gibt es da nicht auch ein paar Unsicherheiten?

Zum Beispiel die Differenz zwischen so viel Waffen und Militär und so wenig politischer Anstrengung, mit den Nachbarn versuchsweise auch einmal über ein friedliches Zusammenleben zu sprechen. Sichern Sie Ihre Wohnung, indem Sie in Ihren Zimmern Sprengstoff stapeln, nur weil man Ihnen sagt, der Nachbar täte das auch?

Die Vertreter, die Sprengstoffe verkaufen, gehen von Tür zu Tür. Sie machen gute Geschäfte. Ihre Sprengstoffpakete tragen die Werbeaufschrift „Sicherheit“.

Zu wenige denken darüber nach.

Warum wird nicht abgerüstet? Obgleich doch fast alle wissen:

Nur dann, wenn keine Rüstung, keine Atombomben, keine Raketen, keine Armeen mehr sind, nur dann ist der Friede gesichert. Ist es so schwierig, daraus Konsequenzen zu ziehen?

Die Antwort auf vernünftige Fragen vernünftiger Leute gibt nicht unsere Regierung. Man bekommt sie nicht von den Herstellern der Atombomben. Und auch nicht von einem gewissen Groschenblatt.

Die Antwort müssen die vernünftigen Frager selbst finden. Könnte die Antwort nicht lauten:

Wir, die kleinen Leute, die in zwei Kriegen fast vor die Hunde gegangen wären, haben unsere Sache, nämlich: **Frieden und Sicherheit durch Abrüstung**, leider bisher nicht in die eigenen Hände genommen.

Haben wir zum Beispiel vernünftige Angebote unserer Nachbarn, die genauso wie wir verblutet aus zwei großen Kriegen herausgekommen sind, selbst einmal gründlich unter die Lupe genommen? Konkret: Es liegen vernünftige Angebote auf dem internationalen Verhandlungstisch.

Sie lauten: Rüstungsstopp; kontrollierter, gleichzeitiger und gleichmäßiger Rüstungsabbau in Ost und West.

Und als erste Schritte dazu: Einrichtung einer atomwaffenfreien Entspannungszone in Mitteleuropa. Damit die Bundesrepublik da mitmacht, ist es notwendig, **daß Sie sich dafür einsetzen.**

Zur Zeit lautet die Rechnung, die man uns für eine falsche Politik auf den Tisch legt, „nur“: **rote Zahlen im Haushaltsbuch der Arbeitnehmer.**

Wenn aber das Wettüben nicht beendet wird, kann die Rechnung bald noch ganz anders lauten...

Die Kampagne für Abrüstung – der Ostermarsch der Atomwaffengegner – ist die Bewegung der Vernünftigen, um durchzusetzen, was für alle nützlich ist.

Frieden, Entspannung und Sicherheit durch Abrüstung. Damit es gelingt, bedarf es Ihrer Mitarbeit.

Sicherheit für alle durch Abrüstung!

13.3.65

An die Örtlichen Ausschüsse und die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

am Dienstag 9. März 1965 hatten wir eine Sitzung mit den Örtlichen Ausschüssen und erfreulicherweise waren die meisten Ausschüsse vertreten. Wir möchten kurz in Erinnerung zurückrufen, was besprochen wurde.

1. Großkundgebung in der Paulskirche

Zu dieser Veranstaltung am 20. März 1965 sind die Einladungsflugblätter und Plakate bereits an alle Örtlichen Ausschüsse, die solches Material bestellt haben, unterwegs. Wir bitten, dafür Sorge zu tragen, daß kein Flugblatt und kein Plakat unbenutzt bleiben. Von allen Örtlichen Ausschüssen, die nicht in unmittelbarer Umgebung von Frankfurt ihr Tätigkeitsgebiet haben, erwarten wir, daß Busse oder Pkw-Gruppen zu der Kundgebung kommen. Wie immer muß es uns möglich sein, die Paulskirche bis auf den letzten Platz zu füllen.

2. Auktion für Abrüstung

Über die Auktion für Abrüstung haben wir Sie mehrfach informiert: es sollen Bilder, die von Künstlern gestiftet wurden, versteigert werden und der Erlös die Kasse der Kampagne für Abrüstung bereichern. Ende März wird die Auktion in Frankfurt sein. Wir werden alle uns bekannten Anhänger der Kampagne einladen.

Um an möglichst viele Außenstehende zu kommen, die evtl. bereit wären, das eine oder andere Werk zu ersteigern, müssen uns die Örtlichen Ausschüsse helfen. Bitte ermitteln Sie in Ihrem Arbeitsbereich Adressen von Leuten, die in Frage kommen können. Bestellen Sie bei uns Einladungskarten, die wir Ihnen rechtzeitig zukommen lassen und die Sie dann an die von Ihnen ermittelten Adressen verschicken.

3. Zeitungsflugblätter

Unser Zeitungsflugblatt "extrablatt" kommt nach den Erfahrungen, die uns bisher von einigen Örtlichen Ausschüssen mitgeteilt wurden, gut an. Nach dem Zeitungsflugblatt, das wir nun für die Paulskirchen-Kundgebung verteilen, erscheint zum 25. März 1965 ein weiteres "extrablatt", was auf den Ostermarsch 1965 hinweist und auch genaue Informationen über Märsche, Kundgebungen usw. gibt. Dieses Zeitungsflugblatt ist vierseitig und kostet deshalb DM 30.-- je 1000 Stück. Wir benötigen die Bestellzahlen der Örtlichen Ausschüsse bis zum 20. März 1965, um die Auflagenhöhe bestimmen zu können. (Bitte berücksichtigen Sie bei der Bestellung auch, daß kurz vor Ostern noch ein letztes zweiseitiges Zeitungsflugblatt erscheinen wird, das im wesentlichen der Propagierung der Schlußkundgebung gewidmet ist.)

4. Plakate

Alle Plakate, die vom Zentralen Ausschuß zur Verfügung stehen, sind Ihnen durch die Arbeitsmappe bekannt. Der Hessische Ausschuß wird noch ein DIN A 2 - Plakat herstellen, das ausschließlich auf die Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg hinweist. Dieses Plakat kann für DM 1.-- je 10 Stück bezogen werden.

5. Örtliche Aktionen bis Ostern

Neben der Verteilung von Zeitungsflugblättern und der Plakatierung ist es notwendig, daß die Örtlichen Ausschüsse noch in anderer Form zur Publizierung des Ostermarsches 1965 beitragen. Wir empfehlen als Minimalprogramm eine Veranstaltung mit dem Lichtbildervortrag "Ostermarsch 1964", wozu auch ein Referent zur Verfügung gestellt werden kann und die Errichtung von Informationsständen, an denen Flugblätter verteilt und Unterschriften zur Petition gesammelt werden.

Überall, wo es nur eben zu machen ist, empfehlen wir auch noch eine größere Veranstaltung, um auch örtlich den engen Kreis der ständigen Ostermarschanhänger zu sprengen und neue Anhänger zu gewinnen. Auch hierzu vermitteln wir gerne, wenn wir es rechtzeitig erfahren, geeignete Referenten.

Als gute Sache haben sich im vergangenen Jahr Luftballonverteilungen in Darmstadt und Offenbach erwiesen. An einem verkaufsoffenen Samstag oder auch an einem Samstagmorgen hat man gefüllte Luftballons an die Kinder verteilt. In kurzer Zeit war das ganze Stadtbild von unseren Luftballons mit OM-Emblem und Slogans bestimmt. Zu einer derartigen Aktion muß man sich allerdings mit den Behörden abstimmen, die wegen Explosionsgefahr evtl. besondere Auflagen machen.

Ein weiterer guter Vorschlag entstand in unserer letzten Sitzung. Man will in Frankfurt und Mainz einen VW-Bus bzw. einen Lkw mit großen Platten verkleiden, auf denen Slogans und Informationen über den Ostermarsch aufgemalt sind. Diese Wagen fahren zu bestimmten Zeiten ständig durch die Innenstadt und leisten so eine vorzügliche Information und Propagierung über unsere Sache.

Wir möchten über die geplanten örtlichen Aktionen gerne bei Gelegenheit informieren und bitten, uns deshalb hierüber alle Mitteilungen zukommen zu lassen.

6. Petitionskampagne

In diesen Tagen haben wir vom Hessischen Ausschuß die ersten 20 000 Unterschriften unter die Petition an den Deutschen Bundestag geschickt. Insgesamt sind im Bundesgebiet bereits über 100 000 Unterschriften gesammelt. Die Petition soll bis Ostern 1965 weiterlaufen und wir bitten Sie, zur weiteren Erhöhung der Unterschriftenzahl, die Petition in alle örtlichen Aktionen vor Ostern einzubeziehen. Petitionslisten können Sie nach wir vor bei uns bestellen. Die vollen Petitionslisten schicken Sie nicht mehr an Dr. Andreas Büro, sondern an die Hessische Geschäftsstelle.

7. Dias zur Vorführung in Kinos

Wir haben wieder Dias zur Vorführung in Kinos zur Verfügung. Sie sind im Normalformat 8,5 x 8,5 cm. Die Dias sind zeitlos und können auch später und bei anderen Gelegenheiten gezeigt werden. Ein Dia kostet DM 7.50. Bitte angeben, ob Breitwand oder Normalleinwand.

Das wär's für heute. Bleibt nur noch zu hoffen, daß so, wie der Hessische Ausschuß alle Kräfte zur Vorbereitung der Großkundgebung in der Paulskirche und des Ostermarsches 1965 einsetzt, auch die Örtlichen Ausschüsse nichts ungetan lassen, um in ihrem Gebiet unsere Sache und unsere Veranstaltungen zum Erfolg zu bringen.

Mit besten Grüßen,

Klaus Vack Fritz Strass
(Klaus Vack) (Fritz Strass)

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Der Örtliche Ausschuß ----- bestellt:

- "extrablatt" 4seitig, 1000 Stück DM 30.-- DM
- Stück zweifarbiges Flugblatt "Männchen aus Slogans" mit OM-Aufruf, Unterzeichnern und Anmeldung zum Ostermarsch, 1000 Stück DM 20.-- DM
- Stück Plakate DIN A 2 zur Propagierung der Schlußkundgebung, 10 Stück DM 1.-- DM
- Luftballons, 100 Stück DM 10.-- DM
- Stück Petitionslisten, 100 Stück DM 1.-- DM
- Stück Dias zur Filmvorführung / Breitwand - Normalleinwand - Stück DM 7.50 DM
- Stück Einladungskarten für "Auktion für Abrüstung" - kostenlos

Das Material ist zu senden an:

Name -----

Adresse -----

Unterschrift

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Der Örtliche Ausschuß _____ gibt folgende Termine
für örtliche Veranstaltungen bekannt.

1. Wir möchten den Lichtbildervortrag "Ostermarsch 1964" vorführen.

Ein Redner soll mitkommen ja / nein

Wünsche für eine bestimmte Person: _____

Die Veranstaltung findet statt im: _____

Es werden _____ Besucher erwartet

Auswahltermine: _____

Adresse, mit der in dieser Angelegenheit Kontakt gehalten werden
soll: _____

Name, Adresse, Telefon

2. Wir errichten in _____ vom _____ bis _____
einen Informationsstand.

3. Wir planen eine Veranstaltung mit Kundgebungscharakter. Die
Veranstaltung findet statt am _____ in folgendem

Raum _____

Es werden _____ Besucher erwartet.

Wir benötigen noch Redner und denken an: _____

Folgende Redner stehen schon fest: _____

Adresse, mit der in dieser Angelegenheit Kontakt gehalten werden
soll: _____

Name, Adresse, Telefon

_____, den _____ Unterschrift



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Ostermarschplanungen 1965

Die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - hessischer Ausschuß - hatte am Montag, dem 8.3.65 in Frankfurt ihre diesjährige Jahreshauptversammlung. Zum Sprecher des hessischen Ausschusses wurde Klaus Vack, Offenbach, zum Geschäftsführer wurde Fritz Strass, Wiesbaden, gewählt.

Die Kampagne für Abrüstung veranstaltet 1965 wieder ca. 20 Ostermärsche. Der hessische Marsch ist am Ostersamstag, -sonntag und -montag und führt von Mainz über Rüsselsheim, Hofheim, Höchst zum Frankfurter Römer.

Eine Petition an den Deutschen Bundestag, in der Verzicht auf die MLF und auf eine deutsche Beteiligung an Atomwaffensystemen und Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gefordert werden, wurde in Hessen von 20.000 Bürgern, im gesamten Bundesgebiet von über 100.000 Bürgern unterzeichnet. Die Petition liegt lt. Mitteilung des Bundestagspräsidenten dem Bundeskanzleramt vor.

Demonstrationsmarsch an der Zonengrenze

Gegen die Planungen von Verteidigungsminister von Kai Uwe von Hassel und General Trettner, quer durch Deutschland einen "Atomminengürtel" anzulegen, veranstaltet der hessische Ausschuß am 13.3.65 einen Demonstrationmarsch im Zonengrenzgebiet von Witzenhausen über Bad Sooden-Allendorf nach Eschwege. Es ist eine Meinungsumfrage unter der Bevölkerung über die Atomminenpläne der Bundeswehrführung vorgesehen.

Großkundgebung in der Frankfurter Paulskirche

Am 20.3.65, 16.00 Uhr, veranstaltet der hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung in der Paulskirche, Frankfurt/Main, eine Großkundgebung. Es werden sprechen: Dr. Andreas Buro, München; Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtneim, Berlin; Schriftsteller Christian Geißler, Hamburg; Professor Dr. Helmut Gollwitzer DD, Berlin; Heiner Halberstadt, Frankfurt; Stanley Orme, London, Abgeordneter des britischen Unterhauses.

Offenbach, den 9. 3. 1965 - Strass -

10. 3. 65

Nehmen Sie teil am Ostermarsch 1965 Von Mainz zum Frankfurter Römer

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1965 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation. Der Marsch beginnt mit einer Eröffnungskundgebung am Ostersonntagvormittag in Mainz und führt während der drei Ostertage über Bischofsheim, Rüsselsheim, Flörsheim, Weilbach, Hofheim, Höchst, Sossenheim, Rödelheim, Bockenheim, durch die Frankfurter Innenstadt zum Römer.

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,- (Verpflegung, Notunterkunft, wenn Ihrerseits erforderlich, Busfahrt nach Mainz, Organisations- und Werbeanteil). Sollte Ihnen die Teilnahme nur eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wenn irgend möglich, um das gleiche finanzielle Opfer. Nach Ihrer Anmeldung gehen Ihnen weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnehmergebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Zahlung der Teilnehmergebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnehmergebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto 57648 Ffm., Ostermarsch der Atomwaffengegner, Offenbach, oder durch Verrechnungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

Wenn Sie sich noch nicht entschließen können, am Ostermarsch teilzunehmen, aber laufend Material über unsere Bewegung wünschen, benutzen Sie bitte ebenfalls untenstehenden Abschnitt.

Hier abtrennen

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West. Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1965.

Ich erkläre mich bereit zur Teilnahme am Ostermarsch 1965 von Mainz zum Frankfurter Römer. Die Teilnehmergebühr von DM 20,- wird überwiesen.

Ich nehme teil: ja nein

Samstag Sonntag Montag

Ich kann 1965 nicht teilnehmen, bitte aber um ständige Zusendung von Material.

ja nein

Name: Vorname:

Beruf: Alter: Tel.:

Anschrift:

Bitte gut leserlich schreiben!



Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß
Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Buchrainweg 1
Druck: Grawo-Druck, Offenbach

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffen gegner



Pacem in terris

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie

Den nächsten Krieg gewinnt der Tod
Damit 1970 noch Menschen leben

Statt Atomwaffen Brot für die Welt

Rüstung kostet unser Geld
Krieg kostet unser Leben
Unruhe ist die erste Bürgerpflicht

SICHERHEIT FÜR ALLE: ABRÜSTUNG

Von Köln bis Warschau atomwaffenfrei

Freundschaft mit Frankreich, aber ohne die Bombe

**MITTELEUROPA
- ATOMWAFFENFREI
ENTSPANNUNGSZONE
BRÜCKE ZWISCHEN
OST UND WEST**

**Nicht
Grund
gesetz
ändern
Politik
ändern**

Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten – am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen vieles geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Die Forderungen der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmen überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Weg der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der „heiße Draht“ zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- **Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde**
- **Verbot der Weitergabe von Atomwaffen**
- **Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen**
- **erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung**

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zu Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen – wie die Notstandsgesetze – einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor:

- **Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen**
- **Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen – keine Atomwaffen auf deutschem Boden!**
- **Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung – Mitteleuropa atomwaffenfrei!**

Wir bitten alle Mitbürger:

- **Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.**
- **Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt.**
- **Übernehmen Sie Verantwortung in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.**
- **Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.**

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

★

Dem Aufruf, der anlässlich einer Großkundgebung am 31. Januar 1965 in Gelsenkirchen veröffentlicht wurde haben sich schon viele prominente Bürger durch ihre Unterschrift angeschlossen. Einige Namen sollen stellvertretend genannt sein: der Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Fritz Baade, der katholische Publizist Walter Dirks, die Schriftsteller Rolf Hochhuth, Günter Eich, Wolfgang Hildesheimer, Max von der Grün, Robert Jungk, Martin Walser, Alexander Spoerl, Erich Kästner, Wolfdieter Schnurre, Christian Geißler, Anna Haag, Marie-Luise Kaschnitz, Hans Werner Richter, Kasimir Edschmid, Hans Magnus Enzensberger, Gerhard Zwerenz, die Professoren Eugen Kogon, Ernst Bloch, Ernst Friedrich Wolf, Ernst Niekisch, Helmut Gollwitzer, Wolfgang Abendroth, Walter Jens, Dietrich Goldschmidt, Heinrich Vogel, Theo Gläss, Ossip K. Flechtheim, Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller, der Gewerkschafter Hinrich Oetjen, der frühere Bundesvorsitzende der Gewerkschaft ÖTV Adolph Kummernus, die Schauspieler Wolfgang Neuss, Richard Münch, Ursula Noack, Theaterleiter Heinz Hilpert, der Verleger H. M. Ledig-Rowohl, die Maler Hermann Henry Gowa und Frans Masereel.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Protokoll zur Sitzung des Hessischen Ausschusses am 8. März 1965
in Frankfurt (Jahreshauptversammlung) 10. 3. 65

Anwesend: Fritz Amann, Heinz Andres, Hans-Joachim Arlt, Heiner Halberstadt, Fritz Strass, Klaus Vack, Norbert Winkler, Egon Becker, Willi Makomes, Horst Maurer, Brita Moritz, Gerd Müller, Dr. Hans Schenck, Dolf Segall, Edgar Weick.

es fehlen entschuldigt: Herbert Faller, Rudolf Farr; unentschuldigt: Klaus Eskuche

- Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder
 2. Berichte
 - a) allgemeiner Bericht
 - b) Revisionsbericht
 3. Entlastung der Kassenführung
 4. Zukünftige Zusammenarbeit und Aufgabenstellung
 5. Satzungsänderungen
 6. Wahlen
 7. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Der Hessische Ausschuß beschließt einstimmig Karl Becker, 6 Frankfurt 1, Am Tiergarten 52, in den Hessischen Ausschuß aufzunehmen. Karl Becker nimmt diese Wahl an.

Darüber hinaus berät der Hessische Ausschuß eine Erweiterung des HA durch Neuaufnahmen. Um Eintritt in den Hessischen Ausschuß sollen gebeten werden: Dieter Bott, Borken; Karl-Heinz Goll, Hanau; Pfarrer Oeser, Mörfelden; Günter Schmidt, Steinheim und Alfred Riedel, Offenbach.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Klaus Vack gibt einen Bericht über die Tätigkeit des AA im vergangenen Jahr. Er legt außerdem schriftlich den Kassenbericht für das vergangene Rechnungsjahr vom 1.10.1963 - 30.9.64 vor. (siehe Anlage zum Protokoll)
- b) Der Revisionsbericht liegt schriftlich vor. (siehe Anlage zum Protokoll)

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Horst Maurer stellt Antrag auf Entlastung der Verantwortlichen Klaus Vack und Fritz Amann für die Kassenführung. Die Entlastung wird bei Stimmenthaltung der Betroffenen einstimmig ausgesprochen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung

Es wurde festgestellt, daß der Hessische Ausschuß im vergangenen Jahr sehr wenig zur Planung und Durchführung zusammengerufen wurde. Dieser Umstand ergab sich vor allen Dingen daraus, daß der Hessische Ausschuß aus 18 Mitgliedern besteht und hiervon 9 bei der letzten Jahreshauptversammlung in den Arbeitsausschuß gewählt wurden. Dadurch wurden die meisten wichtigen Beschlüsse im Arbeitsausschuß gefasst. Diese Arbeitsweise kann für die Zukunft nicht beibehalten werden. Es wird deshalb ein verkleinerter Arbeitsausschuß gewählt, der wieder wie früher im wesentlichen

ausführendes Organ des Hessischen Ausschusses sein wird. Die Geschäftsführung wird beauftragt, den Hessischen Ausschuß wieder öfter zu Sitzungen einzuberufen.

Da Klaus Vack zum 1.1.1965 die Geschäftsführung des ZA übernommen hat, ist er nicht mehr bereit, als Geschäftsführer für den HA zu kandidieren. Es wird beschlossen, durch Satzungsänderung die beim ZA übliche Regelung zu übernehmen und an die Spitze des HA einen Sprecher und einen Geschäftsführer zu wählen. Trotz Bedenken, die Klaus Vack selbst vorträgt, soll Klaus Vack für das bevorstehende Arbeitsjahr die Funktion des Sprechers übernehmen und Fritz Strass soll zum Geschäftsführer gewählt werden. Klaus Vack erklärt, daß er bei der nächsten Jahreshauptversammlung, die unmittelbar nach dem 1. Oktober 1965 sein wird, nicht mehr als Sprecher kandidiert. Es ist deshalb notwendig, daß sich der Hessische Ausschuß recht bald mit der Frage beschäftigt, wer dann die Funktion des Sprechers übernehmen kann.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

Es liegt ein Entwurf des Arbeitsausschusses vor für eine geänderte bzw. neue Satzung. Zu dem vorgelegten Entwurf werden einige Änderungen vorgeschlagen und berücksichtigt. Die neue Satzung wird in ihren einzelnen Punkten und in ihrer Gesamtheit einstimmig vom Hessischen Ausschuß beschlossen. (siehe Anlage zum Protokoll)

Zu Punkt 6 der Tagesordnung

Dolf Segall wird mit der Leitung der Wahl des Sprechers beauftragt.

Zum Sprecher vorgeschlagen wird Klaus Vack. Die Wahl erfolgt einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme. Klaus Vack nimmt die Wahl an.

Klaus Vack leitet die weitere Wahl.

Zum Geschäftsführer wird Fritz Strass vorgeschlagen. Die Wahl erfolgt einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme. Fritz Strass nimmt die Wahl an.

Als Mitarbeiter für den Arbeitsausschuß werden vorgeschlagen: Fritz Amann, Egon Becker, Heiner Halberstadt, Dolf Segall, Norbert Winkler. Egon Becker, Dolf Segall und Norbert Winkler lehnen eine Kandidatur ab. Die Wahl von Fritz Amann und Heiner Halberstadt erfolgt einstimmig. Beide nehmen die Wahl an.

Zur Wahl der Vertreter in ZA werden vorgeschlagen: Heiner Halberstadt, Dolf Segall, Fritz Strass und Norbert Winkler. Norbert Winkler lehnt eine Kandidatur ab. Heiner Halberstadt, Dolf Segall und Fritz Strass werden bei einer Stimmenthaltung als Vertreter des HA im ZA gewählt.

Als persönliche Vertreter im Verhinderungsfall der ZA-Vertreter werden einstimmig gewählt: für Heiner Halberstadt - Brita Moritz; für Dolf Segall - Edgar Weick; für Fritz Strass - Norbert Winkler.

Als Revisoren werden vorgeschlagen Heinz Andres und Klaus Eskuche. Beide werden einstimmig gewählt und nehmen die Wahl an.

Als Marschleiter für den Ostermarsch 1965 (verantwortliche Person gegenüber der Polizei) werden Hans-Joachim Arlt und Norbert Winkler vorgeschlagen. Arlt lehnt ab. Norbert Winkler wird einstimmig gewählt. Zum stellvertretenden Marschleiter wird Heiner Halberstadt vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

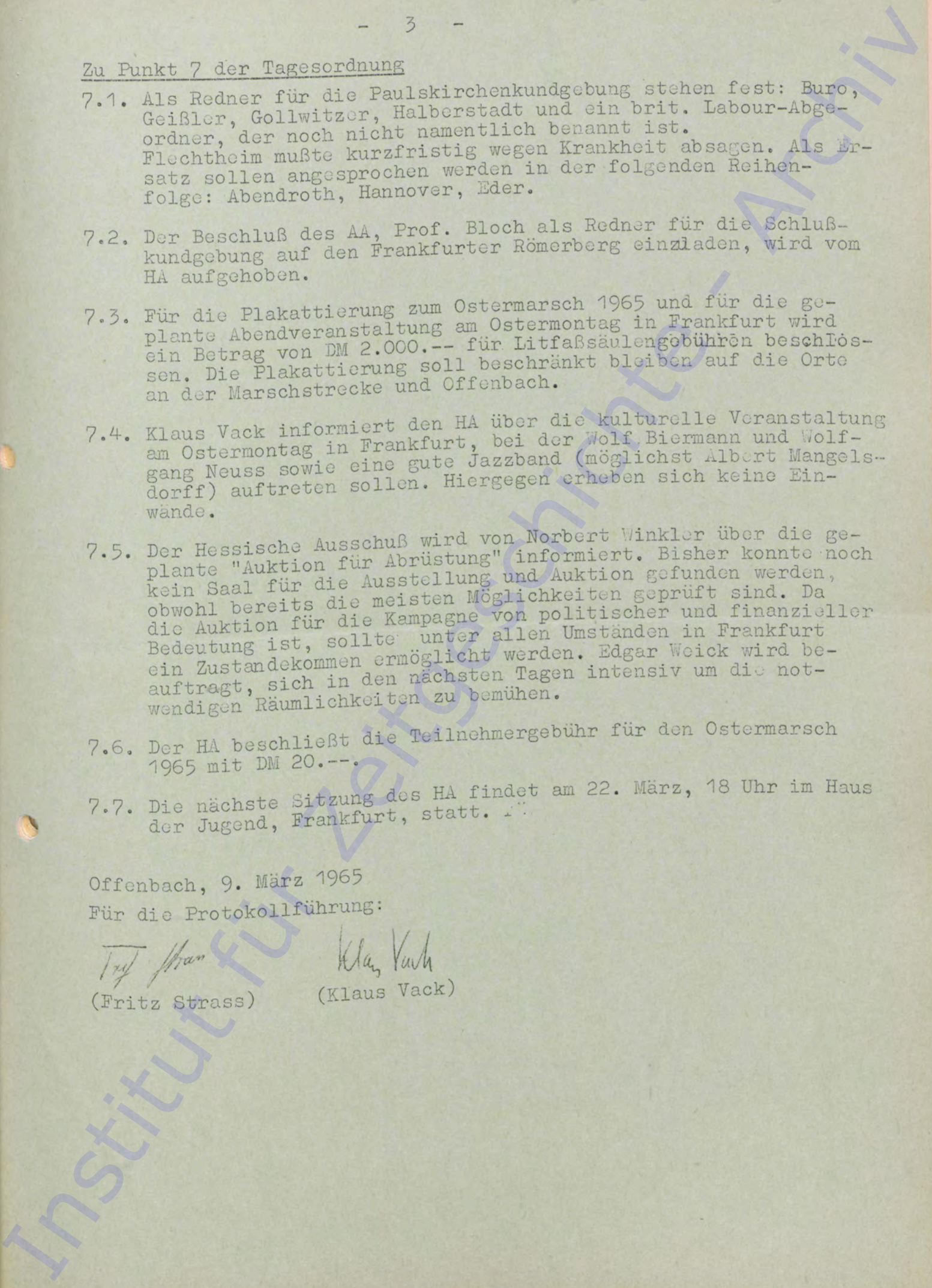
Zu Punkt 7 der Tagesordnung

- 7.1. Als Redner für die Paulskirchenkundgebung stehen fest: Buro, Geißler, Gollwitzer, Halberstadt und ein brit. Labour-Abgeordneter, der noch nicht namentlich benannt ist. Flechtheim mußte kurzfristig wegen Krankheit absagen. Als Ersatz sollen angesprochen werden in der folgenden Reihenfolge: Abendroth, Hannover, Eder.
- 7.2. Der Beschluß des AA, Prof. Bloch als Redner für die Schlußkundgebung auf den Frankfurter Römerberg einzuladen, wird vom HA aufgehoben.
- 7.3. Für die Plakattierung zum Ostermarsch 1965 und für die geplante Abendveranstaltung am Ostermontag in Frankfurt wird ein Betrag von DM 2.000.-- für Litfaßsäulengebühren beschlossen. Die Plakattierung soll beschränkt bleiben auf die Orte an der Marschstrecke und Offenbach.
- 7.4. Klaus Vack informiert den HA über die kulturelle Veranstaltung am Ostermontag in Frankfurt, bei der Wolf Biermann und Wolfgang Neuss sowie eine gute Jazzband (möglichst Albert Mangelsdorff) auftreten sollen. Hiergegen erheben sich keine Einwände.
- 7.5. Der Hessische Ausschuß wird von Norbert Winkler über die geplante "Auktion für Abrüstung" informiert. Bisher konnte noch kein Saal für die Ausstellung und Auktion gefunden werden, obwohl bereits die meisten Möglichkeiten geprüft sind. Da die Auktion für die Kampagne von politischer und finanzieller Bedeutung ist, sollte unter allen Umständen in Frankfurt ein Zustandekommen ermöglicht werden. Edgar Weick wird beauftragt, sich in den nächsten Tagen intensiv um die notwendigen Räumlichkeiten zu bemühen.
- 7.6. Der HA beschließt die Teilnehmergebühr für den Ostermarsch 1965 mit DM 20.--.
- 7.7. Die nächste Sitzung des HA findet am 22. März, 18 Uhr im Haus der Jugend, Frankfurt, statt.

Offenbach, 9. März 1965
Für die Protokollführung:

Fritz Strass
(Fritz Strass)

Klaus Vack
(Klaus Vack)



Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 30.9.64
Waldstr. 99

Jahresrechnung für das Rechnungs-
jahr 1964 (1.10.1963 - 31.10.1964)

I. Einnahmen

a. Spenden	DM 24.156,06
b. Teilnehmergebühren	DM 12.542,20
c. Fördererbons	DM 3.269,50
d. Materialverkauf	DM 27.530,31
e. sonstige Einnahmen	DM 655,50
	<u>DM 68.159,57</u>

II. Ausgaben

a. Agitation, Flugblätter, stop	DM 14.612,94	
Plakate und -anschläge	DM 8.963,20	
Material z. Weiterverk.	DM 8.230,25	
Anzeigen	DM 2.702,10	
Sonstiges	DM 1.608,90	DM 36.117,39
b. Paulskirchenveranstaltung		DM 4.262,75
c. Bus- und Transportkosten		DM 2.311,27
d. Verpflegung und Übernachtung		DM 7.152,80
e. Kundgebungen und Veranstaltungen		DM 3.471,08
f. Bürokosten (Porto, Papier, Telefon etc.)		DM 9.674,20
g. Fahrtauslagen		DM 283,25
h. Verschiedenes		DM 784,60
		<u>DM 64.057,34</u>
		DM 4.102,23

III. Mehreinnahmen 1964

DM 68.159,57	DM 68.159,57
=====	=====

IV. Finanzentwicklung

Haben am 1.10.1963	DM 988,96
Mehreinnahmen 1964	DM 4.102,23
Vorlage von privater Seite	DM 8.000,--
	<u>DM 13.091,19</u>
noch offenes Darlehen 1963	DM 8.000,--
Haben am 30.9.1964	DM 5.091,19
	=====

V. Kontenstand

Postscheck	DM 4.419,78
Bank	DM 671,41
	<u>DM 5.091,19</u>

VI. Bilanz

Darlehen	DM 8.000,--
Kontostand	DM 5.091,19
Schulden	DM 2.908,81

30. November 1964 - gez. Amann gez. Vack

Geprüft und für richtig befunden:
20. Januar 1965 - gez. Klaus Eskuche

Klaus Eskuche

Da.-Arheilgen, Stadtweg 35
24. Februar 1965

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach
Buchrainweg 161

E/-

Betr.: Revisionsbericht über die Kassenprüfung vom
Hessischen Ausschuß - Rechnungsjahr 1964.

Liebe Freunde!

Die Prüfung wurde am Mittwoch, den 20. Januar 1965, in Anwesenheit von Herrn Fritz Amann, 61 Darmstadt, vorgenommen. Geprüft wurden die Positionen: Anzeigen-Verpflegung und Übernachtung-Fahrtauslagen-Paulskirchenveranstaltung-Sonstige Einnahmen-sowie die Finanzentwicklung und Vorlagen von privater Seite.

Die Überprüfung des Kontenstandes am 30. September 1964 ergab folgende Summen.

4419,78 DM auf dem Postscheckkonto
671,41 DM auf dem Bankkonto

In der Buchung ergaben sich, mit der bereits vorliegenden Aufstellung, folgende Differenzen:

1. Pos.- Anzeigen a)
Falschbuchung von 2003,55 DM muß zu Pos.- Flugblätter
2. Pos.- Verpflegung und Übernachtung d)
Falschbuchung von 40,30 DM muß zu Pos.- Transportkosten
3. Pos.- Fahrtauslagen g)
283,25 DM stimmt mit den vorhandenen Belegen überein.
4. Pos.- Paulskirchenveranstaltung b)
4262,75 DM in Übereinstimmung mit den vorhandenen Belegen.
5. Pos.- Sonstige Einnahmen e)
655,50 DM in Übereinstimmung mit den vorhandenen Belegen.
6. Zur Vorlage von privater Seite muß vermerkt werden, daß 2 Schuldschreiben vorliegen, die keinerlei Bedingungen über den Termin der Schuldrückzahlung enthalten. Ebenso werden auch keine Zinsforderungen angegeben.

Die Kassenführung ist übersichtlich und ergibt einschließlich der vorhandenen Belege eine klare Aufstellung. Der angegebene Bestand entspricht der Gesamtaufstellung nach Einnahmen und Ausgaben.

Offenbach (Main), den 20. Jan. 1965

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Eskuche
- Revisor -
HA

Kampagne für Abrüstung
 Ostermarsch der Atomwaffengegner
 - Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach (Main) 4
 Buchrainweg 161
 Postscheckkonto Ffm. 57 648
 Bankkonto Bank für Gemeinwirtschaft
 Offenbach Nr. 740 294

S A T Z U N G

Vorbemerkungen: Am 11.12.1961 konstituierte sich in Frankfurt (Main) der "Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß". Die am 11.12.1961 verabschiedete Satzung des Hessischen Ausschusses tritt außer Kraft, nachdem die folgende neue Satzung am 8.3.1965 in Frankfurt (Main) verabschiedet wurde.

§ 1

- 1) Der Hessische Ausschuß führt den Namen: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß.
- 2) Der Hessische Ausschuß gibt sich diese Satzung mit der Rechtsform eines nicht eingetragenen Vereins.

§ 2

- 1) Der Hessische Ausschuß bekennt sich zu den vom Zentralen Ausschuß beschlossenen Grundsätzen der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner.
- 2) Der Hessische Ausschuß sieht seine Aufgabe in der Vorbereitung, Durchführung und Verantwortung von Veranstaltungen, Aktionen und anderen Initiativen der Kampagne für Abrüstung im Gebiet des Landes Hessen.

§ 3

- 1) Mitglieder des Hessischen Ausschusses sind die Personen, die bei der konstituierenden Sitzung ihr Einverständnis für eine Mitgliedschaft gegeben haben und nicht ausgetreten sind bzw. ausgeschlossen wurden sowie nach der konstituierenden Sitzung aufgenommene neue Mitglieder.
- 2) Neue Mitglieder kann der Hessische Ausschuß mit 2/3 Mehrheit aufnehmen. Die Mitglieder verpflichten sich durch ihren Beitritt, diese Satzung und die Grundsätze der Kampagne für Abrüstung anzuerkennen.
- 3) Jedes Mitglied kann unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen schriftlich seinen Austritt aus dem Hessischen Ausschuß erklären.
- 4) Ein Mitglied, das das Ansehen der Kampagne für Abrüstung schädigt, dieser Satzung zuwider handelt oder die Grundsätze der Kampagne verläßt, kann vom Hessischen Ausschuß mit 2/3 Mehrheit ausgeschlossen werden.
- 5) Ein Mitglied verliert seine Mitgliedschaft, wenn es an drei aufeinander folgenden Sitzungen des Hessischen Ausschusses unentschuldigt fehlt.

§ 4

- 1) Zur Intensivierung und Verbreiterung der Arbeit werden "Örtliche Ausschüsse" gebildet, die der Bestätigung durch den Hessischen Ausschuß bedürfen.
- 2) Die Örtlichen Ausschüsse sind in ihrer Arbeit an die Beschlüsse des Hessischen Ausschusses gebunden.

- 3) Der Hessische Ausschuß lädt bei Bedarf Vertreter der Örtlichen Ausschüsse zur beratenden Teilnahme an seinen Sitzungen ein.
- 4) Der Hessische Ausschuß kann mit 2/3 Mehrheit Örtliche Ausschüsse auflösen, wenn sie gegen seine Beschlüsse verstoßen, diese Satzung oder die Grundsätze der Kampagne für Abrüstung verletzen.

§ 5

- 1) Die Finanzierung der Arbeit des Hessischen Ausschusses erfolgt aus Teilnehmergebühren und freiwilligen Beihilfen der Teilnehmer, Förderer und unterstützenden Organisationen.

§ 6

- 1) Die Organe sind: die Mitgliederversammlung, der Arbeitsausschuß, Sprecher und Geschäftsführer, die Revisionskommission.

§ 7

- 1) Die Mitgliederversammlung wird vom Sprecher oder Geschäftsführer einberufen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn dies mindestens drei Mitglieder verlangen.
- 2) Die Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:
Beschlüsse über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen;
Beschlüsse über Ausgaben, die im Einzelfall DM 500.-- übersteigen;
Wahl des Arbeitsausschusses und der Revisionskommission;
Wahl der Vertreter des Hessischen Ausschusses im Zentralen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung und in anderen Gremien.
- 3) Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn 1/3 der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlußfassung im Sinne von § 3 Abs. 2; § 3 Abs. 4; § 4 Abs. 4; § 8 Abs. 2; § 10 Abs. 1; § 12 und § 13 dieser Satzung ist nur möglich, wenn 2/3 der Mitglieder anwesend sind.

§ 8

- 1) Der Arbeitsausschuß besteht aus Sprecher, Geschäftsführer und weiteren Mitarbeitern.
- 2) Die Wahl findet in der Regel jährlich im IV. Quartal des Jahres statt.
- 3) Es ist Aufgabe des Arbeitsausschusses, im Rahmen der Beschlüsse des Hessischen Ausschusses wirksam zu werden und selbst Beschlüsse zu fassen, soweit sie nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliederversammlung gehören.
- 4) Der Arbeitsausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

§ 9

- 1) Sprecher und Geschäftsführer vertreten im Rahmen der Beschlüsse den Hessischen Ausschuß nach außen und innen. Sie nehmen für den Hessischen Ausschuß die Aufgaben eines Vorstandes im Sinne des § 26 BGB wahr.

§ 10

- 1) Die Revisionskommission wird von der Mitgliederversammlung gewählt und besteht aus mindestens 2 Mitgliedern, die nicht dem Arbeitsausschuß angehören.
- 2) Sie hat die Aufgabe, die Geschäfts- und Kassenführung zu überprüfen und zu überwachen. Sie hat der Mitgliederversammlung mindestens vor der Neuwahl des Arbeitsausschusses Bericht zu erstatten.

§ 11

- 1) Wenn in dieser Satzung nicht anders bestimmt wird, entscheiden Mitgliederversammlung und Arbeitsausschuß mit einfacher Mehrheit.
- 2) Das Geschäftsjahr läuft vom 1.10. - 30.9.
- 3) Gerichtsstand ist Frankfurt (Main).

§ 12

- 1) Diese Satzung kann von der Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit geändert werden.

§ 13

- 1) Der Hessische Ausschuß kann sich mit 2/3 Mehrheit auflösen.
- 2) Bei der Auflösung entscheidet die Mitgliederversammlung über die Verwendung des Vermögens des Hessischen Ausschusses.

Diese Satzung wurde am 8. März 1965 von der Mitgliederversammlung des Hessischen Ausschusses beschlossen.

S A T Z U N G

§ 1

9. 3. 65

- 1) Am 11.12.61. konstituierte sich im Haus der Jugend, Frankfurt, der "Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuss".
- 2) Der Hessische Ausschuss gibt sich diese Satzung mit der Rechtsform eines nicht eingetragenen Vereins.

§ 2

- 1) Der Hessische Ausschuss sieht seine Aufgabe in der Vorbereitung, Durchführung und Verantwortung von Veranstaltungen der Ostermarschbewegung (Ostermarsch der Atomwaffengegner) auf dem Territorium des Landes Hessen.
- 2) Der Hessische Ausschuss bekennt sich zu den vom Zentralen Ausschuss beschlossenen Grundsätzen des Ostermarsches der Atomwaffengegner.

§ 3

- 1) Mitglieder des Hessischen Ausschusses sind die Personen, die bei der konstituierenden Sitzung ihr Einverständnis für eine Mitgliedschaft gegeben haben.
- 2) Neue Mitglieder kann der Hessische Ausschuss mit 2/3 Mehrheit aufnehmen. Die Mitglieder verpflichten sich durch ihren Beitritt diese Satzung, die Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner anzuerkennen.
- 3) Jedes Mitglied kann unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen schriftlich seinen Austritt aus dem Hessischen Ausschuss erklären.
- 4) Ein Mitglied, das das Ansehen der Ostermarschbewegung schädigt, dieser Satzung zuwider handelt oder die Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner verletzt, kann vom Hessischen Ausschuss mit 2/3 Mehrheit ausgeschlossen werden.

§ 4

- 1) Zur Intensivierung und Verbreiterung der Arbeit dienen "örtliche Ausschüsse", die der Bestätigung durch den Hessischen Ausschuss bedürfen.
- 2) Die örtlichen Ausschüsse bestehen aus mindestens 3 und höchstens 7 Personen.
- 3) Die örtlichen Ausschüsse sind in ihrer Arbeit an die Beschlüsse des Hessischen Ausschusses gebunden.
- 4) Der Hessische Ausschuss lädt bei Bedarf von jedem örtlichen Ausschuss eine Person ein.
- 5) Der Hessische Ausschuss kann mit 2/3 Mehrheit örtliche Ausschüsse auflösen, wenn sie gegen seine Beschlüsse verstoßen, diese Satzung oder die Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner verletzen.

§ 5

- 1) Die Finanzierung der Arbeit des Hessischen Ausschusses erfolgt aus Teilnehmergebühren und freiwilligen Beihilfen der Teilnehmer, Förderer und unterstützenden Organisationen der Ostermarschbewegung.

§ 6

- 1) Die Organe sind: die Mitgliederversammlung, der Arbeitsausschuß, der Geschäftsführer, die Revisionskommission.

§ 7

- 1) Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:
Beschlüsse über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen;
Beschlüsse über Ausgaben, die im Einzelfall DM 200,-- übersteigen;
Wahl des Arbeitsausschusses und der Revisionskommission;
Wahl der Vertreter im Regionalausschuß Mitte und zu anderen Gremien.
- 2) Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn 1/3 ihrer Mitglieder anwesend ist. Die Beschlußfassung im Sinne von § 3, Abs. 2; § 3 Abs. 4; § 4 Abs. 5; § 8 Abs. 2; § 10 Abs. 1; § 12 und 13 dieser Satzung ist nur möglich, wenn 2/3 der Mitglieder anwesend sind.

§ 8

- 1) Der Arbeitsausschuß besteht aus dem Geschäftsführer, seinem Stellvertreter und weiteren Mitarbeitern.
- 2) Die Wahl findet in der Regel jährlich im 4. Quartal des Jahres statt.
- 3) Es ist Aufgabe des Arbeitsausschusses im Rahmen der Beschlüsse des Hessischen Ausschusses wirksam zu werden und selbst Beschlüsse zu fassen, soweit sie nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliederversammlung gehören.
- 4) Der Arbeitsausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 9

- 1) Der Geschäftsführer vertritt im Rahmen der Beschlüsse den Hessischen Ausschuss nach außen und innen.

§ 10

- 1) Die Revisionskommission wird von der Mitgliederversammlung gewählt und besteht aus mindestens 2 Mitgliedern, die nicht dem Arbeitsausschuß angehören.
- 2) Sie hat die Aufgabe die Geschäfts- und Kassenführung zu überprüfen und zu überwachen.
- 3) Sie hat der Mitgliederversammlung mindestens vor der Neuwahl des Arbeitsausschusses Bericht zu erstatten.

§ 11

- 1) Wenn in dieser Satzung nicht anders bestimmt wird, entscheiden Mitgliederversammlung und Arbeitsausschuß mit einfacher Mehrheit.
- 2) Das Geschäftsjahr läuft vom 1.10. bis 30.9.
- 3) Gerichtstand ist Frankfurt (Main).

§ 12

- 1) Diese Satzung kann von der Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit geändert werden.

§ 13

- 1) Der Hessische Ausschuss kann sich mit 2/3 Mehrheit auflösen.
- 2) Bei der Auflösung entscheidet die Mitgliederversammlung über die Verwendung seines Vermögens.

Diese Satzung wurde am 11.12.1961 einstimmig angenommen.

Klaus Eskuche

Da.-Arheilgen, Stadtweg 35
24. Februar 1965

9. 3. 65

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach
Buchrainweg 161

E/-

Betr.: Revisionsbericht über die Kassenprüfung vom
Hessischen Ausschuß - Rechnungsjahr 1964.

Liebe Freunde!

Die Prüfung wurde am Mittwoch, den 20. Januar 1965, in Anwesenheit von Herrn Fritz Amann, 61 Darmstadt, vorgenommen. Geprüft wurden die Positionen: Anzeigen-Verpflegung und Übernachtung-Fahrtauslagen-Paulskirchenveranstaltung-Sonstige Einnahmen-sowie die Finanzentwicklung und Vorlagen von privater Seite.

Die Überprüfung des Kontenstandes am 30. September 1964 ergab folgende Summen.

4419,78 DM auf dem Postscheckkonto
671,41 DM auf dem Bankkonto

In der Buchung ergaben sich, mit der bereits vorliegenden Aufstellung, folgende Differenzen:

1. Pos.- Anzeigen a)
Falschbuchung von 2003,55 DM muß zu Pos.- Flugblätter
2. Pos.- Verpflegung und Übernachtung d)
Falschbuchung von 40,30 DM muß zu Pos.- Transportkosten
3. Pos.- Fahrtauslagen g)
283,25 DM stimmt mit den vorhandenen Belegen überein.
4. Pos.- Paulskirchenveranstaltung b)
4262,75 DM in Übereinstimmung mit den vorhandenen Belegen.
5. Pos.- Sonstige Einnahmen e)
655,50 DM in Übereinstimmung mit den vorhandenen Belegen
6. Zur Vorlage von privater Seite muß vermerkt werden, daß 2 Schuldschreiben vorliegen, die keinerlei Bedingungen über den Termin der Schuldrückzahlung enthalten. Ebenso werden auch keine Zinsforderungen angegeben.

Die Kassenführung ist übersichtlich und ergibt einschließlich der vorhandenen Belege eine klare Aufstellung. Der angegebene Bestand entspricht der Gesamtaufstellung nach Einnahmen und Ausgaben.

Offenbach (Main), den 20. Jan. 1965

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Eskuche
- Revisor -
HA

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner Buchrainweg 161 Postfach 648
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach, 3. März 1965

ED 718-24-277

4.3.65

An die Örtlichen Ausschüsse und den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

heute nur zwei wichtige Dinge:

- 1) Wir laden ein zu einer gemeinsamen Sitzung für Dienstag,
9. März 1965, 18 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt,
Eingang Alte Rittergasse.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Demonstration gegen Atomminen an der Zonengrenze
am 13.3.1965
2. Großkundgebung in der Paulskirche am 20.3.1965
3. Auktion für Abrüstung
4. Örtliche Aktionen bis Ostern
5. Seminar am 2. - 4.4.1965
6. Verschiedenes

wir bitten alle Mitglieder des HA und mindestens je einen
Vertreter der Örtlichen Ausschüsse, an dieser Sitzung teil-
zunehmen. Da wir wie immer das Haus der Jugend um spätestens
22 Uhr verlassen müssen und die Tagesordnung einigen Dis-
kussionsstoff enthält, bitten wir um pünktliches Erscheinen.

- 2) Die Paulskirchen-Veranstaltung wollen wir mit einem hessischen
Zeitungsflugblatt propagieren. Das Zeitungsflugblatt kostet
DM 20.-- je 1000 Stück. Da Anfang kommender Woche gedruckt
wird, müssen wir bis zur Sitzung am Dienstag spätestens alle
Bestellungen der Örtlichen Ausschüsse haben. Das Zeitungs-
flugblatt steht ab Freitag, 12.3.1965 zur Verteilung zur Ver-
fügung. Die Örtlichen Ausschüsse außerhalb Frankfurts wer-
den gebeten, zu überlegen, ob es möglich ist, mit Bussen
oder Pkw's zur Paulskirchen-Veranstaltung zu kommen.

Das wär's für heute.

Mit besten Grüßen,

Klaus Vack *Fritz Strass*
(Klaus Vack) (Fritz Strass)

An den Hessischen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung

Der Örtliche Ausschuß _____ bestellt _____ Stück des
Zeitungsflugblattes "extrablatt" für die Paulskirchen-Veranstaltung
zum Preis von DM 20.-- je 1 000 Stück. Das Material ist an fol-
gende Anschrift zu senden:

Name

Anschrift

Datum

Unterschrift

Kampagne für Abrüstung 605 Offenbach, 3. März 1965
 Ostermarsch der Atomwaffengegner Buchrainweg 161 Postfach 648
 - Hessischer Ausschuß -

4. 3. 65

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

in der letzten Zeit war die Zusammenarbeit im Hessischen Ausschuß leider unzureichend. Wir haben uns zwar öfter gemeinsam mit den Vertretern der Örtlichen Ausschüsse getroffen, aber eine eigene Hessische Ausschuß - Sitzung fand seit mehreren Monaten nicht statt. Dies lag sicher auch an mir als Geschäftsführer; zu meiner Entschuldigung kann ich nur sagen, daß ich seit Monaten total überfordert bin und als Konsequenz die Mehrfach-Funktionen schnellstens abbauen muß.

Deshalb kommt nun auch sehr kurzfristig eine Einladung zur nächsten HA - Sitzung, die gleichzeitig unsere "Jahreshauptversammlung" ist.

Einladung zur Jahreshauptversammlung


Am Montag, 8. März 1965, 18 Uhr im Haus der Jugend, Frankfurt.

Tagesordnung

1. Berichte
 - a) allgemeiner Bericht
 - b) Revisionsbericht
2. Entlastung der Kassenführung
3. Zukünftige Zusammenarbeit und Aufgabenstellung
 (Arbeitsausschuß, Hessischer Ausschuß, Hessischer Ausschuß mit Örtlichen Ausschüssen)
4. Satzungsänderungen
5. Wahlen
6. Verschiedenes

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß zur Behandlung einiger Tagesordnungspunkte mindestens $\frac{2}{3}$ der Mitglieder des Hessischen Ausschusses anwesend sein müssen, da wir sonst nach unserer Satzung nicht beschlußfähig sind. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß Sie alle kommen. Wer dennoch verhindert ist, entschuldige sich bitte telefonisch bei Fritz Strass unter 88 60 51.

Mit freundlichen Grüßen,


 (Klaus Vack)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Bitte nehmen Sie dieses wichtige Rundschreiben zur Kenntnis.

1) Unser längeres Schweigen können wir nur mit der schlechten Finanzlage begründen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, politisch in der Öffentlichkeit für Abrüstung, Entspannung und Überwindung einer unvernünftigen atomaren Erpressungspolitik zu wirken und waren durch solche Bemühungen in der letzten Zeit finanziell gehindert, mit unseren Anhängern den notwendigen Kontakt zu halten.

In den nächsten Monaten werden verschiedene Kundgebungen und der Ostermarsch 1965 unsere nächsten Aktivitäten sein, mit denen wir unsere Ziele der Öffentlichkeit kundtun wollen.

Um diese Veranstaltungen möglichst erfolgreich zu gestalten, müssen wir wieder einmal einen Angriff auf Ihren Geldbeutel wagen. Wir haben Sie in den letzten Wochen "verschont": bitte überweisen Sie uns zum Start unserer Ostermarsch-Vorbereitungen einen großzügig bemessenen Fördererbeitrag. Danke!

2)

2) Der zentrale Auftakt zum Ostermarsch 1965 wird eine Großkundgebung am 20. März 1965 (Samstag), 15 Uhr in der Frankfurter Paulskirche sein. Wir laden Sie zu dieser Kundgebung ein und bitten darum, daß Sie auch Ihre Bekannten und Freunde mitbringen. Wie in den vergangenen Jahren muß es uns wieder gelingen, die Paulskirche bis auf den letzten Platz zu füllen. Es werden reden: Dr. Andreas Buro, Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Prof. D. Helmut Gollwitzer, Heiner Halberstadt und ein Labour-Abgeordneter des britischen Unterhauses. Die Versammlungsleitung hat Herbert Fallert.

Die Großkundgebung in der Paulskirche wollen wir durch ein Zeitungsflugblatt publizieren. Sie können uns finanziell unterstützen und gleichzeitig für die Paulskirchen-Veranstaltung werben, indem Sie 50 Stück (oder auch mehr) dieser Zeitungsflugblätter kaufen, sie auf der Straße, im Betrieb oder anderswo verteilen (siehe beigefügte Bestellliste).

3) Werbung für den Ostermarsch 1965 betreiben wir in diesen Wochen durch das beigefügte zweifarbige Flugblatt mit dem Aufruf zum Ostermarsch 1965 und unserem Zeitungsflugblatt "extrablatt I/65", von dem wir ebenfalls ein Exemplar beigefügt haben. Diese Flugblätter sollen Ihrer Information und auch der Anmeldung zum Ostermarsch 1965 dienen, Sie sollten aber auch hier, so weit es Ihnen möglich ist, zur weiteren Verbreitung beitragen und wir verweisen auch hierzu auf den beigefügten Bestellzettel.

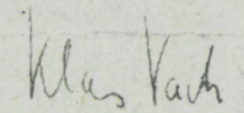
Bitte lassen Sie uns schon jetzt Ihre Anmeldung zum Ostermarsch 1965 zugehen.

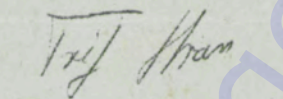
4) Ein Teil unserer Werbung für den Ostermarsch 1965 wird wieder durch Plakate geschehen. Wir haben in diesem Jahr einige Slogans, die wir immer beim Ostermarsch mitführen, graphisch gestalten lassen und haben außerdem einige Plakate vorrätig, die gut geeignet sind, an der eigenen Tür, dem eigenen Gartenzaun, Geschäft und am Fkw angebracht zu werden. Eine gute Auswahl der 6 geeignetsten Plakate können Sie bei uns zum Preis von DM 2.50 bestellen.

- 5) Der Pläne-Verlag hat eine Schallplatte mit den neuesten Ostermarschliedern herausgebracht. Die Schallplatte enthält sieben Songs, vorgetragen von guten Interpreten und kostet DM 8.50. Die Liedertexte liegen der Platte bei. Außerdem haben wir noch einige Exemplare der Schallplatte der Mörfelder Skiffle-Group, 4 Lieder, Preis DM 5.--, vorrätig (siehe Bestelliste).
- 6) Ende März werden wir in Frankfurt (Main) eine Auktion für Abrüstung veranstalten. Viele Künstler (darunter Bill, Pankok, Gowa, Masereel, Guttuso, Picasso, Plattner, Elfes, Meckel, Dix) haben über 300 Originalarbeiten zur Verfügung gestellt, die zugunsten der Kampagne für Abrüstung versteigert werden. Wir werden Sie rechtzeitig über den Termin einer mit der Auktion verbundenen Ausstellung und der Auktion für Abrüstung informieren. Es ist sehr wichtig, daß sich diese Auktion für Abrüstung schon heute herumspricht, denn es gibt sicher sehr viele Interessenten, die sich aus Liebhaberei zu dem einen oder anderen der zu versteigern- den Werke und aus Verbundenheit zur Kampagne für Abrüstung an der Auktion beteiligen werden, wenn sie davon wissen.

Für heute möchten wir schließen und Ihnen für Ihre Interesse danken, vor allem wünschen, daß Sie sich in den nächsten Wochen aktiv an unserer Tätigkeit beteiligen.

Mit besten Grüßen,


(Klaus Vack)


(Fritz Strass)

Nehmen Sie teil am Ostermarsch 1965

Von Mainz zum Frankfurter Römer

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1965 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation. Der Marsch beginnt mit einer Eröffnungskundgebung am Ostersonntagvormittag in Mainz und führt während der drei Ostertage über Bischofsheim, Rüsselsheim, Flörsheim, Weilbach, Hofheim, Höchst, Sossenheim, Rödelheim, Bockenheim, durch die Frankfurter Innenstadt zum Römer.

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,- (Verpflegung, Notunterkunft, wenn Ihrerseits erforderlich, Busfahrt nach Mainz, Organisations- und Werbeanteil). Sollte Ihnen die Teilnahme nur eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wenn irgend möglich, um das gleiche finanzielle Opfer. Nach Ihrer Anmeldung gehen Ihnen weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnehmergebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Zahlung der Teilnehmergebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnehmergebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto 57648 Ffm., Ostermarsch der Atomwaffengegner, Offenbach, oder durch Verrechnungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

Wenn Sie sich noch nicht entschließen können, am Ostermarsch teilzunehmen, aber laufend Material über unsere Bewegung wünschen, benutzen Sie bitte ebenfalls untenstehenden Abschnitt.

..... Hier abtrennen

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West. Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1965.

Ich erkläre mich bereit zur Teilnahme am Ostermarsch 1965 von Mainz zum Frankfurter Römer. Die Teilnehmergebühr von DM 20,- wird überwiesen.

Ich nehme teil: ja nein

Samstag Sonntag Montag

Ich kann 1965 nicht teilnehmen, bitte aber um ständige Zusendung von Material.

ja nein

Name: Vorname:

Beruf: Alter: Tel.:

Anschrift:

Bitte gut leserlich schreiben!



Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß
 Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Buchrainweg
 Druck: Grawo-Druck, Offenbach

**Kampagne
für Abrüstung**

**Ostermarsch
der
Atomwaffen
gegner**



**Keine
Atom
waffen
auf
deutschem
Boden**

Unser Nein Pacem in terris
 Den nächsten **zur Bombe**
 Krieg gewinnt **ist ein Ja zur**
 der Tod **Demokratie**
 Damit **Statt Atomwaffen**
 1970 noch **Brot für die Welt**
 Menschen **SICHERHEIT FÜR ALLE:**
 leben **ABRÜSTUNG**
 Rüstung kostet
 unser Geld
 Krieg kostet
 unser Leben
 Unruhe ist die erste
 Bürgerpflicht
 Von Köln bis Warschau
 atomwaffenfrei

**MITTELEUROPA
- ATOMWAFFENFREI
ENTSPANNUNGSZONE
BRÜCKE ZWISCHEN
OST UND WEST**

**Nicht
Grund
gesetz
ändern
Politik
ändern**

Freundschaft mit Frankreich,
aber ohne die Bombe



ED 718-24-280

Institut für Zeitgeschichte

Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten — am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen vieles geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Die Forderungen der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmen überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Weg der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der „heiße Draht“ zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- **Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde**
- **Verbot der Weitergabe von Atomwaffen**
- **Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen**
- **erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung**

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zu Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen — wie die Notstandsgesetze — einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor:

- **Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen**
- **Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen — keine Atomwaffen auf deutschem Boden!**
- **Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung — Mitteleuropa atomwaffenfrei!**

Wir bitten alle Mitbürger:

- **Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.**
- **Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt.**
- **Übernehmen Sie Verantwortung in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.**
- **Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.**

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

★

Dem Aufruf, der anlässlich einer Großkundgebung am 31. Januar 1965 in Gelsenkirchen veröffentlicht wurde haben sich schon viele prominente Bürger durch ihre Unterschrift angeschlossen. Einige Namen sollen stellvertretend genannt sein: der Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Fritz Baade, der katholische Publizist Walter Dirks, die Schriftsteller Rolf Hochhuth, Günter Eich, Wolfgang Hildesheimer, Max von der Grün, Robert Jungk, Martin Walsler, Alexander Spoerl, Erich Kästner, Wolfdietrich Schnurre, Christian Geißler, Anna Haag, Marie-Luise Kaschnitz, Hans Werner Richter, Kasimir Edschmid, Hans Magnus Enzensberger, Gerhard Zwerenz, die Professoren Eugen Kogon, Ernst Bloch, Ernst Friedrich Wolf, Ernst Niekisch, Helmut Gollwitzer, Wolfgang Abendroth, Walter Jens, Dietrich Goldschmidt, Heinrich Vogel, Theo Gläss, Ossip K. Flechtheim, Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller, der Gewerkschafter Hinrich Oetjen, der frühere Bundesvorsitzende der Gewerkschaft ÖTV Adolph Kummernus, die Schauspieler Wolfgang Neuss, Richard Münch, Ursula Noack, Theaterleiter Heinz Hilpert, der Verleger H. M. Ledig-Rowohl, die Maler Hermann Henry Gowa und Frans Masereel.



atomarer Selbstmord?

Mit Atomminen wird die Selbstverstümmelung Deutschlands für den „Ernstfall“ vorbereitet. Atomraketen lagern in unserem Lande. Und unsere Regierung drängt nach weiterer atomarer Bewaffnung. Atomarer Selbstmord ist der Rüstungsweisheit letzter Schluß. Die Kampagne für Abrüstung tritt für eine bessere Politik ein: Abrüstungsinitiativen der Regierung – atomwaffenfreie Zone – Sicherheit für alle

Der berühmte Physiker und Nobelpreisträger Professor Max Born schrieb nach Bekanntwerden des Projektes eines atomaren Minengürtels:

„Ein Atomkrieg im großen bedeutet den Untergang der zivilisierten Menschheit, vielleicht allen Lebens auf der Erde. Die Atomkräfte wissen das und streben danach, Bedingungen der Koexistenz zu finden. Die größte Gefahr ist eine durch Zufall oder menschliches Versagen verursachte Atomexplosion, die die Katastrophe auslösen könnte. Darum sind Washington und Moskau durch den ‚heißen Draht‘ verbunden worden, der eine schnelle Verständigung ermöglicht und einen blinden Gegenschlag verhüten soll.“

Ein Atomminengürtel würde genau das Gegenteil der vernünftigen Maßnahmen bedeuten. Er würde die Atomexplosion dem blinden Zufall ausliefern. Und selbst wenn es gelänge, im Falle einer ungewollten Explosion rechtzeitig Verständigung zu erzielen, würde mitten in Deutschland ein weites Gebiet, vielleicht mit größeren Städten, in eine Wüste verwandelt, in der es kein Leben mehr gibt. Wie muß es in den Köpfen der Leute aussehen, die sich so etwas ausdenken! Es ist mein Trost, daß es offensichtlich unter den jungen Leuten viele gibt, die Vernunft und Menschlichkeit höher werten als Ideologie und Nationalismus. Ich bin froh, daß ich – trotz meiner 82 Jahre – ihrem Protest Ausdruck geben darf.

Persönlichkeiten, deren Wort in unserem Lande etwas gilt, rufen zum Ostermarsch 1965 auf. Der Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Fritz Baade, der katholische Publizist Walter Dirks, die Schriftsteller Rolf Hochhuth, Günter Eich, Max von der Grün, Robert Jungk, Martin Walser, die Professoren Helmut Gollwitzer, Wolfgang Abendroth, Dietrich Goldschmidt, Heinrich Vogel, Ossip K. Flechtheim, Weltkirchenpräsident Martin Niemöller, der Gewerkschafter Hinrich Oetjen, der Kabarettist Wolfgang Neuss, der Verleger H. M. Ledig-Rowohlt und viele andere unterzeichneten den folgenden

Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten – am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wetrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger, und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Die Forderung der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmt überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Wege der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der „heiße Draht“ zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum von Kernwaffen freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
- Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
- Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
- erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen.

In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen – wie die Notstandsgesetze – einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen **eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung**. Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor:

- Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
- Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen – keine Atomwaffen auf deutschem Boden!
- Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung – Mitteleuropa atomwaffenfrei!

Wir bitten alle Mitbürger:

- Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.
- Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt.
- Übernehmen Sie Verantwortung in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.
- Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.



Sicherheit für alle durch Abrüstung!

statt Atomminen – atomwaffenfreie Zone



Abrüstung und Deutschlandfrage

Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands sind nur denkbar, wenn man sich in Mitteleuropa auf Entspannung und Abrüstung einigt. J. W. Klefisch sagt hierzu in seinem Buch „Schluß mit Deutschland?“ (Verlag Wissenschaft und Politik, Köln):

„Solange mit Bonn nicht konkret über Abrüstung zu reden ist, gilt dies auch vom Wiedervereinigungs-Gespräch... Die Großmächte haben nämlich ihr Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung insofern verloren, als sich heute damit kein Einbruch in das gegenwärtige Machtssystem mehr koppeln läßt. Wenn es nicht im Zusammenhang mit der Idee einer Entspannungszone aufgefrischt wird, wird es völlig erlahmen... In diesem Zusammenhang wird man freilich nicht umhinkönnen, bisher verworfene Modelle zur Lösung der

deutschen Frage wieder hervorzuholen und sie unter dem Gesichtspunkt von Abrüstung und Rüstungskontrolle neu zu prüfen. Obwohl sie heiße Eisen sind, die Tabus der Leidenschaften sich gegen sie erheben und obwohl jahrelang hier so verleidete Begriffe wie Disengagement und Neutralität wieder genannt werden müßten... Das Junktim, mit dem Bonn seit 1955 Entspannung und Wiedervereinigung verkettet hat, blockiert seither jeden europäischen Entflechtungsplan. Es muß erst einmal gelöst werden, will man wieder über die deutsche Frage reden...“

Notstandsgesetze = Abbau der Demokratie

Bekannte Gewerkschafter, Professoren und Publizisten legen offen, was die Notstandsgesetze in Wahrheit bedeuten:

„Mit größter Beunruhigung beobachten wir das Bemühen der Bundesregierung, die Notstandsgesetze noch im Frühjahr 1965 verabschieden zu lassen. Während sich die USA und die UdSSR um den Abbau der zwischen den Weltblöcken bestehenden Spannungen bemühen, soll durch die geplanten Notstandsgesetze die Verfassungsordnung unserer Bundesrepublik Deutschland den Erfordernissen einer totalen Militarisierung schon in Friedenszeiten angepaßt werden. Solche Maßnahmen müßten sich nicht nur auf die Möglichkeiten der Entspannung in Europa ungünstig auswirken; auch die Chancen einer deutschen Wiedervereinigung würden durch sie weiter vermindert. Die Bundesrepublik würde im gegenwärtigen Zeitpunkt durch die Annahme der Notstandsgesetze ihr Ansehen in der Welt weiter herabsetzen, neues Mißtrauen gegen ihre Absichten hervorrufen und damit die politische Atmosphäre in Europa weiter vergiften. Durch die Notstandsgesetze wären wir ständig von einer Nebenverfassung bedroht, die die rechtsstaatliche und freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staatswesens zum zweitenmal in diesem Jahrhundert auf 'legale' Weise aufheben würde. Das Ausmaß der durch die Notstandsgesetze schon im Frieden sanktionierten Eingriffe in die Freiheitsphäre und der parlamentarisch nicht mehr kontrollierbaren Behördenvoll-

machten ist unübersehbar und weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben des Grundgesetzes vereinbar. Wir warnen vor dieser Ausnahme- und Notstandsverfassung, deren militärisches und technologisches Kriegsbild überdies von den längst überholten Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges bestimmt ist und die Wirtschaftskraft unseres Volkes für die Erfüllung der vor uns liegenden großen friedlichen Aufgaben aufs schwerste beeinträchtigen müßte. Das Notstandsverfassungsgesetz und die bisher bekannt gewordenen zehn 'einfachen' Notstandsgesetze ermöglichen der jeweiligen Regierung faktisch jederzeit die autoritäre Umgestaltung unseres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Sie würden der Regierung praktisch eine Generalvollmacht in die Hand geben, wann immer sie wollte, das Leben jedes einzelnen in den Dienst einer schranken- und lückenlosen Militarisierung zu stellen. Ihr einziger sicherer 'Erfolg' wäre jedenfalls eine psychologisch bedingte Erhöhung der Kriegsgefahr. Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesrepublik zu Rechtsstaatlichkeit, zu Demokratie und zu einer Politik, die den Frieden sichert. Nur wenn der Geist dieses Verfassunggebotes ungebrochen lebendig bleibt, kann unser Volk eine friedliche Zukunft haben. Deshalb dürfen die Notstandsgesetze nicht verabschiedet werden.“

- Wilhelm Boekenkrüger, Minister a. D., Neustadt
- Otmar Günther, Leiter der Abteilung Jugend beim Hauptvorstand der IG Metall, Frankfurt
- Dr. Helmut Lindemann, Publizist, Lindau
- Egon Lutz, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, Stuttgart
- Aenne Kolb, Frankfurt
- Prof. Dr. jur. Werner Maihofer, Saarbrücken
- Rechtsanwalt Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt
- Manfred Pahl-Rugenstein, Verleger, Köln
- Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn
- Robert Scholl, Oberbürgermeister i. R., München
- Werner Vitt, Hannover

Statt Atomwaffen Brot für die Welt

Die Rüstungsausgaben in der Welt des Jahres 1964 beliefen sich auf insgesamt 120 Milliarden Dollar, das sind 504 Milliarden Mark. Diese Summe entspricht etwa 9% der jährlichen Welterzeugung an Waren und Diensten oder mindestens zwei Dritteln des gesamten Volkseinkommens aller Entwicklungsländer zusammen. Die Gesamtkosten für die Entwicklung eines der letzten Überschall-Kampfflugzeuge wurden auf über 6,5 Milliarden Dollar geschätzt. Dafür könnte man 600 000 Wohnungen zu je 10 000 Dollar für über 3 Millionen Menschen bauen. Mit den Kosten eines neuen Bombertyps samt Ausrüstung ließen sich das Jahresgehalt für 250 000 Lehrer oder die Kosten für 75 vollständig eingerichtete Krankenhäuser zu je 100 Betten oder für 30 naturwissenschaftliche Fakultäten für je 100 Studenten oder die Kosten für 50 000 Traktoren oder 15 000 Erntemaschinen bestreiten. Die neuesten atomaren Unterseeboote kosten pro Stück 160 Millionen Dollar. Damit könnte man in mehr als 50 Städten ein modernes Krankenhaus errichten. 500 Milliarden Mark in einem Jahr für Militärausgaben und so viel Elend in der Welt! Wie lange soll dieser Wahnsinn noch weiter praktiziert werden?

- Die Ostermärsche 1965 finden von Ostersonntag bis Ostermontag statt. Die Märsche führen in die neun deutschen Großstädte Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Frankfurt, Saarbrücken, Stuttgart, München und Nürnberg. Ein Dreiländermarsch geht nach Basel. Am Nachmittag des Ostermontags werden in diesen Städten die großen Abschlußgebungen veranstaltet.
- Marsch 1: Kiel, Lübeck, Ahrensburg, Hamburg; Informationen: Hans-Jürgen Willenberg, 24 Lübeck, Wendische Str. 61
 - Marsch 2: Oldenburg, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Eilmenhorst, Bremen; Informationen: Detlef Dahlke, 28 Bremen 2, Wilh.-Wolters-Str. 50a
 - Marsch 3: Braunschweig, Salzgitter, Peine, Hannover; Informationen: H. G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schunterstr. 57
 - Marsch 4 und 5: Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und Bielefeld, Gütersloh, Hamm, Dortmund; Informationen: Kampagne für Abrüstung, Regionalausschuß West, 463 Bochum, Wittener Str. 183
 - Marsch 6: Mainz, Rüsselsheim, Hofheim, Höchst, Frankfurt; Informationen: Kampagne für Abrüstung, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648
 - Marsch 7: Kaiserslautern, Kusel, Saarbrücken; Informationen: Pfarrer H. J. Oeffler, 6751 Siegelbach, Bergstraße 8
 - Marsch 8: Durlach, Karlsruhe, Freiburg, Weil, Basel; Informationen: Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14
 - Marsch 9 und 10: Eßlingen, Metzingen, Stuttgart und Ludwigsburg, Kornwestheim, Stuttgart; Informationen: Manfred Neu, 7 Stuttgart-Birkach, Muttergartenweg 10
 - Marsch 11: Marktschwaben, Vaterstetten, München; Informationen: G. Schmid, 89 Augsburg, Brenderstr. 28
 - Marsch 12: Erlangen, Fürth, Zirndorf, Stein, Reichelsdorf, Eibach, Nürnberg; Informationen: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58

Marsch der Vernunft

Professor Dr. Helmut Gollwitzer

Weil wir für das Leben demonstrieren, für Recht und Hoffnung alles Lebendigen, darum ist der Ostermarsch nicht die Angelegenheit einiger Oppositioneller, einiger Sektierer und Weltverbesserer, einiger idealistischer Pazifisten. Wir demonstrieren für alle mit, die nicht mitdemonstrieren. Wir marschieren für das wahre Interesse aller, auch der Minister und der Abgeordneten in Bonn, auch jener Schreiberesel, die in pseudonymen Broschüren uns verdächtigen.

Das, was wir vorschlagen, gefährdet weder unsere Freiheit noch unsere Sicherheit. Es braucht keiner Unruhe zu schlafen, weil wir gegen Atomwaffen für die Bundeswehr, für die allgemeine Achtung der ABC-Waffen, für eine atomfreie Zone in Mitteleuropa eintreten. Es kann im Gegenteil jeder, der sich den Verstand nicht durch Scheinargumente der Propaganda vernebeln läßt, leicht ausrechnen, daß er ruhiger wird schlafen können, wenn diese Vorschläge realisiert worden sind.

Wir proklamieren nicht abstrakte Ideale, nicht idealistische Träume, nicht den Austritt aus der NATO und

Der erste Ostermarsch in der Bundesrepublik im Jahre 1960 forderte die Einstellung der Kernwaffentests — heute gibt es das Moskauer Teststoppabkommen. Der Ostermarsch 1964 forderte eine Abrüstungsbehörde in Bonn — jetzt wird eine solche Behörde eingerichtet. Kenner hat einmal gesagt, daß Abrüstung nur durch Druck der Öffentlichkeit durchgesetzt werden könne. In allen Ländern der Welt drängen die Menschen auf Friedenssicherung. In der Bundesrepublik hat die Kampagne für Abrüstung realisierbare Vorschläge: Sicherheit für Deutschland durch atomwaffenfreie Zone und kontrollierte Rüstungsbeschränkung in Mitteleuropa! Ein solches Konzept hat Chancen in West und Ost. Für dieses Konzept demonstriert der Ostermarsch 1965. Prüfen Sie unsere Argumente, helfen Sie mit in der Kampagne, gehen Sie mit beim Ostermarsch!

nicht die Abschaffung der Bundeswehr. Es sind Pazifisten unter uns, und wir freuen uns, daß es sie unter uns gibt. Aber wenn Pazifismus heißt, die Abschaffung jeglicher Rüstung zu fordern, dann ist der Ostermarsch nicht pazifistisch. Die Forderungen, für die wir eintreten, sind Forderungen der politischen Vernunft und liegen im Bereich des politisch Möglichen. Sie verändern nicht das Kräfteverhältnis und bringen keiner Seite einseitige Vorteile. Wir wünschen uns eine Bundesregierung, die eindeutig nicht nach Atomwaffen strebt, weder durch heimliche Umwege mit den Franzosen noch auf dem Wege über die multilaterale Atommacht, die sich auch von ihren Generalen nicht einreden läßt, der Besitz von Atomwaffen gehöre heute zur Würde eines souveränen Staates, sondern die vorangeht im ausdrücklichen Verzicht auf Atomwaffen, die aktiv und erfinderisch sich an den Abrüstungsbemühungen beteiligt.

Wir möchten, daß bei der Bundesregierung und unseren Bundestagsparteien diejenigen Männer sich durchsetzen, die den Kalten Krieg beenden wollen, weil sie den heißen Krieg als die Katastrophe erkannt haben die unter allen Umständen verhütet werden muß, die deshalb die Strategie des Kalten Krieges ersetzt wollen durch eine Strategie des Friedens.

Darum ist der Ostermarsch ein Marsch für alle.

Bestimmt wünschen Sie weitere Informationen über die Ostermärsche. Füllen Sie den folgenden Abschnitt aus und senden Sie ihn an die Sie interessierende Marschgruppe laut obenstehender Adressenangabe.

Ich erbitte Material über die Kampagne für Abrüstung.

Name:

Adresse:

Stand, Beruf:

Datum:

Unterschrift:

Die Kampagne für Abrüstung finanziert ihre Arbeit durch die Spenden vieler einzelner. Das Postscheckkonto: Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuß, 6255 PSA Frankfurt.



Kampagne für Abrüstung • Ostermarsch

ES WIRD DARUM GEBETEN AUF HERRN TRETTNER NICHT ZU TRETEN - WEIL ER EINEN SPRENG- KOPF HAT

(Dies sind die Anfangszeilen eines neuen Liedes, das zum ersten Mal bei der Auftaktveranstaltung am 31. Januar 1965 in Gelsenkirchen vorgetragen wurde.)

.... Natürlich denken wir nicht daran, auf Herrn Trettner zu treten. Allerdings: in einer funktionierenden Demokratie müßten Herr von Hassel und General Trettner ihrer Ämter enthoben werden. Das Grundgesetz fordert von der Bundesregierung eine aktive Wiedervereinigungspolitik und selbst der Regierungstreueste wird wohl nicht behaupten wollen, daß ein "Atomminengürtel" quer durch Deutschland der Wiedervereinigung dient. Es ist jedoch zu befürchten, daß Herr von Hassel und General Trettner weiter in Amt und Würden bleiben und so Gelegenheit zum Ausdenken und Praktizieren weiterer Vernichtungspläne haben.

Da in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit immer wieder Stimmen hörbar werden, die den Atomminenplan erneut zur Diskussion stellen, und da hierdurch die Unruhe der Bevölkerung im Grenzgebiet nach wie vor anhält, plant der Örtliche Ausschuß Kassel unserer Kampagne für Abrüstung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ausschuß eine

AKTION GEGEN ATOMMINEN

1. Die Aktion ist am Samstag, 13. März 1965
2. Es ist ein Marsch, teilweise verbunden mit einem Autokorso geplant. Wegstrecke: Witzenhausen, Wendershausen, Oberrieden, Ellershausen, Bad Soden-Allendorf, Wenden-Albungen, Niederhone, Eschwege. Eine Anfangskundgebung ist in Witzenhausen, eine Schlußveranstaltung in Eschwege vorgesehen.
3. Verbunden mit der Aktion ist eine Flugblattverteilung und eine Meinungsumfrage.
4. Von Frankfurt fahren Busse nach Witzenhausen. Abfahrt, 13.3. 65 morgens 7 Uhr am Gewerkschaftshaus, Frankfurt, Wilh.-Leuschner-Str. 69; Rückkunft am Abend gegen 22 Uhr; Kosten DM 7.50; Verpflegung muß mitgebracht werden; Anmeldung erforderlich; Weitere Benachrichtigung durch den Hessischen Ausschuß erfolgt nur, wenn eine Absage notwendig ist, da die Busse bereits belegt sind.

Ich nehme an der Busfahrt zur Aktion gegen die Atomminen entlang der Zonengrenze am 13.3.1965 teil. Den Unkostenbeitrag von DM 7.50 zahle ich bar im Bus. (Bitte nicht überweisen!)

Name: _____

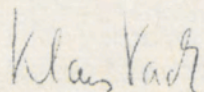
Anschrift: _____

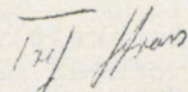
bitte sofort erledigen

5. Alle Freunde aus dem nordhessischen Gebiet, die sich an der Aktion beteiligen möchten, bisher aber noch nicht über nähere Einzelheiten unterrichtet sind, wenden sich bitte direkt an Siegfried Wenzel, 35 Kassel, Brüderstr. 5.
6. Transparente, Plakate, Flugblätter und Material für die Meinungsumfrage werden in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Wir hoffen, daß die Aktion, obwohl und vielleicht gerade deshalb, weil sie nicht in die erste Empörungswelle nach Bekanntwerden des Trettner-Planes fällt, bei der dortigen Bevölkerung einiges Aufsehen erregen wird. Sie macht die Kampagne für Abrüstung in einem Gebiet bekannt, in dem wir bisher so gut wie nichts getan haben. Wir hoffen, daß sich trotz des kurzfristigen Termins recht viele unserer Freunde beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen,


(Klaus Vack)


(Fritz Strass)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

ED 715-24-283

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 4.3.1965 in
Offenbach

8.3.65

Anwesend: Halberstadt, Winkler, Vack

es fehlten: Amann, Andres, Arlt, Farr, Faller, Strass

1. Für die Paulskirchenveranstaltung ^{liegt} inzwischen eine Mitteilung des Magistrates der Stadt Frankfurt vor, daß der Plenarsaal am 20. März zur Verfügung steht. Der Magistrat hat seine Zustimmung ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß außer den im ersten Antrag genannten Rednern keine weiteren Persönlichkeiten sprechen. Außerdem machte der Magistrat zur Durchführung der Veranstaltung die Auflage, von der Verlesung irgendwelcher Grußadressen abzusehen.

Der Arbeitsausschuß beschließt, gegen die beiden Auflagen in einem Brief an Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert Stellung zu nehmen. Der AA ist der Auffassung, daß sich mit diesen Auflagen die Stadt einen Einfluß auf die politische Gestaltung der Veranstaltung anmaßt. Eine Bekanntgabe der Auflagen in der Öffentlichkeit ist vorerst nicht vorgesehen, da man vermutet, daß es sich bei den Auflagen evtl. um einen Formulierungsfehler handelt.

Die Rednerliste sieht nach dem derzeitigen Stand wie folgt aus: Buro, Flechtheim, Geißler, Gollwitzer, Halberstadt und ein brit. MP, sowie Faller als Kundgebungsleiter.

2. Das 2seitige Zeitungsflugblatt "extrablatt" wurde besprochen. Überwachung der Gestaltung und Herstellung liegt bei Heiner Halberstadt. Das Zeitungsflugblatt wird für DM 20.-- je 1000 an die Örtlichen Ausschüsse gegeben.

3. Als erste Redner für die Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg werden festgelegt: Rudolf Rolfs, Christian Mayer-Amery. Angesprochen werden sollen nunmehr Kummernuss, Kogon, Scheugenpflug (Scheugenpflug persönlich durch Vack und Faller), Bloch, (hierzu entwirft Halberstadt einen Brief).

4. Es wird für Ostermontagabend eine kulturelle Veranstaltung in Frankfurt beschlossen. Auftreten sollen Wolfgang Neuss und Wolf Biermann. Die Zusagen liegen bereits vor. Für Wolf Biermann ist noch eine Ausreisegenehmigung der DDR-Behörden erforderlich. Hierfür werden Halberstadt und Vack bemüht sein. Außerdem soll noch eine Jazz-Band gewonnen werden, evtl. Albert Mangelsdorff. Durch die Geschäftsstelle ist zu prüfen, ob der große Sendesaal im Hessischen Rundfunk oder die Kongreßhalle zur Verfügung stehen. Als evtl. Eintrittspreis wird ein Betrag von DM 5.-- in Betracht gezogen.

5. Um eine Veranstaltung am Ostersonntag- oder Ostermontagabend (Saalfrage, Programm usw.) werden sich Fritz Strass und Norbert Winkler kümmern.

6. Für die Ausstellung und Versteigerung zur "Auktion für Abrüstung" konnten bisher keine Räumlichkeiten gefunden werden. Norbert Winkler wird sich weiter bemühen; evtl. kommt der Club Voltaire in Frage. Herbert Faller soll mit Direktor Stubenvoll Kontakt aufnehmen.

7. Die nächste HA-Sitzung findet am Montag, 8. März, 18 Uhr im Haus der Jugend, Frankfurt statt.
8. Die nächste HA-Sitzung mit den Örtlichen Ausschüssen findet am Dienstag, 9. März 1965, 18 Uhr, Haus der Jugend, Frankfurt, statt.

Offenbach, 5. März 1965
Für die Protokollführung:
Klaus Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Anlage zum Protokoll der AA-Sitzung vom 4.3.1965

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -
- Ortlicher Ausschuß Kassel -

Umfrage am 13. März 1965 im Zonengrenzgebiet

Bundesverteidigungsminister Kai Uwe von Hassel und General
Trettner wollen quer durch Deutschland einen Atomminengürtel
errichten.

Was sagen Sie dazu?

Halten Sie diesen Plan für sinnvoll? ()

Oder lehnen Sie ihn ab? ()

Keine Meinung ()

Beruf ----- Alter -----

Institut für Zeitgeschichte - Archiv